DER BOTSCHAFTER
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Ottawa, den 17. Dezember 1980

Rechtsanwälte
Dr.jur. Ludwig Klassen,
Albert Lehnertz u. Ulrich Wulfert
Thomas-Mann-Str. 58
5300 Bonn 1

Betr.: Rechtsstreit der Privaten Sozialen Mission sowie der Sociedad Benefactora Y Educational Dignidad ./. Amnesty International, P 1542/78 Dr.K.

Meine sehr geehrten Herren,

Auf Ihren Brief vom 18. November 1980 möchte ich sagen, daß ich zwar Herrn Rechtsanwalt Busse im Mai 1977 meine grundsätzliche Bereitschaft erklärt hatte, als Zeuge in dem oben näher bezeichneten Rechtsstreit aufzutreten. Sie werden mir aber sicherlich zustimmen, wenn ich Ihnen sage, daß sich meine Situation insofern verändert hat, als ich nun als Botschafter in einem anderen Land tätig bin, und ich daher nur geringe Aussichten sehe, die notwendige Aussagegenehmigung des Auswärtigen Amtes zu einer solchen Zeugenaussage zu erhalten. Darüber hinaus ist es sehr unwahrscheinlich, daß ich im Laufe d.J. nach Bonn kommen werde. Ich bin weder heimaturlaubsberechtigt, noch sehe ich eine dienstliche Notwendigkeit, einberufen zu werden.

Ich bin auch nicht ganz sicher, ob meine Aussagen in der Sache von großem Nutzen sein könnten, da ich nicht mehr aussagen kann, als das, was ich früher öffentlich und schriftlich erklärt habe. Ich gehe davon aus, daß Sie Unterlagen des Auswärtigen Amtes einsehen durften. Dann wird Ihnen meine öffentliche Erklärung bekannt sein, die ich nach einem persönlichen Besuch in der Sociedad Benefactora Y Educational Dignidad gemacht habe und nach der Auswertung eines von der chilenischen

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Luftwaffe erflogenen Luftbildes (nicht Luftaufnahme, wie in deutschen Zeitungen fälschlicherweise zu lesen war, sondern ein Luftbild wie es für Aufklärungszwecke erflogen wird). Dieses Luftbild ist von der deutschen Luftwaffe ausgewertet worden, und Sie wissen, daß man mit modernen Auswertungsmitteln auch geringste Kleinigkeiten feststellen kann. Ich habe jedenfalls nach Besuch und nach der Auswertung des Luftbildes festgestellt, daß ich "keine Anhaltspunkte für das Vorhandensein von unterirdischen Anlagen in der Siedlung gefunden hätte". Allein diese Feststellung könnte ich wiederholen; mehr kann ich nicht darüber sagen, da ich erst seit 1976 in Chile tätig war (von Mai 1976 bis Mai 1979). Es bleibt noch anzumerken, daß die Tatsache, daß die chilenische Luftwaffe ohne Zögern das Luftbild hergestellt hat, auch für die verhältnismäßige Unbefangenheit spricht, mit der man den Vorwürfen entgegengetreten ist. //

Ich stehe zu +) weiteren schriftlichen Fragen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

(Straetling)

+)
Handschriftlich eingefügt: zur Beantwortung von

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

DER BOTSCHAFTER
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Ottawa, den 17. Dezember 1980

Rechtsanwälte
Dr.jur. Ludwig Klassen,
Albert Lehnertz u. Ulrich Wulfert
Thomas-Mann-Str. 58
5300 Bonn 1

Betr.: Rechtsstreit der Privaten Sozialen Mission sowie der Sociedad Benefactora Y Educational Dignidad ./. Amnesty International, P 1542/78 Dr.K.

Meine sehr geehrten Herren,

Auf Ihren Brief vom 18. November 1980 möchte ich sagen, daß ich zwar Herrn Rechtsanwalt Busse im Mai 1977 meine grundsätzliche Bereitschaft erklärt hatte, als Zeuge in dem oben näher bezeichneten Rechtsstreit aufzutreten. Sie werden mir aber sicherlich zustimmen, wenn ich Ihnen sage, daß sich meine Situation insofern verändert hat, als ich nun als Botschafter in einem anderen Land tätig bin, und ich daher nur geringe Aussichten sehe, die notwendige Aussagegenehmigung des Auswärtigen Amtes zu einer solchen Zeugenaussage zu erhalten. Darüber hinaus ist es sehr unwahrscheinlich, daß ich im Laufe d.J. nach Bonn kommen werde. Ich bin weder heimaturlaubsberechtigt, noch sehe ich eine dienstliche Notwendigkeit, einberufen zu werden.

Ich bin auch nicht ganz sicher, ob meine Aussagen in der Sache von großem Nutzen sein könnten, da ich nicht mehr aussagen kann, als das, was ich früher öffentlich und schriftlich erklärt habe. Ich gehe davon aus, daß Sie Unterlagen des Auswärtigen Amtes einsehen durften. Dann wird Ihnen meine öffentliche Erklärung bekannt sein, die ich nach einem persönlichen Besuch in der Sociedad Benefactora Y Educational Dignidad gemacht habe und nach der Auswertung eines von der chilenischen

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Luftwaffe erflogenen Luftbildes (nicht Luftaufnahme, wie in deutschen Zeitungen fälschlicherweise zu lesen war, sondern ein Luftbild wie es für Aufklärungszwecke erflogen wird). Dieses Luftbild ist von der deutschen Luftwaffe ausgewertet worden, und Sie wissen, daß man mit modernen Auswertungsmitteln auch geringste Kleinigkeiten feststellen kann. Ich habe jedenfalls nach Besuch und nach der Auswertung des Luftbildes festgestellt, daß ich "keine Anhaltspunkte für das Vorhandensein von unterirdischen Anlagen in der Siedlung gefunden hätte". Allein diese Feststellung könnte ich wiederholen; mehr kann ich nicht darüber sagen, da ich erst seit 1976 in Chile tätig war (von Mai 1976 bis Mai 1979). Es bleibt noch anzumerken, daß die Tatsache, daß die chilenische Luftwaffe ohne Zögern das Luftbild hergestellt hat, auch für die verhältnismäßige Unbefangenheit spricht, mit der man den Vorwürfen entgegengetreten ist. "

Ich stehe zu +) weiteren schriftlichen Fragen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

(Straetling)

+)
Handschriftlich eingefügt: zur Beantwortung von

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

DER BOTSCHAFTER
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Ottawa, den 17. Dezember 1980

Rechtsanwälte
Dr.jur. Ludwig Klassen,
Albert Lehnertz u. Ulrich Wulfert
Thomas-Mann-Str. 58
5300 Bonn 1

Betr.: Rechtsstreit der Privaten Sozialen Mission sowie der Sociedad Benefactora Y Educational Dignidad ./. Amnesty International, P 1542/78 Dr.K.

Meine sehr geehrten Herren,

Auf Ihren Brief vom 18. November 1980 möchte ich sagen, daß ich zwar Herrn Rechtsanwalt Busse im Mai 1977 meine grundsätzliche Bereitschaft erklärt hatte, als Zeuge in dem oben näher bezeichneten Rechtsstreit aufzutreten. Sie werden mir aber sicherlich zustimmen, wenn ich Ihnen sage, daß sich meine Situation insofern verändert hat, als ich nun als Botschafter in einem anderen Land tätig bin, und ich daher nur geringe Aussichten sehe, die notwendige Aussagegenehmigung des Auswärtigen Amtes zu einer solchen Zeugenaussage zu erhalten. Darüber hinaus ist es sehr unwahrscheinlich, daß ich im Laufe d.J. nach Bonn kommen werde. Ich bin weder heimaturlaubsberechtigt, noch sehe ich eine dienstliche Notwendigkeit, einberufen zu werden.

Ich bin auch nicht ganz sicher, ob meine Aussagen in der Sache von großem Nutzen sein könnten, da ich nicht mehr aussagen kann, als das, was ich früher öffentlich und schriftlich erklärt habe. Ich gehe davon aus, daß Sie Unterlagen des Auswärtigen Amtes einsehen durften. Dann wird Ihnen meine öffentliche Erklärung bekannt sein, die ich nach einem persönlichen Besuch in der Sociedad Benefactora Y Educational Dignidad gemacht habe und nach der Auswertung eines von der chilenischen

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Luftwaffe erflogenen Luftbildes (nicht Luftaufnahme, wie in deutschen Zeitungen fälschlicherweise zu lesen war, sondern ein Luftbild wie es für Aufklärungszwecke erflogen wird). Dieses Luftbild ist von der deutschen Luftwaffe ausgewertet worden, und Sie wissen, daß man mit modernen Auswertungsmitteln auch geringste Kleinigkeiten feststellen kann. Ich habe jedenfalls nach Besuch und nach der Auswertung des Luftbildes festgestellt, daß ich "keine Anhaltspunkte für das Vorhandensein von unterirdischen Anlagen in der Siedlung gefunden hätte". Allein diese Feststellung könnte ich wiederholen; mehr kann ich nicht darüber sagen, da ich erst seit 1976 in Chile tätig war (von Mai 1976 bis Mai 1979). Es bleibt noch anzumerken, daß die Tatsache, daß die chilenische Luftwaffe ohne Zögern das Luftbild hergestellt hat, auch für die verhältnismäßige Unbefangenheit spricht, mit der man den Vorwürfen entgegengetreten ist.

Ich stehe zu +) weiteren schriftlichen Fragen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

(Straetling)

+)
Handschriftlich eingefügt: zur Beantwortung von

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

T R A D U C C I O N

El Embajador
de la República Federal
de Alemania

Ottawa, el 17 de Diciembre de 1980

Abogados
Dr. jur. Ludwig Klassen,
Albert Lehnertz y Ulrich Wulfert
Thomas-Mann-Str. 58
5300 Bonn 1

Mat.: Juicio de la Misión Social Particular y de la Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad contra Amnesty International, P 1542/78 Dr.K.

Muy señores míos:

Contestando su carta del 18 de Noviembre de 1980, quisiera decir que, realmente, declaré al Sr. Abogado Busse en Mayo de 1977 mi disposición de principio a presentarme como testigo en el juicio arriba especificado. Pero Uds. van a estar de acuerdo conmigo, seguramente, cuando les digo que mi situación se modificó en tal sentido de que actualmente estoy de embajador en otro país y que, por lo tanto, veo sólo pocas perspectivas para obtener la autorización necesaria de la Cancillería para poder declarar en este caso. Además, resulta muy improbable que llegaré en el curso de este año a Bonn. Ni tengo derecho a vacaciones en Alemania, ni veo una necesidad del servicio, para que se me llame a Bonn.

Tampoco estoy muy seguro de si mis declaraciones en el asunto podrían ser muy útiles, porque no puedo declarar más de lo que, anteriormente, declaré publicamente y por escrito. Parto de la su posición de que Uds. podían ver antecedentes de la Cancillería. Entonces, tendrán conocimiento de mi declaración pública, que hice después de una visita personal a la Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad y después del análisis de una toma aerofotogramétrica de la FACH (no una foto aérea, como se pudo leer de manera falsa en diarios alemanes, sino un aerofotograma como se hace para objetos de reconocimiento). Este fotograma fue procesado por la Fuerza Aérea alemana, y Uds. saben que, con medios de procesamiento modernos, se pueden constatar también detalles más mínimas. En todo caso, después de la visita y el procesamiento del aerofotograma, constaté que "no encontré indicios algunos de la existencia de instalaciones subterráneas en la colonia". Sólo podría reiterar esta constatación; no puedo decir más al respecto, como estaba de embajador en Chile recién desde 1976 (desde Mayo de 1976 a Mayo de 1979). Queda por mencionar que el hecho de que la FACH hizo el aerofotograma sin vacilar, también muestra la relativa despreocupación con la cual se enfrentaron las imputaciones.

Estoy a su disposición para responder a otras preguntas por escrito.

Atentamente
(firma)
(Straetling)

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Professor Dr. Dieter Blumenwitz
Lehrstuhl für Völkerrecht, allgemeine Staatslehre,
deutsches und bayerisches Staatsrecht
und politische Wissenschaften
Universität Würzburg

D - 8700 Würzburg, 25. 11. 1980
Domerschulstraße 16 (Alte Universität)
Zimmer 201 – 203
Rufnummer (09 31) 31 308

Herren
Rechtsanwälte
Dr. Ludwig Klassen und Lehnertz
Thomas-Mann-Str. 58

5300 Bonn 1

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!

Ich bedanke mich für die Übersendung des Schreibens des Vorsitzenden Richters am Landgericht Bonn vom 5. 11. 1980 in Sachen Private Soziale Mission e. V. gegen Amnesty International (Geschäftsnummer: 30123/77) und darf dazufolgendes bemerken:

1. Ich bin seit vielen Jahren für in- und ausländische Gerichte gutachterlich tätig und drücke mich so klar aus, daß ich gewöhnlich auch verstanden werde.

2. Auf Seite 39 meines Gutachtens G 8 - 15 - 80 vom 24. Oktober 1980 führe ich - entgegen den Deutungen der 3. Zivilkammer des Landgerichts Bonn - nicht aus,

> daß mir "die faktische Handhabung der Rechtshilfeersuchen in Chile nicht hinreichend vertraut sei."

a) Wie sich aus S. 39 des Gutachtens und dem weiteren Kontext

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

klar ergibt, geht meine gutachtliche Stellung davon aus, daß auch in Chile die faktische Handhabe der Rechtshilfeersuchen mit den im Gutachten eingehend beschriebenen chilenischen Rechtsnormen im Einklang steht.

b) Eine andere Auffassung scheint allerdings die Deutsche Botschaft in Santiago zu vertreten. Der Gutachter mußte sich deshalb mit dem Bericht Nr. 6 4 7/80 der Deutschen Botschaft in Santiago de Chile vom 4. 7. 1980 auseinandersetzen. Ich weise nach, daß die dort vertretene Meinung offensichtlich auf einem Mißverständnis beruht (Fall Letelier).
Nur der Vollständigkeithalber weise ich darauf hin, daß es allen Anschein nach noch weitere Berichte der Deutschen Botschaft in Santiago zum Thema gibt (nämlich die Berichte Nr. 270 und 310 vom 11. 3. und vom 23. 3. 1978), deren Inhalt - weil nicht im Zusammenhang mit den anhängigen Verfahren erstellt - der 3. Zivilkammer und mir unbekannt sind. Nur auf diese beiden unbekannten Berichte, die möglicherweise noch irgendetwas zum Fall Letelier enthalten könnten, bezieht sich nach dem klaren Text des Gutachtens die Relativierung der "nicht abschließenden Stellungnahme".

c) Die Schlußfolgerung der 3. Zivilkammer, dem Gutachter sei die "faktische Handhabung der Rechtshilfeersuchen in Chile nicht hinreichend vertraut", weil ihm die zwei, nur dem Auswärtigen Amt zugänglichen Berichte unbekannt sind, ist in mehrfacher Richtung anfechtbar:
- zunächst hätte sich das erkennende Gericht selbst davon überzeugen müssen, ob die genannten Berichte

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

überhaupt einschlägig sind und ob sie irgendetwas enthalten, was geeignet wäre, die Ausführungen im Gutachten zu widerlegen.

- Weiter wäre zu bedenken gewesen, daß - wie die Informationen über den Fall Letelier in dem erwähnten Bericht zeigen - ein Bericht der Deutschen Botschaft keineswegs die Gewähr dafür bietet, daß die chilenische Praxis richtig wiedergegeben wird.
- Im übrigen ist dem Vernehmen nach kürzlich im Auswärtigen Amt eine Verbalnote der Republik Chile übermittelt worden, die die Ausführungen des deutschen Botschafters im Bericht Nr. 6 47/80 vom 4. 7. 1980 in bezug auf den Fall Letelier auch förmlich richtig stellt.

3. Die Frage, ob das deutsche Prozeßgericht erhebliche Kostenvorschüsse für eine Beweisaufnahme im Ausland in Gegenwart der Kammer festsetzen kann bevor die rechtlichen Hindernisse eines derartigen Tätigwerdens im Ausland beseitigt werden, beurteilt sich nach der lex fori des Prozeßgerichts und ist nicht Gegenstand des auf völker- und auslandsrechtliche Fragen beschränkten Gutachtens.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(Prof. Dr. D. Blumenwitz)

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Professor Dr. Dieter Blumenwitz
Lehrstuhl für Volkerrecht, allgemeine Staatslehre,
deutsches und bayerisches Staatsrecht
und politische Wissenschaften
Universität Würzburg

D-8700 Würzburg, 25. 11. 1980
Domerschulstraße 16 (Alte Universität)
Zimmer 201–203
Rufnummer (09 31) 31 308

Herren
Rechtsanwälte
Dr. Ludwig Klassen und Lehnertz
Thomas-Mann-Str. 58

5300 Bonn 1

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!

Ich bedanke mich für die Übersendung des Schreibens des Vorsitzenden Richters am Landgericht Bonn vom 5. 11. 1980 in Sachen Private Soziale Mission e. V. gegen Amnesty International (Geschäftsnummer: 30123/77) und darf dazufolgendes bemerken:

1. Ich bin seit vielen Jahren für in- und ausländische Gerichte gutachterlich tätig und drücke mich so klar aus, daß ich gewöhnlich auch verstanden werde.

2. Auf Seite 39 meines Gutachtens G 8 - 15 - 80 vom 24. Oktober 1980 führe ich - entgegen den Deutungen der 3. Zivilkammer des Landgerichts Bonn - nicht aus,

   daß mir "die faktische Handhabung der Rechtshilfeersuchen in Chile nicht hinreichend vertraut sei."

   a) Wie sich aus S. 39 des Gutachtens und dem weiteren Kontext

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

klar ergibt, geht meine gutachtliche Stellung davon aus, daß auch in Chile die faktische Handhabe der Rechtshilfeersuchen mit den im Gutachten eingehend beschriebenen chilenischen Rechtsnormen im Einklang steht.

b) Eine andere Auffassung scheint allerdings die Deutsche Botschaft in Santiago zu vertreten. Der Gutachter mußte sich deshalb mit dem Bericht Nr. 6 4 7/80 der Deutschen Botschaft in Santiago de Chile vom 4. 7. 1980 auseinandersetzen. Ich weise nach, daß die dort vertretene Meinung offensichtlich auf einem Mißverständnis beruht (Fall Letelier).
Nur der Vollständigkeithalber weise ich darauf hin, daß es allen Anschein nach noch weitere Berichte der Deutschen Botschaft in Santiago zum Thema gibt (nämlich die Berichte Nr. 270 und 310 vom 11. 3. und vom 23. 3. 1978), deren Inhalt - weil nicht im Zusammenhang mit den anhängigen Verfahren erstellt - der 3. Zivilkammer und mir unbekannt sind. Nur auf diese beiden unbekannten Berichte, die möglicherweise noch irgendetwas zum Fall Letelier enthalten könnten, bezieht sich nach dem klaren Text des Gutachtens die Relativierung der "nicht abschließenden Stellungnahme".

c) Die Schlußfolgerung der 3. Zivilkammer, dem Gutachter sei die "faktische Handhabung der Rechtshilfeersuchen in Chile nicht hinreichend vertraut", weil ihm die zwei, nur dem Auswärtigen Amt zugänglichen Berichte unbekannt sind, ist in mehrfacher Richtung anfechtbar:
- zunächst hätte sich das erkennende Gericht selbst davon überzeugen müssen, ob die genannten Berichte

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Dr. Klassen & Lehnertz

Rechtsanwälte
Dr. jur. Ludwig Klassen
Albert Lehnertz
Ulrich Wulfert

THOMAS-MANN-STR. 58 · 5300 BONN 1
TELEFON 65 76 50 u. 65 74 50
ÜBERWEISUNGEN ERBITTEN WIR NUR
AUF DAS KONTO DR. KLASSEN
POSTSCHECKKONTO KÖLN 723 12-501
SPARKASSE BONN KTO.-NR. 31.020.886
VOLKSBANK AM STADTTHEATER BONN
NR. 300 223 5

Dr. L. Klassen, A. Lehnertz u. U. Wulfert · Thomas-Mann-Str. 58 · 5300 Bonn 1

Herrn
Botschafter
Erich Strätling
Kurierdienst,
Auswärtiges Amt
5300 Bonn 1

P 1542/78 Dr.K.
(unbedingt angeben)

18. November 1980 Dr.K./hk

Betr.: Rechtsstreit der Privaten Sozialen Mission sowie der Sociedad Benefactora Y Educational Dignidad, ./. Amnesty International

Sehr geehrter Herr Botschafter!

Die Private Soziale Mission eV Siegburg sowie die Sociedad Benefactora Y Educational Dignidad werden von uns in dem vor dem Landgericht Bonn anhängigen Rechtsstreit gegen Amnesty International und andere vertreten.

Herr Kollege Busse hatte bereits im Mai 1977 mit Ihnen über diesen Rechtsstreit gesprochen und mit Ihrem Einverständnis Sie als Zeuge benannt.

Das Landgericht Bonn beabsichtigt nunmehr Sie aufgrund dieses Beweisantrittes als Zeuge zu hören und hat uns aufgegeben mitzuteilen, zu welchem Zeitpunkt Sie anläßlich eines Ihrer Aufenthalte in der BRD zu einer Zeugenvernehmung zur Verfügung stehen. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns kurzfristig hierzu einen Ihnen genehmen Zeitraum benennen könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Dr. Klassen & Lehnertz

Rechtsanwälte
Dr. jur. Ludwig Klassen
Albert Lehnertz
Ulrich Wulfert

THOMAS-MANN-STR. 58 · 5300 BONN 1
TELEFON 65 76 50 u. 65 74 50
ÜBERWEISUNGEN ERBITTEN WIR NUR
AUF DAS KONTO DR. KLASSEN
POSTSCHECKKONTO KÖLN 723 12-501
SPARKASSE BONN KTO.-NR. 31.020.886
VOLKSBANK AM STADTTHEATER BONN
NR. 300 223 5

Dr. L. Klassen, A. Lehnertz u. U. Wulfert · Thomas-Mann-Str. 58 · 5300 Bonn 1

Herrn
Botschafter
Erich Strätling
Kurierdienst,
Auswärtiges Amt
5300 Bonn 1

P 1542/78 Dr.K.
(unbedingt angeben)

18. November 1980 Dr.K./hk

Betr.: Rechtsstreit der Privaten Sozialen Mission sowie der Sociedad Benefactora Y Educational Dignidad, ./. Amnesty International

Sehr geehrter Herr Botschafter!

Die Private Soziale Mission eV Siegburg sowie die Sociedad Benefactora Y Educational Dignidad werden von uns in dem vor dem Landgericht Bonn anhängigen Rechtsstreit gegen Amnesty International und andere vertreten.

Herr Kollege Busse hatte bereits im Mai 1977 mit Ihnen über diesen Rechtsstreit gesprochen und mit Ihrem Einverständnis Sie als Zeuge benannt.

Das Landgericht Bonn beabsichtigt nunmehr Sie aufgrund dieses Beweisantrittes als Zeuge zu hören und hat uns aufgegeben mitzuteilen, zu welchem Zeitpunkt Sie anläßlich eines Ihrer Aufenthalte in der BRD zu einer Zeugenvernehmung zur Verfügung stehen. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns kurzfristig hierzu einen Ihnen genehmen Zeitraum benennen können.

Mit freundlichen Grüßen

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

RECHTSANWÄLTE ROCHUS BERGER, NOTAR
DR. ULRICH SCHARF
H. J. BAHR
JÜRGEN SIEMERING
JÜRGEN SCHIMPF
AM OBERLANDESGERICHT CELLE

BAR BERGER, DR. SCHARF, BAHR, POSTFACH 911, 3100 CELLE

Herren Rechtsanwälte
Dr. Klassen & Lehnertz
Thomas-Mann-Straße 58

5300 Bonn 1

3100 CELLE 17. Nov. 1980 B/Ma 1
BERGGARTENSTRASSE 10, RUF 05141/31081-83
TELEX 925247 mars d

Private Sociale Mission/Amnesty International 443-80-1 B/Ma 1

BEI ANTWORTEN UND ZAHLUNGEN BITTE ANGEBEN

Übersandt mit der Bitte um
X Kenntnisnahme
Stellungnahme
Weiterveranlassung
Celle, den 17.11.80

(Berger)
Rechtsanwalt

Sehr geehrte Herren Kollegen!

Ich stimme mit Ihnen darin überein, daß jetzt nur noch - um das Risiko eines Ausschlusses mit Beweismitteln zu vermeiden - die Möglichkeit besteht, den Auslagenvorschuß fristgemäß zu zahlen. Ich empfehle das deshalb.

Ihr ergebener Kollege

(Berger)
Rechtsanwalt

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Dr. Klassen & Lehnertz

Rechtsanwälte
Dr. jur. Ludwig Klassen
Albert Lehnertz
Ulrich Wulfert

THOMAS-MANN-STR. 58 · 5300 BONN 1
TELEFON 65 76 50 u. 65 74 50
ÜBERWEISUNGEN ERBITTEN WIR NUR AUF DAS KONTO DR. KLASSEN
POSTSCHECKKONTO KÖLN 723 12-501
SPARKASSE BONN KTO.-NR. 31.020.886
VOLKSBANK AM STADTTHEATER BONN NR. 300 223 5

Dr. L. Klassen, A. Lehnertz u. U. Wulfert · Thomas-Mann-Str. 58 · 5300 Bonn 1

Herren Rechtsanwälte
Berger,Dr.Scharf,Bahr
Postfach 211

3100 Celle

P 644/79 Dr.K.
(unbedingt angeben)

12. November 1980 En

Betr.: Private Sociale Mission/Amnesty International
443-80-1 B/vo 1

Sehr geehrte Herren Kollegen!

Wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 10.11.1980. Die Kammer hat es mittlerweile abgelehnt, den Beschluß vom 23.10.1980 zu ändern. Fotokopie der Nachricht vom 5.11.1980 füge ich Ihnen ebenso wie mein Schreiben an die Mandantin zur Kenntnisnahme bei.

Mit kollegialen Grüßen

Rechtsanwälte
Dr. L. Klassen
A. Lehnertz

durch .....
Rechtsanwalt

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Dr. Klassen & Lehnertz

Rechtsanwälte
Dr. jur. Ludwig Klassen
Albert Lehnertz
Ulrich Wulfert

THOMAS-MANN-STR. 58 · 5300 BONN 1
TELEFON 65 76 50 u. 65 74 50
ÜBERWEISUNGEN ERBITTEN WIR NUR
AUF DAS KONTO DR. KLASSEN
POSTSCHECKKONTO KÖLN 723 12-501
SPARKASSE BONN KTO.-NR. 31.020.886
VOLKSBANK AM STADTTHEATER BONN
NR. 300 223 5

Dr. L. Klassen, A. Lehnertz u. U. Wulfert · Thomas-Mann-Str. 58 · 5300 Bonn 1

Private Sociale Mission e.V
z.Hd. Herrn Blanck
Postfach 28

5200 Siegburg

~~P 644/79 Dr.K.~~
(unbedingt angeben)

12. November 1980 En

Sehr geehrter Herr Blanck!

Uns erreichte die beigefügte Verfügung des Vorsitzenden Richter Minssen, wonach die Kammer auch im Hinblick auf das vorgelegte Gutachten des Herrn Prof.Dr. Blumenwitz nicht bereit ist, den Beschluß vom 23.10.1980 zu ändern. Um Rechtsnachteile zu vermeiden, müssen wir Sie deshalb dringend bitten, den angeforderten Kostenvorschuß fristgerecht einzuzahlen. Wir hatten Ihnen bereits unsere Bedenken hinsichtlich der Auslegung des Wortlautes im Beschluß nochmals mündlich dargelegt.

Mit freundlichen Grüßen

Rechtsanwälte
Dr. L. Klassen
A. Lehnertz

durch ...
Rechtsanwalt

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

RECHTSANWÄLTE ROCHUS BERGER, NOTAR
DR. ULRICH SCHARF
H. J. BAHR
JÜRGEN SIEMERING
JÜRGEN SCHIMPF
AM OBERLANDESGERICHT CELLE

RAE BERGER, DR. SCHARF, BAHR, POSTFACH VII, 3100 CELLE

Herren Rechtsanwälte
Dr. Klassen & Lehnertz
Thomas-Mann-Straße 58

5300 Bonn.1

3100 CELLE 10. Nov. 1980 B/vo 1
BERGGARTENSTRASSE 10, RUF 05141/31081-83
TELEX 925247 mars d

Private Sociale Mission/Amnesty International 443-80-1 B/vo 1

BEI ANTWORTEN UND ZAHLUNGEN BITTE ANGEBEN

Sehr geehrte Herren Kollegen!

Die Mandantin hat mir inzwischen den Beschluß der 3. Zivilkammer vom 23. Okt. 1980 und das Gutachten Prof. Dr. Blumenwitz vom 24. Okt. 1980 übersandt. Ich rege an, daß Sie unter Bezugnahme auf das erst nach dem Kammerbeschluß ergangene und vorgelegte Rechtsgutachten gegen den Kammerbeschluß vom 23. Okt. 1980 Gegenvorstellung erheben und gleichzeitig Verlängerung der Frist zur Einzahlung des Auslagenvorschusses etwa in der Weise beantragen, daß die Frist mit Entscheidung über die Gegenvorstellung erneut zu laufen beginnt.

Ihr ergebener Kollege

(Berger)
Rechtsanwalt

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Landgericht Bonn

5300 Bonn 1, den 5.11.1980
Wilhelmstraße 42, Nebenstelle
Postfach 1960
Fernruf (0228) 7021
bei Durchwahl 702 - 285
Fernschreiber 08-86521

Geschäfts-Nr.: 3 O 123/77
Bitte bei allen Schreiben angeben!

Herren Rechtsanwälte
Dr. Klassen u.a.

5300 Bonn 1

zu: P 644/79 Dr. K.

Sehr geehrte Herren Rechtsanwälte!

In Sachen
Private Socziale Mission e.V.
g e g e n
Amnesty International
teile ich Ihnen nach Beratung mit, daß die Kammer keinen Anlaß sieht, im Hinblick auf das von Ihnen vorgelegte Gutachten des Prof. Dr. Blumenwitz die Anordnungen im Beschluß vom 23.10.80 zu ändern. Prof. Dr. Blumenwitz führt auf S. 39 seines Gutachtens selbst aus, daß ihm die faktische Handhabung der Rechtshilfeersuchen in Chile nicht hinreichend vertraut sei. Auf eben diese faktische Handhabung wird es im vorliegenden Fall aber entscheidend ankommen. Es verbleibt daher bei der Fristsetzung nach § 68 GKG.

Hochachtungsvoll
Minssen
Vors. Richter am Landgericht
Beglaubigt:
Justizangestellte

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Landgericht Bonn

5300 Bonn 1, den 5.11.1980
Wilhelmstraße 42 , Nebenstelle
Postfach 1960
Fernruf (0228) 7021
bei Durchwahl 702 - 285
Fernschreiber 08-86521

Geschäfts-Nr.: 3 O 123/77
Bitte bei allen Schreiben angeben!

Herren Rechtsanwälte
Dr. Klassen u.a.

5300 Bonn 1

zu: P 644/79 Dr. K.

Sehr geehrte Herren Rechtsanwälte!

In Sachen
Private Socziale Mission e.V.
g e g e n
Amnesty International
teile ich Ihnen nach Beratung mit, daß die Kammer keinen Anlaß sieht, im Hinblick auf das von Ihnen vorgelegte Gutachten des Prof. Dr. Blumenwitz die Anordnungen im Beschluß vom 23.10.80 zu ändern. Prof. Dr. Blumenwitz führt auf S. 39 seines Gutachtens selbst aus, daß ihm die faktische Handhabung der Rechtshilfeersuchen in Chile nicht hinreichend vertraut sei. Auf eben diese faktische Handhabung wird es im vorliegenden Fall aber entscheidend ankommen. Es verbleibt daher bei der Fristsetzung nach § 68 GKG.

Hochachtungsvoll
Minssen
Vors. Richter am Landgericht
Beglaubigt:
Klee,
Justizangestellte

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

PRIVATE SOCIALE MISSION E.V.

POSTANSCHRIFT: POSTFACH 28 · 5200 SIEGBURG
DICKE HECKE 23 · 5202 HENNEF/SIEG 1 · TELEFON HENNEF (0 22 42) 73 33

Herrn Rechtsanwalt
Rochus B e r g e r
Berggartenstraße 10

3100 Celle

5202 Hennef, 31. Oktober 1980

Betr.: Private Sociale Mission/Amnesty International
443-80-I B/si 1

Sehr geehrter Herr B e r g e r ,

bezugnehmend auf das heute mit Ihnen geführte Telefongespräch übersenden wir Ihnen hiermit

1.- Schriftsatz unserer Partei vom 28.9.1980;
2.- gegnerischer Schriftsatz vom 16.10.1980;
3.- Beschluß der 3. Zivilkammer des LG Bonn vom 23.10.1980;
4.- Rechtsgutachten von Prof.Dr.D. Blumenwitz, Würzburg, vom 24.10.1980;
5.- Schriftsatz unserer Partei vom 30.10.1980.

Wie verabredet, werden wir uns nach Eingang dieses Briefes bei Ihnen telefonisch mit Ihnen in Verbindung setzen.

Mit freundlichen Grüßen

PRIVATE SOCIALE MISSION E.V.
Hans-Jürgen Blanck

Anlagen

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Profesor Dr. Dieter Blumenwitz
Cátedra de Derecho Internacional,
Teoría Fundamental del Estado,
Derecho Público Alemán y Bávaro
y Ciencias Políticas
Universidad de Würzburg

D-8700 Würzburg, 24 de Octubre de 1980
Calle Domerschul 16 (Universidad Antigua)
Pieza 201 - 203
Fono (0931) 31308

G - VIII - 15 - 80

El abogado Dr. jur. Ludwig Klassen, calle Thomas Mann 58, 5300 Bonn 1, pide un dictamen sobre los siguientes

H e c h o s :

La Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad, de Parral/Chile, persona jurídica de derecho chileno, y la Misión Social Particular, asociación registrada, Siegburg, piden como demandantes en juicio pendiente ante la 3ª Sala de lo Civil de la Corte de Bonn - Rol N.o 3 O 123/77 - la abstención de afirmaciones de Amnesty International, Sección de la República Federal de Alemania, asociación registrada, y de la empresa Gruner & Jahr AG & Co. KG (revista STERN), demandadas en el juicio pendiente. En primer lugar, la demanda se dirige en contra de afirmaciones de las demandadas, por las cuales el fundo de la Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad fue calificado como campo de torturas del ex servicio secreto chileno DINA.

1.) Para aclarar los hechos, el tribunal juzgador, el 22-1-1980, pronunció un auto de prueba de 21 carillas, cuyo contenido, en cuanto resulta importante aquí, se puede resumir como sigue:

- La práctica de prueba se realizará "por vía de exhorto, pero en presencia de los magistrados de la 3ª Sala de lo Civil de la Corte de Bonn" (véase letra D del auto de prueba del 22-1-1980; lo subrayado en el original).
- Respecto a la inspección ocular dispuesta como respecto a la toma de declaración a testigos de nacionalidad chilena, la práctica de prueba se realizará "por el juez o ministro

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

de fe competente, respectivamente, quien determinarán las autoridades chilenas" (véase letra D.I. del auto de prueba del 22-1-1980).

- En cuanto se trata de la toma de declaración a testigos de nacionalidad alemana en Chile y declaraciones correspondientes de la parte, la práctica de prueba se realizará "en lo posible por el funcionario consular competente de la Embajada de la República Federal de Alemania en Chile; en caso que eso no fuera permitido por las autoridades chilenas, se solicitará también en este sentido la realización de la práctica de prueba por el juez o ministro de fe competente, respectivamente, quien determinarán las autoridades chilenas" (véase letra D.II. del auto de prueba del 22-1-1980).

- Para "gastos de visa, vacunación, vuelo y viaje, de alimentación y alojamiento (o viáticos, respectivamente) de los miembros de la sala" y para demás gastos de la práctica de prueba habrá que deponer, lo más pronto posible, de parte de las demandantes como de las demandadas, un anticipo de expensas de 30.000 marcos alemanes c/u en la caja judicial de Bonn (véase letra H. del auto de prueba del 22-1-1980).

2.) Durante los meses subsiguientes, la 3ª Sala de lo Civil de la Corte de Bonn se esforzaba, por conducto regular, para aclarar la cuestión de qué manera será posible una práctica de prueba en Chile y si la Sala podría participar en la práctica de prueba en Chile. Como resultado de los tanteos se puede notar:

a) Una comunicación del Ministerio de RR.EE., contenida en un oficio del Ministerio de Justicia Federal al Ministro de Justicia de Rhenania del Norte/Westfalia, del 18 de Junio de 1980 (N.o de registro - 9341 C 1 - 17 425/80 -); la comunicación reza como sigue:

"1. La realización de la práctica de prueba mediante el interrogatorio de testigos e inspección ocular de la Colonia Dignidad y sus alrededores por parte de la Embajada alemana en Santiago

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

no representa inconvenientes políticos, desde el punto de vista del Ministerio de RR.EE. La Embajada en Santiago ha sido ocupada repetidas veces en los años pasados con averiguaciones sobre la Colonia Dignidad, debido a unas aseveraciones de la misma índole a que se refiere ahora el pleito en cuestión. Esas averiguaciones no habían provocado resistencia alguna por parte del Gobierno chileno. Más bien, éste se mantenía ampliamente neutral en lo que se refería a la Colonia Dignidad. De ahí que es de esperar que el Gobierno chileno no se oponga a la participación de la 3ª Sala de lo Civil de la Corte de Bonn en la práctica de prueba.

2. Según la opinión del Ministerio de RR.EE., la 3ª Sala de lo Civil de la Corte de Bonn debería participar en la práctica de prueba en Chile. La presencia de este organismo puede contribuir en que la Embajada en Santiago y el Gobierno Federal no sean comprometidos demasiado referente al conflicto alrededor de los presuntos acontecimientos en la Colonia.

3. Según la sección "Chile" dentro del Orden de Asistencia Judicial en lo Civil (ZRHO) no existe un convenio al respecto entre Chile y la República Federal de Alemania; sin embargo, suelen prestarse asistencia mutua. Además se dice que las representaciones diplomáticas alemanas en Chile pueden tramitar solicitudes de interrogación por responsabilidad propia, sin tener en cuenta la nacionalidad de la persona a interrogar, siempre que eso fuera posible sin aplicar medidas de fuerza. Contraria a la opinión de la Corte de Bonn, la Embajada en Santiago estaría en condiciones de interrogar a los testigos de nacionalidad chilena, nombrados por ambas partes del pleito, siempre que esos aparezcan voluntariamente. Mediante un interrogatorio realizado exclusivamente por nuestra Embajada en Santiago, podría evitarse presentar al Gobierno chileno, junto con el pedido de transmisión al tribunal chileno competente, el texto del auto de prueba; teniendo en cuentasalgunas formulaciones en el texto, despertaría serios escrúpulos enviar el auto de prueba al Gobierno de Chile en la forma actual."

b) A raíz de esta comunicación del Ministerio de RR.EE., el Ministro de Justicia Federal pidió al Ministerio de RR.EE., el 18 de Junio de 1980, conseguir por intermedio de la Embajada en Santiago el consentimiento del Gobierno chileno

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

a la participación de la 3ª Sala de lo Civil de la Corte de Bonn en la práctica de prueba en Chile.

Véase la declaración correspondiente del Ministro de Justicia Federal en su oficio del 18 de Junio de 1980.

c) En un escrito del 4-7-1980 (Inf. N.o 647/80), la Embajada de la República Federal de Alemania en Santiago de Chile llega a la conclusión de que:

"sería menos fácil obtener el consentimiento del Gobierno chileno, necesario según § 38(a) ZRHO (Orden de Asistencia Judicial en lo Civil) para la participación del tribunal alemán en una práctica de prueba realizada por la Embajada, que efectuar un exhorto al tribunal chileno competente y obtener la autorización para una participación del tribunal alemán en esta diligencia."

El Embajador de la República Federal de Alemania informa, entonces, de una"conversación de tanteo" con el Jefe de la Sección Jurídica en el Ministerio de RR.EE. chileno, Embajador Ríos Marimón:

"El Embajador Ríos dijo que la vía normal para realizar la práctica de prueba deseada por el tribunal alemán, era un exhorto al juzgado chileno competente. Como la Colonia Dignidad, aparentemente, estaría conforme con la práctica de prueba, él no creía que la realización de tal exhorto y, en especial, la participación del tribunal alemán, ofrecería dificultades."

A este respecto, el Embajador de la República Federal de Alemania se refiere además al caso precedente Letelier.

d) La Embajada de la República Federal de Alemania en Santiago, hasta la fecha, no consiguió las autorizaciones pertinentes.

Véase oficio del Ministro de Justicia de Rhenania del Norte/Westfalia del 1º de Agosto de 1980 (N.o de registro 9341 E - II B. 191/80).

Mediante escrito del 11-8-1980, la 3ª Sala de lo Civil de la Corte de Bonn pidió que las partes depusieran la primera mitad del anticipo de gastos (15.000 marcos alemanes c/u) para el ex-

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

horto; a raíz de una conferencia previscria de la Sala "no se contará con lo que se prescindiera principalmente de las disposiciones del auto de prueba del 22-1-1980".

El abogado Dr. jur. Ludwig Klassen pide - "para evitar más pérdida de tiempo y en vista de los altos gastos" de la práctica de prueba proyectada - exponer las normas de derecho internacional y chileno pertinentes a los asuntos de asistencia judicial con Chile.

El dictamen sigue la siguiente

D i s p o s i c i ó n :

Página

I. Situación de partida procesal 9

1.) El principio del respeto a la soberanía de estados extranjeros 9

2.) La solicitud para práctica de prueba en el extranjero 10

a) La solicitud se tramita sólo por intermedio de los órganos competentes para los asuntos internacionales 10

b) Los asuntos de asistencia judicial están sometidos a las normas de derecho internacional 10

(1) Convenios bilaterales y multilaterales; derecho consuetudinario 10

(2) Favor entre estados; "comitas gentium". 10

c) Práctica de prueba por el "cónsul federal" según § 363 inciso 2 ZPO (Cód. Proc. Civil) 11

d) Participación de un tribunal alemán en práctica de prueba por realizar en el extranjero 11

3.) Los conjuntos de cuestiones resultantes 12

II. Convenios contractuales pertinentes entre la República Federal de Alemania y Chile 12

III. Práctica de prueba mediante el Cónsul competente de la Embajada de la República Federal de Alemania en Chile 13

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Página

1.) Tramitación de tareas consulares por la misión diplomática 13
2.) Alcance de las tareas consulares..... 14
a) Protección de ciertos intereses del estado que envía en el estado que recibe, Art. 5
(a) Convención de Derecho Consular 14
b) Realización de exhortos dentro del marco de las leyes del estado que recibe, Art. 5
(j) Convención de Derecho Consular 14
c) Respecto al significado de la autorización según Art. 5 (j) Convención de Derecho Consular 15
(1) Principio de interpretación restrictiva 15
(2) Concretización de los límites del orden jurídico chileno por los órganos de administración de justicia chilenos 16
3.) Contenido de la referencia a derecho chileno en Art. 5 (j) Convención de Derecho Consular 16
a) Advertencia preliminar respecto al significado del principio de soberanía y territorial en el pensamiento jurídico latinoamericano, especialmente chileno 16
b) Arraigamiento del principio de la legalidad estricta en la constitucionalidad chilena. 16
(1) Constitución de 1925 17
(2) Orden transitorio después del 11-9-73 18
(3) La Constitución nueva, entrando en vigencia el 11-3-1981 18
c) La realización de los principios constitucionales en las leyes y codificaciones pertinentes 18
(1) Ley Orgánica de Tribunales del 9-7-1943 18
(2) Código de Procedimiento Civil del 21 de Marzo de 1944 19
(3) Derecho de Colisión (Código de Derecho Internacional Privado / Código Bustamante) 20

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Página

4.) Conclusiones del "territorialismo" chileno para las atribuciones del cónsul alemán según Art. 5 (j) Convención de Derecho Consular ... 22
a) La amplia relación con asuntos nacionales - del punto de vista del derecho chileno - del juicio pendiente 22
(1) Parte del juicio es persona jurídica de derecho chileno con sede y campo de actividades en Chile 23
(2) Materia del juicio es lesión de derechos de la parte chilena, los que ocupan alto rango en el orden público chileno 23
(3) El tema de la prueba toca, posiblemente, un "arcanum" del ejercicio de poder del Estado chileno 23
(4) Alcance de la práctica de prueba 23
b) Respecto a las consideraciones del Ministerio de RR.EE. y de la Embajada alemana, referentes a la realización de la práctica de prueba "por cuenta propia" 23
(1) Respecto a la consideración de que el tema de la prueba podría despertar reparos del Gobierno chileno 24
(2) Las exposicicnes referentes a la práctica de estados en las relaciones de asistencia judicial chileno-alemanas.. 25
(a) Respecto a las "averiguaciones reiteradas" de la Embajada sobre Colonia Dignidad 25
(b) Respecto a la conversación de tanteo con el Jefe de la Sección Jurídica en el Ministerio de RR.EE. chileno 26

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Página

5.) La participación del tribunal alemán en una práctica de prueba realizada por el cónsul alemán 26
a) Respecto a la procedencia del procedimiento según la lex fori del tribunal alemán 27
(1) Principio de la exploración de la verdad 27
(2) Límites de la obligación judicial a explorar la verdad 28
(a) No hay exploración de la verdad "a toda costa" 28
(b) Valoración de los bienes jurídicos entre un "más" efectivo de posible conocimiento judicial y un riesgo de gastos posiblemente prohibitivo 28
b) Respecto a la procedencia del procedimiento según el derecho vigente para la práctica de prueba 29
(1) Normatividad de la Convención de Derecho Consular de Viena 29
(2) No hay autorización según Art. 5 (j) ... 29
(3) Respecto a la posibilidad de consentimiento del Gobierno chileno 29

IV. Práctica de prueba mediante el tribunal competente chileno 30

1.) Asistencia judicial mediante el tribunal chileno exhortado 30
a) Las disposiciones chilenas pertinentes 30
b) No hay infracción del orden público chileno. 31
2.) Respecto a la cuestión de la cooperación del tribunal alemán en la práctica de prueba del tribunal exhortado 32
a) Procedencia según la lex fori del tribunal alemán 32
b) Procedencia según derecho chileno 32

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Página

(1) Delimitación de competencias entre tribunal exhortante y tribunal exhortado 32

(2) No hay intrusión en la jurisdicción del órgano de administración de justicia exhortado 33

(3) Respecto a la práctica de tribunales chilenos en asistencia judicial (en especial el llamado caso Letelier) 33

V. Resultado 34

I. Situación de partida procesal:

La libertad del juez alemán en la exploración de la verdad mediante práctica de prueba, existente por principio, encuentra sus límites en el derecho procesal respectivo, pero también en las normas del derecho constitucional e internacional.

1.) Entre las normas fundamentales del derecho internacional se halla el respeto a la soberanía de estados extranjeros. De ahí se desprende la norma elemental del derecho de procedimiento civil internacional de que ningún estado puede efectuar diligencias procesales dentro del territorio de un estado extranjero sin la autorización de aquél.

> Véase E. Rietzler, Internationales Zivilprozeßrecht (1949), pág. 18. Este principio pertenece a las "reglas generales del derecho internacional" que, según Art. 25 GG (Constitución Federal), son "parte integrante del derecho federal" sin medida alguna del legislador o de la administración, prevalecen sobre las leyes y producen, en forma directa, derechos y obligaciones para los habitantes del territorio federal.

La práctica de prueba por inspección ocular o por la toma de declaración a testigos es un acto de soberanía de estado, y por eso, fundamentalmente, restringido al territorio de jurisdicción - es decir, al territorio de la República Federal de Alemania.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Véase, en vez de muchos, Baumbach-Lauterbach, ZPO, 38ª edición, § 363 RN 1.

Cuando, por lo tanto, en procesos con relaciones extranjeras, resultan necesarias diligencias como inspección ocular o toma de declaración a testigos o peritos en el extranjero, hay que dirigir un exhorto al estado extranjero pertinente.

Véase al respecto, en forma detallada, Rietzler, obra citada, capítulo XII "Rechtshilfe", pág. 672 ss., además la literatura cuantiosa § 363 ZPO.

2.) El exhorto para practicar prueba en el extranjero, necesario según § 363 ZPO (Cód. Proc. Civil), ~~tiene~~ tiene en cuenta el principio de respetar la soberanía extranjera dentro de su territorio, el cual está arraigado en el derecho internacional.

a) Exhortos pueden ser tramitados exclusivamente por los órganos y autoridades competentes para los asuntos internacionales - es decir, no por los órganos de administración de justicia mismos.

b) Los propios asuntos de asistencia judicial están sometidos al derecho internacional, o sea, derechos y obligaciones entre estados pueden nacer solamente por acuerdos entre estados.

(1) Expresión de acuerdos entre estados son, por regla general, contratos bilaterales o multilaterales; además las normas del derecho consuetudinario internacional.

(2) También entra en consideración la tramitación de un exhorto sin obligación correspondiente de derecho internacional. Los órganos de administración de justicia del estado exhortado, en general, actúan en base a sus propias leyes, sin que el estado exhortante pueda deducir títulos de derecho internacional de la situación jurídica en el estado exhortado. Del punto de vista de las relaciones interestatales, esta tramitación de exhortos entre

Archivo Nacional de Chile
/ Desde

Archivo Nacional de Chile

estados que no quedan obligados por derecho internacional, se realiza dentro del llamado favor entre estados: mucho que se hace en los asuntos jurídicos internacionales por cierta consideración mutua, respecto a órganos de administración de justicia extranjeros y sus tareas, no está arraigado en el derecho consuetudinario internacional, sino que se fundamenta en una capa que está más abajo, la llamada "comitas gentium".

Véase al respecto Blumenwitz, Rechtsvergleichung und Völkerrecht, en: Sozialrechtsvergleich im Bezugsrahmen internationalen und supranationalen Rechts (1978), pág. 75ss. (80).

c) Según § 363 inciso 2 ZPO (Cód. Proc. Civil) la práctica de prueba debe ser realizada, por principio, por el "cónsul federal" (es decir, el cónsul de la República Federal de Alemania, autorizado según § 15 de la Ley Consular). Por razones de ahorrar gastos y tiempo, pero también en interés de un procedimiento uniforme y determinado por la lex fori, el legislador quiere que la práctica de prueba se realice por el cónsul que funciona como órgano de administración de justicia alemán en el extranjero; el legislador respeta, sin embargo, la soberanía extranjera, expresando la regla jurídica en una oración condicional. Si el derecho del estado que recibe se opone a una práctica de prueba realizada por el cónsul alemán, la práctica de prueba podrá efectuarse solamente por las autoridades competentes del estado extranjero.

d) De la cuestión de qué autoridades o qué órgano de administración de justicia en el extranjero tramitarán las prácticas de prueba necesarias respecto a un juicio pendiente en la República Federal de Alemania, hay que separar estrictamente la otra cuestión, no reglamentada en § 363 ZPO (Cód. Proc. Civil), si el tribunal alemán podrá participar, en alguna forma, en la práctica de prueba en el extranjero. Esta cuestión depende, por un lado, de la lex fori correspondiente del

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

tribunal alemán y, por otro lado, del derecho del estado que recibe y en el cual el cónsul debería realizar la práctica de prueba, o del derecho del órgano de administración de justicia extranjero exhortado, respectivamente.

3.) De la situación de partida procesal se desprenden las siguientes <u>preguntas, esenciales para el curso ulterior de la investigación:</u>

a) ¿Puede un cónsul alemán, autorizado según § 15 Ley Consular, tramitar las prácticas de prueba en Chile según el auto de prueba del 22-1-1980?
¿Puede realizarse esta práctica de prueba "en presencia" de los magistrados de la 3ª Sala de lo Civil de la Corte de Bonn?

A raíz de § 363 inciso 2 ZPO (Cód. Proc. Civil), hay que entrar, primero, en este conjunto de preguntas. Si se oponen impedimentos jurídicos o prácticos de gravedad a la práctiva de prueba realizada por el cónsul alemán, se presentan las demás preguntas:

b) La práctica de prueba proyectada, ¿puede ser tramitada por un órgano de administración de justicia chileno? En caso positivo, ¿Puede realizarse esta práctica de prueba "en presencia" del tribunal alemán?

c) Tanto respecto a la práctica de prueba realizada por el cónsul alemán, como respecto a la práctica de prueba realizada por un órgano de administración de justicia chileno, primero se presenta, sin embargo, la pregunta por reglamentaciones contractuales internacionales pertinentes que eventualmente existan.

II. <u>Convenios contractuales pertinentes entre la República Federal de Alemania y Chile.</u>

Acuerdos contractuales internacionales en el campo del tráfico jurídico en asuntos civiles y comerciales no existen, actualmente, entre la República Federal de Alemania y Chile sobre una base bilateral. Pero de contratos multilaterales tampoco se desprenden obligaciones para ambos estados, porque

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Chile, por ejemplo, tampoco se hizo miembro ni del Convenio de La Haya del 17-7-1905 ni de la Convención de La Haya sobre la práctica de prueba en el extranjero en asuntos civiles y comerciales del 18-3-1970 (BGBl 1977 II, pág. 1472).

Véanse para Alemania Bülow-Böckstiegel, Internationaler Rechtsverkehr in Zivil- und Handelssachen, 2ª edición 1973, pág. 917 - 1; además la lista de los tratados internacionales que obligan la República de Chile en asuntos de asistencia judicial en: Código de Derecho Internacional Privado, Edición Oficial, Editorial Jurídica de Chile (1978), nota 1 al 5° título de la ley ("Exhortos o Comisiones Rogatorias"), Art. 380ss., pág. 91, y la lista de las Convenciones Internacionales Suscritas o Ratificadas por Chile en: Materias de Derecho Internacional Privado, voz guía "Alemania", pág. 103; véase ahí también la lista de los tratados multilaterales que obligan la República de Chile, pág. 113ss.

En sus relaciones con la República Federal de Alemania, la República de Chile está prestando asistencia judicial sobre una base sin tratados, en conformidad con sus propias disposiciones procesales (véase, en especial, Art. 388ss. Código de Derecho Internacional Privado) dentro del marco de la llamada "comitas gentium" (véase arriba I. 2.) b) (2)).

Al respecto, véase también Bülow-Böckstiegel, obra citada, pág. 917 - 13.

III. Práctica de prueba mediante el cónsul competente de la Embajada de la República Federal de Alemania en Chile.

1.) Aunque, según el derecho internacional, haya que separar las tareas diplomáticas y las consulares,

véase Convención de Viena sobre Relaciones Diplomáticas del 18-4-1961 (BGBl 1964 II pág. 958), por un lado; y por el otro, Convención de Viena sobre Relaciones Consulares del 24-4-1963 (BGBl 1969 II pág. 1587); Chile ratificó ambas convenciones que, por lo tanto, se usan en todo su alcance en las relaciones chileno-alemanas; véase Convención de Viena sobre Relaciones Diplomáticas: Decreto N.o 666 del 9-12-1967, publicado en el Diario Oficial del 4-3-1968; Convención de Viena sobre Relaciones Consulares: Decreto N.o 709 del del 28-11-1967, publicado en el Diario Oficial del 5 de Marzo de 1968 (véase al respecto también BGBl 1971 II pág. 1285ss.);

la tramitación de tareas consulares dentro del marco de

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

una misión diplomática, resulta posible y no inusitada.

Véase, p.e., Berber, Lehrbuch des Völkerrechts, Vol. I. Allgemeines Friedensrecht, 2ª edición 1975, pág. 297ss. (303s.).

Desde luego, esas medidas netamente organizadoras, no alteran en nada las tareas que se realizan típicamente dentro del marco de las relaciones consulares, ni su realización dentro del marco de las disposiciones legales generales del estado que recibe.

2.) Después de que la llamada jurisdicción consular sobre los ciudadanos del estado que envía en el estado que recibe desapareció totalmente, en el curso del robustecimiento de la autoridad territorial del estado soberano moderno, pertenece a las tareas consulares, en primer lugar, la protección de los ciudadanos del estado que envía en el estado que recibe y el fomento de las relaciones económicas entre estos estados.

Véase Verdross-Simma, Universelles Völkerrecht - Theorie und Praxis (1976), pág. 466.

a) Según concepción moderna de derecho internacional, se agrega también la protección de ciertos intereses del estado que envía en el estado que recibe, dentro de los límites admitidos en derecho internacional. En esta categoría entran, entre otras cosas, también la entrega de escrituras y la tramitación de exhortos. Codificando derecho consuetudinario internacional general, Art. 5 (a) de la ya mencionada Convención sobre Relaciones Consulares señala como tarea consular,

> "proteger los intereses del estado que envía y de sus ciudadanos, es decir, tanto de personas naturales como jurídicas, en el estado que recibe y dentro de los límites admitidos en derecho internacional."

b) Art. 5 (j) de la Convención de Viena sobre Relaciones Consulares precisa este principio general, respecto a la entrega de escrituras y a exhortos, como sigue:

> (Las tareas consulares consisten en)
> "... entregar escrituras judiciales y extrajudi-

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

ciales y tramitar exhortos, en cuanto eso corresponda a acuerdos internacionales vigentes o, a falta de tales, resulta compatible con las leyes y demás disposiciones legales del estado que recibe."

Como se expuso arriba bajo II., en las relaciones entre la República Federal de Alemania y la República de Chile, no hay acuerdos internacionales que reglamenten la tramitación de exhortos, así que una práctica de prueba por el cónsul de la Embajada alemana, autorizado según § 15 Ley Consular, se podrá realizar exclusivamente dentro del marco de las leyes y demás disposiciones legales chilenas.

c) La autorización de la representación consular del estado que envía, según Art. 5 (j) de la Convención de Viena sobre Relaciones Consulares, para realizar actos de soberanía en el territorio del estado que recibe, no debe ser interpretada en forma extensiva - como se podría deducir, tal vez, de los informes de la Embajada alemana en Santiago y del Ministerio de RR.EE.

(1) Art. 5 (j) de la mencionada Convención de Viena contiene una restricción de la soberanía territorial del estado que recibe. Por lo tanto, rige el principio de la interpretación restrictiva de la norma contractual. El principio de la interpretación restrictiva se desprende de la esencia del derecho internacional y de sus principiosfundamental de la soberanía de los estados. Como no deben suponerse restricciones de la independencia de los estados,

véase fallo de la Corte Internacional Permanente en el caso Lotus, A/10, pág. 18;

hay que elegir entre varias interpretaciones posibles aquélla que contenga las obligaciones mínimas para la parte, de cuyas obligaciones se trata en la contienda concreta.

Véase, p.e., el informe del juez Basdevant en el caso Minquiers, IGH Reports 1953; además Berber, obra citada, pág. 482.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

(2) Eso significa, por ejemplo, que, en caso de duda, no tienen que decidir órganos de administración de justicia alemanes, sino chilenos, sobre la cuestión de si una práctica de prueba realizada en territorio chileno por el cónsul alemán, aún esté conforme a las leyes y demás disposiciones legales chilenas.

3.) a) En general, en el tráfico jurídico internacional, los órdenes jurídicos latinoamericanos están dispuestos mucho menos a renunciar a soberanía nacional que los de otros estados; no se está tan acostumbrado a estructuras de pensamiento supranacionales como, por ejemplo, en la República Federal de Alemania; no está a disposición un conjunto de normas concebido en forma preestatal como en la familia de Common-Law.

Véase, p.e., Blumenwitz, Einführung in das Anglo-amerikanische Recht, 2ª edición 1976.

Especialmente en el pensamiento chileno respecto al derecho de colisión, el principio territorial, deducido del concepto de soberanía, encuentra su expresión más pronunciada.

Véase al respecto, en forma detallada, Samtleben, Internationales Privatrecht in Lateinamerika, Vol. 1 Allgemeiner Teil (1979), pág. 245ss. El derecho de colisión chileno muestra hasta hoy día la marca del internacionalista Andrés Bello, que también fue autor del Código Civil chileno de 1855. Sobre vida y obra de Andrés Bello véase también Samtleben, RabelsZ 35 (1971), pág. 74ss.

b) Además, el principio de la legalidad, derivado del concepto de soberanía estatal, pero también del principio del estado de derecho, se encuentra arraigado, en forma especial, en la constitucionalidad chilena. Por lo tanto, se ponen límites mucho más estrechos de lo que se hace, por ejemplo, en la República Federal de Alemania, a la renuncia al ejercicio de la jurisdicción propia dentro del marco del principio oportunístico. Según el principio de la separación de pode-

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

res, arraigado en la Constitución chilena, y según el principio de la independencia del poder judicial, no le es posible sin más al poder ejecutivo - tampoco en casos relacionados con el extranjero - disponer de la jurisdicción de tribunales chilenos en favor de órganos de administración de justicia extranjeros. La competencia respecto a la competencia pertenece, también en esas cuestiones, a la Corte Suprema de Chile que, constitucionalmente, ocupa un lugar destacado en toda la administración de justicia.

(1) Las disposiciones pertinentes se encuentran en los Art. 4, 12, 80, 81 y 86 de la Constitución de 1925, que actualmente aún está en vigencia:

> Art. 4.- Ninguna magistratura, ninguna persona, ni reunión de personas pueden atribuirse, ni aún a pretexto de circunstancias extraordinarias, otra autoridad o derechos que los que expresamente se les haya conferido por las leyes. Todo acto en contravención a este artículo es nulo.
>
> Art. 12.- Nadie puede ser juzgado por comisiones especiales, sino por el tribunal que le señale la ley y que se halle establecido con anterioridad por ésta.
>
> Art. 80.- La facultad de juzgar las causas civiles y criminales pertenece exclusivamente a los Tribunales establecidos por la ley. Ni el Presidente de la República, ni el Congreso, pueden, en caso alguno, ejercer funciones judiciales, avocarse causas pendientes o hacer revivir procesos fenecidos.
>
> Art. 81.- Una ley especial determinará la organización y atribuciones de los Tribunales que fueren necesarios para la pronta y cumplida administración de justicia en todo el territorio de la República.
>
> Art. 86.- La Corte Suprema tiene la superintendencia directiva, correccional y económica de todos los Tribunales de la Nación, con arreglo a la ley que determine su organización y atribuciones.
>
> La Corte Suprema, en los casos particulares de que conozca o le fueren sometidos en recurso interpuesto en juicio que se siguiere ante otro Tribunal, podrá declarar inaplicable, para ese caso, cualquier precepto legal contrario a la Constitución. Este recurso podrá dedu-

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

cirse en cualquier estado del juicio, sin que se suspenda su tramitación.

Conocerá, además, en las contiendas de competencia que se susciten entre las autoridades políticas o administrativas y los Tribunales de Justicia que no correspondan al Senado.

Texto: Constitución Política de la República de Chile, Conforme a la Edición Oficial, Editorial Nascimiento, Santiago de Chile 1968.

(2) Las disposiciones referentes a la administración de justicia de la Constitución de 1925 no han sido cambiadas tampoco por el Gobierno de la Junta que se constituyó después del 11. 9. 1973.

Véase Blumenwitz, Die Verfassungsentwicklung in der Dritten Welt unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung in Chile, herausgegeben vom Institut für Demokratieforschung, Würzburg 1979; el mismo, El Desarrollo Constitucional en el Tercer Mundo con Especial Consideración del Caso Chileno, en: La Democracia en el Mundo de Hoy (1980), pág. 11ss.; además: Art. 1, cifra 3 del Acta Constitucional N.o 3.

(3) La nueva Constitución chilena del 11-8-1980, que entrará en vigencia el 11-3-1981, reitera esas disposiciones en parte verbalmente.

Véase Constitución Política de la República de Chile, Decreto Ley N.o 3.464 del 11-8-1980, especialmente Art. 19, cifra 3 (corresponde al Art. 12 de la Constitución antigua) y los Art. 73ss. (corresponden a los Art. 80ss. de la Constitución antigua).

c) Los mencionados principios constitucionales sobre el poder judicial y sus tareas especiales, se actualizan en Chile también por leyes correspondientes - lo que no ~~parece lógico~~ es de esperar de ninguna manera en Latinoamérica.

(1) La ley citada en Art. 80 de la Constitución antigua o Art. 73 de la nueva, respectivamente, es la Ley Orgánica de Tribunales del 9-7-1943.

Texto: Código Orgánico de Tribunales, Edición Oficial, Editorial Jurídica de Chile (1970).

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Art. 1 de la ley reza:

"La facultad de conocer de las causas civiles y criminales, de juzgarlas y de hacer ejecutar lo juzgado pertenece exclusivamente a los tribunales que establece la ley."

(2) El Código de Procedimiento Civil del 21 de Marzo de 1944

Texto: Código de Procedimiento Civil, Edición Oficial, Editorial Jurídica de Chile 1970

realiza en los casos con relación al extranjero, reglamentados en los Art. 242ss., estrictamente el principio territorial, derivado del principio de la soberanía:

Art. 242 (239). Las resoluciones pronunciadas en país extranjero tendrán en Chile la fuerza que les concedan los tratados respectivos; y para su ejecución se seguirán los procedimientos que establezca la ley chilena, en cuanto no aparezcan modificados por dichos tratados.

Art. 243 (240). Si no existen tratados relativos a esta materia con la nación de que procedan las resoluciones, se les dará la misma fuerza que en ella se dé a los fallos pronunciados en Chile.

Art. 244 (241). Si la resolución procede de un país en que no se da cumplimiento a los fallos de los tribunales chilenos, no tendrá fuerza en Chile.

Art. 245 (242). En los casos en que no pueda aplicarse ninguno de los tres artículos precedentes, las resoluciones de tribunales extranjeros tendrán en Chile la misma fuerza que si se hubieran dictado por tribunales chilenos, con tal que reúnan las circunstancias siguientes:

1º Que no contengan nada contrario a las leyes de la República. Pero no se tomarán en consideración las leyes de procedimiento a que haya debido sujetarse en Chile la substanciación del juicio;

2º Que tampoco se opongan a la jurisdicción nacional;

3º Que no hayan sido dictadas en rebeldía; y

4º Que estén ejecutoriadas en conformidad a las leyes del país en que hayan sido pronunciadas.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Art. 246 (243). Las reglas de los artículos precedentes son aplicables a las resoluciones expedidas por jueces árbitros. En este caso se hará constar su autenticidad y eficacia por el visto-bueno u otro signo de aprobación emanado de un tribunal superior ordinario del país donde se haya dictado el fallo.

Art. 247 (244). En todos los casos a que se refieren los artículos precedentes, la resolución que se trate de ejecutar se presentará a la Corte Suprema en copia legalizada.

Art. 248 (245). En los casos de jurisdicción contenciosa, se dará conocimiento de la solicitud a la parte contra quien se pide la ejecución, la cual tendrá para exponer lo que estime conveniente un término igual al de emplazamiento para contestar demandas.

Con la contestación de la parte o en su rebeldía, y con previa audiencia del ministerio público, el tribunal declarará si debe o no darse cumplimiento a la resolución.

(3) El <u>derecho de colisión chileno</u>, codificado en el Código de Derecho Internacional Privado,

Texto: Edición Oficial, Editorial Jurídica de Chile 1977;

se basa en el principio territorial ya mencionado; por él se entiende - como expresó <u>Samtleben</u> en forma precisa - el afán, arraigado profundamente en el teritorialismo, de "someter al derecho propio todos los hechos que revistan alguna relación local o personal con el interior" (obra citada, pág. 244). Otro fundamento es el Código Bustamante, tratado concebido, hace medio siglo, entre los estados latinoamericanos que contiene, en más de 400 artículos, reglamentaciones detalladas de casi todas las cuestiones del dercho privado y rituario internacional.

El tratado fue firmado por Chile el 20-2-1928, aprobado por el Congreso Nacional el 10-5-1932 y ratificado el 14-6-1933, promulgado por DFL. N.o 374 del 10-4-1934, y publicado en el Diario Oficial el 25-4-1934, véase <u>Samtleben</u>, obra citada, pág. 58, nota 73.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Chile, realmente, formuló una reserva muy amplia en ratificar el Código Bustamante: El derecho de colisión que, fundamentalmente, obliga los estados latinoamericanos, no se aplicará en cuanto sus disposiciones contradigan la legislación nacional, destacándose que no sólo la legislación actual, sino también la futura prevalecerán sobre el Código Bustamante.

> Véase Duncker, Derecho internacional privado (Parte General), 3ª edición 1967, pág. 141s.

Por otra parte, según opinión dominante, el Código Bustamante puede ser invocado como fuente jurídica subsidiaria también para con estados no tratantes como, por ejemplo, la República Federal de Alemania.

> Véase Duncker, obra citada, pág. 120 y las comprobaciones en Samtleben, obra citada, pág. 287, nota 138.

En las cuestiones de procedimiento civil internacional, presentadas para el dictamen, sin embargo, no resultan tensiones entre las reglas de colisión reglamentadas por tratados internacionales y las normas del derecho interno chileno, porque en los sectores que interesan aquí, el Código Bustamante, de todos modos, alega el derecho nacional respectivo, interdice jurisdicciones especiales a base personal y remite tribunales extranjeros a la vía de asistencia judicial. Los Art. 314, 315 y 388 pertinentes del Código de Derecho Internacional Privado rezan:

> Art. 314. La ley de cada Estado contratante determina la competencia de los Tribunales, así como su organización, las formas de enjuiciamiento y de ejecución de las sentencias y los recursos contra sus decisiones.
>
> Art. 315. Ningún Estado contratante organizará o mantendrá en su territorio tribunales especiales para los miembros de los demás Estados contratantes.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

> Art. 388. Toda diligencia judicial que un Estado contratante necesite practicar en otro, se efectuará mediante exhorto o comisión rogatoria cursados por la vía diplomática. Sin embargo, los Estados contratantes podrán pactar o aceptar entre sí en materia civil o criminal cualquier otra forma de transmisión.

4.) El "territorialismo" que el orden jurídico chileno sustenta en casos relacionados con el interior, tiene como consecuencia que las funciones del cónsul alemán posibles dentro del marco de Art. 5 (j) Convención de Viena sobre Relaciones Consulares, disminuyen en forma correspondiente.

a) En el caso presente no se necesita examinar detalladamente qué campo de actividades le quede aún al cónsul alemán, dentro del orden jurídico chileno, respecto a prácticas de prueba según § 363 inciso 2 ZPO (Cód. Rroc. Civil).

> Bülow-Böckstiegel, Internationaler Rechtsverkehr in Zivil- und Handlessachen (1973), pág. 917 - 13, considera admisible tomar declaraciones a tastigos y tomar juramentos, siempre que el declarante esté dispuesto a comparacer ante la representación alemana y siempre que "la toma de declaración no causara efecto jurídico ulterior en Chile"; este criterio de delimitación no resulta inequívoco de ninguna manera; la delimitación del poder consular y poder territorial tampoco puede hacerse dependiente de las intenciones que persigan las partes con la práctica de prueba y el fallo correspondiente. La delimitación según la nacionalidad del testigo por interrogar, que el tribunal alemán se imaginaba en su auto de prueba del 22-1-1980, tampoco señala la dirección correcta; caso que el juicio pendiente no tocara intereses chilenos, la toma de declaración a un ciudadano chileno dispuesto a declarar, realizado por el cónsul alemán, no sería improcedente, porque las atreas consulares no están comprometidas con el principio personal.

Archivo Nacional de Chile

Resulta decisiva la relación amplia del juicio pendiente con el interior - desde el punto de vista del orden jurídico chileno - que no le permite al orden jurídico chileno que órganos de administración de justicia ~~otros~~ que no sean chilenos realicen actuaciones en territorio

Archivo Nacional de Chile

chileno - aunque sea solamente en vías de asistencia judicial.

(1) La relación especial con el interior, del juicio pendiente - vista desde el orden jurídico chileno - resulta de la circunstancia de que una de las partes del juicio es persona jurídica de derecho chileno y tiene sede y campo de actividades en Chile.

(2) Materia del juicio es lesión de derechos de la parte chilena los que - como honra y prestigio - ocupan alto rango en el orden público chileno.

(3) Indirectamente, es también materia del juicio el ejercicio de poder estatal chileno en sectores que, en ningún estado del mundo, están sometidos a control público, judicial o hasta internacional ilimitado; el tema de prueba del tribunal exhortante toca, posiblemente, en forma directa, un "arcanum" del ejercicio de poder estatal; objetos de la inspección ocular son, exclusivamente, cosas con relación directa con el territorio chileno.

(4) Además de los objetos de la práctica de prueba, debe considerarse, al final, la extensión extraordinaria de la práctica de prueba proyectada en el auto de prueba del 22-1-1980. En realidad, el Art. 5 (j) Convención de Viena sobre Relaciones Consulares no contiene restricciones cuantitativas; pero en vista de las competencias competitivas entre estado que recibe y estado que envía, deben mantenerse las proporciones usuales de actividades consulares.

b) Las exposiciones del Ministerio de RR.EE. y del Embajador de la República Federal de Alemania en Chile referente a "tramitación de la práctica de prueba mediante toma de declaración a testigos e inspección ocular de Colonia Dignidad y sus alrededores por la Embajada alemana en Santiago" no contienen nada que podría poner en duda el resultado obtenido arriba bajo a).

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

(1) Las consideraciones del Ministerio de RR.EE., enviadas al Ministro de Justicia Federal:

> "Mediante un interrogatorio realizado exclusivamente por nuestra Embajada en Santiago, podría evitarse presentar al Gobierno chileno, junto con el pedido de transmisión al tribunal chileno competente, el texto del auto de prueba; teniendo en cuenta algunas formulaciones en el texto, despertaría serios escrúpulos enviar el auto de prueba al Gobierno de Chile en la forma actual."
> (Véase N.o 3 de la comunicación citada arriba)

demuestran que el Ministerio de RR.EE. no sólo no había estudiado los fundamentos de derecho internacional para la actuación de una representación alemana en el extranjero en asuntos de exhorto, sino que también supone que una representación alemana en el extranjero, como órgano de administración de justicia alemán en territorio extranjero, puede actuar, por así decir, a espaldas y contra los probables intereses del estado que recibe. Según la disposición normativa del Art. 5 (j) Convención de Viena sobre Relaciones Consulares, sin embargo, el cónsul alemán, como brazo alargado del tribunal alemán en territorio chileno, sólo puede actuar en armonía con el orden jurídico chileno. Si la Embajada alemana no cursa un exhorto a las autoridades chilenas cpmpetentes, sino que lo tramita a cuenta propia, porque el Gobierno chileno podría expresar reparos contra el auto de prueba, eso sería además una infracción de las obligaciones diplomáticas, porque también el diplomático - sin perjuicios de sus privilegios - debe"observar las leyes y demás disposiciones legales del estado que recibe".

Véase Art. 41 inciso 1 Convenio de Viena sobre Relaciones Diplomáticas del 18-4-1961 (BGBl 1964 II pág. 958); sobre las obligaciones diplomáticas, detalladamente, Berber, obra citada, pág. 293s.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

(2) La práctica de estados en asuntos de asistencia judicial resulta importante; de todos modos, es posible en derecho internacional que el estado que recibe no tome tan al pie de la letra sus propias normas legales ni la validez del principio territorial, o que por consideraciones políticas siga una "policy of not noticing it". Pero no se debe suponer, desde un comienzo, que el Gobierno del estado que recibe no va a atenerse al orden jurídico que también le obliga a él.

(a) Las expresiones del Ministerio de RR.EE. en la comunicación ya mencionada varias veces no resultan muy reveladoras al tratar bajo N.o 1 la práctica de estados chilono-alemana en asuntos de asistencia judicial.

Queda abierto si las "averiguaciones reiteradas" de la Embajada en Santiago sobre la Colonia Dignidad, eran averiguaciones dentro del marco de las tareas diplomáticas generales, o si se trataba de averiguaciones ocasionadas por exhortos formales (es decir, práctica de prueba e inspección ocular); en el último caso no más podría hablarse de un ejercicio correspondiente o, posiblemente, de una práctica de estados que podría resultar relevante también para el presente caso.

Pero habría que verificar, entonces, si los casos tramitados anteriormente demuestran una relación ~~semejantemente fuerte~~ tan estrecha con el orden jurídico chileno como el presente (la demandante es persona jurídica de derecho chileno y desea práctica de prueba por un tribunal chileno exhortado; las materias de prueba y juicio se refieren directa o indirectamente a asuntos chilenos, véase letra a) arriba). Sólo en tal caso se podría hablar de precedentes auténticos que justificarían un pronóstico suficientemente

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

seguro respecto al tratamiento de los hechos en el juicio pendiente.

(b) Importancia especial reviste la conversación entre el Embajador de la República Federal de Alemania y el Jefe de la Sección Jurídica en el Ministerio de RR.EE. chileno, comunicada por la Embajada de la República Federal de Alemania en informe N.o 647/80, puesto que el caso pendiente era objeto de la discusión. Durante la conversación, la parte chilena hizo ver en forma suficientemente clara que "un exhorto dirigido al tribunal chileno competente" es "la vía normal". Todas las demás consideraciones tienen el carácter legalmente no obligatorio, propio de una "conversación de tanteo". Del informe de la Embajada alemana no se desprende tampoco, si el funcionario chileno se encontraba informado respecto a las relaciones especiales del presente caso con el orden jurídico chileno. En todo caso, de la disposición señalada de autoridades chilenas ~~de que van~~ a responder a una solicitud de de prueba dirigida a ellas, no se debe concluir que, bajo estas circunstancias, también el cónsul alemán como órgano de administración de justicia extranjero esté autorizado de averiguar en territorio chileno.

5.) Como se dijo ya en un comienzo (véase arriba bajo I. 2) d)), hay que separar de la cuestión de la procedencia de la práctica de prueba realizada por el cónsul alemán, la otra cuestión de la procedencia de una cooperación de cualquier índole del tribunal alemán en la práctica de prueba. De todos modos, queda excluida de antemano una cooperación del tribunal alemán en una práctica de prueba por realizar ante el cónsul alemán en el extranjero, si se le prohibe al cónsul alemán, según Art. 5 (j) Convención de Viena sobre Relaciones Consulares, realizar la práctica de prueba por derecho contradictorio en el estado que recibe. Por lo tanto, se

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile.

puede ~~entrar en~~ discutir la posibilidad de una participación del tribunal alemán en la práctica de prueba sólo subsidiariamente, en caso de que el Gobierno chileno consienta expresamente a una práctica de prueba realizada por el cónsul alemán fuera del marco del Art. 5 (j).
Una práctica de prueba en el extranjero "en presencia del tribunal alemán" sólo queda posible, si la lex fori del tribunal alemán y el derecho pertinente para el procedimiento local lo permiten.

a) Ni el Código de Procedimiento Civil ni el Código de Procedimiento Penal alemanes contemplan expressis verbis una participación del tribunal alemán respectivo en una práctica de prueba en el extranjero.

Lo mismo ~~vale~~ hay que decir, además, para el derecho procesal chileno.

(1) Por lo tanto, tal modus procedendi puede derivarse, a lo sumo, del principio de la exploración de la verdad, inmanente en el derecho procesal, y sólo debe ser practicado, si la investigación de la verdad en las vías expresamente indicadas en los códigos de procedimiento no parece ~~prometedora~~ muy prometedora. De todos modos, hay que ~~cuidar~~ tener siempre que los sectores de responsabilidad de los órganos de administración de justicia que averiguan, quedaran estrictamente separados , porque una mezcla de funciones ejecutivas y judiciales no resulta compatible con el principio del juez legal, arraigado en el derecho constitucional.

Véase para estas preguntas que científicamente aún no se han investigado detalladamente, la incipiente discusión del problema en la revista "Der Spiegel" N.o 35/1980, pág. 74ss. (Titular: "Región estupenda - Les gusta a tribunales alemanes viajar a países lejanos. Las tomas de declaración a testigos en el extranjero resultan a veces innecesarias y legalmente dudosas.").

De todos modos, § 38 (a) Orden de Asistencia Judicial en lo Civil (ZRHO) del 19-10-1956, parte de la participación del tribunal alemán en una práctica de prue-

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

ba realizada por la Embajada, y supone con eso la procedencia de tal procedimiento.

(2) Del Orden de Asistencia Judicial en lo Civil (ZRHO) como ley no formal, en realidad, tampoco se puede deducir nada que justificaría los altos gastos de la índole especial de la práctica de prueba, los que se imponen a las partes. La obligación de los jueces a explorar la verdad, no sólo tiene que respetar la soberanía de estados extranjeros, sino que se encuentra también dentro del sistema de valores de la Constitución. Por lo tanto, la investigación de la verdad no resulta ser un valor absoluto, pese a su alta importancia para las reglas de la práctica de prueba.

(a) El orden de valores de la Ley Fundamental no conoce la frase de que habría que "explorar la verdad a toda costa". Por lo tanto, la consideración de otros valores puede hacer inadmisible la práctica de prueba, y tal improcedencia también puede afectar ciertos métodos de prueba.

Véase al respecto, con muchos detalles, Löwe-Rosenberg, Vol. 3, Kommentar zur StPO, 23ª edición, RN 151 sobre § 244 inciso 2.

Los valores protegidos fundamentalmente comprenden también la garantía de la propiedad del Art. 14 GG (Constitución Federal).

Véase al respecto y sobre la cuestión, cuando - en casos especiales - una práctica de prueba pueda ser improcedente a raíz de los altos gastos que exige, Löwe-Rosenberg, obra citada, RN 164.

(b) Caso que se abriera la posibilidad jurídica de que participe el tribunal alemán en la práctica de prueba en el extranjero, primero habría que ponderar los gastos especiales que se les orinan a las partes frente al "más" efectivo de posible conocimiento judicial; además habría que averiguar si las partes no serían impedidas

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

en su prosecución legal por un riesgo de gastos prohibitivo.

b) (1) En lo que se refiere a la procedencia de una participación del tribunal alemán en la práctica de prueba del cónsul alemán según las normas legales pertinentes, primero hay que dirigirse otra vez a la Convención de Viena sobre Relaciones Consulares que resulta normativa para la actividad de la representación alemana en el extranjero como órgano de administración de justicia en el estado que recibe.

(2) Art. 5 (j) de la Convención mencionada autoriza solamente los representantes con funciones consulares a realizar actos de soberanía en el estado que recibe; a otros representantes del estado que envía les queda prohibido cualquier acto de soberanía. En este respecto, también la mera presencia en calidad oficial en la realización de tareas de soberanía por el cónsul, debe ser calificado de acción oficial improcedente. La presencia del tribunal alemán en la práctiva de prueba en Chile, por lo tanto, será posible exclusivamente con el consentimiento del Gobierno chileno - como cualquier otra actuación oficial no privilegiada en el extranjero.

Tal situación legal la refleja también § 38 (a) ZRHO (Orden Asist. Judicial Civil), al declarar sometida al consentimiento del Gobierno del estado que recibe, la participación de un tribunal alemán en una práctica de prueba de la Embajada.

(3) A raíz de las razones expuestas arriba bajo 4.) a), no se puede contar con un consentimiento del Gobierno chileno.

No es necesario discutir más detalles, porque la Embajada alemana en Chile, en efecto, desaconseja de tal procedimiento (véase informe 647/80) y el Ministerio de RR.EE. expresa solamente su opinión, en el N.o 2 de su comunicación (citada arriba), sobre lo que sería deseable, pero no analiza la situación jurídica concreta.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

IV. Práctica de prueba mediante el tribunal chileno competente.

Como el cónsul alemán según § 363 inciso 2 ZPO (Cód. Proc. Civil) no puede tramitar el exhorto de práctica de prueba, el tribunal extranjero competente debe averiguar por vía de asistencia judicial.

1) Si se observan las formalidades usuales internacioneles, los tribunales chilenos prestan asistencia judicial también sobre una base sin tratados a tribunales extranjeros.

Véase Bülow-Böckstiegel, obra citada, pág. 917 - 13; en general sobre procedimiento de exhortos: Rietzler, obra citada, pág. 672ss. son otros datos bibliográficos.

(a) Las disposiciones pertinentes se encuentran en el 5° Título del Código de Derecho Internacional Privado; las disposiciones rezan:

Art. 388. Toda diligencia judicial que un Estado contratante necesite practicar en otro, se efectuará mediante exhorto o comisión rogatoria cursados por la vía diplomática. Sin embargo, los Estados contratantes podrán pactar o aceptar entre sí en materia civil o criminal cualquier otra forma de transmisión.

Art. 389. Al juez exhortante corresponde decidir respecto a su competencia y a la legalidad y oportunidad del acto o prueba, sin perjuicio de la jurisdicción del juez exhortado.

Art. 390. El juez exhortado resolverá sobre su propia competencia ratione materiae para el acto que se le encarga.

Art. 391. El que reciba el exhorto o comisión rogatoria debe ajustarse en cuanto a su objeto a la ley del comitente y en cuanto a la forma de cumplirlo a la suya propia.

Art. 392. El exhorto será redactado en la lengua del Estado exhortante y será acompañado de una traducción hecha en la lengua del Estado exhortado, debidamente certificada por intérprete juramentado.

Art. 393. Los interesados en la ejecución de los exhortos y cartas rogatorias de naturaleza privada deberán

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

constituir apoderados, siendo de su cuenta los gastos que estos apoderados y las diligencias ocasionen.

Adicionalmente, hay que señalar Art. 76 inciso 2 del Código Procedimiento Civil; Art. 76 que se halla en el Título VII del Código, sobre "Actuaciones Judiciales", reza:

> Art. 76. Cuando hayan de practicarse actuaciones en país extranjero, se dirigirá la comunicación respectiva a al funcionario que deba intervenir, por conducto de la Corte Suprema, la cual la enviará al Ministerio de Relaciones Exteriores para que éste a su vez le dé curso en la forma que esté determinada por los tratados vigentes o por reglas generales adoptadas por el Gobierno. En la comunicación se expresará el nombre de la persona o personas a quienes la parte interesada apodere para practicar las diligencias solicitadas, o se indicará que puede hacerlo la persona que lo presente o cualquiera otra.
>
> Por este mismo conducto y en la misma forma se recibirán las comunicaciones de los tribunales extranjeros para practicar diligencias en Chile.

b) La índole especial del tema de prueba no impedirá que el tribunal chileno exhortado tramite la práctica de prueba deseada. Exhortos de prueba, en general, se rechazan únicamente cuando el juicio extranjero al que debería servir la práctica de prueba, contraríe al orden público chileno.

> Véase, al respecto, la comprobación de la práctica latinoamericana en Samtleben, obra citada, pág. 243, nota 153 y pág. 97, nota 134 (denagación de la asistencia judicial en un juicio de divorcio, si el estado exhortado no reconoce el divorcio y tiene derecho a reglamentar el estado civil de los cñyuges). En general, en la tramitación de exhortos, se hace uso del orden público sólo en forma muy discreta; véanse las exposiciones en Rietzler, obra citada, pág. 676.

En el presente caso, sin embargo, el juicio pendiente ante el tribunal exhortante servirá a la restitución de la honra lesionada en el extranjero de, entre otras, también una parte chilena; el objetivo del

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

proceso se encuentra, por lo tanto, en plena armonía con el orden público chileno.

El predio de la Colonia Dignidad que, según el exhorto, será objeto de una inspección ocular, no ha sido excluido por medidas fiscales de la jurisdicción del tribunal exhortado; lo mismo vale respecto a los testigos y partes por interrogar.

Según las reglas generales del derecho procesal civil internacional, un exhorto regular puede ser denegado exclusivamente por falta de jurisdicción; véase Rietzler, obra citada, pág. 676, bajo referencia al Art. 11 inciso 3 de la Convención de La Haya.

2.) La cuestión de la procedencia de la cooperación del tribunal alemán en la práctica de prueba del tribunal chileno exhortado se examina, a su vez, según la lex fori del tribunal alemán y según la lex fori del tribunal chileno exhortado.

a) Respecto a la lex fori del tribunal alemán, puede referirse a las exposiciones arriba, bajo III. 5.) a).

b) En conformidad con los principios generales del derecho procesal civil internacional,

véase, p.e., Rietzler, obra citada, pág. 676,

el tribunal chileno exhortado se encarga de la actividad que se le solicita, según su propio orden jurídico - es decir, según la lex fori - (véase Art. 391, última frase media).

(1) Eso vale para la toma de declaración a testigos y peritos, para la fórmula de juramento y para los apremios en caso de no comparecencia. El tribunal exhortado, sin embargo, no examinará si el acto que se le solicita - por ejemplo, una interrogatorio de testigo - será útil y apropiado según la situación procesal, porque tiene que abstenerse de cualquier apreciación de la causa misma (véase Art. 389). El tribunal exhortado también puede efectuar actos, según Art. 391, que solamente en

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

vista del orden jurídico del tribunal exhortante aparezcan razonables y procedentes, por ejemplo, interrogar testigos en una causa, en la cual, según su derecho propio, la prueba de testigos queda excluida; en vista del juicio extranjero, tambien podrá interogar testigos que, según el propio código de procedimiento, resultaran inhábiles para dar testimonio.

(2) Art. 391, sin embargo, no le permite al tribunal chileno exhortado que, infringiendo el derecho judicial chileno, deje participar en el juicio otras personas que las previstas legalmente, o deje intervenir órganos de administración de justicia extranjeros en las averiguaciones dentro del territorio chileno. Esto último sería una ingerencia directa en la soberanía judicial chilena, sobre la cual - aun en casos relacionados con el extranjero - no dispone el Gobierno chileno, sino únicamente la Corte Suprema.

Comparando derechos, debe señalarse, además, que una práctica de prueba por el juez exhortado en presencia del juez exhortante - en cuanto se ve - no se ha reglamentado en ninguno de los códigos de procedimiento destacados y tampoco se trata en los manuales pertinentes del derecho de procedimiento civil (véase, p.e., Rietzler, obra citada, pág. 672). En cuanto realizan actos procesales en común órganos de administración de justicia de varios estados (como, p.e., en la antigua jurisdicción consular o, en parte, tribunales de restitución o reparación), tal colaboración se basa siempre en un tratado de derecho internacional que obliga los tribunales nacionales participantes.

(3) Sobre una práctica de los tribunales en Chile que difiera de la situación legal expuesta, y en la cual, según las aparencias, se apoya el informe N.o 647/80 de la Embajada alemana del 4-7-1980, el perito no puede informar definitivamente, porque no tiene presente los demás informes N.o 270 y 310 del 16-3 y 23-3-1978, citados ahí. Pero sea

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

observado brevemente lo que sigue: Si el Embajador de la República Federal de Alemania menciona en su informe del 4-7-1980 que "también el exhorto norteamericano en el caso Letelier, políticamente muy delicado, se tramitó rápidamente y que ahí igualmente participaron órganos judiciales del estado exhortante", esto último no está conforme, por lo menos, con lo que se conoció del procedimiento en el caso Letelier por un público muy numeroso: el fiscal norteamericano competente para las investigaciones del caso Letelier, en realidad, pudo entrar en Chile libremente, como cualquier otro ciudadano americano, pero podía tratar con las autoridades chilenas exhortadas solamente por intermedio de un abogado recibido en Chile; no participó directamente en las averiguaciones de órganos de administración de justicia chilenos.

Tal situación de hecho y derecho le fue confirmado al perito en dos llamadas telefónicas a la Embajada chilena en Bonn, el 29-9-1980; la Embajada chilena confirmó, además, que tribunales exhortados en Chile no realizan prácticas de prueba en presencia de los tribunales exhortantes.

V. Resultado.

1.) Según las normas de los derechos internacional y chileno, la práctica de prueba, proyectada por la 3ª Sala de lo Civil de la Corte de Bonn en el auto de prueba del 22-1-1980, no puede realizarse "en presencia de los magistrados de la 3ª Sala de lo Civil de la Corte de Bonn."

2.) El auto de prueba del 22-1-1980 debe ser enviado, en la forma usual para el tráfico de asistencia judicial internacional y por vía diplomática, al tribunal chileno por exhortar, el que realizará las prácticas de prueba - sobre una base sin tratados - bajo su propia responsabilidad.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Nota: La utilización del dictamen fuera del juicio pendiente - en especial su publicación - debe ser autorizada por el perito.

(firma)

(Prof. Dr. D. Blumenwitz)

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Profesor Dr. Dieter Blumenwitz
Cátedra de Derecho Internacional,
Teoría Fundamental del Estado,
Derecho Público Alemán y Bávaro
y Ciencias Políticas
Universidad de Würzburg

D-8700 Würzburg, 24 de Octubre de 1980
Calle Domerschul 16 (Universidad Antigua
Pieza 201 - 203
Fono (0931) 31308

G - VIII - 15 - 80

El abogado Dr. jur. Ludwig Klassen, calle Thomas Mann 58, 5300 Bonn 1, pide un dictamen sobre los siguientes

H e c h o s :

La Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad, de Parral/Chile, persona jurídica de derecho chileno, y la Misión Social Particular, asociación registrada, Siegburg, piden como demandantes en juicio pendiente ante la 3ª Sala de lo Civil de la Corte de Bonn - Rol N.o 3 O 123/77 - la abstención de afirmaciones de Amnesty International, Sección de la República Federal de Alemania, asociación registrada, y de la empresa Gruner & Jahr AG & Co. KG (revista STERN), demandadas en el juicio pendiente. En primer lugar, la demanda se dirige en contra de afirmaciones de las demandadas, por las cuales el fundo de la Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad fue calificado como campo de torturas del ex servicio secreto chileno DINA.

1.) Para aclarar los hechos, el tribunal juzgador, el 22-1-1980, pronunció un auto de prueba de 21 carillas, cuyo contenido, en cuanto resulta importante aquí, se puede resumir como sigue:

- La práctica de prueba se realizará "por vía de exhorto, pero en presencia de los magistrados de la 3ª Sala de lo Civil de la Corte de Bonn" (véase letra D del auto de prueba del 22-1-1980; lo subrayado en el original).
- Respecto a la inspección ocular dispuesta como respecto a la toma de declaración a testigos de nacionalidad chilena, la práctica de prueba se realizará "por el juez o ministro

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

de fe competente, respectivamente, quien determinarán las autoridades chilenas" (véase letra D.I. del auto de prueba del 22-1-1980).

- En cuanto se trata de la toma de declaración a testigos de nacionalidad alemana en Chile y declaraciones correspondientes de la parte, la práctica de prueba se realizará "en lo posible por el funcionario consular competente de la Embajada de la República Federal de Alemania en Chile; en caso que eso no fuera permitido por las autoridades chilenas, se solicitará también en este sentido la realización de la práctica de prueba por el juez o ministro de fe competente, respectivamente, quien determinarán las autoridades chilenas" (véase letra D.II. del auto de prueba del 22-1-1980).

- Para "gastos de visa, vacunación, vuelo y viaje, de alimentación y alojamiento (o viáticos, respectivamente) de los miembros de la sala" y para demás gastos de la práctica de prueba habrá que deponer, lo más pronto posible, de parte de las demandantes como de las demandadas, un anticipo de expensas de 30.000 marcos alemanes c/u en la caja judicial de Bonn (véase letra H. del auto de prueba del 22-1-1980).

2.) Durante los meses subsiguientes, la 3ª Sala de lo Civil de la Corte de Bonn se esforzaba, por conducto regular, para aclarar la cuestión de qué manera será posible una práctica de prueba en Chile y si la Sala podría participar en la práctica de prueba en Chile. Como resultado de los tanteos se puede notar:

a) Una comunicación del Ministerio de RR.EE., contenida en un oficio del Ministerio de Justicia Federal al Ministro de Justicia de Rhenania del Norte/Westfalia, del 18 de Junio de 1980 (N.o de registro - 9341 C 1 - 17 425/80 -); la comunicación reza como sigue:

"1. La realización de la práctica de prueba mediante el interrogatorio de testigos e inspección ocular de la Colonia Dignidad y sus alrededores por parte de la Embajada alemana en Santiago

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

no representa inconvenientes políticos, desde el punto de vista del Ministerio de RR.EE. La Embajada en Santiago ha sido ocupada repetidas veces en los años pasados con averiguaciones sobre la Colonia Dignidad, debido a unas aseveraciones de la misma índole a que se refiere ahora el pleito en cuestión. Esas averiguaciones no habían provocado resistencia alguna por parte del Gobierno chileno. Más bien, éste se mantenía ampliamente neutral en lo que se refería a la Colonia Dignidad. De ahí que es de esperar que el Gobierno chileno no se oponga a la participación de la 3ª Sala de lo Civil de la Corte de Bonn en la práctica de prueba.

2. Según la opinión del Ministerio de RR.EE., la 3ª Sala de lo Civil de la Corte de Bonn debería participar en la práctica de prueba en Chile. La presencia de este organismo puede contribuir en que la Embajada en Santiago y el Gobierno Federal no sean comprometidos demasiado referente al conflicto alrededor de los presuntos acontecimientos en la Colonia.

3. Según la sección "Chile" dentro del Orden de Asistencia Judicial en lo Civil (ZRHO) no existe un convenio al respecto entre Chile y la República Federal de Alemania; sin embargo, suelen prestarse asistencia mutua. Además se dice que las representaciones diplomáticas alemanas en Chile pueden tramitar solicitudes de interrogación por responsabilidad propia, sin tener en cuenta la nacionalidad de la persona a interrogar, siempre que eso fuera posible sin aplicar medidas de fuerza. Contraria a la opinión de la Corte de Bonn, la Embajada en Santiago estaría en condiciones de interrogar a los testigos de nacionalidad chilena, nombrados por ambas partes del pleito, siempre que esos aparezcan voluntariamente. Mediante un interrogatorio realizado exclusivamente por nuestra Embajada en Santiago, podría evitarse presentar al Gobierno chileno, junto con el pedido de transmisión al tribunal chileno competente, el texto del auto de prueba; teniendo en cuenta algunas formulaciones en el texto, despertaría serios escrúpulos enviar el auto de prueba al Gobierno de Chile en la forma actual."

b) A raíz de esta comunicación del Ministerio de RR.EE., el Ministro de Justicia Federal pidió al Ministerio de RR.EE., el 18 de Junio de 1980, conseguir por intermedio de la Embajada en Santiago el consentimiento del Gobierno chileno

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

a la participación de la 3ª Sala de lo Civil de la Corte de Bonn en la práctica de prueba en Chile.

> Véase la declaración correspondiente del Ministro de Justicia Federal en su oficio del 18 de Junio de 1980.

c) En un escrito del 4-7-1980 (Inf. N.o 647/80), la Embajada de la República Federal de Alemania en Santiago de Chile llega a la conclusión de que:

> "sería menos fácil obtener el consentimiento del Gobierno chileno, necesario según § 38(a) ZRHO (Orden de Asistencia Judicial en lo Civil) para la participación del tribunal alemán en una práctica de prueba realizada por la Embajada, que efectuar un exhorto al tribunal chileno competente y obtener la autorización para una participación del tribunal alemán en esta diligencia."

El Embajador de la República Federal de Alemania informa, entonces, de una"conversación de tanteo" con el Jefe de la Sección Jurídica en el Ministerio de RR.EE. chileno, Embajador Ríos Marimón:

> "El Embajador Ríos dijo que la vía normal para realizar la práctica de prueba deseada por el tribunal alemán, era un exhorto al juzgado chileno competente. Como la Colonia Dignidad, aparentemente, estaría conforme con la práctica de prueba, él no creía que la realización de tal exhorto y, en especial, la participación del tribunal alemán, ofrecería dificultades."

A este respecto, el Embajador de la República Federal de Alemania se refiere además al caso precedente Letelier.

d) La Embajada de la República Federal de Alemania en Santiago, hasta la fecha, no consiguió las autorizaciones pertinentes.

> Véase oficio del Ministro de Justicia de Rhenania del Norte/Westfalia del 1º de Agosto de 1980 (N.o de registro 9341 E - II B. 191/80).

Mediante escrito del 11-8-1980, la 3ª Sala de lo Civil de la Corte de Bonn pidió que las partes depusieran la primera mitad del anticipo de gastos (15.000 marcos alemanes c/u) para el ex-

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

horto; a raíz de una conferencia previscria de la Sala "no se contará con lo que se prescindiera principalmente de las disposiciones del auto de prueba del 22-1-1980".

El abogado Dr. jur. Ludwig Klassen pide - "para evitar más pérdida de tiempo y en vista de los altos gastos" de la práctica de prueba proyectada - exponer las normas de derecho internacional y chileno pertinentes a los asuntos de asistencia judicial con Chile.

El dictamen sigue la siguiente

D i s p o s i c i ó n :

Página

I. Situación de partida procesal 9

1.) El principio del respeto a la soberanía de estados extranjeros 9

2.) La solicitud para práctica de prueba en el extranjero 10

a) La solicitud se tramita sólo por intermedio de los órganos competentes para los asuntos internacionales 10

b) Los asuntos de asistencia judicial están sometidos a las normas de derecho internacional 10

(1) Convenios bilaterales y multilaterales; derecho consuetudinario 10

(2) Favor entre estados; "comitas gentium". 10

c) Práctica de prueba por el "cónsul federal" según § 363 inciso 2 ZPO (Cód. Proc. Civil) 11

d) Participación de un tribunal alemán en práctica de prueba por realizar en el extranjero 11

3.) Los conjuntos de cuestiones resultantes 12

II. Convenios contractuales pertinentes entre la República Federal de Alemania y Chile 12

III. Práctica de prueba mediante el Cónsul competente de la Embajada de la República Federal de Alemania en Chile

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Página

1.) Tramitación de tareas consulares por la misión diplomática 13
2.) Alcance de las tareas consulares..... 14
a) Protección de ciertos intereses del estado que envía en el estado que recibe, Art. 5 (a) Convención de Derecho Consular 14
b) Realización de exhortos dentro del marco de las leyes del estado que recibe, Art. 5 (j) Convención de Derecho Consular 14
c) Respecto al significado de la autorización según Art. 5 (j) Convención de Derecho Consular 15
(1) Principio de interpretación restrictiva 15
(2) Concretización de los límites del orden jurídico chileno por los órganos de administración de justicia chilenos 16
3.) Contenido de la referencia a derecho chileno en Art. 5 (j) Convención de Derecho Consular 16
a) Advertencia preliminar respecto al significado del principio de soberanía y territorial en el pensamiento jurídico latinoamericano, especialmente chileno 16
b) Arraigamiento del principio de la legalidad estricta en la constitucionalidad chilena. 16
(1) Constitución de 1925 17
(2) Orden transitorio después del 11-9-73 18
(3) La Constitución nueva, entrando en vigencia el 11-3-1981 18
c) La realización de los principios constitucionales en las leyes y codificaciones pertinentes 18
(1) Ley Orgánica de Tribunales del 9-7-1943 18
(2) Código de Procedimiento Civil del 21 de Marzo de 1944 19
(3) Derecho de Colisión (Código de Derecho Internacional Privado / Código Bustamante) 20

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Página

4.) Conclusiones del "territorialismo" chileno para las atribuciones del cónsul alemán según Art. 5 (j) Convención de Derecho Consular ... 22
a) La amplia relación con asuntos nacionales - del punto de vista del derecho chileno - del juicio pendiente 22
(1) Parte del juicio es persona jurídica de derecho chileno con sede y campo de actividades en Chile 23
(2) Materia del juicio es lesión de derechos de la parte chilena, los que ocupan alto rango en el orden público chileno 23
(3) El tema de la prueba toca, posiblemente, un "arcanum" del ejercicio de poder del Estado chileno 23
(4) Alcance de la práctica de prueba 23
b) Respecto a las consideraciones del Ministerio de RR.EE. y de la Embajada alemana, referentes a la realización de la práctica de prueba "por cuenta propia" 23
(1) Respecto a la consideración de que el tema de la prueba podría despertar reparos del Gobierno chileno 24
(2) Las exposiciones referentes a la práctica de estados en las relaciones de asistencia judicial chileno-alemanas.. 25
(a) Respecto a las "averiguaciones reiteradas" de la Embajada sobre Colonia Dignidad 25
(b) Respecto a la conversación de tanteo con el Jefe de la Sección Jurídica en el Ministerio de RR.EE. chileno 26

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Página

5.) La participación del tribunal alemán en una práctica de prueba realizada por el cónsul alemán 26
a) Respecto a la procedencia del procedimiento según la lex fori del tribunal alemán 27
(1) Principio de la exploración de la verdad 27
(2) Límites de la obligación judicial a explorar la verdad 28
(a) No hay exploración de la verdad "a toda costa" 28
(b) Valoración de los bienes jurídicos entre un "más" efectivo de posible conocimiento judicial y un riesgo de gastos posiblemente prohibitivo 28
b) Respecto a la procedencia del procedimiento según el derecho vigente para la práctica de prueba 29
(1) Normatividad de la Convención de Derecho Consular de Viena 29
(2) No hay autorización según Art. 5 (j) ... 29
(3) Respecto a la posibilidad de consentimiento del Gobierno chileno 29

IV. Práctica de prueba mediante el tribunal competente chileno 30

1.) Asistencia judicial mediante el tribunal chileno exhortado 30
a) Las disposiciones chilenas pertinentes 30
b) No hay infracción del orden público chileno. 31
2.) Respecto a la cuestión de la cooperación del tribunal alemán en la práctica de prueba del tribunal exhortado 32
a) Procedencia según la lex fori del tribunal alemán 32
b) Procedencia según derecho chileno 32

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Página

(1) Delimitación de competencias entre tribunal exhortante y tribunal exhortado .....
(2) No hay intrusión en la jurisdicción del órgano de administración de justicia exhortado .....
(3) Respecto a la práctica de tribunales chilenos en asistencia judicial .....

V. Resultado

I. Situación de partida procesal:

La libertad del juez alemán en la exploración de la verdad mediante práctica de prueba, existente por principio, encuentra sus límites en el derecho procesal respectivo, pero también en las normas del derecho constitucional e internacional.

1.) Entre las normas fundamentales del derecho internacional se halla el respeto a la soberanía de estados extranjeros. De ahí se desprende la norma elemental del derecho de procedimiento civil internacional de que ningún estado puede efectuar diligencias procesales dentro del territorio de un estado extranjero sin la autorización de aquél.

> Véase E. Rietzler, Internationales Zivilprozeßrecht (1949), pág. 18. Este principio pertenece a las "reglas generales del derecho internacional" que, según Art. 25 GG (Constitución Federal), son "parte integrante del derecho federal" sin medida alguna del legislador o de la administración, prevalecen sobre las leyes y producen, en forma directa, derechos y obligaciones para los habitantes del territorio federal.

La práctica de prueba por inspección ocular o por la toma de declaración a testigos es un acto de soberanía de estado, y por eso, fundamentalmente, restringido al territorio de jurisdicción - es decir, al territorio de la República Federal de Alemania.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Véase, en vez de muchos, Baumbach-Lauterbach, ZPO, 38ª edición, § 363 RN 1.

Cuando, por lo tanto, en procesos con relaciones extranjeras, resultan necesarias diligencias como inspección ocular o toma de declaración a testigos o peritos en el extranjero, hay que dirigir un exhorto al estado extranjero pertinente.

Véase al respecto, en forma detallada, Rietzler, obra citada, capítulo XII "Rechtshilfe", pág. 672 ss., además la literatura cuantiosa § 363 ZPO.

2.) El exhorto para practicar prueba en el extranjero, necesario según § 363 ZPO (Cód. Proc. Civil), ~~tiene~~ en cuenta el principio de respetar la soberanía extranjera dentro de su territorio, el cual está arraigado en el derecho internacional.

a) Exhortos pueden ser tramitados exclusivamente por los órganos y autoridades competentes para los asuntos internacionales - es decir, no por los órganos de administración de justicia mismos.

b) Los propios asuntos de asistencia judicial están sometidos al derecho internacional, o sea, derechos y obligaciones entre estados pueden nacer solamente por acuerdos entre estados.

(1) Expresión de acuerdos entre estados son, por regla general, contratos bilaterales o multilaterales; además las normas del derecho consuetudinario internacional.

(2) También entra en consideración la tramitación de un exhorto sin obligación correspondiente de derecho internacional. Los órganos de administración de justicia del estado exhortado, en general, actúan en base a sus propias leyes, sin que el estado exhortante pueda deducir títulos de derecho internacional de la situación jurídica en el estado exhortado. Del punto de vista de las relaciones interestatales, esta tramitación de exhortos entre

Archivo Nacional de Chile

/ Desde

Archivo
Nacional
de Chile

estados que no quedan obligados por derecho internacional, se realiza dentro del llamado favor entre estados: mucho que se hace en los asuntos jurídicos internacionales por cierta consideración mutua, respecto a órganos de administración de justicia extranjeros y sus tareas, no está arraigado en el derecho consuetudinario internacional, sino que se fundamenta en una capa que está más abajo, la llamada "comitas gentium".

Véase al respecto Blumenwitz, Rechtsvergleichung und Völkerrecht, en: Sozialrechtsvergleich im Bezugsrahmen internationalen und supranationalen Rechts (1978), pág. 75ss. (80).

c) Según § 363 inciso 2 ZPO (Cód. Proc. Civil) la práctica de prueba debe ser realizada, por principio, por el "cónsul federal" (es decir, el cónsul de la República Federal de Alemania, autorizado según § 15 de la Ley Consular). Por razones de ahorrar gastos y tiempo, pero también en interés de un procedimiento uniforme y determinado por la lex fori, el legislador quiere que la práctica de prueba se realice por el cónsul que funciona como órgano de administración de justicia alemán en el extranjero; el legislador respeta, sin embargo, la soberanía extranjera, expresando la regla jurídica en una oración condicional. Si el derecho del estado que recibe se opone a una práctica de prueba realizada por el cónsul alemán, la práctica de prueba podrá efectuarse solamente por las autoridades competentes del estado extranjero.

d) De la cuestión de qué autoridades o qué órgano de administración de justicia en el extranjero tramitarán las prácticas de prueba necesarias respecto a un juicio pendiente en la República Federal de Alemania, hay que separar estrictamente la otra cuestión, no reglamentada en § 363 ZPO (Cód. Proc. Civil), si el tribunal alemán podrá participar, en alguna forma, en la práctica de prueba en el extranjero. Esta cuestión depende, por un lado, de la lex fori correspondiente del

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

tribunal alemán y, por otro lado, del derecho del estado que recibe y en el cual el cónsul debería realizar la práctica de prueba, o del derecho del órgano de administración de justicia extranjero exhortado, respectivamente.

3.) De la situación de partida procesal se desprenden las siguientes <u>preguntas, esenciales para el curso ulterior de la investigación:</u>

a) ¿Puede un cónsul alemán, autorizado según § 15 Ley Consular, tramitar las prácticas de prueba en Chile según el auto de prueba del 22-1-1980?
¿Puede realizarse esta práctica de prueba "en presencia" de los magistrados de la 3ª Sala de lo Civil de la Corte de Bonn?

A raíz de § 363 inciso 2 ZPO (Cód. Proc. Civil), hay que entrar, primero, en este conjunto de preguntas. Si se oponen impedimentos jurídicos o prácticos de gravedad a la práctiva de prueba realizada por el cónsul alemán, se presentan las demás preguntas:

b) La práctica de prueba proyectada, ¿puede ser tramitada por un órgano de administración de justicia chileno? En caso positivo, ¿puede realizarse esta práctica de prueba "en presencia" del tribunal alemán?

c) Tanto respecto a la práctica de prueba realizada por el cónsul alemán, como respecto a la práctica de prueba realizada por un órgano de administración de justicia chileno, primero se presenta, sin embargo, la pregunta por reglamentaciones contractuales internacionales pertinentes que eventualmente existan.

II. <u>Convenios contractuales pertinentes entre la República Federal de Alemania y Chile.</u>

Acuerdos contractuales internacionales en el campo del tráfico jurídico en asuntos civiles y comerciales no existen, actualmente, entre la República Federal de Alemania y Chile sobre una base bilateral. Pero de contratos multilaterales tampoco se desprenden obligaciones para ambos estados, porque

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Chile, por ejemplo, tampoco se hizo miembro ni del Convenio de La Haya del 17-7-1905 ni de la Convención de La Haya sobre la práctica de prueba en el extranjero en asuntos civiles y comerciales del 18-3-1970 (BGBl 1977 II, pág. 1472).

Véanse para Alemania Bülow-Böckstiegel, Internationaler Rechtsverkehr in Zivil- und Handelssachen, 2ª edición 1973, pág. 917 - 1; además la lista de los tratados internacionales que obligan la República de Chile en asuntos de asistencia judicial en: Código de Derecho Internacional Privado, Edición Oficial, Editorial Jurídica de Chile (1978), nota 1 al 5º título de la ley ("Exhortos o Comisiones Rogatorias"), Art. 380ss., pág. 91, y la lista de las Convenciones Internacionales Suscritas o Ratificadas por Chile en: Materias de Derecho Internacional Privado, voz guía "Alemania", pág. 103; véase ahí también la lista de los tratados multilaterales que obligan la República de Chile, pág. 113ss.

En sus relaciones con la República Federal de Alemania, la República de Chile está prestando asistencia judicial sobre una base sin tratados, en conformidad con sus propias disposiciones procesales (véase, en especial, Art. 388ss. Código de Derecho Internacional Privado) dentro del marco de la llamada "comitas gentium" (véase arriba I. 2.) b) (2)).

Al respecto, véase también Bülow-Böckstiegel, obra citada, pág. 917 - 13.

III. Práctica de prueba mediante el cónsul competente de la Embajada de la República Federal de Alemania en Chile.

1.) Aunque, según el derecho internacional, haya que separar las tareas diplomáticas y las consulares,

véase Convención de Viena sobre Relaciones Diplomáticas del 18-4-1961 (BGBl 1964 II pág. 958), por un lado; y por el otro, Convención de Viena sobre Relaciones Consulares del 24-4-1963 (BGBl 1969 II pág. 1587); Chile ratificó ambas convenciones que, por lo tanto, se usan en todo su alcance en las relaciones chileno-alemanas; véase Convención de Viena sobre Relaciones Diplomáticas: Decreto N.o 666 del 9-12-1967, publicado en el Diario Oficial del 4-3-1968; Convención de Viena sobre Relaciones Consulares: Decreto N.o 709 del del 28-11-1967, publicado en el Diario Oficial del 5 de Marzo de 1968 (véase al respecto también BGBl 1971 II pág. 1285ss.);

la tramitación de tareas consulares dentro del marco de

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

una misión diplomática, resulta posible y no inusitada.

Véase, p.e., Berber, Lehrbuch des Völkerrechts, Vol. I. Allgemeines Friedensrecht, 2ª edición 1975, pág. 297ss. (303s.).

Desde luego, esas medidas netamente organizadoras, no alteran en nada las tareas que se realizan típicamente dentro del marco de las relaciones consulares, ni su realización dentro del marco de las disposiciones legales generales del estado que recibe.

2.) Después de que la llamada jurisdicción consular sobre los ciudadanos del estado que envía en el estado que recibe desapareció totalmente, en el curso del robustecimiento de la autoridad territorial del estado soberano moderno, pertenece a las tareas consulares, en primer lugar, la protección de los ciudadanos del estado que envía en el estado que recibe y el fomento de las relaciones económicas entre estos estados.

Véase Verdross-Simma, Universelles Völkerrecht - Theorie und Praxis (1976), pág. 466.

a) Según concepción moderna de derecho internacional, se agrega también la protección de ciertos intereses del estado que envía en el estado que recibe, dentro de los límites admitidos en derecho internacional. En esta categoría entran, entre otras cosas, también la entrega de escrituras y la tramitación de exhortos. Codificando derecho consuetudinario internacional general, Art. 5 (a) de la ya mencionada Convención sobre Relaciones Consulares señala como tarea consular,

> "proteger los intereses del estado que envía y de sus ciudadanos, es decir, tanto de personas naturales como jurídicas, en el estado que recibe y dentro de los límites admitidos en derecho internacional."

b) Art. 5 (j) de la Convención de Viena sobre Relaciones Consulares precisa este principio general, respecto a la entrega de escrituras y a exhortos, como sigue:

> (Las tareas consulares consisten en)
> "... entregar escrituras judiciales y extrajudi-

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

ciales y tramitar exhortos, en cuanto eso corresponda a acuerdos internacionales vigentes o, a falta de tales, resulta compatible con las leyes y demás disposiciones legales del estado que recibe."

Como se expuso arriba bajo II., en las relaciones entre la República Federal de Alemania y la República de Chile, no hay acuerdos internacionales que reglamenten la tramitación de exhortos, así que una práctica de prueba por el cónsul de la Embajada alemana, autorizado según § 15 Ley Consular, se podrá realizar exclusivamente dentro del marco de las leyes y demás disposiciones legales chilenas.

c) La autorización de la representación consular del estado que envía, según Art. 5 (j) de la Convención de Viena sobre Relaciones Consulares, para realizar actos de soberanía en el territorio del estado que recibe, no debe ser interpretada en forma extensiva - como se podría deducir, tal vez, de los informes de la Embajada alemana en Santiago y del Ministerio de RR.EE.

(1) Art. 5 (j) de la mencionada Convención de Viena contiene una restricción de la soberanía territorial del estado que recibe. Por lo tanto, rige el principio de la interpretación restrictiva de la norma contractual. El principio de la interpretación restrictiva se desprende de la esencia del derecho internacional y de su principio fundamental de la soberanía de los estados. Como no deben suponerse restricciones de la independencia de los estados,

véase fallo de la Corte Internacional Permanente en el caso Lotus, A/10, pág. 18;

hay que elegir entre varias interpretaciones posibles aquélla que contenga las obligaciones mínimas para la parte, de cuyas obligaciones se trata en la contienda concreta.

Véase, p.e., el informe del juez Basdevant en el caso Minquiers, IGH Reports 1953; además Berber, obra citada, pág. 482.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

(2) Eso significa, por ejemplo, que, en caso de duda, no tienen que decidir órganos de administración de justicia alemanes, sino chilenos, sobre la cuestión de si una práctica de prueba realizada en territorio chileno por el cónsul alemán, aún esté conforme a las leyes y demás disposiciones legales chilenas.

3.) a) En general, en el tráfico jurídico internacional, los órdenes jurídicos latinoamericanos están dispuestos mucho menos a renunciar a soberanía nacional que los de otros estados; no se está tan acostumbrado a estructuras de pensamiento supranacionales como, por ejemplo, en la República Federal de Alemania; no está a disposición un conjunto de normas concebido en forma preestatal como en la familia de Common-Law.

Véase, p.e., Blumenwitz, Einführung in das Anglo-amerikanische Recht, 2ª edición 1976.

Especialmente en el pensamiento chileno respecto al derecho de colisión, el principio territorial, deducido del concepto de soberanía, encuentra su expresión más pronunciada.

Véase al respecto, en forma detallada, Samtleben, Internationales Privatrecht in Lateinamerika, Vol. 1 Allgemeiner Teil (1979), pág. 245ss. El derecho de colisión chileno muestra hasta hoy día la marca del internacionalista Andrés Bello, que también fue autor del Código Civil chileno de 1855. Sobre vida y obra de Andrés Bello véase también Samtleben, RabelsZ 35 (1971), pág. 74ss.

b) Además, el principio de la legalidad, derivado del concepto de soberanía estatal, pero también del principio del estado de derecho, se encuentra arraigado, en forma especial, en la constitucionalidad chilena. Por lo tanto, se ponen límites mucho más estrechos de lo que se hace, por ejemplo, en la República Federal de Alemania, a la renuncia al ejercicio de la jurisdicción propia dentro del marco del principio oportunístico. Según el principio de la separación de pode-

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

res, arraigado en la Constitución chilena, y según el principio de la independencia del poder judicial, no le es posible sin más al poder ejecutivo - tampoco en casos relacionados con el extranjero - disponer de la jurisdicción de tribunales chilenos en favor de órganos de administración de justicia extranjeros. La competencia respecto a la competencia pertenece, también en esas cuestiones, a la Corte Suprema de Chile que, constitucionalmente, ocupa un lugar destacado en toda la administración de justicia.

(1) Las disposiciones pertinentes se encuentran en los Art. 4, 12, 80, 81 y 86 de la Constitución de 1925, que actualmente aún está en vigencia:

> Art. 4.- Ninguna magistratura, ninguna persona, ni reunión de personas pueden atribuirse, ni aún a pretexto de circunstancias extraordinarias, otra autoridad o derechos que los que expresamente se les haya conferido por las leyes. Todo acto en contravención a este artículo es nulo.
>
> Art. 12.- Nadie puede ser juzgado por comisiones especiales, sino por el tribunal que le señale la ley y que se halle establecido con anterioridad por ésta.
>
> Art. 80.- La facultad de juzgar las causas civiles y criminales pertenece exclusivamente a los Tribunales establecidos por la ley. Ni el Presidente de la República, ni el Congreso, pueden, en caso alguno, ejercer funciones judiciales, avocarse causas pendientes o hacer revivir procesos fenecidos.
>
> Art. 81.- Una ley especial determinará la organización y atribuciones de los Tribunales que fueren necesarios para la pronta y cumplida administración de justicia en todo el territorio de la República.
>
> Art. 86.- La Corte Suprema tiene la superintendencia directiva, correccional y económica de todos los Tribunales de la Nación, con arreglo a la ley que determine su organización y atribuciones.
>
> La Corte Suprema, en los casos particulares de que conozca o le fueren sometidos en recurso interpuesto en juicio que se siguiere ante otro Tribunal, podrá declarar inaplicable, para ese caso, cualquier precepto legal contrario a la Constitución. Este recurso podrá dedu-

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

cirse en cualquier estado del juicio, sin que se suspenda su tramitación.

Conocerá, además, en las contiendas de competencia que se susciten entre las autoridades políticas o administrativas y los Tribunales de Justicia que no correspondan al Senado.

Texto: Constitución Política de la República de Chile, Conforme a la Edición Oficial, Editorial Nascimiento, Santiago de Chile 1968.

(2) Las disposiciones referentes a la administración de justicia de la Constitución de 1925 no han sido cambiadas tampoco por el Gobierno de la Junta que se constituyó después del 11. 9. 1973.

Véase Blumenwitz, Die Verfassungsentwicklung in der Dritten Welt unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung in Chile, herausgegeben vom Institut für Demokratieforschung, Würzburg 1979; el mismo, El Desarrollo Constitucional en el Tercer Mundo con Especial Consideración del Caso Chileno, en: La Democracia en el Mundo de Hoy (1980), pág. 11ss.; además: Art. 1, cifra 3 del Acta Constitucional N.o 3.

(3) La nueva Constitución chilena del 11-8-1980, que entrará en vigencia el 11-3-1981, reitera esas disposiciones en parte verbalmente.

Véase Constitución Política de la República de Chile, Decreto Ley N.o 3.464 del 11-8-1980, especialmente Art. 19, cifra 3 (corresponde al Art. 12 de la Constitución antigua) y los Art. 73ss. (corresponden a los Art. 80ss. de la Constitución antigua).

c) Los mencionados principios constitucionales sobre el poder judicial y sus tareas especiales, se actualizan en Chile también por leyes correspondientes - lo que no ~~pueden tener~~ es de esperar de ninguna manera en Latinoamérica.

(1) La ley citada en Art. 80 de la Constitución antigua o Art. 73 de la nueva, respectivamente, es la Ley Orgánica de Tribunales del 9-7-1943.

Texto: Código Orgánico de Tribunales, Edición Oficial, Editorial Jurídica de Chile (1970).

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Art. 1 de la ley reza:

"La facultad de conocer de las causas civiles y criminales, de juzgarlas y de hacer ejecutar lo juzgado pertenece exclusivamente a los tribunales que establece la ley."

(2) El Código de Procedimiento Civil del 21 de Marzo de 1902

Texto: Código de Procedimiento Civil, Edición Oficial, Editorial Jurídica de Chile 1970

realiza en los casos con relación al extranjero, reglamentados en los Art. 242ss., estrictamente el principio territorial, derivado del principio de la soberanía:

Art. 242 (239). Las resoluciones pronunciadas en país extranjero tendrán en Chile la fuerza que les concedan los tratados respectivos; y para su ejecución se seguirán los procedimientos que establezca la ley chilena, en cuanto no aparezcan modificados por dichos tratados.

Art. 243 (240). Si no existen tratados relativos a esta materia con la nación de que procedan las resoluciones, se les dará la misma fuerza que en ella se dé a los fallos pronunciados en Chile.

Art. 244 (241). Si la resolución procede de un país en que no se da cumplimiento a los fallos de los tribunales chilenos, no tendrá fuerza en Chile.

Art. 245 (242). En los casos en que no pueda aplicarse ninguno de los tres artículos precedentes, las resoluciones de tribunales extranjeros tendrán en Chile la misma fuerza que si se hubieran dictado por tribunales chilenos, con tal que reúnan las circunstancias siguientes:

1º Que no contengan nada contrario a las leyes de la República. Pero no se tomarán en consideración las leyes de procedimiento a que haya debido sujetarse en Chile la substanciación del juicio;

2º Que tampoco se opongan a la jurisdicción nacional;

3º Que no hayan sido dictadas en rebeldía; y

4º Que estén ejecutoriadas en conformidad a las leyes del país en que hayan sido pronunciadas.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Art. 246 (243). Las reglas de los artículos precedentes son aplicables a las resoluciones expedidas por jueces árbitros. En este caso se hará constar su autenticidad y eficacia por el visto-bueno u otro signo de aprobación emanado de un tribunal superior ordinario del país donde se haya dictado el fallo.

Art. 247 (244). En todos los casos a que se refieren los artículos precedentes, la resolución que se trate de ejecutar se presentará a la Corte Suprema en copia legalizada.

Art. 248 (245). En los casos de jurisdicción contenciosa, se dará conocimiento de la solicitud a la parte contra quien se pide la ejecución, la cual tendrá para exponer lo que estime conveniente un término igual al de emplazamiento para contestar demandas.

Con la contestación de la parte o en su rebeldía, y con previa audiencia del ministerio público, el tribunal declarará si debe o no darse cumplimiento a la resolución.

(3) El derecho de colisión chileno, codificado en el Código de Derecho Internacional Privado,

Texto: Edición Oficial, Editorial Jurídica de Chile 1977;

se basa en el principio territorial ya mencionado; por él se entiende - como expresó Samtleben en forma precisa - el afán, arraigado profundamente en el territorialismo, de "someter al derecho propio todos los hechos que revistan alguna relación local o personal con el interior" (obra citada, pág. 244). Otro fundamento en el Código Bustamante, tratado concebido, hace medio siglo, entre los estados latinoamericanos que contiene, en más de 400 artículos, reglamentaciones detalladas de casi todas las cuestiones del derecho privado y rituario internacional.

El tratado fue firmado por Chile el 20-2-1928, aprobado por el Congreso Nacional el 10-5-1932 y ratificado el 14-6-1933, promulgado por DFL. N.o 374 del 10-4-1934, y publicado en el Diario Oficial el 25-4-1934, véase Samtleben, obra citada, pág. 58, nota 73.

76

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Chile, realmente, formuló una reserva muy amplia en ratificar el Código Bustamante: El derecho de colisión que, fundamentalmente, obliga los estados latinoamericanos, no se aplicará en cuanto sus disposiciones contradigan la legislación nacional, destacándose que no sólo la legislación actual, sino también la futura prevalecerán sobre el Código Bustamante.

> Véase Duncker, Derecho internacional privado (Parte General), 3ª edición 1967, pág. 141s.

Por otra parte, según opinión dominante, el Código Bustamante puede ser invocado como fuente jurídica subsidiaria también para con estados no tratantes como, por ejemplo, la República Federal de Alemania.

> Véase Duncker, obra citada, pág. 120 y las comprobaciones en Samtleben, obra citada, pág. 207, nota 138.

En las cuestiones de procedimiento civil internacional, presentadas para el dictamen, sin embargo, no resultan tensiones entre las reglas de colisión reglamentadas por tratados internacionales y las normas del derecho interno chileno, porque en los sectores que interesan aquí, el Código Bustamante, de todos modos, alega el derecho nacional respectivo, interdice jurisdicciones especiales a base personal y remite tribunales extranjeros a la vía de asistencia judicial. Los Art. 314, 315 y 388 pertinentes del Código de Derecho Internacional Privado rezan:

> Art. 314. La ley de cada Estado contratante determina la competencia de los Tribunales, así como su organización, las formas de enjuiciamiento y de ejecución de las sentencias y los recursos contra sus decisiones.
>
> Art. 315. Ningún Estado contratante organizará o mantendrá en su territorio tribunales especiales para los miembros de los demás Estados contratantes.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Art. 388. Toda diligencia judicial que un Estado contratante necesite practicar en otro, se efectuará mediante exhorto o comisión rogatoria cursados por la vía diplomática. Sin embargo, los Estados contratantes podrán pactar o aceptar entre sí en materia civil o criminal cualquier otra forma de transmisión.

4.) El "territorialismo" que el orden jurídico chileno sustenta en casos relacionados con el interior, tiene como consecuencia que las funciones del cónsul alemán posibles dentro del marco de Art. 5 (j) Convención de Viena sobre Relaciones Consulares, disminuyen en forma correspondiente.

a) En el caso presente no se necesita examinar detalladamente qué campo de actividades le quede aún al cónsul alemán, dentro del orden jurídico chileno, respecto a prácticas de prueba según § 363 inciso 2 ZPO (Cód. Proc. Civil).

Bülow-Böckstiegel, Internationaler Rechtsverkehr in Zivil- und Handlessachen (1973), pág. 917 - 13, considera admisible tomar declaraciones a testigos y tomar juramentos, siempre que el declarante esté dispuesto a comparecer ante la representación alemana y siempre que "la toma de declaración no causara efecto jurídico ulterior en Chile"; este criterio de delimitación no resulta inequívoco de ninguna manera; la delimitación del poder consular y poder territorial tampoco puede hacerse dependiente de las intenciones que persigan las partes con la práctica de prueba y el fallo correspondiente. La delimitación según la nacionalidad del testigo por interrogar, que el tribunal alemán se imaginaba en su auto de prueba del 22-1-1980, tampoco señala la dirección correcta; caso que el juicio pendiente no tocara intereses chilenos, la toma de declaración a un ciudadano chileno dispuesto a declarar, realizado por el cónsul alemán, no sería improcedente, porque las atreas consulares no están comprometidas con el principio personal.

Resulta decisiva la relación amplia del juicio pendiente con el interior - desde el punto de vista del orden jurídico chileno - que no le permite al orden jurídico chileno que órganos de administración de justicia que ~~otros que~~ no sean chilenos realicen actuaciones en territorio 78

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

chileno - aunque sea solamente en vías de asistencia judicial.

(1) La relación especial con el interior, del juicio pendiente - vista desde el orden jurídico chileno - resulta de la circunstancia de que una de las partes del juicio es persona jurídica de derecho chileno y tiene sede y campo de actividades en Chile.

(2) Materia del juicio es lesión de derechos de la parte chilena los que - como honra y prestigio - ocupan alto rango en el orden público chileno.

(3) Indirectamente, es también materia del juicio el ejercicio de poder estatal chileno en sectores que, en ningún estado del mundo, están sometidos a control público, judicial o hasta internacional ilimitado; el tema de prueba del tribunal exhortante toca, posiblemente, en forma directa, un "arcanum" del ejercicio de poder estatal; objetos de la inspección ocular son, exclusivamente, cosas con relación directa con el territorio chileno.

(4) Además de los objetos de la práctica de prueba, debe considerarse, al final, la extensión extraordinaria de la práctica de prueba proyectada en el auto de prueba del 22-1-1980. En realidad, el Art. 5 (j) Convención de Viena sobre Relaciones Consulares no contiene restricciones cuantitativas; pero en vista de las competencias competitivas entre estado que recibe y estado que envía, deben mantenerse las proporciones usuales de actividades consulares.

b) Las exposiciones del Ministerio de RR.EE. y del Embajador de la República Federal de Alemania en Chile referente a "tramitación de la práctica de prueba mediante toma de declaración a testigos e inspección ocular de Colonia Dignidad y sus alrededores por la Embajada alemana en Santiago" no contienen nada que podría poner en duda el resultado obtenido arriba bajo a).

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

(1) Las consideraciones del Ministerio de RR.EE., enviadas al Ministro de Justicia Federal:

> "Mediante un interrogatorio realizado exclusivamente por nuestra Embajada en Santiago, podría evitarse presentar al Gobierno chileno, junto con el pedido de transmisión al tribunal chileno competente, el texto del auto de prueba; teniendo en cuenta algunas formulaciones en el texto, despertaría serios escrúpulos enviar el auto de prueba al Gobierno de Chile en la forma actual."
> (Véase N.o 3 de la comunicación citada arriba)

demuestran que el Ministerio de RR.EE. no sólo no había estudiado los fundamentos de derecho internacional para la actuación de una representación alemana en el extranjero en asuntos de exhorto, sino que también supone que una representación alemana en el extranjero, como órgano de administración de justicia alemán en territorio extranjero, puede actuar, por así decir, a espaldas y contra los probables intereses del estado que recibe. Según la disposición normativa del Art. 5 (j) Convención de Viena sobre Relaciones Consulares, sin embargo, el cónsul alemán, como brazo alargado del tribunal alemán en territorio chileno, sólo puede actuar en armonía con el orden jurídico chileno. Si la Embajada alemana no cursa un exhorto a las autoridades chilenas cpmpetentes, sino que lo tramita a cuenta propia, porque el Gobierno chileno podría expresar reparos contra el auto de prueba, eso sería además una infracción de las obligaciones diplomáticas, porque también el diplomático - sin perjuicios de sus privilegios - debe"observar las leyes y demás disposiciones legales del estado que recibe".

Véase Art. 41 inciso 1 Convenio de Viena sobre Relaciones Diplomáticas del 18-4-1961 (BGBl 1964 II pág. 958); sobre las obligaciones diplomáticas, detalladamente, Berber, obra citada, pág. 293s.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

(2) La práctica de estados en asuntos de asistencia judicial resulta importante; de todos modos, es posible en derecho internacional que el estado que recibe no tome tan al pie de la letra sus propias normas legales ni la validez del principio territorial, o que por consideraciones políticas siga una "policy of not noticing it". Pero no se debe suponer, desde un comienzo, que el Gobierno del estado que recibe no va a atenerse al orden jurídico que también le obliga a él.

(a) Las expresiones del Ministerio de RR.EE. en la comunicación ya mencionada varias veces no resultan muy reveladoras al tratar bajo N.o 1 la práctica de estados chileno-alemana en asuntos de asistencia judicial.

Queda abierto si las "averiguaciones reiteradas" de la Embajada en Santiago sobre la Colonia Dignidad, eran averiguaciones dentro del marco de las tareas diplomáticas generales, o si se trataba de averiguaciones acasionadas por exhortos formales (es decir, práctica de prueba e inspección ocular); en el último caso no más podría hablarse de un ejercicio correspondiente o, posiblemente, de una práctica de estados que podría resultar relevante también para el presente caso.

Pero habría que verificar, entonces, si los casos tramitados anteriormente demuestran una relación ~~semejantemente fuerte~~ tan estrecha con el orden jurídico chileno como el presente (la demandante es persona jurídica de derecho chileno y desea práctica de prueba por un tribunal chileno exhortado; las materias de prueba y juicio se refieren directa o indirectamente a asuntos chilenos, véase letra a) arriba). Sólo en tal caso se podría hablar de precedentes auténticos que justificarían un pronóstico suficientemente

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

seguro respecto al tratamiento de los hechos en el juicio pendiente.

(e) Importancia especial reviste la conversación entre el Embajador de la República Federal de Alemania y el Jefe de la Sección Jurídica en el Ministerio de RR.EE. chileno, comunicada por la Embajada de la República Federal de Alemania en informe N.o 647/80, puesto que el caso pendiente era objeto de la discusión. Durante la conversación, la parte chilena hizo ver en forma suficientemente clara que "un exhorto dirigido al tribunal chileno competente" es "la vía normal". Todas las demás consideraciones tienen el carácter legalmente no obligatorio, propio de una "conversación de tanteo". Del informe de la Embajada alemana no se desprende tampoco, si el funcionario chileno se encontraba informado respecto a las relaciones especiales del presente caso con el orden jurídico chileno. En todo caso, de la disposición señalada de autoridades chilenas ~~de que van~~ a responder a una solicitud de de prueba dirigida a ellas, no se debe concluir que, bajo estas circunstancias, también el cónsul alemán como órgano de administración de justicia extranjero esté autorizado de averiguar en territorio chileno.

5.) Como se dijo ya en un comienzo (véase arriba bajo I. 2) d)), hay que separar de la cuestión de la procedencia de la práctica de prueba realizada por el cónsul alemán, la otra cuestión de la procedencia de una cooperación de cualquier índole del tribunal alemán en la práctica de prueba. De todos modos, queda excluida de antemano una cooperación del tribunal alemán en una práctica de prueba por realizar ante el cónsul alemán en el extranjero, si se le prohibe al cónsul alemán, según Art. 5 (j) Convención de Viena sobre Relaciones Consulares, realizar la práctica de prueba por derecho contradictorio en el estado que recibe. Por lo tanto, se

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

puede entrar en la posibilidad de una participación del tribunal alemán en la práctica de prueba sólo subsidiariamente, en caso de que el Gobierno chileno consienta expresamente a una práctica de prueba realizada por el cónsul alemán fuera del marco del Art. 5 (J).
Una práctica de prueba en el extranjero "en presencia del tribunal alemán" sólo queda posible, si la lex fori del tribunal alemán y el derecho pertinente para el procedimiento local lo permiten.

a) Ni el Código de Procedimiento Civil ni el Código de Procedimiento Penal alemanes contemplan expressis verbis una participación del tribunal alemán respectivo en una práctica de prueba en el extranjero.

Lo mismo ~~vale~~ hay que decir, además, para el derecho procesal chileno.

(1) Por lo tanto, tal modus procedendi puede derivarse, a lo sumo, del principio de la exploración de la verdad, inmanente en el derecho procesal, y sólo debe ser practicado, si la investigación de la verdad en las vías expresamente indicadas en los códigos de procedimiento no parece muy prometedora. De todos modos, hay que ~~cuidar~~ quedar atento siempre que los sectores de responsabilidad de los órganos de administración de justicia que averiguan, quedaran estrictamente separados , porque una mezcla de funciones ejecutivas y judiciales no resulta compatible con el principio del juez legal, arraigado en el derecho constitucional.

Véase para estas preguntas que científicamente aún no se han investigado detalladamente, la incipiente discusión del problema en la revista "Der Spiegel" N.o 35/1980, pág. 74ss.
(Titular: "Región estupenda - Les gusta a tribunales alemanes viajar a países lejanos. Las tomas de declaración a testigos en el extranjero resultan a veces innecesarias y legalmente dudosas.").

De todos modos, § 38 (a) Orden de Asistencia Judicial en lo Civil (ZRHO) del 19-10-1956, parte de la participación del tribunal alemán en una práctica de prue-

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

ba realizada por la Embajada, y supone con eso la procedencia de tal procedimiento.

(2) Del Orden de Asistencia Judicial en lo Civil (ZRHO) como ley no formal, en realidad, tampoco se puede deducir nada que justificaría los altos gastos de la índole especial de la práctica de prueba, los que se imponen a las partes. La obligación de los jueces a explorar la verdad, no sólo tiene que respetar la soberanía de estados extranjeros, sino que se encuentra también dentro del sistema de valores de la Constitución. Por lo tanto, la investigación de la verdad no resulta ser un valor absoluto, pese a su alta importancia para las reglas de la práctica de prueba.

(a) El orden de valores de la Ley Fundamental no conoce la frase de que habría que "explorar la verdad a toda costa". Por lo tanto, la consideración de otros valores puede hacer inadmisible la práctica de prueba, y tal improcedencia también puede afectar ciertos métodos de prueba.

> Véase al respecto, con muchos detalles, Löwe-Rosenberg, Vol. 3, Kommentar zur StPO, 22ª edición, RN 151 sobre § 244 inciso 2.

Los valores protegidos fundamentalmente comprenden también la garantía de la propiedad del Art. 14 GG (Constitución Federal).

> Véase al respecto y sobre la cuestión, cuando - en casos especiales - una práctica de prueba pueda ser improcedente a raíz de los altos gastos que exige, Löwe-Rosenberg, obra citada, RN 164.

(b) Caso que se abriera la posibilidad jurídica de que participe el tribunal alemán en la práctica de prueba en el extranjero, primero habría que ponderar los gastos especiales que se les originan a las partes frente al "más" efectivo de posible conocimiento judicial; además habría que averiguar si las partes no serían impedidas

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

en su prosecución legal por un riesgo de gastos prohibitivo.

b) (1) En lo que se refiere a la procedencia de una participación del tribunal alemán en la práctica de prueba del cónsul alemán según las normas legales pertinentes, primero hay que dirigirse otra vez a la Convención de Viena sobre Relaciones Consulares que resulta normativa para la actividad de la representación alemana en el extranjero como órgano de administración de justicia en el estado que recibe.

(2) Art. 5 (j) de la Convención mencionada autoriza solamente los representantes con funciones consulares a realizar actos de soberanía en el estado que recibe; a otros representantes del estado que envía les queda prohibido cualquier acto de soberanía. En este respecto, también la mera presencia en calidad oficial en la realización de tareas de soberanía por el cónsul, debe ser calificado de acción oficial improcedente. La presencia del tribunal alemán en la práctiva de prueba en Chile, por lo tanto, será posible exclusivamente con el consentimiento del Gobierno chileno - como cualquier otra actuación oficial no privilegiada en el extranjero.

Tal situación legal la refleja también § 38 (a) ZRHO (Orden Asist. Judicial Civil), al declarar sometida al consentimiento del Gobierno del estado que recibe, la participación de un tribunal alemán en una práctica de prueba de la Embajada.

(3) A raíz de las razones expuestas arriba bajo 4.) a), no se puede contar con un consentimiento del Gobierno chileno.

No es necesario discutir más detalles, porque la Embajada alemana en Chile, en efecto, desaconseja de tal procedimiento (véase informe 647/80) y el Ministerio de RR.EE. expresa solamente su opinión, en el N.o 2 de su comunicación (citada arriba), sobre lo que sería deseable, pero no analiza la situación jurídica concreta.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

IV. Práctica de prueba mediante el tribunal chileno competente.

Como el cónsul alemán según § 363 inciso 2 ZPO (Cód. Proc. Civil) no puede tramitar el exhorto de práctica de prueba, el tribunal extranjero competente debe averiguar por vía de asistencia judicial.

1) Si se observan las formalidades usuales internacionales, los tribunales chilenos prestan asistencia judicial también sobre una base sin tratados a tribunales extranjeros.

Véase Bülow-Böckstiegel, obra citada, pág. 917 - 13; en general sobre procedimiento de exhortos: Rietzler, obra citada, pág. 672ss. con otros datos bibliográficos.

(a) Las disposiciones pertinentes se encuentran en el 5° Título del Código de Derecho Internacional Privado; las disposiciones rezan:

Art. 388. Toda diligencia judicial que un Estado contratante necesite practicar en otro, se efectuará mediante exhorto o comisión rogatoria cursados por la vía diplomática. Sin embargo, los Estados contratantes podrán pactar o aceptar entre sí en materia civil o criminal cualquier otra forma de transmisión.

Art. 389. Al juez exhortante corresponde decidir respecto a su competencia y a la legalidad y oportunidad del acto o prueba, sin perjuicio de la jurisdicción del juez exhortado.

Art. 390. El juez exhortado resolverá sobre su propia competencia ratione materiae para el acto que se le encarga.

Art. 391. El que reciba el exhorto o comisión rogatoria debe ajustarse en cuanto a su objeto a la ley del comitente y en cuanto a la forma de cumplirlo a la suya propia.

Art. 392. El exhorto será redactado en la lengua del Estado exhortante y será acompañado de una traducción hecha en la lengua del Estado exhortado, debidamente certificada por intérprete juramentado.

Art. 393. Los interesados en la ejecución de los exhortos y cartas rogatorias de naturaleza privada deberán

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

constituir apoderados, siendo de mi cuenta los gastos que estos apoderados y las diligencias ocasionen.

Adicionalmente, hay que señalar Art. 76 inciso 2 del Código Procedimiento Civil; Art. 76 que se halla en el Título VII del Código, sobre "Actuaciones Judiciales", reza:

> Art. 76. Cuando hayan de practicarse actuaciones en país extranjero, se dirigirá la comunicación respectiva a al funcionario que deba intervenir, por conducto de la Corte Suprema, la cual la enviará al Ministerio de Relaciones Exteriores para que éste a su vez le dé curso en la forma que esté determinada por los tratados vigentes o por reglas generales adoptadas por el Gobierno. En la comunicación se expresará el nombre de la persona o personas a quienes la parte interesada apodere para practicar las diligencias solicitadas, o se indicará que puede hacerlo la persona que lo presente o cualquiera otra.
>
> Por este mismo conducto y en la misma forma se recibirán las comunicaciones de los tribunales extranjeros para practicar diligencias en Chile.

b) La índole especial del tema de prueba no impedirá que el tribunal chileno exhortado tramite la práctica de prueba deseada. Exhortos de prueba, en general, se rechazan únicamente cuando el juicio extranjero al que debería servir la práctica de prueba, contraríe al orden público chileno.

> Véase, al respecto, la comprobación de la práctica latinoamericana en Samtleben, obra citada, pág. 243, nota 153 y pág. 97, nota 134 (denagación de la asistencia judicial en un juicio de divorcio, si el estado exhortado no reconoce el divorcio y tiene derecho a reglamentar el estado civil de los cónyuges). En general, en la tramitación de exhortos, se hace uso del orden público sólo en forma muy discreta; véanse las exposiciones en Rietzler, obra citada, pág. 676.

En el presente caso, sin embargo, el juicio pendiente ante el tribunal exhortante servirá a la restitución de la honra lesionada en el extranjero de, entre otras, también una parte chilena; el objetivo del

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

proceso se encuentra, por lo tanto, en plena armonía con el orden público chileno.

El predio de la Colonia Dignidad que, según el exhorto, será objeto de una inspección ocular, no ha sido excluido por medidas fiscales de la jurisdicción del tribunal exhortado; lo mismo vale respecto a los testigos y partes por interrogar.

Según las reglas generales del derecho procesal civil internacional, un exhorto regular puede ser denegado exclusivamente por falta de jurisdicción; véase Rietzler, obra citada, pág. 676, bajo referencia al Art. 11 inciso 3 de la Convención de La Haya.

2.) La cuestión de la procedencia de la cooperación del tribunal alemán en la práctica de prueba del tribunal chileno exhortado se examina, a su vez, según la lex fori del tribunal alemán y según la lex fori del tribunal chileno exhortado.

a) Respecto a la lex fori del tribunal alemán, puede referirse a las exposiciones arriba, bajo III. 5.) a).

b) En conformidad con los principios generales del derecho procesal civil internacional,

véase, p.e., Rietzler, obra citada, pág. 676,

el tribunal chileno exhortado se encarga de la actividad que se le solicita, según su propio orden jurídico - es decir, según la lex fori - (véase Art. 391, última frase media).

(1) Esto vale para la toma de declaración a testigos y peritos, para la fórmula de juramento y para los apremios en caso de no comparecencia. El tribunal exhortado, sin embargo, no examinará si el acto que se le solicita - por ejemplo, una interrogatorio de testigo - será útil y apropiado según la situación procesal, porque tiene que abstenerse de cualquier apreciación de la causa misma (véase Art. 389). El tribunal exhortado también puede efectuar actos, según Art. 391, que solamente en

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

vista del orden jurídico del tribunal exhortante aparezcan razonables y procedentes, por ejemplo, interrogar testigos en una causa, en la cual, según su derecho propio, la prueba de testigos queda excluida; en vista del juicio extranjero, también podrá interogar testigos que, según el propio código de procedimiento, resultaran inhábiles para dar testimonio.

(2) Art. 391, sin embargo, no le permite al tribunal chileno exhortado que, infringiendo el derecho judicial chileno, deje participar en el juicio otras personas que las previstas legalmente, o deje intervenir órganos de administración de justicia extranjeros en las averiguaciones dentro del territorio chileno. Esto último sería una ingerencia directa en la soberanía judicial chilena, sobre la cual - aun en casos relacionados con el extranjero - no dispone el Gobierno chileno, sino únicamente la Corte Suprema.

Comparando derechos, debe señalarse, además, que una práctica de prueba por el juez exhortado en presencia del juez exhortante - en cuanto se ve - no se ha reglamentado en ninguno de los códigos de procedimiento destacados y tampoco se trata en los manuales pertinentes del derecho de procedimiento civil (véase, p.e., Rietzler, obra citada, pág. 672). En cuanto realizan actos procesales en común órganos de administración de justicia de varios estados (como, p.e., en la antigua jurisdicción consular o, en parte, tribunales de restitución o reparación), tal colaboración se basa siempre en un tratado de derecho internacional que obliga los tribunales nacionales participantes.

(3) Sobre una práctica de los tribunales en Chile que difiera de la situación legal expuesta, y en la cual, según las aparencias, se apoya el informe N.o 647/80 de la Embajada alemana del 4-7-1980, el perito no puede informar definitivamente, porque no tiene presente los demás informes N.o 270 y 310 del 16-3 y 23-3-1978, citados ahí. Pero sea

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

observado brevemente lo que sigue: Si el Embajador de la República Federal de Alemania menciona en su informe del 4-7-1980 que "también el exhorto norteamericano en el caso Letelier, políticamente muy delicado, se tramitó rápidamente y que ahí igualmente participaron órganos judiciales del estado exhortante", esto último no está conforme, por lo menos, con lo que se conoció del procedimiento en el caso Letelier por un público muy numeroso: el fiscal norteamericano competente para las investigaciones del caso Letelier, en realidad, pudo entrar en Chile libremente, como cualquier otro ciudadano americano, pero podía tratar con las autoridades chilenas exhortadas solamente por intermedio de un abogado recibido en Chile; no participó directamente en las averiguaciones de órganos de administración de justicia chilenos.

Tal situación de hecho y derecho le fue confirmado al perito en dos llamadas telefónicas a la Embajada chilena en Bonn, el 29-9-1980; la Embajada chilena confirmó, además, que tribunales exhortados en Chile no realizan prácticas de prueba en presencia de los tribunales exhortantes.

V. Resultado.

1.) Según las normas de los derechos internacional y chileno, la práctica de prueba, proyectada por la 3ª Sala de lo Civil de la Corte de Bonn en el auto de prueba del 22-1-1980, no puede realizarse "en presencia de los magistrados de la 3ª Sala de lo Civil de la Corte de Bonn."

2.) El auto de prueba del 22-1-1980 debe ser enviado, en la forma usual para el tráfico de asistencia judicial internacional y por vía diplomática, al tribunal chileno por exhortar, el que realizará las prácticas de prueba - sobre una base sin tratados - bajo su propia responsabilidad.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Nota: La utilización del dictamen fuera del juicio pendiente - en especial su publicación - debe ser autorizada por el perito.

(firma)

(Prof. Dr. D. Blumenwitz)

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Profesor Dr. Dieter Blumenwitz
Cátedra de Derecho Internacional,
Teoría Fundamental del Estado,
Derecho Público Alemán y Bávaro
y Ciencias Políticas
Universidad de Würzburg

D-8700 Würzburg, 24 de octubre de 1980
Calle Domerschul 16 (Universidad Antigua
Pieza 201 - 203
Fono (0931) 31308

G - VIII - 15 - 80

El abogado Dr. jur. Ludwig Klasson, calle Thomas Mann 58, 5300 Bonn 1, pide un dictamen sobre los siguientes

H e c h o s :

La Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad, de Parral/Chile, persona jurídica de derecho chileno, y la Misión Social Particular, asociación registrada, Siegburg, piden como demandantes en juicio pendiente ante la 3ª Sala de lo Civil de la Corte de Bonn - Rol N.o 3 O 123/77 - la abstención de afirmaciones de Amnesty International, Sección de la República Federal de Alemania, asociación registrada, y de la empresa Gruner & Jahr AG & Co. KG (revista STERN), demandadas en el juicio pendiente. En primer lugar, la demanda se dirige en contra de afirmaciones de las demandadas, por las cuales el fundo de la Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad fue calificado como campo de torturas del ex servicio secreto chileno DINA.

1.) Para aclarar los hechos, el tribunal juzgador, el 22-1-1980, pronunció un auto de prueba de 21 carillas, cuyo contenido, en cuanto resulta importante aquí, se puede resumir como sigue:

- La práctica de prueba se realizará "por vía de exhorto, pero en presencia de los magistrados de la 3ª Sala de lo Civil de la Corte de Bonn" (véase letra D del auto de prueba del 22-1-1980; lo subrayado en el original).
- Respecto a la inspección ocular dispuesta como respecto a la toma de declaración a testigos de nacionalidad chilena, la práctica de prueba se realizará "por el juez o ministro

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

de fe competente, respectivamente, quien determinarán las autoridades chilenas" (véase letra D.I. del auto de prueba del 22-1-1980).

- En cuanto se trata de la toma de declaración a testigos de nacionalidad alemana en Chile y declaraciones correspondientes de la parte, la práctica de prueba se realizará "en lo posible por el funcionario consular competente de la Embajada de la República Federal de Alemania en Chile; en caso que eso no fuera permitido por las autoridades chilenas, se solicitará también en este sentido la realización de la práctica de prueba por el juez o ministro de fe competente, respectivamente, quien determinarán las autoridades chilenas" (véase letra D.II. del auto de prueba del 22-1-1980).
- Para "gastos de visa, vacunación, vuelo y viaje, de alimentación y alojamiento (o viáticos, respectivamente) de los miembros de la sala" y para demás gastos de la práctica de prueba habrá que deponer, lo más pronto posible, de parte de las demandantes como de las demandadas, un anticipo de expensas de 30.000 marcos alemanes c/u en la caja judicial de Bonn (véase letra H. del auto de prueba del 22-1-1980).

2.) Durante los meses subsiguientes, la 3ª Sala de lo Civil de la Corte de Bonn se esforzaba, por conducto regular, para aclarar la cuestión de qué manera será posible una práctica de prueba en Chile y si la Sala podría participar en la práctica de prueba en Chile. Como resultado de los tanteos se puede notar:

a) Una comunicación del Ministerio de RR.EE., contenida en un oficio del Ministerio de Justicia Federal al Ministro de Justicia de Rhenania del Norte/Westfalia, del 18 de Junio de 1980 (N.o de registro - 0341 E 1 - 17 425/80 -); la comunicación reza como sigue:

> "1. La realización de la práctica de prueba mediante el interrogatorio de testigos e inspección ocular de la Colonia Dignidad y sus alrededores por parte de la Embajada alemana en Santiago

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

no representa inconvenientes políticos, desde el punto de vista del Ministerio de RR.EE. La Embajada en Santiago ha sido ocupada repetidas veces en los años pasados con averiguaciones sobre la Colonia Dignidad, debido a unas aseveraciones de la misma índole a que se refiere ahora el pleito en cuestión. Esas averiguaciones no habían provocado resistencia alguna por parte del Gobierno chileno. Más bien, éste se mantenía ampliamente neutral en lo que se refería a la Colonia Dignidad. De ahí que es de esperar que el Gobierno chileno no se oponga a la participación de la 3ª Sala de lo Civil de la Corte de Bonn en la práctica de prueba.

2. Según la opinión del Ministerio de RR.EE., la 3ª Sala de lo Civil de la Corte de Bonn debería participar en la práctica de prueba en Chile. La presencia de este organismo puede contribuir en que la Embajada en Santiago y el Gobierno Federal no sean comprometidos demasiado referente al conflicto alrededor de los presuntos acontecimientos en la Colonia.

3. Según la sección "Chile" dentro del Orden de Asistencia Judicial en lo Civil (ZRHO) no existe un convenio al respecto entre Chile y la República Federal de Alemania; sin embargo, suelen prestarse asistencia mutua. Además se dice que las representaciones diplomáticas alemanas en Chile pueden tramitar solicitudes de interrogación por responsabilidad propia, sin tener en cuenta la nacionalidad de la persona a interrogar, siempre que eso fuera posible sin aplicar medidas de fuerza. Contraria a la opinión de la Corte de Bonn, la Embajada en Santiago estaría en condiciones de interrogar a los testigos de nacionalidad chilena, nombrados por ambas partes del pleito, siempre que esos aparezcan voluntariamente. Mediante un interrogatorio realizado exclusivamente por nuestra Embajada en Santiago, podría evitarse presentar al Gobierno chileno, junto con el pedido de transmisión al tribunal chileno competente, el texto del auto de prueba; teniendo en cuenta algunas formulaciones en el texto, despertaría serios escrúpulos enviar el auto de prueba al Gobierno de Chile en la forma actual."

b) A raíz de esta comunicación del Ministerio de RR.EE., el Ministro de Justicia Federal pidió al Ministerio de RR.EE., el 18 de Junio de 1980, conseguir por intermedio de la Embajada en Santiago el consentimiento del Gobierno chileno

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

a la participación de la 3ª Sala de lo Civil de la Corte de Bonn en la práctica de prueba en Chile.

> Véase la declaración correspondiente del Ministro de Justicia Federal en su oficio del 18 de Junio de 1980.

c) En un escrito del 4-7-1980 (Inf. N.o 647/80), la Embajada de la República Federal de Alemania en Santiago de Chile llega a la conclusión de que:

> "sería menos fácil obtener el consentimiento del Gobierno chileno, necesario según § 38(a) ZRHO (Orden de Asistencia Judicial en lo Civil) para la participación del tribunal alemán en una práctica de prueba realizada por la Embajada, que efectuar un exhorto al tribunal chileno competente y obtener la autorización para una participación del tribunal alemán en esta diligencia."

El Embajador de la República Federal de Alemania informa, entonces, de una"conversación de tanteo" con el Jefe de la Sección Jurídica en el Ministerio de RR.EE. chileno, Embajador Ríos Marimón:

> "El Embajador Ríos dijo que la vía normal para realizar la práctica de prueba deseada por el tribunal alemán, era un exhorto al juzgado chileno competente. Como la Colonia Dignidad, aparentemente, estaría conforme con la práctica de prueba, él no creía que la realización de tal exhorto y, en especial, la participación del tribunal alemán, ofrecería dificultades."

A este respecto, el Embajador de la República Federal de Alemania se refiere además al caso precedente Letelier.

d) La Embajada de la República Federal de Alemania en Santiago, hasta la fecha, no consiguió las autorizaciones pertinentes.

> Véase oficio del Ministro de Justicia de Rhenania del Norte/Westfalia del 1º de Agosto de 1980 (N.o de registro 3441 E - II B. 191/80).

Mediante escrito del 11-8-1980, la 3ª Sala de lo Civil de la Corte de Bonn pidió que las partes depusieran la primera mitad del anticipo de gastos (15.000 marcos alemanes c/u) para el ex-

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

hecho; a más de una conferencia previa de la cual "no se contará con lo que se prescribieron principalmente de las disposiciones del auto de prueba del 22-1-1930".

El abogado Dr. jur. Ludwig Klassen pide - "para evitar más pérdida de tiempo y en vista de los altos gastos" de la práctica de prueba proyectada - exponer las normas de derecho internacional y chileno pertinentes a los asuntos de asistencia judicial con Chile.

El dictamen sigue la siguiente

D i s p o s i c i ó n :

Página

I. Situación de partida procesal

1.) El principio del respeto a la soberanía de estados extranjeros 9

2.) La solicitud para práctica de prueba en el extranjero 10

a) La solicitud se tramita sólo por intermedio de los órganos competentes para los asuntos internacionales .....

b) Los asuntos de asistencia judicial están sometidos a las normas de derecho internacional .....

(1) Convenios bilaterales y multilaterales; derecho consuetudinario .....

(2) Favor entre estados; "comitas gentium".

c) Práctica de prueba por el "cónsul federal" según § 363 inciso 2 ZPO (Cód. Proc. Civil)

d) Participación de un tribunal alemán en práctica de prueba por realizar en el extranjero

3.) Los conjuntos de cuestiones resultantes .....

II. Convenios contractuales pertinentes entre la República Federal de Alemania y Chile

III. Práctica de prueba mediante el cónsul competente de la Embajada de la República Federal de Alemania en Chile

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Página

1.) Tramitación de tareas consulares por la misión diplomática 13
2.) Alcance de las tareas consulares..... 14
a) Protección de ciertos intereses del estado que envía en el estado que recibe, Art. 5 (a) Convención de Derecho Consular 14
b) Realización de exhortos dentro del marco de las leyes del estado que recibe, Art. 5 (j) Convención de Derecho Consular 14
c) Respecto al significado de la autorización según Art. 5 (j) Convención de Derecho Consular 15
(1) Principio de interpretación restrictiva 15
(2) Concretización de los límites del orden jurídico chileno por los órganos de administración de justicia chilenos 16
3.) Contenido de la referencia a derecho chileno en Art. 5 (j) Convención de Derecho Consular 16
a) Advertencia preliminar respecto al significado del principio de soberanía y territorial en el pensamiento jurídico latinoamericano, especialmente chileno 16
b) Arraigamiento del principio de la legalidad estricta en la constitucionalidad chilena. 16
(1) Constitución de 1925 17
(2) Orden transitorio después del 11-9-73 18
(3) La Constitución nueva, entrando en vigencia el 11-3-1981 18
c) La realización de los principios constitucionales en las leyes y codificaciones pertinentes 19
(1) Ley Orgánica de Tribunales del 9-7-1943 19
(2) Código de Procedimiento Civil del 21 de Marzo de 1902 21
(3) Derecho de Colisión (Código de Derecho Internacional Privado / Código Bustamante) 30

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Página

4.) Conclusiones del "territorialismo" chileno para las atribuciones del cónsul alemán según Art. 5 (j) Convención de Derecho Consular ... 22
a) La amplia relación con asuntos nacionales - del punto de vista del derecho chileno - del juicio pendiente 22
(1) Parte del juicio es persona jurídica de derecho chileno con sede y campo de actividades en Chile 23
(2) Materia del juicio es lesión de derechos de la parte chilena, los que ocupan alto rango en el orden público chileno 25
(3) El tema de la prueba toca, posiblemente, un "arcanum" del ejercicio de poder del Estado chileno 23
(4) Alcance de la práctica de prueba 27
b) Respecto a las consideraciones del Ministerio de RR.EE. y de la Embajada alemana, referentes a la realización de la práctica de prueba "por cuenta propia" 29
(1) Respecto a la consideración de que el tema de la prueba podría despertar reparos del Gobierno chileno 29
(2) Las exposiciones referentes a la práctica de estados en las relaciones de asistencia judicial chileno-alemanas.. 25
(a) Respecto a las "averiguaciones reiteradas" de la Embajada sobre Colonia Dignidad 25
(b) Respecto a la conversación de tanteo con el Jefe de la Sección Jurídica en el Ministerio de RR.EE. chileno 25

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Página

5.) La participación del tribunal alemán en una práctica de prueba realizada por el cónsul alemán 26
a) Respecto a la procedencia del procedimiento según la lex fori del tribunal alemán 27
(1) Principio de la exploración de la verdad 27
(2) Límites de la obligación judicial a explorar la verdad 28
(a) No hay exploración de la verdad "a toda costa" 28
(b) Valoración de los bienes jurídicos entre un "más" efectivo de posible conocimiento judicial y un riesgo de gastos posiblemente prohibitivo 28
b) Respecto a la procedencia del procedimiento según el derecho vigente para la práctica de prueba 29
(1) Normatividad de la Convención de Derecho Consular de Viena 29
(2) No hay autorización según Art. 5 (j) ... 29
(3) Respecto a la posibilidad de consentimiento del Gobierno chileno 29

IV. Práctica de prueba mediante el tribunal competente chileno 30

1.) Asistencia judicial mediante el tribunal chileno exhortado 30
a) Las disposiciones chilenas pertinentes 30
b) No hay infracción del orden público chileno. 31
2.) Respecto a la cuestión de la cooperación del tribunal alemán en la práctica de prueba del tribunal exhortado 32
a) Procedencia según la lex fori del tribunal alemán 32
b) Procedencia según derecho chileno 33

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Página

(1) Delimitación de competencias entre tribunal exhortante y tribunal exhortado 32
(2) No hay intrusión en la jurisdicción del órgano de administración de justicia exhortado 33
(3) Respecto a la práctica de tribunales chilenos en asistencia judicial 33

V. Resultado 34

I. Situación de partida procesal:

La libertad del juez alemán en la exploración de la verdad mediante práctica de prueba, existente por principio, encuentra sus límites en el derecho procesal respectivo, pero también en las normas del derecho constitucional e internacional.

1.) Entre las normas fundamentales del derecho internacional se halla el respeto a la soberanía de estados extranjeros. De ahí se desprende la norma elemental del derecho de procedimiento civil internacional de que ningún estado puede efectuar diligencias procesales dentro del territorio de un estado extranjero sin la autorización de aquél.

> Véase E. Rietzler, Internationales Zivilprozeßrecht (1949), pág. 18. Este principio pertenece a las "reglas generales del derecho internacional" que, según Art. 25 GG (Constitución Federal), son "parte integrante del derecho federal" sin medida alguna del legislador o de la administración, prevalecen sobre las leyes y producen, en forma directa, derechos y obligaciones para los habitantes del territorio federal.

La práctica de prueba por inspección ocular o por la toma de declaración a testigos es un acto de soberanía de estado, y por eso, fundamentalmente, restringido al territorio de jurisdicción - es decir, al territorio de la República Federal de Alemania.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Véase, en vez de muchos, Baumbach-Lauterbach, ZPO, 38ª edición, § 363 RN 1.

Cuando, por lo tanto, en procesos con relaciones extranjeras, resultan necesarias diligencias como inspección ocular o toma de declaración a testigos o peritos en el extranjero, hay que dirigir un exhorto al estado extranjero pertinente.

Véase al respecto, en forma detallada, Rietzler, obra citada, capítulo XII "Rechtshilfe", pág. 672 ss., además la literatura cuantiosa § 363 ZPO.

2.) El exhorto para practicar prueba en el extranjero, necesario según § 363 ZPO (Cód. Proc. Civil), ~~tiene~~ en cuenta el principio de respetar la soberanía extranjera dentro de su territorio, el cual está arraigado en el derecho internacional.

a) Exhortos pueden ser tramitados exclusivamente por los órganos y autoridades competentes para los asuntos internacionales - es decir, no por los órganos de administración de justicia mismos.

b) Los propios asuntos de asistencia judicial están sometidos al derecho internacional, o sea, derechos y obligaciones entre estados pueden nacer solamente por acuerdos entre estados.

(1) Expresión de acuerdos entre estados son, por regla general, contratos bilaterales o multilaterales; además las normas del derecho consuetudinario internacional.

(2) También entra en consideración la tramitación de un exhorto sin obligación correspondiente de derecho internacional. Los órganos de administración de justicia del estado exhortado, en general, actúan en base a sus propias leyes, sin que el estado exhortante pueda deducir títulos de derecho internacional de la situación jurídica en el estado exhortado. Desde el punto de vista de las relaciones interestatales, esta tramitación de exhortos entre

/ Desde

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

estados que no quelan obligados por derecho internacional, se realiza dentro del llamado favor entre estados: mucho que se hace en los asuntos jurídicos internacionales por cierta consideración mutua, respecto a órganos de administración de justicia extranjeros y sus tareas, no está arraigado en el derecho consuetudinario internacional, sino que se fundamenta en una capa que está más abajo, la llamada "comitas gentium".

Véase al respecto Blumenwitz, Rechtsvergleichung und Völkerrecht, en: Sozialrechtsvergleich im Bezugsrahmen internationalen und supranationalen Rechts (1978), pág. 75ss. (80).

c) Según § 363 inciso 2 ZPO (Cód. Proc. Civil) la práctica de prueba debe ser realizada, por principio, por el "cónsul federal" (es decir, el cónsul de la República Federal de Alemania, autorizado según § 15 de la Ley Consular). Por razones de ahorrar gastos y tiempo, pero también en interés de un procedimiento uniforme y determinado por la lex fori, el legislador quiere que la práctica de prueba se realice por el cónsul que funciona como órgano de administración de justicia alemán en el extranjero; el legislador respeta, sin embargo, la soberanía extranjera, expresando la regla jurídica en una oración condicional. Si el derecho del estado que recibe se opone a una práctica de prueba realizada por el cónsul alemán, la práctica de prueba podrá efectuarse solamente por las autoridades competentes del estado extranjero.

d) De la cuestión de qué autoridades o qué órgano de administración de justicia en el extranjero tramitarán las prácticas de prueba necesarias respecto a un juicio pendiente en la República Federal de Alemania, hay que separar estrictamente la otra cuestión, no reglamentada en § 363 ZPO (Cód. Proc. Civil), si el tribunal alemán podrá participar, en alguna forma, en la práctica de prueba en el extranjero. Esta cuestión depende, por un lado, de la lex fori correspondiente del

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

tribunal alemán y, por otro lado, del derecho del estado que recibe y en el cual el cónsul debería realizar la práctica de prueba, o del derecho del órgano de administración de justicia extranjero exhortado, respectivamente.

3.) De la situación de partida procesal se desprenden las siguientes preguntas, esenciales para el curso ulterior de la investigación:

a) ¿Puede un cónsul alemán, autorizado según § 15 Ley Consular, tramitar las prácticas de prueba en Chile según el auto de prueba del 22-1-1980?
¿Puede realizarse esta práctica de prueba "en presencia" de los magistrados de la 3ª Sala de lo Civil de la Corte de Bonn?

A raíz de § 363 inciso 2 ZPO (Cód. Proc. Civil), hay que entrar, primero, en este conjunto de preguntas. Si se oponen impedimentos jurídicos o prácticos de gravedad a la práctiva de prueba realizada por el cónsul alemán, se presentan las demás preguntas:

b) La práctica de prueba proyectada, ¿puede ser tramitada por un órgano de administración de justicia chileno? En caso positivo, ¿puede realizarse esta práctica de prueba "en presencia" del tribunal alemán?

c) Tanto respecto a la práctica de prueba realizada por el cónsul alemán, como respecto a la práctica de prueba realizada por un órgano de administración de justicia chileno, primero se presenta, sin embargo, la pregunta por reglamentaciones contractuales internacionales pertinentes que eventualmente existan.

II. Convenios contractuales pertinentes entre la República Federal de Alemania y Chile.

Acuerdos contractuales internacionales en el campo del tráfico jurídico en asuntos civiles y comerciales no existen, actualmente, entre la República Federal de Alemania y Chile sobre una base bilateral. Pero de contratos multilaterales tampoco se desprenden obligaciones para ambos estados, porque

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Chile, por ejemplo, tampoco se hizo miembro ni del Convenio de La Haya del 17-7-1905 ni de la Convención de La Haya sobre la práctica de prueba en el extranjero en asuntos civiles y comerciales del 18-3-1970 (BGBl 1977 II, pág. 1472).

Véanse para Alemania Bülow-Böckstiegel, Internationaler Rechtsverkehr in Zivil- und Handelssachen, 2ª edición 1973, pág. 917 - 1; además la lista de los tratados internacionales que obligan la República de Chile en asuntos de asistencia judicial en: Código de Derecho Internacional Privado, Edición Oficial, Editorial Jurídica de Chile (1978), nota 1 al 5º título de la ley ("Exhortos o Comisiones Rogatorias"), Art. 380ss., pág. 91, y la lista de las Convenciones Internacionales Suscritas o Ratificadas por Chile en: Materias de Derecho Internacional Privado, voz guía "Alemania", pág. 103; véase ahí también la lista de los tratados multilaterales que obligan la República de Chile, pág. 113ss.

En sus relaciones con la República Federal de Alemania, la República de Chile está prestando asistencia judicial sobre una base sin tratados, en conformidad con sus propias disposiciones procesales (véase, en especial, Art. 388ss. Código de Derecho Internacional Privado) dentro del marco de la llamada "comitas gentium" (véase arriba I. 2.) b) (2)).

Al respecto, véase también Bülow-Böckstiegel, obra citada, pág. 917 - 13.

III. Práctica de prueba mediante el cónsul competente de la Embajada de la República Federal de Alemania en Chile.

1.) Aunque, según el derecho internacional, haya que separar las tareas diplomáticas y las consulares,

véase Convención de Viena sobre Relaciones Diplomáticas del 18-4-1961 (BGBl 1964 II pág. 958), por un lado; y por el otro, Convención de Viena sobre Relaciones Consulares del 24-4-1963 (BGBl 1969 II pág. 1587); Chile ratificó ambas convenciones que, por lo tanto, se usan en todo su alcance en las relaciones chileno-alemanas; véase Convención de Viena sobre Relaciones Diplomáticas: Decreto N.o 666 del 9-12-1967, publicado en el Diario Oficial del 4-3-1968; Convención de Viena sobre Relaciones Consulares: Decreto N.o 709 del del 28-11-1967, publicado en el Diario Oficial del 5 de Marzo de 1968 (véase al respecto también BGBl 1971 II pág. 1285ss.);

la tramitación de tareas consulares dentro del marco de

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

una misión diplomática, resulta posible y no inusitada.

Véase, p.e., Berber, Lehrbuch des Völkerrechts, Vol. I. Allgemeines Friedensrecht, 2ª edición 1975, pág. 297ss. (303s.).

Desde luego, esas medidas netamente organizadoras, no alteran en nada las tareas que se realizan típicamente dentro del marco de las relaciones consulares, ni su realización dentro del marco de las disposiciones legales generales del estado que recibe.

2.) Después de que la llamada jurisdicción consular sobre los ciudadanos del estado que envía en el estado que recibe desapareció totalmente, en el curso del robustecimiento de la autoridad territorial del estado soberano moderno, pertenece a las tareas consulares, en primer lugar, la protección de los ciudadanos del estado que envía en el estado que recibe y el fomento de las relaciones económicas entre estos estados.

Véase Verdross-Simma, Universelles Völkerrecht - Theorie und Praxis (1976), pág. 466.

a) Según concepción moderna de derecho internacional, se agrega también la protección de ciertos intereses del estado que envía en el estado que recibe, dentro de los límites admitidos en derecho internacional. En esta categoría entran, entre otras cosas, también la entrega de escrituras y la tramitación de exhortos. Codificando derecho consuetudinario internacional general, Art. 5 (a) de la ya mencionada Convención sobre Relaciones Consulares señala como tarea consular,

> "proteger los intereses del estado que envía y de sus ciudadanos, es decir, tanto de personas naturales como jurídicas, en el estado que recibe y dentro de los límites admitidos en derecho internacional."

b) Art. 5 (j) de la Convención de Viena sobre Relaciones Consulares precisa este principio general, respecto a la entrega de escrituras y a exhortos, como sigue:

> (Las tareas consulares consisten en)
> "... entregar escrituras judiciales y extrajudi-

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

ciales y tramitar exhortos, en cuanto eso corresponda a convenios internacionales vigentes o, a falta de tales, resulta compatible con las leyes y demás disposiciones legales del estado que reciba."

Como se expuso arriba bajo II., en las relaciones entre la República Federal de Alemania y la República de Chile, no hay acuerdos internacionales que reglamenten la tramitación de exhortos, así que una práctica de prueba por el cónsul de la Embajada alemana, autorizado según § 15 Ley Consular, se podrá realizar exclusivamente dentro del marco de las leyes y demás disposiciones legales chilenas.

c) La autorización de la representación consular del estado que envía, según Art. 5 (j) de la Convención de Viena sobre Relaciones Consulares, para realizar actos de soberanía en el territorio del estado que recibe, no debe ser interpretada en forma extensiva - como se podría deducir, tal vez, de los informes de la Embajada alemana en Santiago y del Ministerio de RR.EE.

(11) Art. 5 (j) de la mencionada Convención de Viena contiene una restricción de la soberanía territorial del estado que recibe. Por lo tanto, rige el principio de la interpretación restrictiva de la norma contractual. El principio de la interpretación restrictiva se desprende de la esencia del derecho internacional y de sus principiosfundamental de la soberanía de los estados. Como no deben suponerse restricciones de la independencia de los estados,,

> Véase fallo de la Corte Internacional Permanente en el caso Lotus, A/10, pág. 18;

hay que elegir entre varias interpretaciones posibles aquélla que contenga las obligaciones mínimas para la parte, de cuyas obligaciones se trata en la contienda concreta.

> Véase, p.e., el informe del juez Basdevant en el caso Minquiers, IGH Reports 1953; además Berber, obra citada, pág. 482.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

(2) Eso significa, por ejemplo, que, en caso de duda, no tienen que decidir órganos de administración de justicia alemanes, sino chilenos, sobre la cuestión de si una práctica de prueba realizada en territorio chileno por el cónsul alemán, aún esté conforme a las leyes y demás disposiciones legales chilenas.

3.) a) En general, en el tráfico jurídico internacional, los órdenes jurídicos latinoamericanos están dispuestos mucho menos a renunciar a soberanía nacional que los de otros estados; no se está tan acostumbrado a estructuras de pensamiento supranacionales como, por ejemplo, en la República Federal de Alemania; no está a disposición un conjunto de normas concebido en forma preestatal como en la familia de Common-Law.

Véase, p.e., Blumenwitz, Einführung in das Anglo-amerikanische Recht, 2ª edición 1976.

Especialmente en el pensamiento chileno respecto al derecho de colisión, el principio territorial, deducido del concepto de soberanía, encuentra su expresión más pronunciada.

Véase al respecto, en forma detallada, Samtleben, Internationales Privatrecht in Lateinamerika, Vol. 1 Allgemeiner Teil (1979), pág. 245ss. El derecho de colisión chileno muestra hasta hoy día la marca del internacionalista Andrés Bello, que también fue autor del Código Civil chileno de 1855. Sobre vida y obra de Andrés Bello véase también Samtleben, RabelsZ 35 (1971), pág. 74ss.

b) Además, el principio de la legalidad, derivado del concepto de soberanía estatal, pero también del principio del estado de derecho, se encuentra arraigado, en forma especial, en la constitucionalidad chilena. Por lo tanto, se ponen límites mucho más estrechos de lo que se hace, por ejemplo, en la República Federal de Alemania, a la renuncia al ejercicio de la jurisdicción propia dentro del marco del principio oportunístico. Según el principio de la separación de pode-

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

ros, consagrado en la Constitución chilena, y según el principio de la independencia del poder judicial, no le es posible sin más al poder ejecutivo - tampoco en casos relacionados con el extranjero - disponer de la jurisdicción de tribunales chilenos en favor de órganos de administración de justicia extranjeros. La competencia respecto a la competencia pertenece, también en esas cuestiones, a la Corte Suprema de Chile que, constitucionalmente, ocupa un lugar destacado en toda la administración de justicia.

(1) Las disposiciones pertinentes se encuentran en los Art. 4, 12, 80, 81 y 86 de la Constitución de 1925, que actualmente aún está en vigencia:

> Art. 4.- Ninguna magistratura, ninguna persona, ni reunión de personas pueden atribuirse, ni aún a pretexto de circunstancias extraordinarias, otra autoridad o derechos que los que expresamente se les haya conferido por las leyes. Todo acto en contravención a este artículo es nulo.
>
> Art. 12.- Nadie puede ser juzgado por comisiones especiales, sino por el tribunal que le señale la ley y que se halle establecido con anterioridad por ésta.
>
> Art. 80.- La facultad de juzgar las causas civiles y criminales pertenece exclusivamente a los Tribunales establecidos por la ley. Ni el Presidente de la República, ni el Congreso, pueden, en caso alguno, ejercer funciones judiciales, avocarse causas pendientes o hacer revivir procesos fenecidos.
>
> Art. 81.- Una ley especial determinará la organización y atribuciones de los Tribunales que fueren necesarios para la pronta y cumplida administración de justicia en todo el territorio de la República.
>
> Art. 86.- La Corte Suprema tiene la superintendencia directiva, correccional y económica de todos los Tribunales de la Nación, con arreglo a la ley que determine su organización y atribuciones.
>
> La Corte Suprema, en los casos particulares de que conozca o le fueren sometidos en recurso interpuesto en juicio que se siguiere ante otro Tribunal, podrá declarar inaplicable, para ese caso, cualquier precepto legal contrario a la Constitución. Este recurso podrá dedu-

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

cierre en cualquier estado del juicio, sin que se suspenda su tramitación.

Conocerá, además, en las contiendas de competencia que se susciten entre las autoridades políticas o administrativas y los Tribunales de Justicia que no correspondan al Senado.

Texto: Constitución Política de la República de Chile, conforme a la Edición Oficial, Editorial Nascimiento, Santiago de Chile 1968.

(2) Las disposiciones referentes a la administración de justicia de la Constitución de 1925 no han sido cambiadas tampoco por el Gobierno de la Junta que se constituyó después del 11. 9. 1973.

Véase Blumenwitz, Die Verfassungsentwicklung in der Dritten Welt unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung in Chile, herausgegeben vom Institut für Demokratieforschung, Würzburg 1979; el mismo, El Desarrollo Constitucional en el Tercer Mundo con Especial Consideración del Caso Chileno, en: La Democracia en el Mundo de Hoy (1980), pág. 11ss.; además: Art. 1, cifra 3 del Acta Constitucional N.o 3.

(3) La nueva Constitución chilena del 11-9-1980, que entrará en vigencia el 11-3-1981, reitera esas disposiciones en parte verbalmente.

Véase Constitución Política de la República de Chile, Decreto Ley N.o 3.464 del 11-8-1980, especialmente Art. 19, cifra 3 (corresponde al Art. 12 de la Constitución antigua) y los Art. 73ss. (corresponden a los Art. 80ss. de la Constitución antigua).

c) Los mencionados principios constitucionales sobre el poder judicial y sus tareas especiales, se actualizan en Chile también por leyes correspondientes - lo que no ~~parece lógico~~ de ninguna manera en Latinoamérica.

(1) La ley citada en Art. 80 de la Constitución antigua o Art. 73 de la nueva, respectivamente, es la Ley Orgánica de Tribunales del 9-7-1943.

Texto: Código Orgánico de Tribunales, Edición Oficial, Editorial Jurídica de Chile (1970).

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Art. 1 de la ley reza:

"La facultad de conocer de las causas civiles y criminales, de juzgarlas y de hacer ejecutar lo juzgado pertenece exclusivamente a los tribunales que establece la ley."

(2) El Código de Procedimiento Civil del 21 de Marzo de 1906

Texto: Código de Procedimiento Civil, Edición Oficial, Editorial Jurídica de Chile 1970

regulan en los casos con relación al extranjero, reglamentados en los art. 242ss., estrictamente el principio territorial, derivado del principio de la soberanía:

Art. 243 (239). Las resoluciones pronunciadas en país extranjero tendrán en Chile la fuerza que los concedan los tratados respectivos; y para su ejecución se seguirán los procedimientos que establezca la ley chilena, en cuanto no aparezcan modificados por dichos tratados.

Art. 243 (240). Si no existen tratados relativos a esta materia con la nación de que procedan las resoluciones, se les dará la misma fuerza que en ella se dé a los fallos pronunciados en Chile.

Art. 244 (241). Si la resolución procede de un país en que no se da cumplimiento a los fallos de los tribunales chilenos, no tendrá fuerza en Chile.

Art. 245 (242). En los casos en que no pueda aplicarse ninguno de los tres artículos precedentes, las resoluciones de tribunales extranjeros tendrán en Chile la misma fuerza que si se hubieran dictado por tribunales chilenos, con tal que reúnan las circunstancias siguientes:

1º que no contengan nada contrario a las leyes de la República. Pero no se tomarán en consideración las leyes de procedimiento a que haya debido sujetarse en Chile la substanciación del juicio;

2º que tampoco se opongan a la jurisdicción nacional;

3º que no hayan sido dictadas en rebeldía; y

4º que estén ejecutoriadas en conformidad a las leyes del país en que hayan sido pronunciadas.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Art. 243 (243). Las reglas de los artículos precedentes son aplicables a las resoluciones expedidas por jueces árbitros. En este caso se hará constar su autenticidad y eficacia por el visto-bueno u otro signo de aprobación emanado de un tribunal superior ordinario del país donde se haya dictado el fallo.

Art. 247 (244). En todos los casos a que se refieren los artículos precedentes, la resolución que se trate de ejecutar se presentará a la Corte Suprema en copia legalizada.

Art. 248 (245). En los casos de jurisdicción contenciosa, se dará conocimiento de la solicitud a la parte contra quien se pide la ejecución, la cual tendrá para exponer lo que estime conveniente un término igual al de emplazamiento para contestar demandas.

Con la contestación de la parte o en su rebeldía, y con previa audiencia del ministerio público, el tribunal declarará si debe o no darse cumplimiento a la resolución.

(3) El derecho de colisión chileno, codificado en el Código de Derecho Internacional Privado,

Texto: Edición Oficial, Editorial Jurídica de Chile 1977;

se basa en el principio territorial ya mencionado; por él se entiende - como expresó Bustleben en forma precisa - el "afán, arraigado profundamente en el territorialismo, de someter al derecho propio todos los hechos que revistan alguna relación local o personal con el interior" (obra citada, pág. 244). Otro fundamento es el Código Bustamante, tratado concebido, hace medio siglo, entre los estados latinoamericanos que contiene, en más de 400 artículos, reglamentaciones detalladas de casi todas las cuestiones del derecho privado y rituario internacional.

El tratado fue firmado por Chile el 20-2-1928, aprobado por el Congreso Nacional el 10-5-1932 y ratificado el 14-6-1933, promulgado por D.F.L. N.o 674 del 10-4-1934, y publicado en el Diario Oficial el 8-7-1934, véase Bustleben, obra citada, pág. 58, nota 73.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Chile, realmente, formuló una reserva muy amplia en ratificar el Código Bustamante: El derecho de colisión que, fundamentalmente, obliga los estados latinoamericanos, no se aplicará en cuanto sus disposiciones contradigan la legislación nacional, destacándose que no sólo la legislación actual, sino también la futura prevalecerán sobre el Código Bustamante.

> Véase Duncker, Derecho internacional privado (Parte General), 3ª edición 1967, pág. 141s.

Por otra parte, según opinión dominante, el Código Bustamante puede ser invocado como fuente jurídica subsidiaria también para con estados no tratantes como, por ejemplo, la República Federal de Alemania.

> Véase Duncker, obra citada, pág. 120 y las comprobaciones en Samtleben, obra citada, pág. 207, nota 138.

En las cuestiones de procedimiento civil internacional, presentadas para el dictamen, sin embargo, no resultan tensiones entre las reglas de colisión reglamentadas por tratados internacionales y las normas del derecho interno chileno, porque en los sectores que interesan aquí, el Código Bustamante, de todos modos, alega el derecho nacional respectivo, interdice jurisdicciones especiales a base personal y remite tribunales extranjeros a la vía de asistencia judicial. Los Art. 314, 315 y 388 pertinentes del Código de Derecho Internacional Privado rezan:

> Art. 314. La ley de cada Estado contratante determina la competencia de los Tribunales, así como su organización, las formas de enjuiciamiento y de ejecución de las sentencias y los recursos contra sus decisiones.
>
> Art. 315. Ningún Estado contratante organizará o mantendrá en su territorio tribunales especiales para los miembros de los demás Estados contratantes.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

> Art. 38. Toda diligencia judicial que un Estado contratante necesite practicar en otro, se efectuará mediante exhorto o comisión rogatoria cursados por la vía diplomática. Sin embargo, los Estados contratantes podrán pactar o aceptar entre sí en materia civil o criminal cualquier otra forma de transmisión.

4.) El "territorialismo" que el orden jurídico chileno sustenta en casos relacionados con el interior, tiene como consecuencia que las funciones del cónsul alemán posibles dentro del marco de Art. 5 (j) Convención de Viena sobre Relaciones Consulares, disminuyen en forma correspondiente.

a) En el caso presente no se necesita examinar detalladamente qué campo de actividades le quede aún al cónsul alemán, dentro del orden jurídico chileno, respecto a prácticas de prueba según § 363 inciso 2 ZPO (Cód. Proc. Civil).

> Bülow-Böckstiegel, Internationaler Rechtsverkehr in Zivil- und Handlessachen (1973), pág. 917 - 13, considera admisible tomar declaraciones a testigos y tomar juramentos, siempre que el declarante esté dispuesto a comparecer ante la representación alemana y siempre que "la toma de declaración no causara efecto jurídico ulterior en Chile"; este criterio de delimitación no resulta inequívoco de ninguna manera; la delimitación del poder consular y poder territorial tampoco puede hacerse dependiente de las intenciones que persigan las partes con la práctica de prueba y el fallo correspondiente. La delimitación según la nacionalidad del testigo por interrogar, que el tribunal alemán se imaginaba en su auto de prueba del 22-1-1980, tampoco señala la dirección correcta; caso que el juicio pendiente no tocara intereses chilenos, la toma de declaración a un ciudadano chileno dispuesto a declarar, realizado por el cónsul alemán, no sería improcedente, porque las atreas consulares no están comprometidas con el principio personal.

Resulta decisiva la relación amplia del juicio pendiente con el interior - desde el punto de vista del orden jurídico chileno - que no le permite al orden jurídico chileno que órganos de administración de justicia que ~~otra que~~ no sean chilenos realicen actuaciones en territorio

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

chileno - aunque sea solamente en vías de asistencia judicial.

(1) La relación especial con el interior, del juicio pendiente - vista desde el orden jurídico chileno - resulta de la circunstancia de que una de las partes del juicio es persona jurídica de derecho chileno y tiene sede y campo de actividades en Chile.

(2) Materia del juicio es lesión de derechos de la parte chilena los que - como honra y prestigio - ocupan alto rango en el orden público chileno.

(3) Indirectamente, es también materia del juicio el ejercicio de poder estatal chileno en sectores que, en ningún estado del mundo, están sometidos a control público, judicial o hasta internacional ilimitado; el toma de prueba del tribunal exhortante toca, posiblemente, en forma directa, un "arcanum" del ejercicio de poder estatal; objetos de la inspección ocular son, exclusivamente, cosas con relación directa con el territorio chileno.

(4) Además de los objetos de la práctica de prueba, debe considerarse, al final, la extensión extraordinaria de la práctica de prueba proyectada en el auto de prueba del 22-1-1980. En realidad, el Art. 5 (j) Convención de Viena sobre Relaciones Consulares no contiene restricciones cuantitativas; pero en vista de las competencias competitivas entre estado que recibe y estado que envía, deben mantenerse las proporciones usuales de actividades consulares.

b) Las exposiciones del Ministerio de RR.EE. y del Embajador de la República Federal de Alemania en Chile referente a "tramitación de la práctica de prueba mediante toma de declaración a testigos e inspección ocular de Colonia Dignidad y sus alrededores por la Embajada alemana en Santiago" no contienen nada que podría poner en duda el resultado obtenido arriba bajo a).

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

(1) Las consideraciones del Ministerio de RR.EE., enviadas al Ministro de Justicia Federal:

> "Mediante un interrogatorio realizado exclusivamente por nuestra Embajada en Santiago, podría evitarse presentar al Gobierno chileno, junto con el pedido de transmisión al tribunal chileno competente, el texto del auto de prueba; teniendo en cuenta algunas formulaciones en el texto, despertaría serios escrúpulos enviar el auto de prueba al Gobierno de Chile en la forma actual."
> (Véase N.o 3 de la comunicación citada arriba)

demuestran que el Ministerio de RR.EE. no sólo no había estudiado los fundamentos de derecho internacional para la actuación de una representación alemana en el extranjero en asuntos de exhorto, sino que también supone que una representación alemana en el extranjero, como órgano de administración de justicia alemán en territorio extranjero, puede actuar, por así decir, a espaldas y contra los probables intereses del estado que recibe. Según la disposición normativa del Art. 5 (j) Convención de Viena sobre Relaciones Consulares, sin embargo, el cónsul alemán, como brazo alargado del tribunal alemán en territorio chileno, sólo puede actuar en armonía con el orden jurídico chileno. Si la Embajada alemana no cursa un exhorto a las autoridades chilenas cpmpetentes, sino que lo tramita a cuenta propia, porque el Gobierno chileno podría expresar reparos contra el auto de prueba, eso sería además una infracción de las obligaciones diplomáticas, porque también el diplomático - sin perjuicios de sus privilegios - debe"observar las leyes y demás disposiciones legales del estado que recibe".

> Véase Art. 41 inciso 1 Convenio de Viena sobre Relaciones Diplomáticas del 18-4-1961 (BGBl 1964 II pág. 958); sobre las obligaciones diplomáticas, detalladamente, Berber, obra citada, pág. 293s.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

(2) La práctica de estados en asuntos de asistencia judicial resulta importante; de todos modos, es posible en derecho internacional que el estado que recibe no toma tan al pie de la letra sus propias normas legales ni la validez del principio territorial, o que por consideraciones políticas siga una "policy of not noticing it". Pero no se debe suponer, desde un comienzo, que el Gobierno del estado que recibe no va a atenerse al orden jurídico que también le obliga a él.

(a) Las expresiones del Ministerio de RR.EE. en la comunicación ya mencionada varias veces no resultan muy reveladoras al tratar bajo N.o 1 la práctica de estados chileno-alemana en asuntos de asistencia judicial.

Queda abierto si las "averiguaciones reiteradas" de la Embajada en Santiago sobre la Colonia Dignidad, eran averiguaciones dentro del marco de las tareas diplomáticas generales, o si se trataba de averiguaciones acasionadas por exhortos formales (es decir, práctica de prueba e inspección ocular); en el último caso no más podría hablarse de un ejercicio correspondiente o, posiblemente, de una práctica de estados que podría resultar relevante también para el presente caso.

Pero habría que verificar, entonces, si los casos tramitados anteriormente demuestran una relación semejantemente fuerte con el orden jurídico chileno como el presente (la demandante es persona jurídica de derecho chileno y desea práctica de prueba por un tribunal chileno exhortado; las materias de prueba y juicio se refieren directa o indirectamente a asuntos chilenos, véase letra a) arriba). Sólo en tal caso se podría hablar de precedentes auténticos que justificarían un pronóstico suficientemente

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

seguro respecto al tratamiento de los hechos en derecho penal.

(c) Importancia especial reviste la conversación entre el Embajador de la República Federal de Alemania y el Jefe de la Sección Jurídica en el Ministerio de RR.EE. chileno, comunicada por la Embajada de la República Federal de Alemania en informe N.o 647/80, puesto que el caso pendiente era objeto de la discusión. Durante la conversación, la parte chilena hizo ver en forma suficientemente clara que "un exhorto dirigido al tribunal chileno competente" es "la vía normal". Todas las demás consideraciones tienen el carácter legalmente no obligatorio, propio de una "conversación de tanteo". Del informe de la Embajada alemana no se desprende tampoco, si el funcionario chileno se encontraba informado respecto a las relaciones especiales del presente caso con el orden jurídico chileno. En todo caso, de la disposición señalada de autoridades chilenas de que vaya a responder a una solicitud de de prueba dirigida a ellas, no se debe concluir que, bajo estas circunstancias, también el cónsul alemán como órgano de administración de justicia extranjero está autorizado de averiguar en territorio chileno.

5.) Como se dijo ya en un comienzo (véase arriba bajo I. 2) d)), hay que separar de la cuestión de la procedencia de la práctica de prueba realizada por el cónsul alemán, la otra cuestión de la procedencia de una <u>cooperación</u> de cualquier índole <u>del tribunal alemán en la práctica de prueba</u>. De todos modos, queda excluida de antemano una cooperación del tribunal alemán en una práctica de prueba por realizar ante el cónsul alemán en el extranjero, si se le prohibe al cónsul alemán, según Art. 5 (j) Convención de Viena sobre Relaciones Consulares, realizar la práctica de prueba por derecho contradictorio en el estado que recibe. Por lo tanto, se

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

puede entrar en la posibilidad de una participación del tribunal alemán en la práctica de prueba sólo subsidiariamente, en caso de que el derecho chileno consienta expresamente a una práctica de prueba realizada por el tribunal alemán fuera del marco del Art. 5 (3).
Una práctica de prueba en el extranjero "en presencia del tribunal alemán" sólo queda posible, si la lex fori del tribunal alemán y el derecho pertinente para el procedimiento local lo permiten.

a) Ni el Código de Procedimiento Civil ni el Código de Procedimiento Penal alemanes contemplan expressis verbis una participación del tribunal alemán respectivo en una práctica de prueba en el extranjero.

hay que decir
Lo mismo ~~vale~~, además, para el derecho procesal chileno.

(1) Por lo tanto, tal modus procedendi puede derivarse, a lo sumo, del principio de la exploración de la verdad, inmanente en el derecho procesal, y sólo debe ser practicado, si la investigación de la verdad en las vías expresamente indicadas en los códigos de procedimiento no parece muy prometedora. De todos modos, hay que quedar atento ~~cuidar~~ siempre que los sectores de responsabilidad de los órganos de administración de justicia que averiguan, quedarán estrictamente separados, porque una mezcla de funciones ejecutivas y judiciales no resulta compatible con el principio del juez legal, arraigado en el derecho constitucional.

Véase para estas preguntas que científicamente aún no se han investigado detalladamente, la incipiente discusión del problema en la revista "Der Spiegel" N.o 35/1980, pág. 74ss.
(Titular: "Región estupenda - Les gusta a tribunales alemanes viajar a países lejanos. Las tomas de declaración a testigos en el extranjero resultan a veces innecesarias y legalmente dudosas.").

De todos modos, § 38 (a) Orden de Asistencia Judicial en lo Civil (ZRHO) del 19-10-1956, parte de la participación del tribunal alemán en una práctica de prue-

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

ba realizada por la Embajada, y supone con eso la procedencia de tal procedimiento.

(2) Del Orden de Asistencia Judicial en lo Civil (ZRHO) como ley no formal, en realidad, tampoco se puede deducir nada que justificaría los altos gastos de la índole especial de la práctica de prueba, los que se imponen a las partes. La obligación de los jueces a explorar la verdad, no sólo tiene que respetar la soberanía de estados extranjeros, sino que se encuentra también dentro del sistema de valores de la Constitución. Por lo tanto, la investigación de la verdad no resulta ser un valor absoluto, pese a su alta importancia para las reglas de la práctica de prueba.

(a) El orden de valores de la Ley Fundamental no conoce la frase de que habría que "explorar la verdad a toda costa". Por lo tanto, la consideración de otros valores puede hacer inadmisible la práctica de prueba, y tal improcedencia también puede afectar ciertos métodos de prueba.

> Véase al respecto, con muchos detalles, Löwe-Rosenberg, Vol. 3, Kommentar zur StPO, 23ª edición, RN 151 sobre § 244 inciso 2.

Los valores protegidos fundamentalmente comprenden también la garantía de la propiedad del Art. 14 GG (Constitución Federal).

> Véase al respecto y sobre la cuestión, cuando - en casos especiales - una práctica de prueba pueda ser improcedente a raíz de los altos gastos que exigo, Löwe-Rosenberg, obra citada, RN 164.

(b) Caso que se abriera la posibilidad jurídica de que participe el tribunal alemán en la práctica de prueba en el extranjero, primero habría que ponderar los gastos especiales que se les originan a las partes frente al "más" efectivo de posible conocimiento judicial; además habría que averiguar si las partes no serían impedidas

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

en su prosecución legal por un riesgo de gastos prohibitivo.

b) (1) En lo que se refiere a la procedencia de una participación del tribunal alemán en la práctica de prueba del cónsul alemán según las normas legales pertinentes, primero hay que dirigirse otra vez a la Convención de Viena sobre Relaciones Consulares que resulta normativa para la actividad de la representación alemana en el extranjero como órgano de administración de justicia en el estado que recibe.

(2) Art. 5 (j) de la Convención mencionada autoriza solamente los representantes con funciones consulares a realizar actos de soberanía en el estado que recibe; a otros representantes del estado que envía les queda prohibido cualquier acto de soberanía. En este respecto, también la mera presencia en calidad oficial en la realización de tareas de soberanía por el cónsul, debe ser calificado de acción oficial improcedente. La presencia del tribunal alemán en la práctica de prueba en Chile, por lo tanto, será posible exclusivamente con el consentimiento del Gobierno chileno - como cualquier otra actuación oficial no privilegiada en el extranjero.

La situación legal la refleja también § 38 (a) ZRHO (Orden Asist. Judicial Civil), al declarar sometida al consentimiento del Gobierno del estado que recibe, la participación de un tribunal alemán en una práctica de prueba de la Embajada.

(3) A raíz de las razones expuestas arriba bajo 4.) a), no se puede contar con un consentimiento del Gobierno chileno.

No es necesario discutir más detalles, porque la Embajada alemana en Chile, en efecto, desaconseja de tal procedimiento (véase informe 647/80) y el Ministerio de RR.EE. expresa solamente su opinión, en el No. 2 de su comunicación (citada arriba), sobre lo que sería deseable, pero no analiza la situación jurídica concreta.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

IV. Práctica de prueba ordenada al tribunal chileno competente.

Como el cónsul alemán según § 363 inciso 2 ZPO (Cód. Proc. Civil) no puede practicar el exhorto de práctica de prueba, el tribunal extranjero competente debe averiguar por vía de asistencia judicial.

1) Si se observan las formalidades usuales internacionales, los tribunales chilenos prestan asistencia judicial también sobre una base sin tratados a tribunales extranjeros.

Véase Miller-Bückstiegel, obra citada, pág. 917 - 13; en general sobre procedimiento de exhortos: Rietzler, obra citada, pág. 6/8a. son otros datos bibliográficos.

(a) Las disposiciones pertinentes se encuentran en el 5º Título del Código de Derecho Internacional Privado; las disposiciones rezan:

Art. 389. Toda diligencia judicial que un Estado contratante necesite practicar en otro, se efectuará mediante exhorto o comisión rogatoria cursados por la vía diplomática. Sin embargo, los Estados contratantes podrán pactar o aceptar entre sí en materia civil o criminal cualquier otra forma de transmisión.

Art. 389. Al juez exhortante corresponde decidir respecto a su competencia y a la legalidad y oportunidad del acto o prueba, sin perjuicio de la jurisdicción del juez exhortado.

Art. 390. El juez exhortado resolverá sobre su propia competencia ratione materiae para el acto que se le encarga.

Art. 391. El que reciba el exhorto o comisión rogatoria debe ajustarse en cuanto a su objeto a la ley del comitente y en cuanto a la forma de cumplirlo a la suya propia.

Art. 392. El exhorto será redactado en la lengua del Estado exhortante y será acompañado de una traducción hecha en la lengua del Estado exhortado, debidamente certificada por intérprete juramentado.

Art. 393. Los interesados en la ejecución de los exhortos y cartas rogatorias de naturaleza privada deberán

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

constituir apoderados, siendo de su cuenta los gastos que estos apoderados y las diligencias ocasionen."

Adicionalmente, hay que señalar Art. 76 inciso 2 del Código Procedimiento Civil; Art. 76 que se halla en el Título VII del Código, sobre "Actuaciones Judiciales", reza:

> Art. 76. Cuando hayan de practicarse actuaciones en país extranjero, se dirigirá la comunicación respectiva al funcionario que deba intervenir, por conducto de la Corte Suprema, la cual la enviará al Ministerio de Relaciones Exteriores para que éste a su vez le dé curso en la forma que esté determinada por los tratados vigentes o por reglas generales adoptadas por el Gobierno. En la comunicación se expresará el nombre de la persona o personas a quienes la parte interesada apoyare para practicar las diligencias solicitadas, o se indicará que puede hacerlo la persona que la presente o cualquiera otra.
>
> Por este mismo conducto y en la misma forma se recibirán las comunicaciones de los tribunales extranjeros para practicar diligencias en Chile.

b) La índole especial del tema de prueba no impedirá que el tribunal chileno exhortado tramite la práctica de prueba deseada. Objeción de prueba, en general, se rechazan únicamente cuando el juicio extranjero al que debería servir la práctica de prueba, contraríe al orden público chileno.

> Véase, al respecto, la comprobación de la práctica latinoamericana en Samtleben, obra citada, pág. 243, nota 153 y pág. 97, nota 134 (denegación de la asistencia judicial en un juicio de divorcio, si el estado exhortado no reconoce el divorcio y tiene derecho a reglamentar el estado civil de los cónyuges). En general, en la tramitación de exhortos, se hace uso del orden público sólo en forma muy discreta; véanse las exposiciones en Nietzler, obra citada, pág. 576.

En el presente caso, sin embargo, el juicio pendiente ante el tribunal exhortante servirá a la restitución de la honra lesionada en el extranjero de, entre otras, también una parte chilena; el objetivo del

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

proceso se encuentre, por lo tanto, en plena armonía con el orden público chileno.

El predio de la Iglesia [illegible] que, según el exhorto, será objeto de una inspección ocular, no ha sido excluido por razones fiscales de la jurisdicción del tribunal exhortado; lo mismo vale respecto a los testigos y partes por interrogar.

Según las reglas generales del derecho procesal civil internacional, un exhorto regular puede ser denegado exclusivamente por falta de jurisdicción; véase Fiedler, obra citada, pág. 676, bajo referencia al Art. 11 inciso 3 de la Convención de La Haya.

2.) La cuestión de la procedencia de la cooperación del tribunal alemán en la práctica de prueba del tribunal chileno exhortado se examina, a su vez, según la lex fori del tribunal alemán y según la lex fori del tribunal chileno exhortado.

a) Respecto a la lex fori del tribunal alemán, puede referirse a las especialidades escritas, bajo III. 5.) a).

b) En conformidad con los principios generales del derecho procesal civil internacional,

véase, p.e., Fiedler, obra citada, pág. 676,

el tribunal chileno exhortado se encarga de la actividad que se le solicita, según su propio orden jurídico - es decir, según la lex fori - (véase Art. 391, última frase media).

(1) Hay vale para la toma de declaración a testigos y partes, para la fórmula de juramento y para los apremios en caso de no comparecencia. El tribunal exhortado, sin embargo, no examinará si el acto que se le solicita - por ejemplo, una interrogatorio de testigo - será útil y apropiado según la situación procesal, porque tiene que abstenerse de cualquier apreciación de la causa misma (véase Art. 389). El tribunal exhortado también puede efectuar actos, según Art. 391, que solamente en

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

vista del orden jurídico del tribunal exhortante aparezcan razonables y procedentes, por ejemplo, interrogar testigos en una causa, en la cual, según su derecho propio, la prueba de testigos queda excluida; en vista del juicio extranjero, también podrá interogar testigos que, según el propio código de procedimiento, resultaran inhábiles para dar testimonio.

(2) Art. 391, sin embargo, no le permite al tribunal chileno exhortado que, infringiendo el derecho judicial chileno, deje participar en el juicio otras personas que las previstas legalmente, o deje intervenir órganos de administración de justicia extranjeros en las averiguaciones dentro del territorio chileno. Esto último sería una ingerencia directa en la soberanía judicial chilena, sobre la cual - aun en casos relacionados con el extranjero - no dispone el Gobierno chileno, sino únicamente la Corte Suprema.

> Comparando derechos, debe señalarse, además, que una práctica de prueba por el juez exhortado en presencia del juez exhortante - en cuanto se ve - no se ha reglamentado en ninguno de los códigos de procedimiento destacados y tampoco se trata en los manuales pertinentes del derecho de procedimiento civil (véase, p.e., Rietzler, obra citada, pág. 672). En cuanto realizan actos procesales en común órganos de administración de justicia de varios estados (como, p.e., en la antigua jurisdicción consular o, en parte, tribunales de restitución o reparación), tal colaboración se basa siempre en un tratado de derecho internacional que obliga los tribunales nacionales participantes.

(3) Sobre una práctica de los tribunales en Chile que difiera de la situación legal expuesta, y en la cual, según las apariencias, se apoya el informe N.o 647/80 de la Embajada alemana del 4-7-1980, el perito no puede informar definitivamente, porque no tiene presente los demás informes N.o 270 y 510 del 16-3 y 23-3-1978, citados ahí. Pero sea

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

observado brevemente lo que sigue: Si el Embajador de la República Federal de Alemania menciona en su informe del 4-7-1980 que "también el exhorto norteamericano en el caso Letelier, políticamente muy delicado, se tramitó rápidamente y que ahí igualmente participaron órganos judiciales del estado exhortante", esto último no está conforme, por lo menos, con lo que se conoció del procedimiento en el caso Letelier por un público muy numeroso: el fiscal norteamericano competente para las investigaciones del caso Letelier, en realidad, pudo entrar en Chile libremente, como cualquier otro ciudadano americano, pero podía tratar con las autoridades chilenas exhortadas solamente por intermedio de un abogado recibido en Chile; no participó directamente en las averiguaciones de órganos de administración de justicia chilenos.

Tal situación de hecho y derecho le fue confirmado al perito en dos llamadas telefónicas a la Embajada chilena en Bonn, el 29-9-1980; la Embajada chilena confirmó, además, que tribunales exhortados en Chile no realizan prácticas de prueba en presencia de los tribunales exhortantes.

V. Resultado.

1.) Según las normas de los derechos internacional y chileno, la práctica de prueba, proyectada por la 3ª Sala de lo Civil de la Corte de Bonn en el auto de prueba del 22-1-1980, no puede realizarse "en presencia de los magistrados de la 3ª Sala de lo Civil de la Corte de Bonn."

2.) El auto de prueba del 22-1-1980 debe ser enviado, en la forma usual para el tráfico de asistencia judicial internacional y por vía diplomática, al tribunal chileno por exhortar, el que realizará las prácticas de prueba - sobre una base sin tratados - bajo su propia responsabilidad.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Nota: La utilización del dictamen fuera del juicio pendiente - en especial su publicación - debe ser autorizada por el perito.

(firma)

(Prof. Dr. H. Blumenwitz)

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Dr. Klassen & Lehnertz

Rechtsanwälte
Dr. jur. Ludwig Klassen
Albert Lehnertz
Ulrich Wulfert

THOMAS-MANN-STR. 58 · 5300 BONN 1
TELEFON 65 76 50 u. 65 74 50
ÜBERWEISUNGEN ERBITTEN WIR NUR
AUF DAS KONTO DR. KLASSEN
POSTSCHECKKONTO KÖLN 723 12-501
SPARKASSE BONN KTO.-NR. 31.020.886
VOLKSBANK AM STADTTHEATER BONN
NR. 300 223 5

Dr. L. Klassen, A. Lehnertz u. U. Wulfert · Thomas-Mann-Str. 58 · 5300 Bonn 1

Landgericht
3. Zivilkammer

5300 Bonn

P 644/79 Dr.K.
(unbedingt angeben)

30. Oktober 1980 En

In Sachen

Private Sociale Mission e.V. ./. Amnesty International

- 3 O 123/77 -

Überreichen wir in der Anlage das von uns eingeholte Gutachten bei Herrn Prof.Dr.Blumenwitz, Würzburg, dessen Inhalt wir zum diesseitigen Klagevorbringen erklären.

Der Gutachter kommt zu der bereits von uns vorgetragenen Auffassung, daß nach den Normen des internationalen und insbesondere des chilenischen Rechts die aufgrund des Beweisbeschlusses vom 22.1.1980 angeordnete Beweisaufnahme in Chile "in Gegenwart des Kollegiums der 3. Zivilkammer des Landgerichts Bonn" nicht durchgeführt werden kann.

Vielmehr muß der Beweisbeschluß auf diplomatischem Wege dem chilenischen Rechtshilfegericht zugeleitet

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

werden, das die Beweiserhebungen durchzuführen hat.

Wir bitten aufgrund dieses umfassenden Gutachtens, die Anordnung in dem Beschluß vom 23.10.1980 nochmals zu überprüfen und uns kurzfristig mitzuteilen, ob die Einzahlung des restlichen Teils der ersten Hälfte des angeforderten Auslagenvorschusses unter Berücksichtigung dieser Ausführungen entfallen kann.

Anlage
Gutachten des Herrn Prof.Dr.
Dieter Blumenwitz v. 24.10.80

Rechtsanwälte
Dr. L. Klassen
A. Lehnertz

Durchschriften: 4 x anbei

durch .....
Rechtsanwalt

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Professor Dr. Dieter Blumenwitz
Lehrstuhl für Völkerrecht, allgemeine Staatslehre,
deutsches und bayerisches Staatsrecht
und politische Wissenschaften
Universität Würzburg

D - 8700 Würzburg, 24. 10. 80
Domerschulstraße 16 (Alte Universität)
Zimmer 201 – 203
Rufnummer (09 31) 31 308

Herrn
Hans-Jürgen Blanck
Private Soziale Mission
Postfach 28

5200 Siegburg

Sehr geehrter Herr Blanck!

Anbei übersende ich Ihnen mein Gutachten G - VIII - 15 - 80 vom 24. Oktober 1980 im Original und in einer unterzeichneten Ablichtung. Die Korrekturen bzw. Ergänzungen sind auf dem linken Rand der Fotokopie mit Bleistift vermerkt. Sie können die Korrekturen mit der von Ihnen benutzten Schreibmaschine in das Original übertragen.
Die mir überlassenen Fotokopien werde ich an die Chilenische Botschaft und an den Rechtsberater der chilenischen Regierung, Herrn Professor Helmut Brunner, weiterleiten. Um den Vorgang zu vervollständigen wäre ich dankbar, wenn Sie mir nochmals zwei Ablichtungen des Beweisbeschlusses des Prozessgerichts der Stellungnahme der Botschaft in Santiago und der Mitteilung des Auswärtigen Amts an den Justizminister zur Verfügung stellen könnten. Die mir überlassenen Ablichtungen habe ich ja in das Manuskript mit eingearbeitet.
Das mir überlassene Werk von Jürgen Samtleben, Internationales Privatrecht in Lateinamerika, geht als Büchersendung in den

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

nächsten Tagen an Sie zurück.
Mit großem Interesse habe ich von den Verbalnoten der Chilenischen Botschaft vom 24. September 1980 Kenntniss genommen. Sie bestätigen im wesentlichen das, was mir Herr Konsul Schmitt schon fernmündlich mitteilen konnte.

Ich bitte, Herrn Dr. Hopp und Herrn Baar gelegentlich von mir herzlich zu grüßen und verbleibe

mit den besten Empfehlungen

Ihr

(Prof. Dr. D. Blumenwitz)
(nach Diktat verreist)

2 Anlagen

F. d. R.

Geuppert

(Geuppert K., Verw.Angest.)

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Landesbank etwa verlor bei ihren windigen Bau- und Bodengeschäften drei Milliarden Mark.

Von kommunalen Aufgaben sprachen die Staatsbankiers nur noch ungern. Und Poullain, der sich bald als Größter unter den Landbankiers sah, wurden schließlich auch die Staatsgrenzen zu eng; er plante, in aller Welt Dependancen seines Hauses zu eröffnen.

Statt den Kollegen der privaten Großbanken nachzueifern, so meinten dagegen wohl die Oberlandesrichter in Hamm, hätte sich Poullain eher als Staatsdiener verhalten sollen. Als Chef der WestLB hätte er, folgert der Hammer Senatsvorsitzende Ludwig Alck, „alle Geschäfte unter Berücksichtigung des Gemeinwohls führen" müssen.

Solche unangenehmen Ermahnungen wollen sich die Sparkassen-Direktoren und Verbandsmanager — auch wenn sie den großspurigen Poullain nicht mochten — nun doch nicht gefallen lassen. Sie wollen sich dagegen wehren, daß die Richter in Hamm ihnen vorschreiben, was ihres Amtes sei.

Flugs gab Verbandspräsident Neuber, im Nebenberuf Verwaltungsratschef bei der WestLB, ein Gutachten in Auftrag, daß die Dinge zurechtrücken soll. Denn sonst, droht Neuber, werde „der von Poullain verschärfte Wettbewerbsdruck wieder einer schwerfälligen Beamtenmentalität weichen".

Mit unverhohlener Schadenfreude hatten zunächst Poullains Kollegen in Landesbanken und Sparkassen den Sturz des selbstherrlichen WestLB-Chefs aufgenommen. Nun sind sie selbst betroffen und sähen Poullain als Bankier gern rehabilitiert. Der Angeklagte kann eventuell noch vor dem Urteilsspruch in Münster auf das von Neuber angeforderte Gutachten zurückgreifen.

Für Poullain selbst geht es vor allem um Geld. Bei einem Schuldspruch in Münster könnte er seine gesamte Pension verlieren, mehr noch: Womöglich muß er seine bislang erhaltene Rente von knapp 500 000 Mark zurückzahlen.

Poullains Aussichten scheinen dabei nicht die besten. Vor wenigen Wochen zerstritt er sich obendrein mit seinem Anwalt, Starverteidiger Erich Schmidt-Leichner, der kurzerhand sein Mandat niederlegte.

Für Landesbankiers und Sparkassenmanager steht dagegen die Geschäftsgrundlage auf dem Spiel: Sie sorgen sich, daß sie künftig — das Gemeinwohl immer fest im Blick — als Bankiers ein wenig kürzer treten müssen.

„Da traut man sich ja kaum noch", witzelt Sparkassenpräsident Helmut Geiger, „einen Millionenkredit mit Champagner zu begießen."

JUSTIZ

Tolle Gegend

Deutsche Gerichte reisen gern in ferne Länder. Die Zeugenvernehmungen im Ausland sind mitunter unnötig und rechtlich zweifelhaft.

Richter Claus Hoheisel, „zur Zeit zwischen Melbourne und Kuala Lumpur", warf den Terminplan um. In der ersten Klasse einer Lufthansa-Maschine verfügte der Vorsitzende der 30. Strafkammer des Landgerichts Frankfurt, die für das Verfahren 89 Js 5627/78 in Frankfurt anberaumten Verhandlungstage zu streichen und statt dessen in Australien zu verhören.

Denn die Vernehmung einer Zeugin im Gefängnis von Tomago, schrieb Hoheisel in der Luft nieder, sei nach fünf Tagen „noch nicht beendigt", Fortsetzung werde auf die nächste Woche festgesetzt. Die zwischenzeitliche Rückkehr nach Deutschland, vermerkte der Richter bei der Gelegenheit, sei für ihn und den Berichterstatter Rolf-Dieter Opitz notwendig, um zwei andere Prozesse nicht platzen zu lassen.

Ebenfalls nur vorübergehend, um ein paar Dienstsachen zu erledigen, flog auch Staatsanwalt Jürgen Stehling zurück in die Heimat. Drüben in Australien blieben derweil die drei Frankfurter Verteidiger Rupert von Plottnitz, Wolff Baron von Keyserlingk, Hans-Wolfgang Euler und der Berliner Anwalt Otto Schily, „im Interesse der eigenen Gesundheit und weil es billiger ist" (von Plottnitz).

Hin und her geht es im Prozeß gegen einen Australier und eine Berlinerin, denen vorgeworfen wird, an einem in Deutschland organisierten Haschschmuggel nach Australien beteiligt gewesen zu sein. Ziel der Fernreisen sind die beiden Amerikanerinnen Florice Bessire, 64, und Vera Todd-Hays, 62. Sie waren von dem Transportunternehmen als Fahrerinnen angeheuert, mit zwei Tonnen Haschisch im Wohnmobil in Australien geschnappt und zu je 14 Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Zur Vernehmung der Zeuginnen flogen bislang drei Frankfurter Staatsanwälte, ein Dolmetscher, die vier Verteidiger je zweimal und die beiden Richter zum drittenmal nach Australien (Preis für Hin- und Rückflug in der ersten Klasse: pro Person 9100 Mark) — und womöglich war „alles für die Katz", meint Rechtsanwalt Schily.

Denn die Verteidiger widersprachen letzte Woche der Verwertung der Vernehmungsergebnisse. Grund: Der Vorsitzende, der sich und den anderen Prozeßbeteiligten die Reisen genehmigte, habe unzulässige Prozeßausgaben gemacht.

Beschlagnahmtes Schmuggelauto in Australien: Haschisch im Wohnmobil

Hoheisel übernahm die Kosten für die australischen Rechtsanwälte der Belastungszeuginnen, ohne deren Beistand die Damen nicht mehr aussagen wollten — ein Finanzierungsakt, der im Gesetz keine Stütze hat.

Die aufwendigen Ausflüge der Juristenschar kennzeichnen eine neue Mobilität deutscher Gerichte. Im Rahmen von NS-Verfahren war es schon vor Jahren Sitte, zu Ortsterminen in andere Länder zu reisen. Die Zeugen waren oft gebrechlich oder scheuten eine Rückkehr nach Deutschland.

Jetzt sind es das weltweit verzweigte Rauschgiftgeschäft und die internationale Bandenkriminalität, die reichlich Gelegenheit für Auslandstrips geben. Und Hessens Justiz, mit der geballten

Archivo Nacional de Chile

Der Spiegel 25. August 1980

Archivo Nacional de Chile

Zeuginnen Bessire (l.), Todd-Hays
Spaß beim Fliegen?

Kriminalität internationalen Zuschnitts am Main befaßt, marschiert vorneweg.

So reisten der Richter Rudolf Schmitt, Staatsanwalt Herbert Spohn und Rechtsanwalt Hansfred Glenz aus Darmstadt für zwei Wochen auf die Malediven, um in einem Mordfall „Beweise zu sichern". Der Täter war, den Juristen schon vorher bekannt, bereits nach Landesrecht zu lebenslanger Verbannung verurteilt worden.

Zwei Richter der 13. Frankfurter Strafkammer, der Ankläger und vier Verteidiger reisten nach Bolivien, um im Rahmen eines Prozesses wegen Kokainhandels zwei Zeugen zu hören.

„Wegen der Bedeutung der Sache" wollte eine Frankfurter Strafkammer nach Paris zu einem Zeugen, dem in Frankfurt eine Dirne laut Anklage 400 Mark gestohlen hatte. Erst nach einer Gegenvorstellung der Staatsanwaltschaft und einem Vorhalt des Oberlandesgerichtspräsidenten verzichtete die Kammer auf die Reise — hielt sich aber an einem anderen Fall schadlos.

In einem Verfahren, in dem es um den Schmuggel von 15 Kilogramm Haschisch ging, flog das Richtergremium mit Verteidiger nach Houston in Texas, um dort die Ehefrau des Angeklagten zu vernehmen. Der Staatsanwalt blieb, da die Ermittlungsbehörde den Ausflug für erläßlich hielt, zu Hause.

Solche Freizügigkeit garantiert den Richtern die im Paragraph 244 der Strafprozeßordnung vorgeschriebene Aufgabe, „zur Erforschung der Wahrheit die Beweisaufnahme von Amts wegen auf alle Tatsachen und Beweismittel zu erstrecken, die für die Entscheidung von Bedeutung sind". Und dazu gehört auch die Vernehmung von Zeugen im Ausland, die dem unabhängigen Richter kein Vorgesetzter durchkreuzen kann.

Justizpolitiker beobachten die Auslandstrips der Richterschaft, sagt Hans-Joachim Suchan, Referent im hessischen Justizministerium, „sehr skeptisch, das Problem geht kilometerweit". Die Länderminister können zwar den Staatsanwälten die Reisen untersagen, nicht aber den Richtern. Und wenn dann ganze Spruchkammern unterwegs sind, beschreibt Suchan die Lage, „stapeln sich zu Hause die Akten".

Ins Leere ging der erste Flug der Frankfurter Juristencrew nach Australien zu den beiden Haschischfahrerinnen Ende Januar dieses Jahres. Als die Richter nach langen Bemühungen vor Ort endlich eine Übersetzerin aufgetrieben hatten, verweigerten die Amerikanerinnen die Aussage. Die Zeugin Todd-Hays verabschiedete die Juristen: „Ich hoffe, der Flug hat Ihnen Spaß gemacht."

Zum zweiten Start, Ende Juni, entschloß sich die Kammer, nachdem der australische Anwalt der Zeuginnen, John Harkins, überraschend Aussagebereitschaft seiner Mandantinnen signalisiert hatte. Den flugs angereisten Richtern stellte Harkins dann seine Bedingungen: Da der staatliche Rechtshilfefonds in Australien „knapp bei Kasse" sei, sollten die Deutschen seine Kosten übernehmen.

Als ob er befürchtete, abermals unverrichteter Dinge heimkehren zu müssen, bezahlte Hoheisel aus der Staatskasse die Hotelrechnung für den australischen Anwalt und sagte ihm auch, bei einem gemeinsamen Abendessen, die Übernahme der weiteren anwaltlichen Kosten und Auslagen zu — contra legem.

Zwar darf, wie das Bundesverfassungsgericht festgelegt hat, auch ein Zeuge zu seiner Vernehmung einen Anwalt mitnehmen. Doch „entstehende Kosten", so die Karlsruher Richter, „trägt der Zeuge, der den Rechtsbeistand ausschließlich im eigenen Interesse heranzieht".

Die fragwürdige Kostenübernahme war den Verteidigern Anlaß, Richter Hoheisel und Beisitzer Opitz wegen Besorgnis der Befangenheit abzulehnen. Denn dies sei ein Versuch, so Verteidiger von Plottnitz, „durch das Versprechen und das Gewähren finanzieller Vorteile gegenüber Zeugen, deren — aus der Sicht der abgelehnten Richter — belastende Aussagen verfügbar zu machen".

Richter Hoheisel freilich hielt sein Handeln für korrekt. Er habe „in die Entscheidungsfreiheit der Zeuginnen über ihre Aussagebereitschaft oder Aussageverweigerung" nicht hineingewirkt. „Allerdings", räumt der Richter ein, mußte er „bei Ablehnung der Kostenzusage befürchten", daß „die Zeuginnen nicht zur Aussage erscheinen würden". Und „Zwangsmittel wie Vorführung oder Beugehaft" stünden einem deutschen Richter im Ausland nicht zur Verfügung.

Auch die Kammer, die über den Befangenheitsantrag zu entscheiden hatte, ließ Hoheisel weiter richten, da es sich bei der Kostenzusage „um die Beurteilung einer Rechtsfrage handelt, die, selbst wenn sie fehlerhaft wäre, nicht für eine Ablehnung ausreicht".

Jetzt wollen die Verteidiger wenigstens verhindern, daß die aus Australien mitgebrachten Protokolle in den Frankfurter Prozeß eingeführt werden. Denn Aussagen, die durch „das Versprechen eines gesetzlich nicht vorgese-

Juristen Glenz, Spohn, Schmitt auf den Malediven: „Problem geht kilometerweit"

Memoria Abierta de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

ARTANOVA®
SWISS MADE

Für Ansprüchsvolle, die das Besondere suchen:

Artanova-Polstermöbel sind Top-Modelle der obersten Klasse. Jetzt auch in Deutschland für viele die willkommene Alternative. Auffallend die exklusive Eigenständigkeit in der Linienführung und im Design. Dazu die handwerklich solide Ausführung und Verarbeitung wertvollster Materialien – bis ins Detail. Fordern Sie Prospekte und Bezugsquellen-Nachweise gratis bei uns an. Artanova AG, Exklusiv-Polstermöbel, CH-6422 Steinen/Schwyz

Modell ARTANOVA AS 10 ▶

INFORMATIONS-GUTSCHEIN Sp 35/80
Ich möchte die neue Artanova-Collection näher kennenlernen. Bitte schicken Sie mir Prospekte und Bezugsquellennachweis gratis zu

Name

Straße

PLZ/Ort

Einsenden an: Artanova AG, CH-6422 Steinen/Schwyz

henen Vorteils" zustande gekommen sind, dürfen nicht verwertet werden.

Ohnehin wird das Gericht, wie der Vorsitzende Hoheisel am Montag letzter Woche verkündete, Ende Oktober zum vierten Mal nach Australien reisen. Denn bislang konnte erst eine der beiden Zeuginnen vernommen werden, und das noch nicht einmal abschließend. Hoheisel: „Wir müssen halt so lange bleiben, bis wir fertig sind."

WAFFEN

Eine verplättet

Kugelsichere Westen, wie sie von Polizei und Privatpersonen getragen werden, sind nicht kugelsicher.

Das stabile Stück wird unauffällig unterm Oberhemd oder Pullover getragen, macht die Figur ein wenig kompakter und die Bewegungen ein bißchen eckiger. Sakko oder Uniformjacke lassen sich aber noch normal schließen, falls sie nicht allzusehr auf Taille gearbeitet sind.

Das kräftige Unterzeug ist aus einer „Kevlar" genannten Nylonfaser amerikanischer Herkunft gefertigt und gehört zur Ausrüstung von Kriminalbeamten und Verfassungsschützern, vor allem bei Zielfahndung und Einsatz vor Ort: kugelsichere Westen, wegen ihres vorgeschriebenen Maximalgewichts von 3,5 Kilogramm „Leichtschutzwesten" genannt.

Solche flexiblen Westen, aus mehreren Lagen von „ballistischem Nylonstoff" (Fachjargon) und durch dünne Stahlplatten verstärkt, legen auch manche Wirtschaftsbosse und Politiker an; private Leibwächter oder Wachbeamte in Zivil sind ohnehin meistens damit ausgestattet.

Der Polizei, die Leichtschutzwesten in größeren Posten lagert, und privaten Interessenten, die in den Waffengeschäften anprobieren und kaufen können, steht ein halbes Dutzend amerikanischer Fabrikate zur Auswahl; der Ladenpreis liegt zwischen 400 und 500 Mark.

Zwar registriert einer der Hauptimporteure von US-Schutzwesten, Helmut Hofmann in Mellrichstadt, noch „kein großes Geschäft mit der Angst", wohl aber, vor allem seit den Terroranschlägen gegen Buback, Ponto und Schleyer im Jahre 1977, zunehmendes Interesse: „Einige hundert Stück" jährlich werden privat gekauft. Zwar gibt es Schutzwesten-Entwicklungen in der Schweiz und in der Bundesrepublik, „aber die Amerikaner sind uns da weit voraus" (Hofmann).

Die Westen schützen vor allem Brust, Magen und Bauch — genauer: das sollen sie. Doch bei diversen Überprüfungen in technischen Erprobungsstellen der Polizei durch Experten der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und durch private Schuß- und Schutzspezialisten haben sich die kugelsicheren Westen als gar nicht so kugelsicher erwiesen. Die Ergebnisse wurden bislang amtlich unter Verschluß gehalten, wohl auch, wie ein Sprecher der Polizeigewerkschaft einräumt, um „die Träger nicht zu verunsichern".

Der Stuttgarter Waffenexperte Siegfried Hübner, Combatschütze und Schießausbilder der Polizei, sieht denn auch Gefahr für einen Schutzwestenträger darin, „daß er stolz wie der gehörnte Siegfried herumläuft und doch verwundbar ist wie jeder andere".

Die GdP ergänzt fast wortgleich: „Man darf jetzt nicht mehr einen Beamten wie Jung-Siegfried losziehen las-

Flexible Leichtschutzweste
„Die haben kaum einen Sinn"

sen, und nachher kriegt er doch eine verplättet."

Drei Schwachstellen wurden bislang bloßgelegt:

- Wenn eine Leichtschutzweste nicht mehr genügend imprägniert ist und der Kunststoffbehälter, in den die Lagen eingenäht sind, undicht wird, kann Feuchtigkeit — durch Regen oder auch Schweiß — die Schutzgewähr verringern oder aufheben.
- Ein noch nicht restlos geklärter chemischer Alterungsprozeß der Faserschichten kann die Westenwirkung verringern — nach längerer Lagerungszeit beschossene Westen ließen Geschosse durch, die sie im Neuzustand gestoppt hatten.

Archivo Nacional de Chile

133

Archivo Nacional de Chile

Dr. Klassen & Lehnertz

Rechtsanwälte
Dr. jur. Ludwig Klassen
Albert Lehnertz
Ulrich Wulfert

THOMAS-MANN-STR. 58 · 5300 BONN 1
TELEFON 65 76 50 u. 65 74 50
ÜBERWEISUNGEN ERBITTEN WIR NUR
AUF DAS KONTO DR. KLASSEN
POSTSCHECKKONTO KÖLN 723 12-501
SPARKASSE BONN KTO.-NR. 31.020.886
VOLKSBANK AM STADTTHEATER BONN
NR. 300 223 5

Dr. L. Klassen, A. Lehnertz u. U. Wulfert · Thomas-Mann-Str. 58 · 5300 Bonn 1

Landgericht
3. Zivilkammer

5300 Bonn

P 644/79 Dr.K.
(unbedingt angeben)

30. Oktober 1980 En

In Sachen

Private Sociale Mission e.V. ./. Amnesty International

- 3 O 123/77 -

Überreichen wir in der Anlage das von uns eingeholte Gutachten bei Herrn Prof.Dr.Blumenwitz, Würzburg, dessen Inhalt wir zum diesseitigen Klagevorbringen erklären.

Der Gutachter kommt zu der bereits von uns vorgetragenen Auffassung, daß nach den Normen des internationalen und insbesondere des chilenischen Rechts die aufgrund des Beweisbeschlusses vom 22.1.1980 angeordnete Beweisaufnahme in Chile "in Gegenwart des Kollegiums der 3. Zivilkammer des Landgerichts Bonn" nicht durchgeführt werden kann.

Vielmehr muß der Beweisbeschluß auf diplomatischem Wege dem chilenischen Rechtshilfegericht zugeleitet

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

werden, das die Beweiserhebungen durchzuführen hat.

Wir bitten aufgrund dieses umfassenden Gutachtens, die Anordnung in dem Beschluß vom 23.10.1980 nochmals zu überprüfen und uns kurzfristig mitzuteilen, ob die Einzahlung des restlichen Teils der ersten Hälfte des angeforderten Auslagenvorschusses unter Berücksichtigung dieser Ausführungen entfallen kann.

Anlage
Gutachten des Herrn Prof.Dr.
Dieter Blumenwitz v. 24.10.80

Durchschriften: 4 x anbei

Rechtsanwälte
Dr. L. Klassen
A. Lehnertz

durch .....
Rechtsanwalt

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Professor Dr. Dieter Blumenwitz
Lehrstuhl für Völkerrecht, allgemeine Staatslehre,
deutsches und bayerisches Staatsrecht
und politische Wissenschaften
Universität Würzburg

D - 8700 Würzburg, 24. Oktober 1980
Domerschulstraße 16 (Alte Universität)
Zimmer 201 – 203
Rufnummer (09 31) 31 308

G VIII - 15 - 80

Rechtsanwalt Dr. jur. Ludwig Klassen, Thomas-Mann-Straße 58, 5300 Bonn 1, bittet um eine gutachtliche Stellungnahme zu folgendem

S a c h v e r h a l t :

Die Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad aus Parral/Chile, eine juristische Person chilenischen Rechts, und die Private Sociale Mission e.V., Siegburg, begehren als Kläger in einem vor der 3. Zivilkammer des Landgerichts Bonn anhängigen Rechtsstreit - AZ.: 3 O 123/77 - die Unterlassung von Behauptungen der Amnesty International, Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V., und der Firma Gruner & Jahr AG & Co. KG (Magazin STERN), den Beklagten im anhängigen Verfahren. Die Klage richtet sich in erster Linie gegen Behauptungen der Beklagten, mit denen das Landgut der Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad bei Parral als Folterlager des ehemaligen chilenischen Geheimdienstes DINA bezeichnet wurde.

1.) Zur Aufklärung des Sachverhalts hat das erkennende Gericht am 22.1.1980 einen 21 Seiten umfassenden Beweisbeschluß verkündet, dessen hier bedeutsamer Inhalt sich wie folgt zusammenfassen läßt:

- Die Durchführung der Beweisaufnahme soll "im Wege der Rechtshilfe, jedoch in Gegenwart des Kollegiums der 3. Zivilkammer des Landgerichts Bonn, erfolgen" (vgl. Pkt. D. des Beweisbeschlusses vom 22.1.1980; Hervorhebungen im Original).
- Hinsichtlich der angeordneten Augenscheinseinnahme sowie hinsichtlich der Vernehmung von Zeugen chilenischer Staatsangehörigkeit soll die Beweisaufnahme "durch den zuständigen, von den chilenischen Behörden zu bestimmenden Richter bzw. Vernehmungsbeamten vorgenommen werden" (vgl. Pkt. D.I. des Beweisbeschlusses vom 22.1.1980).

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

- Soweit es um die Vernehmung von Zeugen deutscher Staatsangehörigkeit in Chile und entsprechende Parteivernehmungen geht, soll die Beweisaufnahme "nach Möglichkeit durch den zuständigen Konsularbeamten der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Chile erfolgen; falls dies von den chilenischen Behörden nicht gestattet werden sollte, wird auch insoweit um Durchführung der Beweisaufnahme vor dem von den chilenischen Behörden zu bestimmenden zuständigen Richter oder Vernehmungsbeamten ersucht" (vgl. Pkt. D.II. des Beweisbeschlusses vom 22.1.1980).

- Für "Visum-, Impfungs-, Flug- und Fahrtkosten, für Verpflegungs- und Unterbringungskosten (bzw. Tage- und Übernachtungsgelder) der Kammermitglieder" und für weitere Kosten der Beweisaufnahme ist von Klägerinnen- wie von Beklagtenseite ein Auslagenvorschuß von je 30.000,-- DM baldigst bei der Gerichtskasse Bonn einzuzahlen (vgl. Pkt. H. des Beweisbeschlusses vom 22.1.1980).

2.) In den Folgemonaten bemühte sich die 3. Zivilkammer des Landgerichts Bonn über den Dienstweg um die Klärung der Frage, in welcher Weise eine Beweisaufnahme in Chile möglich ist und ob die Kammer an der Beweisaufnahme in Chile teilnehmen könne. Als Ergebnis der Sondierungen kann festgehalten werden:

a) Eine Mitteilung des Auswärtigen Amtes, enthalten in einem Schreiben des Bundesministers der Justiz an den Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen vom 18. Juni 1980 (AZ.: - 9341 C 1 - 17 425/80 -); die Mitteilung hat folgenden Wortlaut:

> "1. Eine Durchführung der Beweisaufnahme in Form von Zeugenvernehmungen und Ortsbesichtigung der Colonia Dignidad und ihrer Umgebung durch die Deutsche Botschaft in Santiago ist aus der Sicht des Auswärtigen Amtes politisch unbedenklich. Die Botschaft Santiago ist in den vergangenen Jahren wiederholt mit Ermittlungen über die Colonia Dignidad befaßt worden, die die gleichen Behauptungen betrafen, welche dem Rechtsstreit zugrunde liegen. Diese Ermittlungen sind nie auf den Widerstand der chilenischen Regierung gestoßen.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Vielmehr hat sich diese aus den Vorgängen um die Colonia Dignidad weitgehend herausgehalten. Es ist daher nicht von vornherein damit zu rechnen, daß sich die chilenische Regierung gegen die Teilnahme der 3. Zivilkammer des LG Bonn an der Beweisaufnahme sperrt.

2. Nach Ansicht des Auswärtigen Amtes sollte die 3. Zivilkammer des Landgerichts Bonn an der Beweisaufnahme in Chile teilnehmen. Die Anwesenheit der Kammer kann dazu beitragen, daß die Botschaft Santiago und die Bundesregierung möglichst wenig in Auseinandersetzungen über die angeblichen Vorfälle der Kolonie hineingezogen werden.

3. Nach dem Länderteil "Chile" der Rechtshilfeordnung für Zivilsachen (ZRHO) besteht zwischen Chile und der Bundesrepublik Deutschland kein Rechtshilfevertrag; Rechtshilfe werde jedoch gegenseitig geleistet. Weiter heißt es, daß die deutschen Auslandsvertretungen in Chile Ersuchen um Vernehmung ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit der zu vernehmenden Person in eigener Zuständigkeit erledigen können, wenn die Erledigung ohne Anwendung von Zwang möglich ist. Entgegen der Auffassung des Landgerichts Bonn könnte also die Botschaft Santiago auch die von beiden Parteien des Rechtsstreits benannten Zeugen chilenischer Staatsangehörigkeit vernehmen, sofern diese freiwillig erscheinen. Da wohl beide Parteien Zeugen benannt haben, die ihre Behauptungen unterstützen sollen, kann hiesigen Erachtens mit einem freiwilligen Erscheinen der meisten Zeugen gerechnet werden. Bei der Vernehmung nur durch unsere Botschaft in Santiago könnte vermieden werden, der chilenischen Regierung den Text des Beweisbeschlusses mit Bitte um Weiterleitung an das zuständige chilenische Gericht zu übermitteln; eine Übermittlung des Beschlusses in der vorliegenden Form an die chilenische Regierung würde ohnehin angesichts verschiedener darin gebrauchter Formulierungen erheblichen Bedenken begegnen."

b) Auf Grund dieser Mitteilung des Auswärtigen Amtes bat der Bundesminister der Justiz am 18. Juni 1980 das Auswärtige Amt, über die Botschaft in Santiago die Zustimmung der chilenischen Regierung zur Teilnahme der 3. Zivilkammer des Landgerichts Bonn an der Beweisaufnahme in Chile einzuholen.

Vgl. die dahingehende Erklärung des Bundesministers der Justiz in seinem Schreiben vom 18. Juni 1980.

- 4 -

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

c) In einem Schreiben vom 4.7.1980 (Ber. Nr. 647/80) gelangt die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile zu dem Ergebnis,

> "daß die gemäß § 38 (a) ZRHO erforderliche Zustimmung der chilenischen Regierung zu einer Teilnahme des Prozeßgerichts an einer Beweisaufnahme der Botschaft weniger leicht zu erlangen wäre als die Erledigung eines Rechtshilfeersuchens an das zuständige chilenische Gericht und die Erlaubnis, daß das Prozeßgericht hieran teilnimmt."

Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland berichtet sodann von einem "Sondierungsgespräch" mit dem Leiter der Rechtsabteilung im chilenischen Außenministerium, Botschafter Ríos Marimon:

> "Botschafter Ríos sagte, der normale Weg, auf dem die vom Prozeßgericht gewünschte Beweisaufnahme herbeigeführt werden könnte, sei ein Rechtshilfeersuchen an das zuständige chilenische Gericht. Da die Colonia Dignidad mit der Beweisaufnahme offenbar einverstanden sei, glaube er nicht, daß die Erledigung eines solchen Ersuchens und insbesondere auch die Teilnahme des Prozeßgerichts auf Schwierigkeiten stoßen wird."

In diesem Zusammenhang verweist der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland noch auf den Präzedenzfall Letelier.

d) Die notwendigen Genehmigungen hat die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Santiago bisher noch nicht herbeigeführt.

> Vgl. Schreiben des Justizministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 1. August 1980 (AZ.: 9341 E - II B. 191/80).

Mit Schreiben vom 11.8.1980 forderte die 3. Zivilkammer des Landgerichts Bonn die Parteien auf, die 1. Hälfte des Auslagenvorschusses (je 15.000,- DM) für das Rechtshilfeersuchen einzuzahlen; auf Grund einer Zwischenberatung der Kammer sei "mit einer grundsätzlichen Abstandnahme von den Anordnungen des Beweisbeschlusses vom 22.1.1980 nicht zu rechnen".

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Rechtsanwalt Dr. jur. Ludwig Klassen bittet - "um weiteren Zeitverlust zu vermeiden und angesichts der hohen Kosten" der beabsichtigten Beweisaufnahme - die für den Rechtshilfeverkehr mit Chile einschlägigen Normen des internationalen und des chilenischen Rechts darzustellen.

Die gutachtliche Stellungnahme folgt folgender

G l i e d e r u n g :

	Seite
I. Prozessuale Ausgangslage	9
1.) Der Grundsatz der Achtung fremdstaatlicher Souveränität	9
2.) Das Ersuchen um Beweisaufnahme im Ausland	9
a) Ersuchen nur über die für den Verkehr zwischen den Staaten zuständigen Organe	10
b) Rechtshilfeverkehr untersteht den Normen des Völkerrechts	10
(1) Bi- und multilaterale Verträge; Gewohnheitsrecht	10
(2) Staatengunst; "comitas gentium"	10
c) Beweisaufnahme durch den "Bundeskonsul" nach § 363 Abs. 2 ZPO	10
d) Teilnahme des deutschen Prozeßgerichts an einer im Ausland durchzuführenden Beweisaufnahme	11
3.) Die sich ergebenden Fragenkomplexe	11
II. Einschlägige vertragliche Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Chile	12
III. Beweisaufnahme durch den zuständigen Konsul der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Chile	13
1.) Erledigung konsularischer Aufgaben durch die diplomatische Mission	13
2.) Umfang der konsularischen Aufgaben	13
a) Schutz gewisser Interessen des Entsendestaates im Empfangsstaat, Art. 5 (a) Konsularrechtskonvention	14

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Seite

b) Ausführung von Rechtshilfeersuchen im Rahmen der Gesetze des Empfangsstaates, Art. 5 (j) Konsularrechtskonvention 14
c) Zur Bedeutung der Ermächtigung nach Art. 5 (j) Konsularrechtskonvention 15
(1) Grundsatz der restriktiven Interpretation 15
(2) Konkretisierung der Schranken der chilenischen Rechtsordnung durch die chilenischen Rechtspflegeorgane 15

3.) Inhalt der Verweisung auf chilenisches Recht in Art. 5 (j) Konsularrechtskonvention 15
a) Vorbemerkung zur Bedeutung des Souveränitäts- und Territorialitätsprinzips im lateinamerikanischen - insbesondere chilenischen - Rechtsdenken 15
b) Verankerung eines strikten Legalitätsgrundsatzes in der chilenischen Verfassungsordnung 16
(1) Verfassung von 1925 16
(2) Übergangsordnung nach dem 11.9.1973 19
(3) Die am 11.3.1981 in Kraft tretende neue Verfassung 19
c) Die Verwirklichung der verfassungsrechtlichen Grundsätze in den einschlägigen Gesetzen und Kodifikationen 19
(1) Gerichtsverfassungsgesetz (Ley Orgánica de Tribunales) vom 9.7.1943 19
(2) Zivilprozeßordnung (Código de Procedimiento Civil) vom 21. März 1944 20
(3) Kollisionsrecht (Código de Derecho Internacional Privado / Código Bustamante) 23

4.) Folgerungen aus dem chilenischen "Territorialismus" für die Befugnisse des deutschen Konsuls nach Art. 5 (j) Konsularrechtskonvention 25
a) Der - von der Sicht des chilenischen Rechts - große Inlandsbezug des anhängigen Verfahrens..... 25

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Seite

(1) Prozeßpartei ist juristische Person des chilenischen Rechts mit Sitz und Betätigungsfeld in Chile 26
(2) Verfahrensgegenstand ist die Verletzung von Rechten der chilenischen Partei, die auch in der chilenischen öffentlichen Ordnung einen hohen Rang einnehmen 26
(3) Beweisthema berührt möglicherweise ein "Arkanum" staatlicher chilenischer Machtausübung 27
(4) Umfang der Beweiserhebung 27
b) Zu den Erwägungen des Auswärtigen Amtes und der Deutschen Botschaft zur Durchführung der Beweisaufnahme in "eigener Regie" 27
(1) Zur Erwägung, das Beweisthema könnte bei der chilenischen Regierung Bedenken hervorrufen 27
(2) Die Ausführungen zur Staatenpraxis in den deutsch-chilenischen Rechtshilfebeziehungen 28
(a) Zu den "wiederholten Ermittlungen" der Botschaft über die Colonia Dignidad 28
(b) Zu dem Sondierungsgespräch mit dem Leiter der Rechtsabteilung im chilenischen Außenministerium 29
5.) Die Mitwirkung des Prozeßgerichts an einer Beweisaufnahme durch den deutschen Konsul 30
a) Zur Statthaftigkeit des Verfahrens nach der lex fori des Prozeßgerichts 30
(1) Grundsatz der Erforschung der Wahrheit 30
(2) Grenzen der richterlichen Pflicht zur Erforschung der Wahrheit 31
(a) Keine Wahrheitserforschung "um jeden Preis" 31
(b) Güterabwägung zwischen dem effektiven "Mehr" an richterlicher Erkenntnismöglichkeit und einem möglicherweise prohibitiven Kostenrisiko 32

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Seite

b) Zur Statthaftigkeit des Verfahrens nach dem für die Beweisaufnahme geltenden Recht 32
(1) Maßgeblichkeit der Wiener Konsularrechtskonvention 32
(2) Keine Ermächtigung nach Art. 5 (j) 32
(3) Zur Möglichkeit der Zustimmung durch die chilenische Regierung 33

IV. Beweisaufnahme durch das zuständige chilenische Gericht 33

1.) Rechtshilfe durch das ersuchte chilenische Gericht 33
a) Die einschlägigen chilenischen Vorschriften 33
b) Kein Verstoß gegen den chilenischen ordre public ... 36

2.) Zur Frage der Mitwirkung des Prozeßgerichts an der Beweisaufnahme des Rechtshilfegerichts 37
a) Zulässigkeit nach der lex fori des Prozeßgerichts... 37
b) Zulässigkeit nach chilenischem Recht 37
(1) Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen ersuchendem und ersuchtem Gericht 38
(2) Kein Eindringen in die Gerichtshoheit des ersuchten Rechtspflegeorgans 38
(3) Zur Praxis chilenischer Rechtshilfegerichte (insbesondere zum sogenannten Fall Letelier) ... 39

V. Ergebnis 40

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

I. Prozessuale Ausgangslage:

Die grundsätzlich bestehende Freiheit des deutschen Richters bei der Erforschung der Wahrheit mittels Beweisaufnahmen findet ihre Schranken im jeweils maßgeblichen Prozeßrecht, aber auch in den Normen des Verfassungs- und Völkerrechts.

1.) Zu den grundlegenden Normen des Völkerrechts zählt die Achtung fremdstaatlicher Souveränität. Hieraus ergibt sich die Grundnorm des Internationalen Zivilprozeßrechts, daß kein Staat auf dem Gebiet eines fremden Staates ohne dessen Erlaubnis prozessuale Handlungen vornehmen kann.

> Vgl. E. Riezler, Internationales Zivilprozeßrecht (1949), S. 18. Dieser Grundsatz zählt zu den "allgemeinen Regeln des Völkerrechts", die nach Art. 25 GG ohne jede weitere Maßnahme des Gesetzgebers oder der Verwaltung "Bestandteil des Bundesrechtes" sind, den Gesetzen vorgehen und für die Bewohner des Bundesgebietes unmittelbar Rechte und Pflichten erzeugen.

Die Beweisaufnahme durch Augenschein oder durch die Vernehmung von Zeugen ist staatlicher Hoheitsakt und damit grundsätzlich auf das Gebiet der Gerichtshoheit - also das Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland - beschränkt.

> Vgl. statt vieler Baumbach-Lauterbach, ZPO, 38. Aufl. § 363 RN 1.

Werden deshalb in Prozessen mit Auslandsbeziehung Prozeßhandlungen wie Augenschein oder die Vernehmung von Zeugen oder Sachverständigen im Ausland notwendig, so muß ein Ersuchen um Rechtshilfe an den zuständigen fremden Staat gerichtet werden.

> Vgl. eingehend hierzu Riezler, aaO., Kap. XII "Rechtshilfe", S. 672 ff, ferner die umfangreiche Literatur § 363 ZPO.

2.) Das nach § 363 ZPO erforderliche Ersuchen um Beweisaufnahme im Ausland trägt dem völkerrechtlich verankerten Grundsatz der Re-

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

spektierung fremder Souveränität in ihrem Hoheitsbereich Rechnung.

a) Rechtshilfeersuchen können nur über die für den Verkehr zwischen den Staaten zuständigen Organe und Behörden - also nicht durch die Rechtspflegeorgane selbst - abgewickelt werden.

b) Der Rechtshilfeverkehr selbst untersteht dem Völkerrecht, d.h. Rechte und Pflichten zwischen Staaten können nur durch Staatenkonsens entstehen.

(1) Ausdruck des Staatenkonsenses sind in der Regel bi- oder multilaterale Verträge; hinzu kommen die Normen des Völkergewohnheitsrechts.

(2) Weiter kommt in Betracht die Durchführung eines Rechtshilfeersuchens ohne eine entsprechende völkerrechtliche Verpflichtung; Die Rechtspflegeorgane des ersuchten Staates werden hier in der Regel auf der Grundlage ihrer staatlichen Gesetze tätig - ohne daß der ersuchende Staat aus der Rechtslage im ersuchten Staat völkerrechtliche Ansprüche herleiten könnte. Von der Sicht der zwischenstaatlichen Beziehungen erfolgt diese Abwicklung des Rechtshilfeverkehrs zwischen völkerrechtlich nicht gebundenen Staaten im Rahmen der sog. Staatengunst: Vieles, was im internationalen Rechtsverkehr aus einer gewissen einvernehmlichen Rücksichtnahme gegenüber ausländischen Rechtspflegeorganen und ihren Aufgaben geschieht, ist nicht im Völkergewohnheitsrecht verankert, sondern gründet auf einer darunter liegenden Schicht, auf der sog. "comitas gentium".

Vgl. hierzu Blumenwitz, Rechtsvergleichung und Völkerrecht, in: Sozialrechtsvergleich im Bezugsrahmen internationalen und supranationalen Rechts (1978), S. 75 ff (80).

c) Nach § 363 Abs. 2 ZPO soll die Beweisaufnahme grundsätzlich durch den "Bundeskonsul" erfolgen (gemeint ist der nach § 15 Konsulargesetz ermächtigte Konsul der Bundesrepublik Deutschland). Der

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Gesetzgeber will aus Gründen der Kosten- und Zeitersparnis aber auch im Interesse eines einheitlichen von der lex fori bestimmten Verfahrensablaufs die Beweisaufnahme durch den als deutsches Rechtspflegeorgan im Ausland fungierenden Konsul durchführen lassen; der Gesetzgeber respektiert jedoch durch die Fassung der Rechtsregel in einem Konditionalsatz die fremdstaatliche Souveränität. Steht das Recht des Empfangsstaates der Beweisaufnahme durch den deutschen Konsul entgegen, kann die Beweisaufnahme nur durch die zuständigen Behörden des ausländischen Staates vorgenommen werden.

d) Von der Frage, welche Behörden oder welches Rechtspflegeorgan im Ausland die im Hinblick auf ein in der Bundesrepublik Deutschland anhängiges Verfahren notwendigen Beweisaufnahmen durchführen, ist die weitere, in § 363 ZPO nicht geregelte Frage streng zu trennen, ob das deutsche Prozeßgericht an der Beweisaufnahme im Ausland in irgendeiner Form teilnehmen kann. Die Frage richtet sich einmal nach der für das Prozeßgericht maßgeblichen lex fori, zum anderen nach dem Recht des Empfangsstaates des die Beweisaufnahme durchführenden Konsuls bzw. nach dem Recht des ersuchten ausländischen Rechtspflegeorgans.

3.) Aus der prozessualen Ausgangslage ergeben sich folgende für den weiteren Gang der Untersuchung wesentliche Fragen:

a) Kann ein gemäß § 15 Konsulargesetz ermächtigter deutscher Konsul die Beweisaufnahmen gem. Beweisbeschluß vom 22.1.1980 in Chile durchführen?
Kann diese Beweisaufnahme "in Gegenwart" des Kollegiums der 3. Zivilkammer des Landgerichts Bonn erfolgen?

Wegen § 363 Abs. 2 ZPO ist zunächst auf diese Fragenkonstellation einzugehen. Sollten der Beweisaufnahme durch den deutschen Konsul rechtliche oder schwerwiegende praktische Hindernisse entgegenstehen, stellen sich die weiteren Fragen:

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

b) Kann die geplante Beweisaufnahme durch ein chilenisches Rechtspflegeorgan durchgeführt werden?
Wenn ja, kann diese Beweisaufnahme "in Gegenwart" des deutschen Prozeßgerichts erfolgen?

c) Sowohl im Hinblick auf die Beweisaufnahme durch den deutschen Konsul, wie auch im Hinblick auf die Beweisaufnahme durch ein chilenisches Rechtspflegeorgan stellt sich jedoch zunächst die Frage nach etwa vorhandenen, einschlägigen völkervertraglichen Regelungen.

II. Einschlägige vertragliche Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Chile

Völkervertragliche Vereinbarungen auf dem Gebiete des Rechtsverkehrs in Zivil- und Handelssachen bestehen derzeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Chile auf bilateraler Basis nicht. Aber auch aus multilateralen Verträgen ergeben sich für die beiden Staaten keine Verpflichtungen, da Chile z.B. auch nicht Mitgliedstaat des Haager Abkommens vom 17.7.1905 oder des Haager Übereinkommens über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- und Handelssachen vom 18.3.1970 (BGBl 1977 II, S. 1472) geworden ist.

> Vgl. deutscherseits Bülow-Böckstiegel, Internationaler Rechtsverkehr in Zivil- und Handelssachen, 2. Aufl. 1973, S. 917 - 1; ferner die Auflistung der die Republik Chile in Rechtshilfeangelegenheiten bindenden völkerrechtlichen Verträge in: Código de Derecho Internacional Privado, Edición Oficial, Editorial Jurídica de Chile (1978), Anmerkung 1 zum 5. Titel des Gesetzes ("Exhortos o Comisiones Rogatorias"), Art. 380 ff, S. 91, und die Auflistung der Convenciones Internacionales Suscritas o Ratificadas por Chile en Materias de Derecho Internacional Privado, Stichwort "Alemania", S. 103; vgl. dort auch die Auflistung der die Republik Chile bindenden multilateralen Verträge, S. 113 ff.

Rechtshilfe wird von der Republik Chile in ihren Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland auf vertragsloser Grundlage nach Maßgabe der eigenen

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

prozessualen Bestimmungen (vgl. insbes. Art. 388 ff. Código de Derecho Internacional Privado) im Rahmen der sog. "comitas gentium" (vgl. hierzu oben I. 2.) b) (2)) geleistet.

Hierzu auch Bülow-Böckstiegel, aaO, S. 917 - 13.

III. Beweisaufnahme durch den zuständigen Konsul der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Chile

1.) Obgleich nach Völkerrecht diplomatische und konsularische Aufgaben zu trennen sind,

vgl. das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen vom 18.4.1961 (BGBl 1964 II S. 958) einerseits und das Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen vom 24.4.1963 (BGBl 1969 II S. 1587) anderseits;
Chile hat beide Konventionen ratifiziert, die demgemäß in den deutsch-chilenischen Beziehungen im vollen Umfang Anwendung finden; vgl. Convención de Viena sobre Relaciones Diplomáticas: Dekret Nº 666 vom 9.12.1967, veröffentlicht im Gesetzblatt vom 4.3.1968; Convención de Viena sobre Relaciones Consulares: Dekret Nº 709 vom 28.11.1967, veröffentlicht im Gesetzblatt vom 5. März 1968 (vgl. hierzu auch BGBl 1971 II, 1285 ff.);

ist die Erledigung konsularischer Aufgaben im Rahmen einer diplomatischen Mission möglich und nicht unüblich.

Vgl. z.B. Berber, Lehrbuch des Völkerrechts, Bd.I Allgemeines Friedensrecht 2. Aufl. 1975, S. 297 ff. (303 f.).

Allerdings ändert sich durch diese rein organisatorischen Maßnahmen nichts an den typischerweise im Rahmen der konsularischen Beziehungen zu verrichtenden Aufgaben und an deren Vollzug im Rahmen der allgemeinen Rechtsvorschriften des Empfangsstaates.

2.) Nachdem die sog. Konsulargerichtsbarkeit über die Angehörigen des Entsendestaates im Empfangsstaat mit dem Erstarken der Territorialgewalt des modernen souveränen Staates völlig verschwand, gehört in

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

erster Linie der Schutz der Angehörigen des Entsendestaates im Empfangsstaat und die Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen diesen Staaten zu den konsularischen Aufgaben.

> Vgl. Verdross-Simma, Universelles Völkerrecht - Theorie und Praxis (1976), S. 466.

a) Hinzu kommt nach moderner völkerrechtlicher Konzeption auch der Schutz gewisser Interessen des Entsendestaates im Empfangsstaat innerhalb der völkerrechtlich zulässigen Grenzen. In diese Kategorie fällt u.a. auch die Zustellung von Urkunden und die Erledigung von Rechtshilfeersuchen.
Allgemeines Völkergewohnheitsrecht kodifizierend, bezeichnet Art. 5 (a) des schon erwähnten Übereinkommens über konsularische Beziehungen als konsularische Aufgabe,

> "die Interessen des Entsendestaates sowie seiner Angehörigen, und zwar sowohl natürlicher als auch juristischer Personen, im Empfangsstaat innerhalb der völkerrechtlich zulässigen Grenzen zu schützen."

b) Art. 5 (j) des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen präzisiert diesen allgemeinen Grundsatz im Hinblick auf die Zustellung von Urkunden und Rechtshilfeersuchen wie folgt:

> (Die konsularischen Aufgaben bestehen darin),
> "... gerichtliche und außergerichtliche Urkunden zuzustellen und Rechtshilfeersuchen auszuführen, soweit dies geltenden internationalen Übereinkünften entspricht oder, in Ermangelung solcher, mit den Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften des Empfangsstaats vereinbar ist."

Wie oben II. ausgeführt, gibt es in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile keine die Ausführung von Rechtshilfeersuchen regelnden internationalen Übereinkünfte, so daß die Beweisaufnahme durch den gem. § 15 Konsulargesetz ermächtigten Konsul der Deutschen Botschaft nur im Rahmen der chilenischen Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften durchgeführt werden kann.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

c) Die Ermächtigung der konsularischen Vertretung des Entsendestaates nach Art. 5 (j) des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen, im Gebiet des Empfangsstaates Hoheitsakte durchzuführen, darf nicht - wie dies vielleicht den Stellungnahmen der Deutschen Botschaft in Santiago und des Auswärtigen Amtes entnommen werden könnte - extensiv ausgelegt werden.

(1) Art. 5 (j) des genannten Wiener Übereinkommens beinhaltet eine Einschränkung der territorialen Souveränität des Empfangsstaates. Es gilt deshalb der Grundsatz der restriktiven Interpretation der Vertragsnorm. Das Prinzip der restriktiven Interpretation folgt aus dem Wesen des Völkerrechts und seinem Grundprinzip der Souveränität der Staaten. Da Einschränkungen der Unabhängigkeit der Staaten nicht vermutet werden dürfen,

> vgl. Urteil des Ständigen Internationalen Gerichtshofs im Lotusfall, A/10, S. 18

ist unter mehreren möglichen Auslegungen diejenige zu wählen, die die geringsten Verpflichtungen für die Partei, um deren Verpflichtungen es sich im konkreten Streitfall handelt, beinhaltet.

> Vgl. z.B. die Stellungnahme des Richters Basdevant im Minquiers-Fall, IGH Reports 1953; ferner Berber, aaO, S. 482.

(2) Dies bedeutet z.B., daß im Zweifelsfall nicht deutsche, sondern chilenische Rechtspflegeorgane darüber zu entscheiden haben, ob die Beweiserhebung auf chilenischem Territorium durch den deutschen Konsul noch im Einklang mit den chilenischen Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften steht.

3.) a) Die lateinamerikanischen Rechtsordnungen sind im allgemeinen weit weniger bereit als die anderer Staaten, im internationalen Rechtsverkehr auf nationale Souveränität zu verzichten; man ist nicht wie z.B. in der Bundesrepublik Deutschland eingeübt in supranatio-

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

nalen Denkstrukturen; ein - wie in der Common-Law-Familie vorstaatlich konzipierter Normenkomplex -

> vgl. z.B. Blumenwitz, Einführung in das Anglo-amerikanische Recht, 2. Aufl. 1976

steht nicht zur Verfügung.

Gerade im chilenischen kollisionsrechtlichen Denken findet das aus dem Souveränitätsgedanken abgeleitete Territorialitätsprinzip seine deutlichste Ausprägung.

> Vgl. hierzu eingehend Samtleben, Internationales Privatrecht in Lateinamerika, Bd. 1 Allgemeiner Teil (1979), S. 245 ff. Das chilenische Kollisionsrecht trägt bis zum heutigen Tage die Handschrift des Völkerrechtlers Andrés Bello, der auch Verfasser des chilenischen Zivilgesetzbuches von 1855 war. Zum Leben und Werk von Andrés Bello s.a. Samtleben, RabelsZ 35 (1971), S. 74 ff.

b) Hinzu kommt, daß der aus dem Gedanken staatlicher Souveränität, aber auch aus dem Rechtsstaatsprinzip hergeleitete Legalitätsgrundsatz in der chilenischen Verfassungsordnung besonders verankert ist. Dem Verzicht auf die Ausübung eigener Gerichtshoheit im Rahmen des Opportunitätsprinzips sind deshalb sehr viel engere Grenzen gesetzt als z.B. in der Bundesrepublik Deutschland. Nach dem in der chilenischen Verfassung verankerten Gewaltenteilungsgrundsatz und nach dem Prinzip der Unabhängigkeit der Judikative ist es der Exekutive - auch in Fällen mit Auslandsberührung - nicht ohne weiteres möglich, über die den chilenischen Gerichten zustehende Gerichtshoheit zugunsten auswärtiger Rechtspflegeorgane zu verfügen. Die Kompetenz-Kompetenz steht auch in diesen Fragen der Corte Suprema zu, dem chilenischen Obersten Gerichtshof, der von Verfassungs wegen eine hervorragende Stellung in der gesamten Rechtspflege einnimmt.

(1) Die maßgeblichen Bestimmungen sind in den Artikeln 4, 12, 80, 81 und 86 der derzeit noch geltenden Verfassung von 1925 enthalten:

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Art. 4.- Ninguna magistratura, ninguna persona, ni reunión de personas pueden atribuirse, ni aún a pretexto de circunstancias extraordinarias, otra autoridad o derechos que los que expresamente se les haya conferido por las leyes. Todo acto en contravención a este artículo es nulo.

Art. 12.- Nadie puede ser juzgado por comisiones especiales, sino por el tribunal que le señale la ley y que se halle establecido con anterioridad por ésta.

Art. 80.- La facultad de juzgar las causas civiles y criminales pertenece exclusivamente a los Tribunales establecidos por la ley. Ni el Presidente de la República, ni el Congreso, pueden, en caso alguno, ejercer funciones judiciales, avocarse causas pendientes o hacer revivir procesos fenecidos.

Art. 81.- Una ley especial determinará la organización y atribuciones de los Tribunales que fueren necesarios para la pronta y cumplida administración de justicia en todo el territorio de la República.

Art. 86.- La Corte Suprema tiene la superintendencia directiva, correccional y económica de todos los Tribunales de la Nación, con arreglo a la ley que determine su organización y atribuciones.

La Corte Suprema, en los casos particulares de que conozca o le fueren sometidos en recurso interpuesto en juicio que se siguiere ante otro Tribunal, podrá declarar inaplicable, para ese caso, cualquier precepto legal contrario a la Constitución. Este recurso podrá deducirse en cualquier estado del juicio, sin que se suspenda su tramitación.

Conocerá, además, en las contiendas de competencia que se susciten entre las autoridades políticas o administrativas y los Tribunales de Justicia que no correspondan al Senado.

Text: Constitución Política de la República de Chile, Conforme a la Edición Oficial, Editorial Nascimento, Santiago de Chile 1968.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Deutsche Übersetzung:

Art. 4.- Kein Amt, keine Person und auch keine Versammlung von Personen können sich andere Amtsbefugnisse oder Rechte anmaßen als die, welche ihnen durch die Gesetze übertragen worden sind, auch nicht unter dem Vorwand von außerordentlichen Umständen. Jeder Akt, der diesen Artikel verletzt, ist nichtig.

Art. 12,- Niemand kann durch Sonderkommissionen einem Gerichtsverfahren unterworfen werden, sondern nur durch das Gericht, das vom Gesetz bestimmt ist, und das vorher durch dieses (Gesetz) eingerichtet wurde.

Art. 80.- Die Befugnis, in Zivil- und Strafprozessen Recht zu sprechen, steht ausschließlich den durch Gesetz geschaffenen Gerichten zu. Weder der Präsident der Republik noch der Kongreß können in irgendeinem Fall gerichtliche Funktionen ausüben, anhängige Verfahren an sich ziehen oder abgeschlossene Prozesse wieder eröffnen.

Art. 81.- Ein besonderes Gesetz bestimmt die Organisation und die Zuständigkeiten der Gerichte, die für eine schnelle und vollkommene Rechtspflege im ganzen Gebiet der Republik erforderlich sind.

Art. 86.- Die Corte Suprema (der Oberste Gerichtshof)übt die oberste disziplinarische und wirtschaftliche Aufsicht über alle Gerichte der Nation aus, in Übereinstimmung mit dem Gesetz, das seine Organisation und Zuständigkeit regelt.

Die Corte Suprema kann in den Einzelfällen, über die sie urteilt oder die ihr durch Rechtsmittel unterworfen werden, die in einem Prozeß vor einem anderen Gericht eingelegt werden, jede Rechtsnorm, die gegen die Verfassung verstößt, in dem Einzelfall für nicht anwendbar erklären.

Es urteilt außerdem in Kompetenzstreitigkeiten, die sich zwischen den politischen oder Verwaltungsbehörden und den Gerichten ergeben, soweit sie nicht dem Senat zustehen.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

(2) Die die Rechtspflege betreffenden Bestimmungen der Verfassung von 1925 sind auch von der sich nach dem 11.9.1973 konstituierenden Junta-Regierung nicht geändert worden.

> Vgl. Blumenwitz, Die Verfassungsentwicklung in der Dritten Welt unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung in Chile, herausgegeben vom Institut für Demokratieforschung, Würzburg 1979; ders., El Desarrollo Constitucional en el Tercer Mundo con Especial Consideración del Caso Chileno, in: La Democracia en el Mundo de Hoy (1980), S. 11 ff.; ferner: Art. 1 Ziff. 3 der Acta Constitucional Nº 3.

(3) Sie werden von der am 11.3.1981 in Kraft tretenden neuen chilenischen Verfassung vom 11.8.1980 z.T. wortwörtlich wiederholt.

> Vgl. Constitución Política de la República de Chile, Decreto Ley Nº 3.464 vom 11.8.1980, insbes. Art. 19 Ziff. 3 (entspricht Art. 12 der alten Verfassung) und die Art. 73 ff. (entsprechen den Art. 80 ff. der alten Verfassung).

c) Die erwähnten verfassungsrechtlichen Grundsätze über die Rechtsprechende Gewalt und ihre besonderen Aufgaben werden in Chile - was in Lateinamerika keineswegs als selbstverständlich erscheint - auch durch entsprechende Gesetze aktualisiert.

(1) Das in Art. 80 der alten bzw. 73 der neuen Verfassung angesprochene Gesetz ist das Gerichtsverfassungsgesetz (Ley Orgánica de Tribunales) vom 9.7.1943).

> Text: Código Orgánico de Tribunales, Edición Oficial, Editorial Jurídica de Chile (1970).
>
> Art. 1.- des Gesetzes lautet:
>
> "La facultad de conocer de las causas civiles y criminales, de juzgarlas y de hacer ejecutar lo juzgado pertenece exclusivamente a los tribunales que establece la ley."

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Deutsche Übersetzung:

"Die Befugnis, in Zivil- und Strafprozessen zu richten und Urteile zu vollstrecken, steht ausschließlich den Gerichten zu, die durch Gesetz geschaffen werden."

(2) Die im Código de Procedimiento Civil vom 21. März 1944

Text: Código de Procedimiento Civil, Edición Oficial, Editorial Jurídica de Chile 1970

enthaltene chilenische Zivilprozeßordnung verwirklicht in den in den Art. 242 ff. geregelten Fällen mit Auslandsbezug streng das aus dem Souveränitätsgrundsatz abgeleitete Territorialitätsprinzip:

ART. 242 (239). Las resoluciones pronunciadas en país extranjero tendrán en Chile la fuerza que les concedan los tratados respectivos; y para su ejecución se seguirán los procedimientos que establezca la ley chilena, en cuanto no aparezcan modificados por dichos tratados.

ART. 243 (240). Si no existen tratados relativos a esta materia con la nación de que procedan las resoluciones, se les dará la misma fuerza que en ella se dé a los fallos pronunciados en Chile.

ART. 244 (241). Si la resolución procede de un país en que no se da cumplimiento a los fallos de los tribunales chilenos, no tendrá fuerza en Chile.

ART. 245 (242). En los casos en que no pueda aplicarse ninguno de los tres artículos precedentes, las resoluciones de tribunales extranjeros tendrán en Chile la misma fuerza que si se hubieran dictado por tribunales chilenos, con tal que reúnan las circunstancias siguientes:
1º Que no contengan nada contrario a las leyes de la República. Pero no se tomarán en consideración las leyes de procedimiento a que haya debido sujetarse en Chile la substanciación del juicio;

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

2º Que tampoco se opongan a la jurisdicción nacional;
3º Que no hayan sido dictadas en rebeldía; y
4º Que estén ejecutoriadas en conformidad a las leyes del país en que hayan sido pronunciadas.

ART. 246 (243). Las reglas de los artículos precedentes son aplicables a las resoluciones expedidas por jueces árbitros. En este caso se hará constar su autenticidad y eficacia por el visto-bueno u otro signo de aprobación emanado de un tribunal superior ordinario del país donde se haya dictado el fallo.

ART. 247 (244). En todos los casos a que se refieren los artículos precedentes, la resolución que se trate de ejecutar se presentará a la Corte Suprema en copia legalizada.

ART. 248 (245). En los casos de jurisdicción contenciosa, se dará conocimiento de la solicitud a la parte contra quien se pide la ejecución, la cual tendrá para exponer lo que estime conveniente un término igual al de emplazamiento para contestar demandas.
Con la contestación de la parte o en su rebeldía,y con previa audiencia del ministerio público, el tribunal declarará si debe o no darse cumplimiento a la resolución.

Deutsche Übersetzung:

ART. 242 (239). Die Entscheidungen (Beschlüsse), die im Ausland gefällt worden sind, haben in Chile die Wirkung, die ihnen die entsprechenden Verträge zubilligen; und für ihre Durchführung wird nach den Verfahren vorgegangen, die das chilenische Gesetz bestimmt, wenn nicht Abänderungen in den genannten Verträgen erscheinen.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

ART. 243 (240). Wenn keine Verträge bezüglich dieser Materie mit der Nation bestehen, in der die Entscheidungen (Beschlüsse) gefaßt wurden, gibt man ihnen dieselbe Wirkung, die man in dieser (Nation) den Urteilen gibt, die in Chile ausgesprochen werden.

ART. 244 (241). Wenn die Entscheidung (Beschluß) von einem Land herrührt, in dem Urteile von chilenischen Gerichten nicht durchgeführt werden, dann wird sie (Entscheidung/Beschluß) keine Wirkung in Chile haben.

ART. 245 (242). In den Fällen, in denen keiner der drei vorigen Artikel angewendet werden kann, haben die Entscheidungen (Beschlüsse) von ausländischen Gerichten die gleiche Wirkung in Chile, als ob sie von chilenischen Gerichten ausgesprochen wären, vorausgesetzt, daß sie die folgenden Bedingungen erfüllen:

1. Daß sie nichts enthalten, was den Gesetzen der Republik widerspricht. Hierfür werden jedoch die Verfahrensgesetze, denen die Durchführung des Gerichtsverfahrens in Chile unterliegt, nicht in Betracht gezogen.
2. Daß sie nicht der nationalen Rechtsprechung widersprechen.
3. Daß sie nicht in Abwesenheit der beklagten Partei gefällt worden sind.
4. Daß sie nach den Gesetzen des Landes, in dem sie ausgesprochen wurden, vollstreckbar sind.

ART. 246 (243). Die Regelungen der vorigen Artikel sind auf Entscheidungen (Beschlüsse) anwendbar, die von Schiedsrichtern gefällt worden sind. In diesem Fall muß ein höheres ordentliches Gericht des Landes, in dem die Entscheidung (Beschluß) gefällt wurde, ihre Echtheit und Wirksamkeit durch Bestätigungsvermerk oder andere Zeichen der Zustimmung bescheinigen.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

ART. 247 (244). In allen Fällen, auf die sich die vorigen Artikel beziehen, muß die Entscheidung (Beschluß), die durchgeführt werden soll, der Corte Suprema in legalisierter Kopie vorgelegt werden.

ART. 248 (245). In den Fällen der streitigen Gerichtsbarkeit gibt man der Partei, gegen die sich die Durchführung (Vollstreckung) richtet, Kenntnis von dem Antrag. Diese Partei kann das vortragen, was sie für erforderlich hält, und zwar innerhalb einer Frist, die der Frist zur Beantwortung von Klagen entspricht.

Nach der Beantwortung durch die Partei oder im Falle ihres Ausbleibens und nach Anhörung der Staatsanwaltschaft erklärt das Gericht, ob die Entscheidung (Beschluß) durchgeführt werden muß oder nicht.

(3) Das im Código de Derecho Internacional Privado

Text: Edición Oficial, Editorial Jurídica de Chile 1977

kodifizierte chilenische Kollisionsrecht gründet auf dem schon erwähnten Territorialitätsprinzip; hierunter versteht man - wie dies Samtleben prägnant zum Ausdruck gebracht hat - das im Territorialismus tief verwurzelte Bestreben, "dem eigenen Recht alle Sachverhalte zu unterwerfen, die mit dem Inland in irgendeiner räumlichen oder persönlichen Beziehung stehen" (aaO, S. 244). Weitere Grundlage ist der Código Bustamante, ein vor einem halben Jahrhundert konzipiertes Vertragswerk zwischen den Staaten Lateinamerikas, das in über vierhundert Artikeln zu nahezu allen Fragen des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts ausführliche Regelungen enthält.

Das Vertragswerk wurde am 20.2.1928 von Chile unterzeichnet, am 10.5.1932 vom Congreso Nacional gebilligt und am 14.6.1933 ratifiziert, durch Gesetzesdekret Nº 374 vom 10.4.1934 promulgiert und am 25.4.1934 im Gesetzblatt publiziert, vgl. Samtleben, aaO, S. 58, Anm. 73.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Chile hat allerdings bei der Ratifizierung des Código Bustamante einen sehr weiten Vorbehalt gemacht: Das die lateinamerikanischen Staaten grundsätzlich bindende Kollisionsrecht soll danach keine Anwendung finden, soweit seine Vorschriften im Widerspruch zur nationalen Gesetzgebung stehen, wobei hervorgehoben wird, daß nicht nur die bestehende, sondern ebenso die zukünftige Gesetzgebung dem Código Bustamante vorgehen.

> Vgl. Duncker, Derecho internacional privado (Parte general), 3. Aufl. 1967, S. 141 f.

Der Código Bustamante kann aber andererseits nach herrschender Meinung als subsidiäre Rechtsquelle auch gegenüber Nichtvertragsstaaten (wie z.B. der Bundesrepublik Deutschland) herangezogen werden.

> Vgl. Duncker, aaO, S. 120 und die Nachweise bei Samtleben, aaO, S. 267, Anm. 138.

In den zur Begutachtung vorgelegten Fragen des Internationalen Zivilprozeßrechts ergeben sich jedoch keine Spannungen zwischen den völkervertraglich geregelten Kollisionsregeln und den Normen des chilenischen innerstaatlichen Rechts, da der Código Bustamante in den hier interessierenden Bereichen ohnehin auf das jeweilige nationale Recht verweist, Sondergerichtsbarkeiten auf personaler Basis untersagt und fremde Gerichte auf den Weg der Rechtshilfe verweist. Die einschlägigen Art. 314, 315 und 388 Código de Derecho Internacional Privado lauten:

> Art. 314. La ley de cada Estado contratante determina la competencia de los Tribunales, así como su organización, las formas de enjuiciamiento y de ejecución de las sentencias y los recursos contra sus decisiones.
>
> Art. 315. Ningún Estado contratante organizará o mantendrá en su territorio tribunales especiales para los miembros de los demás Estados contratantes.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Art. 388. Toda diligencia judicial que un Estado contratante necesite practicar en otro, se efectuará mediante exhorto o comisión rogatoria cursados por la vía diplomática. Sin embargo, los Estados contratantes podrán pactar o aceptar entre sí en materia civil o criminal cualquier otra forma de transmisión.

Deutsche Übersetzung:

Art. 314. Das Gesetz jedes Vertragsstaates bestimmt die Zuständigkeit der Gerichte sowie ihre Organisation, die Formen des Gerichtsverfahrens und die Durchführung der Urteile (Entscheidungen) sowie die Rechtsmittel gegen seine Entscheidungen.

Art. 315. Kein Vertragsstaat bildet oder unterhält auf seinem Staatsgebiet Sondergerichte für Bürger der übrigen Vertragsstaaten.

Art. 388. Jeder Gerichtsakt, den ein Vertragsstaat in einem anderen durchzuführen benötigt, wird im Wege des Rechtshilfeersuchens durchgeführt, das auf dem diplomatischen Weg übermittelt wird. Unbeschadet dessen können die Vertragsstaaten im Zivil- oder Strafrecht jede andere Form der Übermittlung vereinbaren.

4.) Der von der chilenischen Rechtsordnung in Fällen mit Inlandsberührung vertretene "Territorialismus" hat zur Folge, daß die vom deutschen Konsul im Rahmen von Art. 5 (j) Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen möglichen Funktionen entsprechend schrumpfen.

a) Es braucht im vorliegenden Fall nicht im einzelnen geprüft zu werden, welches Betätigungsfeld dem deutschen Konsul als deutsches Rechtspflegeorgan im Rahmen der chilenischen Rechtsordnung bei Beweisaufnahmen gem § 363 Abs. 2 ZPO noch verbleibt.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Bülow-Böckstiegel, Internationaler Rechtsverkehr in Zivil- und Handelssachen (1973), S. 917 - 13, hält die Vernehmung von Zeugen und die Abnahme von Eiden für zulässig, wenn der Abzuhörende zum Erscheinen vor der deutschen Vertretung bereit ist und wenn "die Vernehmung in Chile später keine Rechtswirkungen hervorrufen soll"; letzteres Abgrenzungskriterium ist keineswegs eindeutig; die Abgrenzung der Konsular- und der Territorialgewalt kann auch nicht von den Intentionen abhängig gemacht werden, die mit der Beweiserhebung und dem darauf beruhenden Urteil von den Parteien verfolgt werden.
Auch die dem Prozeßgericht bei seinem Beweisbeschluß vom 22.1.1980 vorschwebende Abgrenzung nach der Staatsangehörigkeit des zu vernehmenden Zeugen weist nicht in die richtige Richtung; sollten durch den anhängigen Rechtsstreit chilenische Interessen nicht berührt werden, wäre die Vernehmung auch eines aussagebereiten chilenischen Staatsbürgers durch den deutschen Konsul nicht unstatthaft, da die konsularischen Aufgaben nicht an das Personalitätsprinzip gebunden sind.

Entscheidend ist der - von der Sicht der chilenischen Rechtsordnung - große Inlandsbezug des anhängigen Verfahrens, der es der chilenischen Rechtsordnung nicht gestattet, daß andere als chilenische Rechtspflegeorgane - und sei es auch nur im Wege des Rechtshilfeverfahrens - auf chilenischem Territorium Amtshandlungen vornehmen.

(1) Der - von der chilenischen Rechtsordnung aus gesehen - besondere Inlandsbezug des anhängigen Verfahrens ergibt sich aus dem Umstand, daß eine der Prozeßparteien juristische Person chilenischen Rechts ist und Sitz und Betätigungsfeld in Chile hat.

(2) Gegenstand des Verfahrens ist die Verletzung von Rechten der chilenischen Partei, die - wie Ehre und Ansehen - in der chilenischen öffentlichen Ordnung einen hohen Rang einnehmen.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

(3) Indirekt mit Gegenstand des Verfahrens ist die Ausübung chilenischer Staatsgewalt in Bereichen, die in allen Staaten der Welt nicht der uneingeschränkten öffentlichen, gerichtlichen oder gar internationalen Kontrolle unterliegen; das Beweisthema des ersuchenden Gerichts berührt möglicherweise unmittelbar ein "Arkanum" staatlicher Machtausübung; Gegenstand des Augenscheins sind ausschließlich Objekte, die zum chilenischen Territorium einen unmittelbaren Bezug haben.

(4) Neben dem Gegenstand der Beweiserhebung muß schließlich noch der außerordentliche Umfang der mit dem Beweisbeschluß vom 22.1.1980 verfolgten Beweisaufnahme in Betracht gezogen werden. Art. 5 (j) Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen enthält zwar keine quantitativen Beschränkungen; bei den konkurrierenden Zuständigkeiten zwischen Empfangs- und Entsendestaat müssen jedoch die üblichen Proportionen konsularischer Betätigung eingehalten werden.

b) Die Ausführungen des Auswärtigen Amtes und des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Chile zur "Durchführung der Beweisaufnahme in Form von Zeugenvernehmungen und Ortsbesichtigungen der Colonia Dignidad und ihrer Umgebung durch die Deutsche Botschaft in Santiago" enthalten nichts, was das oben a) erzielte Ergebnis in Frage stellen könnte.

(1) Die dem Bundesminister der Justiz übermittelten Erwägungen des Auswärtigen Amtes

> "Bei der Vernehmung nur durch unsere Botschaft in Santiago könnte vermieden werden, der chilenischen Regierung den Text des Beweisbeschlusses mit der Bitte um Weiterleitung an das zuständige chilenische Gericht zu übermitteln; eine Übermittlung des Beschlusses in der vorliegenden Form an die chilenische Regierung würde ohnehin angesichts verschiedener darin gebrauchter Formulierungen erheblichen Bedenken begegnen." (Vgl. Pkt. 3 der Mitteilung, aaO.)

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

zeigen, daß sich das Auswärtige Amt nicht nur nicht mit den völkerrechtlichen Grundlagen des Tätigwerdens einer deutschen Auslandsvertretung bei Rechtshilfeersuchen befaßt hat, sondern auch unterstellt, daß eine deutsche Auslandsvertretung gleichsam hinter dem Rücken und gegen die mutmaßlichen Interessen des Empfangsstaates als deutsches Rechtspflegeorgan auf fremdem Territorium agieren kann. Nach der maßgeblichen Vorschrift des Art. 5 (j) Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen kann aber der deutsche Konsul als verlängerter Arm des Prozeßgerichts auf chilenischem Territorium nur im Einklang mit der chilenischen Rechtsordnung tätig werden. Leitet die Deutsche Botschaft ein Rechtshilfeersuchen nicht an die zuständigen chilenischen Behörden weiter, sondern behandelt es in eigener Regie, weil die chilenische Regierung gegen den Beweisbeschluß Bedenken erheben könnte, so läge hierin weiter ein Verstoß auch gegen die diplomatischen Pflichten, da auch der Diplomat - unbeschadet seiner Vorrechte - gehalten ist, "die Gesetze und andere Rechtsvorschriften des Empfangsstaats zu beachten".

> Vgl. Art. 41 Abs. 1 Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen vom 18.4.1961 (BGBl 1964 II S. 958); eingehend zu den diplomatischen Pflichten Berber, aaO, S. 293 f.

(2) Die Staatenpraxis in Fragen des Rechtshilfeverkehrs ist bedeutsam; immerhin ist es völkerrechtlich möglich, daß der Empfangsstaat es mit seinen eigenen Rechtsnormen und mit der Stringenz des Territorialitätsprinzips nicht so genau nimmt oder aus übergeordneten politischen Erwägungen eine "policy of not noticing it" betreibt. Es darf jedoch nicht von vornherein unterstellt werden, daß sich die Regierung des Empfangsstaates nicht an die auch sie bindende Rechtsordnung halten wird.

(a) Die Ausführungen des Auswärtigen Amtes in der schon mehrfach erwähnten Mitteilung sind bei der Behandlung der deutsch-chilenischen Staatenpraxis in Rechtshilfeangele-

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

genheiten in Pkt. 1 nicht allzu aufschlußreich.

Es bleibt offen, ob die "wiederholten Ermittlungen" der Botschaft in Santiago über die Colonia Dignidad Ermittlungen im Rahmen der allgemeinen diplomatischen Aufgaben waren, oder ob es sich um durch förmliche Rechtshilfeersuchen verursachte Ermittlungen (also um Beweisaufnahmen und um Augenschein) gehandelt hat; nur im letzteren Fall könnte von einer einschlägigen Übung oder möglicherweise von einer Staatenpraxis gesprochen werden, die auch für den vorliegenden Fall relevant werden könnte.

Es müßte aber dann weiter noch verifiziert werden, ob die vorverhandelten Fälle einen ähnlichen starken Bezug zur chilenischen Rechtsordnung aufweisen wie der vorliegende (Klägerin ist juristische Person chilenischen Rechts und wünscht Beweiserhebung durch ein chilenisches Rechtshilfegericht; Beweis- und Prozeßgegenstand betreffen unmittelbar oder mittelbar chilenische Angelegenheiten, vgl. oben a)). Nur dann könnte von echten Präzedenzfällen gesprochen werden, die eine ausreichend sichere Prognose für die Sachbehandlung im anhängigen Verfahren rechtsfertigen könnten.

(b) Dem von der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Santiago mit Bericht Nr. 647/80 mitgeteilten Gespräch zwischen dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland und dem Leiter der Rechtsabteilung im chilenischen Außenministerium kommt besondere Bedeutung zu, da der anhängige Fall Gegenstand der Erörterungen war. Die chilenische Seite machte in dem Gespräch hinreichend deutlich, daß ein "Rechtshilfeersuchen an das zuständige chilenische Gericht" der "normale Weg" sei. Alle weiteren Erwägungen tragen die einem "Sondierungsgespräch" eigene rechtliche Unverbindlichkeit. Aus dem Bericht der deutschen Botschaft

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

geht auch nicht hervor, ob der chilenische Beamte über die besonderen Bezüge des vorliegenden Falls zur chilenischen Rechtsordnung informiert war. Jedenfalls darf aus der signalisierten Bereitschaft chilenischer Behörden, einem an sie gerichteten Beweisersuchen Folge zu leisten, nicht gefolgert werden, daß dann auch der deutsche Konsul als ausländisches Rechtspflegeorgan auf chilenischem Territorium ermitteln darf.

5.) Wie eingangs schon vermerkt (vgl. oben I. 2.) d)), ist von der Frage der Zulässigkeit der Beweisaufnahme durch den deutschen Konsul die Frage der Statthaftigkeit einer irgendwie gearteten Mitwirkung des deutschen Prozeßgerichts an der Beweisaufnahme zu trennen. Allerdings ist eine Mitwirkung des deutschen Prozeßgerichts an einer im Ausland vor dem deutschen Konsul durchzuführenden Beweisaufnahme von vornherein ausgeschlossen, wenn dem deutschen Konsul nach Art. 5 (j) Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen die Beweiserhebung wegen entgegenstehenden Rechts im Empfangsstaat untersagt ist. Es ist deshalb nur hilfsweise auf die Möglichkeit des Prozeßgerichts, sich an der Beweiserhebung zu beteiligen, für den Fall einzugehen, daß die chilenische Regierung einer Beweiserhebung durch den deutschen Konsul außerhalb des Rahmens des Art. 5 (j) ausdrücklich zustimmt.
Eine Beweiserhebung im Ausland "in Gegenwart des Prozeßgerichts" ist nur möglich, wenn die lex fori des Prozeßgerichts und das für das örtliche Verfahren maßgebliche Recht sie gestatten.

a) Weder die deutsche Zivilprozeßordnung noch die Strafprozeßordnung sehen expressis verbis eine Beteiligung des deutschen Prozeßgerichts an einer Beweisaufnahme im Ausland vor.

Das gleiche gilt im übrigen auch für das chilenische Prozeßrecht.

(1) Ein derartiger modus procedendi läßt sich deshalb allenfalls aus der dem Prozeßrecht immanenten Grundsatz der Erforschung

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

der Wahrheit herleiten und darf nur dann praktiziert werden, wenn die Wahrheitsfindung auf den von den Prozeßordnungen ausdrücklich gewiesenen Wegen nicht erfolgversprechend erscheint. Es muß allerdings stets darauf geachtet werden, daß die Verantwortungsbereiche der ermittelnden Rechtspflegeorgane klar getrennt bleiben, da eine Vermischung von Exekutiv- und Judikativfunktionen mit dem verfassungsrechtlich verankerten Prinzip des gesetzlichen Richters nicht vereinbar wäre.

> Vgl. zu den wissenschaftlich im einzelnen noch nicht untersuchten Fragen den Problemanriß im Magazin "Der Spiegel" Nr. 35/1980 S. 74 ff. (Überschrift: "Tolle Gegend - Deutsche Gerichte reisen gern in ferne Länder. Die Zeugenvernehmungen im Ausland sind mitunter unnötig und rechtlich zweifelhaft").

Immerhin geht § 38 (a) Rechtshilfeordnung für Zivilsachen (ZRHO) vom 19.10.1956 von der Teilnahme des Prozeßgerichts an einer Beweisaufnahme der Botschaft aus und unterstellt damit die Statthaftigkeit eines derartigen Verfahrens.

(2) Aus der ZRHO als einem nichtförmlichen Gesetz kann allerdings auch nichts abgeleitet werden, was die den Parteien auferlegten hohen Kosten der besonderen Art der Beweisaufnahme rechtfertigen könnte. Die richterliche Pflicht zur Erforschung der Wahrheit hat nicht nur die fremdstaatliche Souveränität zu achten, sondern steht auch im Wertsystem der Verfassung. Die Wahrheitsfindung ist deshalb trotz ihrer großen Bedeutung für die Regeln über die Beweisaufnahme kein absoluter Wert.

(a) Die Wertordnung des Grundgesetzes kennt nicht den Satz, daß "die Wahrheit um jeden Preis zu erforschen" wäre. Die Rücksichtnahme auf andere Werte kann deshalb die Beweisaufnahme unzulässig machen, wobei die Unzulässigkeit auch bestimmte Beweismethoden betreffen kann.

> Vgl. hierzu eingehend Löwe-Rosenberg, Bd. 3, Kommentar zur StPO, 23. Aufl., RN 151 zu § 244 Abs. 2.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Zu den grundsätzlich geschützten Werten zählt auch die Eigentumsgarantie des Art. 14 GG.

Vgl. hierzu und zur Frage, wann - in besonders gelagerten Fällen - eine Beweiserhebung wegen der damit verbundenen hohen Kosten unzulässig sein kann, Löwe-Rosenberg, aaO, RN 164.

(b) Sollte sich deshalb für das Prozeßgericht die rechtliche Möglichkeit eröffnen, an der Beweisaufnahme im Ausland teilzunehmen, müßten erst die den Parteien dadurch entstehenden besonderen Kosten mit dem effektiven "Mehr" an richterlicher Erkenntnismöglichkeit abgewogen werden; weiter wäre zu prüfen, ob die Parteien nicht durch ein prohibitives Kostenrisiko an der Rechtsverfolgung gehindert werden.

b) (1) Was die Zulässigkeit einer Mitwirkung des deutschen Prozeßgerichts an der Beweisaufnahme durch den deutschen Konsul nach den hierfür maßgeblichen Rechtsnormen anbelangt, muß zunächst wieder auf das für die Tätigkeit der deutschen Auslandsvertretung als deutsches Rechtspflegeorgan im Empfangsstaat maßgebliche Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen zurückgegriffen werden.

(2) Art. 5 (j) des gen. Übereinkommens ermächtigt nur die Träger konsularischer Funktionen zur hoheitlichen Betätigung im Empfangsstaat; anderen Amtsträgern des Entsendestaates ist jede hoheitliche Tätigkeit untersagt. In diesem Zusammenhang muß auch die schlichte Gegenwart in amtlicher Eigenschaft bei der Verrichtung der hoheitlichen Aufgaben durch den Konsul als nicht statthafte Amtshandlung qualifiziert werden. Die Präsenz des deutschen Prozeßgerichts bei Beweisaufnahmen in Chile ist deshalb - wie jede andere nicht privilegierte Amtshandlung im Ausland - nur mit der Zustimmung der chilenischen Regierung möglich.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Diese Rechtslage reflektiert auch § 38 (a) ZRHO, wenn er die Teilnahme des Prozeßgerichts an einer Beweisaufnahme der Botschaft von der Zustimmung der Regierung des Empfangsstaates abhängig macht.

(3) Aus den oben 4.) a) dargelegten Gründen kann mit einer Zustimmung der chilenischen Regierung nicht gerechnet werden.

Einzelheiten brauchen nicht vertieft zu werden, da die Deutsche Botschaft in Chile im Ergebnis von einem derartigen Verfahren abrät (vgl. Bericht 647/80) und das Auswärtige Amt in Pkt. 2 seiner Mitteilung (aaO) sich lediglich dazu äußert, was wünschenswert wäre, sich aber nicht mit der konkreten Rechtslage auseinandersetzt.

IV. Beweisaufnahme durch das zuständige chilenische Gericht

Kann der deutsche Konsul gem. § 363 Abs. 2 ZPO das Ersuchen um Beweisaufnahme nicht erledigen, so muß das zuständige ausländische Gericht im Wege der Rechtshilfe ermitteln.

1.) Bei Beachtung der üblichen internationalen Formalitäten leisten die chilenischen Gerichte auch auf vertragsloser Grundlage ausländischen Gerichten Rechtshilfe.

Vgl. Bülow-Böckstiegel, aaO, S. 917 - 13; allgemein zum Rechtshilfeverfahren: Rietzler, aaO, S. 672 ff. mit weiteren Literaturangaben.

a) Die einschlägigen Vorschriften sind im 5. Titel des Código de Derecho Internacional Privado geregelt; die Vorschriften lauten:

Art. 388. Toda diligencia judicial que un Estado contratante necesite practicar en otro, se efectuará mediante exhorto o comisión rogatoria cursados por la vía diplomática. Sin embargo, los Estados contratantes podrán pactar o aceptar entre sí en materia civil o criminal cualquier otra forma de transmisión.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Art. 389. Al juez exhortante corresponde decidir respecto a su competencia y a la legalidad y oportunidad del acto o prueba, sin perjuicio de la jurisdicción del juez exhortado.

Art. 390. El juez exhortado resolverá sobre su propia competencia *ratione materiae* para el acto que se le encarga.

Art. 391. El que reciba el exhorto o comisión rogatoria debe ajustarse en cuanto a su objeto a la ley del comitente y en cuanto a la forma de cumplirlo a la suya propia.

Art. 392. El exhorto será redactado en la lengua del Estado exhortante y será acompañado de una traducción hecha en la lengua del Estado exhortado, debidamente certificada por intérprete juramentado.

Art. 393. Los interesados en la ejecución de los exhortos y cartas rogatorias de naturaleza privada deberán constituir apoderados, siendo de su cuenta los gastos que estos apoderados y las diligencias ocasionen.

Deutsche Übersetzung:

Art. 388. Jeder Gerichtsakt, den ein Vertragsstaat in einem anderen durchzuführen benötigt, wird im Wege des Rechtshilfeersuchens durchgeführt, das auf dem diplomatischen Weg übermittelt wird. Unbeschadet dessen können die Vertragsstaaten im Zivil-oder Strafrecht jede andere Form der Übermittlung vereinbaren.

Art. 389. Es ist Sache des ersuchenden Richters, über seine Zuständigkeit und die Recht- und Zweckmäßigkeit des Aktes oder der Beweisaufnahme zu ent-

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

scheiden, unbeschadet der Rechtsprechung des ersuchten Richters.

Art. 390. Der ersuchte Richter entscheidet über seine eigene sachliche Zuständigkeit *(ratione materiae)* für den Akt, um den er ersucht wird.

Art. 391. (Der Richter), der das Rechtshilfeersuchen empfängt, muß sich, soweit es um dessen Zweck geht, nach dem Gesetz des Auftraggebenden und bezüglich der Form der Ausführung nach seinem eigenen Gesetz richten.

Art. 392. Das Rechtshilfeersuchen muß in der Sprache des ersuchenden Staates abgefaßt sein und ihm muß eine Übersetzung in der Sprache des ersuchten Staates beigefügt werden. Die Übersetzung muß durch einen vereidigten Übersetzer vorschriftsmäßig beglaubigt sein.

Art. 393. Die an der Durchführung der zivilrechtlichen Rechtshilfeersuchen Interessierten (Parteien) müssen Bevollmächtigte bestellen und die Kosten tragen, die diese Bevollmächtigten und die Gerichtstätigkeit verursachen.

Ergänzend hierzu ist noch auf Art. 76 Abs. 2 des Código Procedimiento Civil zu verweisen; Art. 76, der im VII. Abschnitt des Gesetzbuches über die richterlichen Tätigkeiten ("Actuaciones Judiciales") steht, lautet:

Art. 76. Cuando hayan de practicarse actuaciones en país extranjero, se dirigirá la comunicación respectiva al funcionario que deba intervenir, por conducto de la Corte Suprema, la cual la enviará al Ministerio de Ralaciones Exteriores para que éste a su vez le dé curso en la forma que esté determinada por los tratados vigentes o por reglas generales adoptadas por el Gobierno. En la comunicación se expresará el nombre de la persona o personas a quienes la

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

parte interesada apodere para practicar las diligencias solicitadas, o se indicará que puede hacerlo la persona que lo presente o cualquiera otra.

Por este mismo conducto y en la misma forma se recibirán las comunicaciones de los tribunales extranjeros para practicar diligencias en Chile.

Deutsche Übersetzung:

Art. 76. Sind Gerichtsakte im Ausland vorzunehmen, wird die betreffende Mitteilung an den Beamten, der tätig werden soll, über die Corte Suprema (Oberster Gerichtshof) geleitet, welche sie an das Außenministerium sendet, damit dieses seinerseits die Mitteilung weiterleitet in der Form, die in den gültigen Verträgen bestimmt ist, oder nach den allgemeinen von der Regierung angenommenen Regeln. In der Mitteilung werden der (die) Name(n) der Person oder der Personen aufgeführt, welche die interessierte Partei bevollmächtigt, die ersuchten Gerichtsakte zu betreiben, oder es wird angegeben, daß die Person, die die Mitteilung vorlegt,oder jede andere Person die ersuchten Gerichtsakte betreiben kann.

Auf demselben Amtsweg und in derselben Form werden Mitteilungen ausländischer Gerichte mit dem Zweck, Gerichtsakte in Chile durchzuführen, empfangen.

b) Die besondere Art des Beweisthemas wird das chilenische Rechtshilfegericht nicht daran hindern, die gewünschte Beweisaufnahme durchzuführen. Beweisersuchen werden in der Regel nur dann zurückgewiesen, wenn das ausländische Verfahren, dem die Beweisaufnahme dienen soll, gegen den chilenischen ordre public verstößt.

Vgl. hierzu den Nachweis aus der lateinamerikanischen Praxis bei Samtleben, aaO, S. 243, Anm. 153 und S. 97, Anm. 134 (Verweigerung der Rechtshilfe in einer Scheidungssache, wenn der ersuchte Staat

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

die Ehescheidung nicht kennt und Anspruch auf die Regelung des Personalstatus der Ehegatten erhebt). Im Allgemeinen wird bei der Erldigung von Rechtshilfeersuchen vom ordre public nur sehr zurückhaltend Gebrauch gemacht; vgl. die Ausführungen bei Rietzler, aaO, S. 676.

Im vorliegenden Fall soll jedoch das beim ersuchenden Gericht anhängige Verfahren der Wiederherstellung der im Ausland verletzten Ehre u.a. auch einer chilenischen Partei dienen; der Zweck des Verfahrens steht damit voll im Einklang mit der chilenischen Rechtsordnung.

Das Gebiet der Colonia Dignidad, das nach dem Rechtshilfeersuchen in Augenschein genommen werden soll, ist nicht durch staatliche Maßnahmen der Gerichtsgewalt des ersuchten Gerichts entzogen; dies gilt auch für die zu vernehmenden Zeugen und Parteien.

Nach den allgemeinen Regeln des internationalen Zivilprozeßrechts kann ein ordnungsgemäßes Rechtshilfeersuchen nur mit mangelnder Gerichtsgewalt abgelehnt werden; vgl. Rietzler, aaO, S. 676 unter Hinweis auf Art. 11 Abs. 3 Haager Abkommen.

2.) Die Frage der Zulässigkeit der Mitwirkung des deutschen Prozeßgerichts an der Beweisaufnahme des ersuchten chilenischen Rechtshilfegerichts beurteilt sich wiederum nach der lex fori des deutschen Prozeßgerichts und nach der lex fori des ersuchten chilenischen Rechtshilfegerichts.

a) Bezüglich der lex fori des deutschen Prozeßgerichts kann auf die Ausführungen oben III. 5.) a) verwiesen werden.

b) Im Einklang mit den allgemeinen Grundsätzen internationalen Zivilprozeßrechts

vgl. z.B. Rietzler, aaO, S. 676

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

übernimmt das chilenische Rechtshilfegericht die ihm angesonnene Tätigkeit nach seiner eigenen Rechtsordnung - also nach der lex fori - (vgl. Art. 390). 391, letzter Halbsatz).

(1) Dies gilt für die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen, für die Eidesformel und für die Zwangsmittel im Fall des Nichterscheinens. Das ersuchte Gericht prüft allerdings nicht, ob die ihm angesonnene Handlung - z.B. eine Zeugenvernehmung - nach der Prozeßlage sachdienlich und zweckmäßig ist, da es sich jeder Würdigung der Sache selbst zu enthalten hat (vgl. Art. 389). Das ersuchte Gericht kann nach Art. 391 auch Handlungen vornehmen, die nur im Hinblick auf die Rechtsordnung des ersuchenden Gerichts sinnvoll und zulässig erscheinen, z.B. Zeugen vernehmen in einer Sache, in der nach seinem eigenen Recht der Zeugenbeweis ausgeschlossen ist; es kann im Hinblick auf das ausländische Verfahren wohl auch Zeugen vernehmen, die nach der eigenen Prozeßordnung zeugnisunfähig wären.

(2) Art. 391 gestattet jedoch dem chilenischen Rechtshilfegericht nicht, in Durchbrechung des chilenischen Gerichtsverfassungsrechts, andere als die gesetzlich vorgesehenen Personen am Verfahren zu beteiligen oder ausländische Rechtspflegeorgane in die auf chilenischem Territorium durchzuführenden Ermittlungen einzuschalten. Letzteres wäre ein unmittelbarer Eingriff in die chilenische Gerichtshoheit, über die - auch in Fällen mit Auslandsberührung - nicht die chilenische Regierung, sondern allein die Corte Suprema verfügt.

Rechtsvergleichend darf noch darauf hingewiesen werden, daß eine Beweisaufnahme durch den ersuchten Richter in Gegenwart des ersuchenden Richters - soweit ersichtlich - in keiner der führenden Prozeßordnungen geregelt ist und auch in den einschlägigen Lehrbüchern des Internationalen Zivilprozeßrechts nicht behandelt wird (vgl. z.B. Rietzler, aaO, S. 672). Soweit Rechtspflegeorgane mehrerer Staaten gemeinsam Prozeß-

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

handlungen vornehmen (wie z.B. in der alten Konsulargerichtsbarkeit oder teilweise bei Restitutions- oder Reparationsgerichten), beruht dieses Zusammmenwirken immer auf einem die beteiligten nationalen Gerichtsbarkeiten bindenen völkerrechtlichen Vertrag.

(3) Zu einer von der geschilderten Rechtslage abweichenden Praxis der Gerichte in Chile, auf die sich der Bericht Nr. 647/80 der Deutschen Botschaft vom 4.7.1980 allem Anschein nach beruft, vermag der Gutachter nicht abschließend Stellung zu nehmen, da ihm die dort in Bezug genommenen weiteren Berichte Nr. 270 und 310 vom 16.3. und 23.3.1978 nicht vorliegen. Es sei aber auf folgendes kurz verwiesen: Wenn der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in seinem Bericht vom 4.7.1980 daran erinnert, "daß auch das amerikanische Rechtshilfeersuchen in dem politisch besonders heiklen Fall Letelier zügig erledigt wurde und daß dabei ebenfalls Justizorgane des ersuchenden Staates teilnahmen", so stimmt letzteres zumindest nicht mit dem überein, was in einer breiten Öffentlichkeit vom Verfahren im Fall Letelier bekannt wurde: Der für die Ermittlungen im Fall Letelier zuständige US-amerikanische Staatsanwalt konnte zwar wie jeder andere amerikanische Staatsbürger in Chile frei einreisen, aber mit den ersuchten chilenischen Behörden nur über einen in Chile zugelassenen Anwalt verkehren; an den Ermittlungen chilenischer Rechtspflegeorgane war er nicht unmittelbar beteiligt.

Diese Sach- und Rechtslage wurde dem Gutachter in zwei fernmündlichen Gesprächen mit der Chilenischen Botschaft in Bonn am 29.9.1980 bestätigt; die Chilenische Botschaft bestätigte weiter, daß in Chile ersuchte Gerichte nicht in Gegenwart der ersuchenden Gerichte Beweisaufnahmen durchführen.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

V. Ergebnis:

1.) Nach den Normen des internationalen und des chilenischen Rechts kann die von der 3. Zivilkammer des Landgerichts Bonn mit Beweisbeschluß vom 22.1.1980 beabsichtigte Beweisaufnahme in Chile "in Gegenwart des Kollegiums der 3. Zivilkammer des Landgerichts Bonn" nicht durchgeführt werden.

2.) Der Beweisbeschluß vom 22.1.1980 ist in der für den Internationalen Rechtshilfeverkehr üblichen Form auf diplomatischem Wege dem chilenischen Rechtshilfegericht zuzuleiten, das die Beweiserhebungen - auf vertragsloser Grundlage - in eigener Verantwortung durchführt.

Hinweis: Eine Verwertung des Gutachtens außerhalb des anhängigen Verfahrens - insbesondere seine Veröffentlichung - bedarf der Zustimmung des Gutachters.

(Prof. Dr. D. Blumenwitz)

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Professor Dr. Dieter Blumenwitz
Lehrstuhl für Völkerrecht, allgemeine Staatslehre,
deutsches und bayerisches Staatsrecht
und politische Wissenschaften
Universität Würzburg

D-8700 Würzburg, 24. Oktober 1980
Domerschulstraße 16 (Alte Universität)
Zimmer 201,-203
Rufnummer (09 31) 31 308

G VIII - 15 - 80

Rechtsanwalt Dr. jur. Ludwig Klassen, Thomas-Mann-Straße 58, 5300 Bonn 1, bittet um eine gutachtliche Stellungnahme zu folgendem

S a c h v e r h a l t :

Die Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad aus Parral/Chile, eine juristische Person chilenischen Rechts, und die Private Sociale Mission e.V., Siegburg, begehren als Kläger in einem vor der 3. Zivilkammer des Landgerichts Bonn anhängigen Rechtsstreit - AZ.: 3 O 123/77 - die Unterlassung von Behauptungen der Amnesty International, Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V., und der Firma Gruner & Jahr AG & Co. KG (Magazin STERN), den Beklagten im anhängigen Verfahren. Die Klage richtet sich in erster Linie gegen Behauptungen der Beklagten, mit denen das Landgut der Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad bei Parral als Folterlager des ehemaligen chilenischen Geheimdienstes DINA bezeichnet wurde.

1.) Zur Aufklärung des Sachverhalts hat das erkennende Gericht am 22.1.1980 einen 21 Seiten umfassenden Beweisbeschluß verkündet, dessen hier bedeutsamer Inhalt sich wie folgt zusammenfassen läßt:

- Die Durchführung der Beweisaufnahme soll "im Wege der Rechtshilfe, jedoch in Gegenwart des Kollegiums der 3. Zivilkammer des Landgerichts Bonn, erfolgen" (vgl. Pkt. D. des Beweisbeschlusses vom 22.1.1980; Hervorhebungen im Original).
- Hinsichtlich der angeordneten Augenscheinseinnahme sowie hinsichtlich der Vernehmung von Zeugen chilenischer Staatsangehörigkeit soll die Beweisaufnahme "durch den zuständigen, von den chilenischen Behörden zu bestimmenden Richter bzw. Vernehmungsbeamten vorgenommen werden" (vgl. Pkt. D.I. des Beweisbeschlusses vom 22.1.1980).

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

- Soweit es um die Vernehmung von Zeugen deutscher Staatsangehörigkeit in Chile und entsprechende Parteivernehmungen geht, soll die Beweisaufnahme "nach Möglichkeit durch den zuständigen Konsularbeamten der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Chile erfolgen; falls dies von den chilenischen Behörden nicht gestattet werden sollte, wird auch insoweit um Durchführung der Beweisaufnahme vor dem von den chilenischen Behörden zu bestimmenden zuständigen Richter oder Vernehmungsbeamten ersucht" (vgl. Pkt. D.II. des Beweisbeschlusses vom 22.1.1980).

- Für "Visum-, Impfungs-, Flug- und Fahrtkosten, für Verpflegungs- und Unterbringungskosten (bzw. Tage- und Übernachtungsgelder) der Kammermitglieder" und für weitere Kosten der Beweisaufnahme ist von Klägerinnen- wie von Beklagtenseite ein Auslagenvorschuß von je 30.000,-- DM baldigst bei der Gerichtskasse Bonn einzuzahlen (vgl. Pkt. H. des Beweisbeschlusses vom 22.1.1980).

2.) In den Folgemonaten bemühte sich die 3. Zivilkammer des Landgerichts Bonn über den Dienstweg um die Klärung der Frage, in welcher Weise eine Beweisaufnahme in Chile möglich ist und ob die Kammer an der Beweisaufnahme in Chile teilnehmen könne. Als Ergebnis der Sondierungen kann festgehalten werden:

a) Eine Mitteilung des Auswärtigen Amtes, enthalten in einem Schreiben des Bundesministers der Justiz an den Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen vom 18. Juni 1980 (AZ.: - 9341 C 1 - 17 425/80 -); die Mitteilung hat folgenden Wortlaut:

> "1. Eine Durchführung der Beweisaufnahme in Form von Zeugenvernehmungen und Ortsbesichtigung der Colonia Dignidad und ihrer Umgebung durch die Deutsche Botschaft in Santiago ist aus der Sicht des Auswärtigen Amtes politisch unbedenklich. Die Botschaft Santiago ist in den vergangenen Jahren wiederholt mit Ermittlungen über die Colonia Dignidad befaßt worden, die die gleichen Behauptungen betrafen, welche dem Rechtsstreit zugrunde liegen. Diese Ermittlungen sind nie auf den Widerstand der chilenischen Regierung gestoßen.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Vielmehr hat sich diese aus den Vorgängen um die Colonia Dignidad weitgehend herausgehalten. Es ist daher nicht von vornherein damit zu rechnen, daß sich die chilenische Regierung gegen die Teilnahme der 3. Zivilkammer des LG Bonn an der Beweisaufnahme sperrt.

2. Nach Ansicht des Auswärtigen Amtes sollte die 3. Zivilkammer des Landgerichts Bonn an der Beweisaufnahme in Chile teilnehmen. Die Anwesenheit der Kammer kann dazu beitragen, daß die Botschaft Santiago und die Bundesregierung möglichst wenig in Auseinandersetzungen über die angeblichen Vorfälle der Kolonie hineingezogen werden.

3. Nach dem Länderteil "Chile" der Rechtshilfeordnung für Zivilsachen (ZRHO) besteht zwischen Chile und der Bundesrepublik Deutschland kein Rechtshilfevertrag; Rechtshilfe werde jedoch gegenseitig geleistet. Weiter heißt es, daß die deutschen Auslandsvertretungen in Chile Ersuchen um Vernehmung ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit der zu vernehmenden Person in eigener Zuständigkeit erledigen können, wenn die Erledigung ohne Anwendung von Zwang möglich ist. Entgegen der Auffassung des Landgerichts Bonn könnte also die Botschaft Santiago auch die von beiden Parteien des Rechtsstreits benannten Zeugen chilenischer Staatsangehörigkeit vernehmen, sofern diese freiwillig erscheinen. Da wohl beide Parteien Zeugen benannt haben, die ihre Behauptungen unterstützen sollen, kann hiesigen Erachtens mit einem freiwilligen Erscheinen der meisten Zeugen gerechnet werden. Bei der Vernehmung nur durch unsere Botschaft in Santiago könnte vermieden werden, der chilenischen Regierung den Text des Beweisbeschlusses mit Bitte um Weiterleitung an das zuständige chilenische Gericht zu übermitteln; eine Übermittlung des Beschlusses in der vorliegenden Form an die chilenische Regierung würde ohnehin angesichts verschiedener darin gebrauchter Formulierungen erheblichen Bedenken begegnen."

b) Auf Grund dieser Mitteilung des Auswärtigen Amtes bat der Bundesminister der Justiz am 18. Juni 1980 das Auswärtige Amt, über die Botschaft in Santiago die Zustimmung der chilenischen Regierung zur Teilnahme der 3. Zivilkammer des Landgerichts Bonn[7] an der Beweisaufnahme in Chile einzuholen.

[7] Vgl. die dahingehende Erklärung des Bundesministers der Justiz in seinem Schreiben vom 18. Juni 1980.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

c) In einem Schreiben vom 4.7.1980 (Ber. Nr. 647/80) gelangt die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile zu dem Ergebnis,

> "daß die gemäß § 38 (a) ZRHO erforderliche Zustimmung der chilenischen Regierung zu einer Teilnahme des Prozeßgerichts an einer Beweisaufnahme der Botschaft weniger leicht zu erlangen wäre als die Erledigung eines Rechtshilfeersuchens an das zuständige chilenische Gericht und die Erlaubnis, daß das Prozeßgericht hieran teilnimmt."

Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland berichtet sodann von einem "Sondierungsgespräch" mit dem Leiter der Rechtsabteilung im chilenischen Außenministerium, Botschafter Rios Marimon:

> "Botschafter Rios sagte, der normale Weg, auf dem die vom Prozeßgericht gewünschte Beweisaufnahme herbeigeführt werden könnte, sei ein Rechtshilfeersuchen an das zuständige chilenische Gericht. Da die Colonia Dignidad mit der Beweisaufnahme offenbar einverstanden sei, glaube er nicht, daß die Erledigung eines solchen Ersuchens und insbesondere auch die Teilnahme des Prozeßgerichts auf Schwierigkeiten stoßen wird."

In diesem Zusammenhang verweist der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland noch auf den Präzedenzfall Letelier.

d) Die notwendigen Genehmigungen hat die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Santiago bisher noch nicht herbeigeführt.

> Vgl. Schreiben des Justizministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 1. August 1980 (AZ.: 9341 E - II B. 191/80).

Mit Schreiben vom 11.8.1980 forderte die 3. Zivilkammer des Landgerichts Bonn die Parteien auf, die 1. Hälfte des Auslagenvorschusses (je 15.000,- DM) für das Rechtshilfeersuchen einzuzahlen; auf Grund einer Zwischenberatung der Kammer sei "mit einer grundsätzlichen Abstandnahme von den Anordnungen des Beweisbeschlusses vom 22.1.1980 nicht zu rechnen".

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Rechtsanwalt Dr. jur. Ludwig Klassen bittet - "um weiteren Zeitverlust zu vermeiden und angesichts der hohen Kosten" der beabsichtigten Beweisaufnahme - die für den Rechtshilfeverkehr mit Chile einschlägigen Normen des internationalen und des chilenischen Rechts darzustellen.

Die gutachtliche Stellungnahme folgt folgender

G l i e d e r u n g :

	Seite
I. Prozessuale Ausgangslage	9
1.) Der Grundsatz der Achtung fremdstaatlicher Souveränität	9
2.) Das Ersuchen um Beweisaufnahme im Ausland	9
a) Ersuchen nur über die für den Verkehr zwischen den Staaten zuständigen Organe	10
b) Rechtshilfeverkehr untersteht den Normen des Völkerrechts	10
(1) Bi- und multilaterale Verträge; Gewohnheitsrecht	10
(2) Staatengunst; "comitas gentium"	10
c) Beweisaufnahme durch den "Bundeskonsul" nach § 363 Abs. 2 ZPO	10
d) Teilnahme des deutschen Prozeßgerichts an einer im Ausland durchzuführenden Beweisaufnahme	11
3.) Die sich ergebenden Fragenkomplexe	11
II. Einschlägige vertragliche Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Chile	12
III. Beweisaufnahme durch den zuständigen Konsul der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Chile	13
1.) Erledigung konsularischer Aufgaben durch die diplomatische Mission	13
2.) Umfang der konsularischen Aufgaben	13
a) Schutz gewisser Interessen des Entsendestaates im Empfangsstaat, Art. 5 (a) Konsularrechtskonvention	14

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Seite

b) Ausführung von Rechtshilfeersuchen im Rahmen der Gesetze des Empfangsstaates, Art. 5 (j) Konsularrechtskonvention 14
c) Zur Bedeutung der Ermächtigung nach Art. 5 (j) Konsularrechtskonvention 15
(1) Grundsatz der restriktiven Interpretation 15
(2) Konkretisierung der Schranken der chilenischen Rechtsordnung durch die chilenischen Rechtspflegeorgane 15

3.) Inhalt der Verweisung auf chilenisches Recht in Art. 5 (j) Konsularrechtskonvention 15
a) Vorbemerkung zur Bedeutung des Souveränitäts- und Territorialitätsprinzips im lateinamerikanischen - insbesondere chilenischen - Rechtsdenken 15
b) Verankerung eines strikten Legalitätsgrundsatzes in der chilenischen Verfassungsordnung 16
(1) Verfassung von 1925 16
(2) Übergangsordnung nach dem 11.9.1973 19
(3) Die am 11.3.1981 in Kraft tretende neue Verfassung 19
c) Die Verwirklichung der verfassungsrechtlichen Grundsätze in den einschlägigen Gesetzen und Kodifikationen 19
(1) Gerichtsverfassungsgesetz (Ley Orgánica de Tribunales) vom 9.7.1943 19
(2) Zivilprozeßordnung (Código de Procedimiento Civil) vom 21. März 1944 20
(3) Kollisionsrecht (Código de Derecho Internacional Privado / Código Bustamante) 23

4.) Folgerungen aus dem chilenischen "Territorialismus" für die Befugnisse des deutschen Konsuls nach Art. 5 (j) Konsularrechtskonvention 25
a) Der - von der Sicht des chilenischen Rechts - große Inlandsbezug des anhängigen Verfahrens..... 25

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Seite

(1) Prozeßpartei ist juristische Person des chilenischen Rechts mit Sitz und Betätigungsfeld in Chile 26
(2) Verfahrensgegenstand ist die Verletzung von Rechten der chilenischen Partei, die auch in der chilenischen öffentlichen Ordnung einen hohen Rang einnehmen 26
(3) Beweisthema berührt möglicherweise ein "Arkanum" staatlicher chilenischer Machtausübung 27
(4) Umfang der Beweiserhebung 27
b) Zu den Erwägungen des Auswärtigen Amtes und der Deutschen Botschaft zur Durchführung der Beweisaufnahme in "eigener Regie" 27
(1) Zur Erwägung, das Beweisthema könnte bei der chilenischen Regierung Bedenken hervorrufen 27
(2) Die Ausführungen zur Staatenpraxis in den deutsch-chilenischen Rechtshilfebeziehungen 28
(a) Zu den "wiederholten Ermittlungen" der Botschaft über die Colonia Dignidad 28
(b) Zu dem Sondierungsgespräch mit dem Leiter der Rechtsabteilung im chilenischen Außenministerium 29

5.) Die Mitwirkung des Prozeßgerichts an einer Beweisaufnahme durch den deutschen Konsul 30
a) Zur Statthaftigkeit des Verfahrens nach der lex fori des Prozeßgerichts 30
(1) Grundsatz der Erforschung der Wahrheit 30
(2) Grenzen der richterlichen Pflicht zur Erforschung der Wahrheit 31
(a) Keine Wahrheitserforschung "um jeden Preis" 31
(b) Güterabwägung zwischen dem effektiven "Mehr" an richterlicher Erkenntnismöglichkeit und einem möglicherweise prohibitiven Kostenrisiko 32

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Seite

b) Zur Statthaftigkeit des Verfahrens nach dem für die Beweisaufnahme geltenden Recht 32
(1) Maßgeblichkeit der Wiener Konsularrechtskonvention 32
(2) Keine Ermächtigung nach Art. 5 (j) 32
(3) Zur Möglichkeit der Zustimmung durch die chilenische Regierung 33

IV. Beweisaufnahme durch das zuständige chilenische Gericht 33

1.) Rechtshilfe durch das ersuchte chilenische Gericht 33
a) Die einschlägigen chilenischen Vorschriften 33
b) Kein Verstoß gegen den chilenischen ordre public ... 36

2.) Zur Frage der Mitwirkung des Prozeßgerichts an der Beweisaufnahme des Rechtshilfegerichts 37
a) Zulässigkeit nach der lex fori des Prozeßgerichts... 37
b) Zulässigkeit nach chilenischem Recht 37
(1) Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen ersuchendem und ersuchtem Gericht 38
(2) Kein Eindringen in die Gerichtshoheit des ersuchten Rechtspflegeorgans 38
(3) Zur Praxis chilenischer Rechtshilfegerichte (insbesondere zum sogenannten Fall Letelier) ... 39

V. Ergebnis 40

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

I. Prozessuale Ausgangslage:

Die grundsätzlich bestehende Freiheit des deutschen Richters bei der Erforschung der Wahrheit mittels Beweisaufnahmen findet ihre Schranken im jeweils maßgeblichen Prozeßrecht, aber auch in den Normen des Verfassungs- und Völkerrechts.

1.) Zu den grundlegenden Normen des Völkerrechts zählt die Achtung fremdstaatlicher Souveränität. Hieraus ergibt sich die Grundnorm des Internationalen Zivilprozeßrechts, daß kein Staat auf dem Gebiet eines fremden Staates ohne dessen Erlaubnis prozessuale Handlungen vornehmen kann.

> Vgl. E. Riezler, Internationales Zivilprozeßrecht (1949), S. 18. Dieser Grundsatz zählt zu den "allgemeinen Regeln des Völkerrechts", die nach Art. 25 GG ohne jede weitere Maßnahme des Gesetzgebers oder der Verwaltung "Bestandteil des Bundesrechtes" sind, den Gesetzen vorgehen und für die Bewohner des Bundesgebietes unmittelbar Rechte und Pflichten erzeugen.

Die Beweisaufnahme durch Augenschein oder durch die Vernehmung von Zeugen ist staatlicher Hoheitsakt und damit grundsätzlich auf das Gebiet der Gerichtshoheit - also das Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland - beschränkt.

> Vgl. statt vieler Baumbach-Lauterbach, ZPO, 38. Aufl. § 363 RN 1.

Werden deshalb in Prozessen mit Auslandsbeziehung Prozeßhandlungen wie Augenschein oder die Vernehmung von Zeugen oder Sachverständigen im Ausland notwendig, so muß ein Ersuchen um Rechtshilfe an den zuständigen fremden Staat gerichtet werden.

> Vgl. eingehend hierzu Riezler, aaO., Kap. XII "Rechtshilfe", S. 672 ff, ferner die umfangreiche Literatur § 363 ZPO.

2.) Das nach § 363 ZPO erforderliche Ersuchen um Beweisaufnahme im Ausland trägt dem völkerrechtlich verankerten Grundsatz der Re-

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

spektierung fremder Souveränität in ihrem Hoheitsbereich Rechnung.

a) Rechtshilfeersuchen können nur über die für den Verkehr zwischen den Staaten zuständigen Organe und Behörden - also nicht durch die Rechtspflegeorgane selbst - abgewickelt werden.

b) Der Rechtshilfeverkehr selbst untersteht dem Völkerrecht, d.h. Rechte und Pflichten zwischen Staaten können nur durch Staatenkonsens entstehen.

(1) Ausdruck des Staatenkonsenses sind in der Regel bi- oder multilaterale Verträge; hinzu kommen die Normen des Völkergewohnheitsrechts.

(2) Weiter kommt in Betracht die Durchführung eines Rechtshilfeersuchens ohne eine entsprechende völkerrechtliche Verpflichtung; Die Rechtspflegeorgane des ersuchten Staates werden hier in der Regel auf der Grundlage ihrer staatlichen Gesetze tätig - ohne daß der ersuchende Staat aus der Rechtslage im ersuchten Staat völkerrechtliche Ansprüche herleiten könnte. Von der Sicht der zwischenstaatlichen Beziehungen erfolgt diese Abwicklung des Rechtshilfeverkehrs zwischen völkerrechtlich nicht gebundenen Staaten im Rahmen der sog. Staatengunst: Vieles, was im internationalen Rechtsverkehr aus einer gewissen einvernehmlichen Rücksichtnahme gegenüber ausländischen Rechtspflegeorganen und ihren Aufgaben geschieht, ist nicht im Völkergewohnheitsrecht verankert, sondern gründet auf einer darunter liegenden Schicht, auf der sog. "comitas gentium".

Vgl. hierzu Blumenwitz, Rechtsvergleichung und Völkerrecht, in: Sozialrechtsvergleich im Bezugsrahmen internationalen und supranationalen Rechts (1978), S. 75 ff (80).

c) Nach § 363 Abs. 2 ZPO soll die Beweisaufnahme grundsätzlich durch den "Bundeskonsul" erfolgen (gemeint ist der nach § 15 Konsulargesetz ermächtigte Konsul der Bundesrepublik Deutschland). Der

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Gesetzgeber will aus Gründen der Kosten- und Zeitersparnis aber auch im Interesse eines einheitlichen von der lex fori bestimmten Verfahrensablaufs die Beweisaufnahme durch den als deutsches Rechtspflegeorgan im Ausland fungierenden Konsul durchführen lassen; der Gesetzgeber respektiert jedoch durch die Fassung der Rechtsregel in einem Konditionalsatz die fremdstaatliche Souveränität. Steht das Recht des Empfangsstaates der Beweisaufnahme durch den deutschen Konsul entgegen, kann die Beweisaufnahme nur durch die zuständigen Behörden des ausländischen Staates vorgenommen werden.

d) Von der Frage, welche Behörden oder welches Rechtspflegeorgan im Ausland die im Hinblick auf ein in der Bundesrepublik Deutschland anhängiges Verfahren notwendigen Beweisaufnahmen durchführen, ist die weitere, in § 363 ZPO nicht geregelte Frage streng zu trennen, ob das deutsche Prozeßgericht an der Beweisaufnahme im Ausland in irgendeiner Form teilnehmen kann. Die Frage richtet sich einmal nach der für das Prozeßgericht maßgeblichen lex fori, zum anderen nach dem Recht des Empfangsstaates des die Beweisaufnahme durchführenden Konsuls bzw. nach dem Recht des ersuchten ausländischen Rechtspflegeorgans.

3.) Aus der prozessualen Ausgangslage ergeben sich folgende für den weiteren Gang der Untersuchung wesentliche Fragen:

a) Kann ein gemäß § 15 Konsulargesetz ermächtigter deutscher Konsul die Beweisaufnahmen gem. Beweisbeschluß vom 22.1.1980 in Chile durchführen?
Kann diese Beweisaufnahme "in Gegenwart" des Kollegiums der 3. Zivilkammer des Landgerichts Bonn erfolgen?

Wegen § 363 Abs. 2 ZPO ist zunächst auf diese Fragenkonstellation einzugehen. Sollten der Beweisaufnahme durch den deutschen Konsul rechtliche oder schwerwiegende praktische Hindernisse entgegenstehen, stellen sich die weiteren Fragen:

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

b) Kann die geplante Beweisaufnahme durch ein chilenisches Rechtspflegeorgan durchgeführt werden?
Wenn ja, kann diese Beweisaufnahme "in Gegenwart" des deutschen Prozeßgerichts erfolgen?

c) Sowohl im Hinblick auf die Beweisaufnahme durch den deutschen Konsul, wie auch im Hinblick auf die Beweisaufnahme durch ein chilenisches Rechtspflegeorgan stellt sich jedoch zunächst die Frage nach etwa vorhandenen, einschlägigen völkervertraglichen Regelungen.

II. Einschlägige vertragliche Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Chile

Völkervertragliche Vereinbarungen auf dem Gebiete des Rechtsverkehrs in Zivil- und Handelssachen bestehen derzeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Chile auf bilateraler Basis nicht. Aber auch aus multilateralen Verträgen ergeben sich für die beiden Staaten keine Verpflichtungen, da Chile z.B. auch nicht Mitgliedstaat des Haager Abkommens vom 17.7.1905 oder des Haager Übereinkommens über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- und Handelssachen vom 18.3.1970 (BGBl 1977 II, S. 1472) geworden ist.

> Vgl. deutscherseits Bülow-Böckstiegel, Internationaler Rechtsverkehr in Zivil- und Handelssachen, 2. Aufl. 1973, S. 917 - 1; ferner die Auflistung der die Republik Chile in Rechtshilfeangelegenheiten bindenden völkerrechtlichen Verträge in: Código de Derecho Internacional Privado, Edición Oficial, Editorial Jurídica de Chile (1978), Anmerkung 1 zum 5. Titel des Gesetzes ("Exhortos o Comisiones Rogatorias"), Art. 380 ff, S. 91, und die Auflistung der Convenciones Internacionales Suscritas o Ratificadas por Chile en Materias de Derecho Internacional Privado, Stichwort "Alemania", S. 103; vgl. dort auch die Auflistung der die Republik Chile bindenden multilateralen Verträge, S. 113 ff.

Rechtshilfe wird von der Republik Chile in ihren Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland auf vertragsloser Grundlage nach Maßgabe der eigenen

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

prozessualen Bestimmungen (vgl. insbes. Art. 388 ff. Código de Derecho Internacional Privado) im Rahmen der sog. "comitas gentium" (vgl. hierzu oben I. 2.) b) (2)) geleistet.

Hierzu auch Bülow-Böckstiegel, aaO, S. 917 - 13.

III. Beweisaufnahme durch den zuständigen Konsul der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Chile

1.) Obgleich nach Völkerrecht diplomatische und konsularische Aufgaben zu trennen sind,

vgl. das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen vom 18.4.1961 (BGBl 1964 II S. 958) einerseits und das Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen vom 24.4.1963 (BGBl 1969 II S. 1587) anderseits;
Chile hat beide Konventionen ratifiziert, die demgemäß in den deutsch-chilenischen Beziehungen im vollen Umfang Anwendung finden; vgl. Convención de Viena sobre Relaciones Diplomáticas: Dekret Nº 666 vom 9.12.1967, veröffentlicht im Gesetzblatt vom 4.3.1968; Convención de Viena sobre Relaciones Consulares: Dekret Nº 709 vom 28.11.1967, veröffentlicht im Gesetzblatt vom 5. März 1968 (vgl. hierzu auch BGBl 1971 II, 1285 ff.);

ist die Erledigung konsularischer Aufgaben im Rahmen einer diplomatischen Mission möglich und nicht unüblich.

Vgl. z.B. Berber, Lehrbuch des Völkerrechts, Bd.I Allgemeines Friedensrecht 2. Aufl. 1975, S. 297 ff. (303 f.).

Allerdings ändert sich durch diese rein organisatorischen Maßnahmen nichts an den typischerweise im Rahmen der konsularischen Beziehungen zu verrichtenden Aufgaben und an deren Vollzug im Rahmen der allgemeinen Rechtsvorschriften des Empfangsstaates.

2.) Nachdem die sog. Konsulargerichtsbarkeit über die Angehörigen des Entsendestaates im Empfangsstaat mit dem Erstarken der Territorialgewalt des modernen souveränen Staates völlig verschwand, gehört in

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

erster Linie der Schutz der Angehörigen des Entsendestaates im Empfangsstaat und die Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen diesen Staaten zu den konsularischen Aufgaben.

Vgl. Verdross-Simma, Universelles Völkerrecht - Theorie und Praxis (1976), S. 466.

a) Hinzu kommt nach moderner völkerrechtlicher Konzeption auch der Schutz gewisser Interessen des Entsendestaates im Empfangsstaat innerhalb der völkerrechtlich zulässigen Grenzen. In diese Kategorie fällt u.a. auch die Zustellung von Urkunden und die Erledigung von Rechtshilfeersuchen.
Allgemeines Völkergewohnheitsrecht kodifizierend, bezeichnet Art. 5 (a) des schon erwähnten Übereinkommens über konsularische Beziehungen als konsularische Aufgabe,

> "die Interessen des Entsendestaates sowie seiner Angehörigen, und zwar sowohl natürlicher als auch juristischer Personen, im Empfangsstaat innerhalb der völkerrechtlich zulässigen Grenzen zu schützen."

b) Art. 5 (j) des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen präzisiert diesen allgemeinen Grundsatz im Hinblick auf die Zustellung von Urkunden und Rechtshilfeersuchen wie folgt:

> (Die konsularischen Aufgaben bestehen darin),
> "... gerichtliche und außergerichtliche Urkunden zuzustellen und Rechtshilfeersuchen auszuführen, soweit dies geltenden internationalen Übereinkünften entspricht oder, in Ermangelung solcher, mit den Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften des Empfangsstaats vereinbar ist."

Wie oben II. ausgeführt, gibt es in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile keine die Ausführung von Rechtshilfeersuchen regelnden internationalen Übereinkünfte, so daß die Beweisaufnahme durch den gem. § 15 Konsulargesetz ermächtigten Konsul der Deutschen Botschaft nur im Rahmen der chilenischen Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften durchgeführt werden kann.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

c) Die Ermächtigung der konsularischen Vertretung des Entsendestaates nach Art. 5 (j) des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen, im Gebiet des Empfangsstaates Hoheitsakte durchzuführen, darf nicht - wie dies vielleicht den Stellungnahmen der Deutschen Botschaft in Santiago und des Auswärtigen Amtes entnommen werden könnte - extensiv ausgelegt werden.

(1) Art. 5 (j) des genannten Wiener Übereinkommens beinhaltet eine Einschränkung der territorialen Souveränität des Empfangsstaates. Es gilt deshalb der Grundsatz der restriktiven Interpretation der Vertragsnorm. Das Prinzip der restriktiven Interpretation folgt aus dem Wesen des Völkerrechts und seinem Grundprinzip der Souveränität der Staaten. Da Einschränkungen der Unabhängigkeit der Staaten nicht vermutet werden dürfen,

> vgl. Urteil des Ständigen Internationalen Gerichtshofs im Lotusfall, A/10, S. 18

ist unter mehreren möglichen Auslegungen diejenige zu wählen, die die geringsten Verpflichtungen für die Partei, um deren Verpflichtungen es sich im konkreten Streitfall handelt, beinhaltet.

> Vgl. z.B. die Stellungnahme des Richters Basdevant im Minquiers-Fall, IGH Reports 1953; ferner Berber, aaO, S. 482.

(2) Dies bedeutet z.B., daß im Zweifelsfall nicht deutsche, sondern chilenische Rechtspflegeorgane darüber zu entscheiden haben, ob die Beweiserhebung auf chilenischem Territorium durch den deutschen Konsul noch im Einklang mit den chilenischen Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften steht.

3.) a) Die lateinamerikanischen Rechtsordnungen sind im allgemeinen weit weniger bereit als die anderer Staaten, im internationalen Rechtsverkehr auf nationale Souveränität zu verzichten; man ist nicht wie z.B. in der Bundesrepublik Deutschland eingeübt in supranatio-

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

nalen Denkstrukturen; ein - wie in der Common-Law-Familie vorstaatlich konzipierter Normenkomplex -

> vgl. z.B. Blumenwitz, Einführung in das Anglo-amerikanische Recht, 2. Aufl. 1976

steht nicht zur Verfügung.

Gerade im chilenischen kollisionsrechtlichen Denken findet das aus dem Souveränitätsgedanken abgeleitete Territorialitätsprinzip seine deutlichste Ausprägung.

> Vgl. hierzu eingehend Samtleben, Internationales Privatrecht in Lateinamerika, Bd. 1 Allgemeiner Teil (1979), S. 245 ff. Das chilenische Kollisionsrecht trägt bis zum heutigen Tage die Handschrift des Völkerrechtlers Andrés Bello, der auch Verfasser des chilenischen Zivilgesetzbuches von 1855 war. Zum Leben und Werk von Andrés Bello s.a. Samtleben, RabelsZ 35 (1971), S. 74 ff.

b) Hinzu kommt, daß der aus dem Gedanken staatlicher Souveränität, aber auch aus dem Rechtsstaatsprinzip hergeleitete Legalitätsgrundsatz in der chilenischen Verfassungsordnung besonders verankert ist. Dem Verzicht auf die Ausübung eigener Gerichtshoheit im Rahmen des Opportunitätsprinzips sind deshalb sehr viel engere Grenzen gesetzt als z.B. in der Bundesrepublik Deutschland. Nach dem in der chilenischen Verfassung verankerten Gewaltenteilungsgrundsatz und nach dem Prinzip der Unabhängigkeit der Judikative ist es der Exekutive - auch in Fällen mit Auslandsberührung - nicht ohne weiteres möglich, über die den chilenischen Gerichten zustehende Gerichtshoheit zugunsten auswärtiger Rechtspflegeorgane zu verfügen. Die Kompetenz-Kompetenz steht auch in diesen Fragen der Corte Suprema zu, dem chilenischen Obersten Gerichtshof, der von Verfassungs wegen eine hervorragende Stellung in der gesamten Rechtspflege einnimmt.

(1) Die maßgeblichen Bestimmungen sind in den Artikeln 4, 12, 80, 81 und 86 der derzeit noch geltenden Verfassung von 1925 enthalten:

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Art. 4.- Ninguna magistratura, ninguna persona, ni reunión de personas pueden atribuirse, ni aún a pretexto de circunstancias extraordinarias, otra autoridad o derechos que los que expresamente se les haya conferido por las leyes. Todo acto en contravención a este artículo es nulo.

Art. 12.- Nadie puede ser juzgado por comisiones especiales, sino por el tribunal que le señale la ley y que se halle establecido con anterioridad por ésta.

Art. 80.- La facultad de juzgar las causas civiles y criminales pertenece exclusivamente a los Tribunales establecidos por la ley. Ni el Presidente de la República, ni el Congreso, pueden, en caso alguno, ejercer funciones judiciales, avocarse causas pendientes o hacer revivir procesos fenecidos.

Art. 81.- Una ley especial determinará la organización y atribuciones de los Tribunales que fueren necesarios para la pronta y cumplida administración de justicia en todo el territorio de la República.

Art. 86.- La Corte Suprema tiene la superintendencia directiva, correccional y económica de todos los Tribunales de la Nación, con arreglo a la ley que determine su organización y atribuciones.

La Corte Suprema, en los casos particulares de que conozca o le fueren sometidos en recurso interpuesto en juicio que se siguiere ante otro Tribunal, podrá declarar inaplicable, para ese caso, cualquier precepto legal contrario a la Constitución. Este recurso podrá deducirse en cualquier estado del juicio, sin que se suspenda su tramitación.

Conocerá, además, en las contiendas de competencia que se susciten entre las autoridades políticas o administrativas y los Tribunales de Justicia que no correspondan al Senado.

Text: Constitución Política de la República de Chile, Conforme a la Edición Oficial, Editorial Nascimento, Santiago de Chile 1968.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Deutsche Übersetzung:

Art. 4.- Kein Amt, keine Person und auch keine Versammlung von Personen können sich andere Amtsbefugnisse oder Rechte anmaßen als die, welche ihnen durch die Gesetze übertragen worden sind, auch nicht unter dem Vorwand von außerordentlichen Umständen. Jeder Akt, der diesen Artikel verletzt, ist nichtig.

Art. 12,- Niemand kann durch Sonderkommissionen einem Gerichtsverfahren unterworfen werden, sondern nur durch das Gericht, das vom Gesetz bestimmt ist, und das vorher durch dieses (Gesetz) eingerichtet wurde.

Art. 80.- Die Befugnis, in Zivil- und Strafprozessen Recht zu sprechen, steht ausschließlich den durch Gesetz geschaffenen Gerichten zu. Weder der Präsident der Republik noch der Kongreß können in irgendeinem Fall gerichtliche Funktionen ausüben, anhängige Verfahren an sich ziehen oder abgeschlossene Prozesse wieder eröffnen.

Art. 81.- Ein besonderes Gesetz bestimmt die Organisation und die Zuständigkeiten der Gerichte, die für eine schnelle und vollkommene Rechtspflege im ganzen Gebiet der Republik erforderlich sind.

Art. 86.- Die Corte Suprema (der Oberste Gerichtshof) übt die oberste disziplinarische und wirtschaftliche Aufsicht über alle Gerichte der Nation aus, in Übereinstimmung mit dem Gesetz, das seine Organisation und Zuständigkeit regelt.

Die Corte Suprema kann in den Einzelfällen, über die sie urteilt oder die ihr durch Rechtsmittel unterworfen werden, die in einem Prozeß vor einem anderen Gericht eingelegt werden, jede Rechtsnorm, die gegen die Verfassung verstößt, in dem Einzelfall für nicht anwendbar erklären.

Es urteilt außerdem in Kompetenzstreitigkeiten, die sich zwischen den politischen oder Verwaltungsbehörden und den Gerichten ergeben, soweit sie nicht dem Senat zustehen.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

(2) Die die Rechtspflege betreffenden Bestimmungen der Verfassung von 1925 sind auch von der sich nach dem 11.9.1973 konstituierenden Junta-Regierung nicht geändert worden.

> Vgl. Blumenwitz, Die Verfassungsentwicklung in der Dritten Welt unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung in Chile, herausgegeben vom Institut für Demokratieforschung, Würzburg 1979; ders., El Desarrollo Constitucional en el Tercer Mundo con Especial Consideración del Caso Chileno, in: La Democracia en el Mundo de Hoy (1980), S. 11 ff.; ferner: Art. 1 Ziff. 3 der Acta Constitucional Nº 3.

(3) Sie werden von der am 11.3.1981 in Kraft tretenden neuen chilenischen Verfassung vom 11.8.1980 z.T. wortwörtlich wiederholt.

> Vgl. Constitución Política de la República de Chile, Decreto Ley Nº 3.464 vom 11.8.1980, insbes. Art. 19 Ziff. 3 (entspricht Art. 12 der alten Verfassung) und die Art. 73 ff. (entsprechen den Art. 80 ff. der alten Verfassung).

c) Die erwähnten verfassungsrechtlichen Grundsätze über die Rechtsprechende Gewalt und ihre besonderen Aufgaben werden in Chile - was in Lateinamerika keineswegs als selbstverständlich erscheint - auch durch entsprechende Gesetze aktualisiert.

(1) Das in Art. 80 der alten bzw. 73 der neuen Verfassung angesprochene Gesetz ist das Gerichtsverfassungsgesetz (Ley Orgánica de Tribunales) vom 9.7.1943).

> Text: Código Orgánico de Tribunales, Edición Oficial, Editorial Jurídica de Chile (1970).
>
> Art. 1.- des Gesetzes lautet:
>
> "La facultad de conocer de las causas civiles y criminales, de juzgarlas y de hacer ejecutar lo juzgado pertenece exclusivamente a los tribunales que establece la ley."

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Deutsche Übersetzung:

"Die Befugnis, in Zivil- und Strafprozessen zu richten und Urteile zu vollstrecken, steht ausschließlich den Gerichten zu, die durch Gesetz geschaffen werden."

(2) Die im Código de Procedimiento Civil vom 21. März 1944

Text: Código de Procedimiento Civil, Edición Oficial, Editorial Jurídica de Chile 1970

enthaltene chilenische Zivilprozeßordnung verwirklicht in den in den Art. 242 ff. geregelten Fällen mit Auslandsbezug streng das aus dem Souveränitätsgrundsatz abgeleitete Territorialitätsprinzip:

ART. 242 (239). Las resoluciones pronunciadas en país extranjero tendrán en Chile la fuerza que les concedan los tratados respectivos; y para su ejecución se seguirán los procedimientos que establezca la ley chilena, en cuanto no aparezcan modificados por dichos tratados.

ART. 243 (240). Si no existen tratados relativos a esta materia con la nación de que procedan las resoluciones, se les dará la misma fuerza que en ella se dé a los fallos pronunciados en Chile.

ART. 244 (241). Si la resolución procede de un país en que no se da cumplimiento a los fallos de los tribunales chilenos, no tendrá fuerza en Chile.

ART. 245 (242). En los casos en que no pueda aplicarse ninguno de los tres artículos precedentes, las resoluciones de tribunales extranjeros tendrán en Chile la misma fuerza que si se hubieran dictado por tribunales chilenos, con tal que reúnan las circunstancias siguientes:

1º Que no contengan nada contrario a las leyes de la República. Pero no se tomarán en consideración las leyes de procedimiento a que haya debido sujetarse en Chile la substanciación del juicio;

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

2º Que tampoco se opongan a la jurisdicción nacional;
3º Que no hayan sido dictadas en rebeldía; y
4º Que estén ejecutoriadas en conformidad a las leyes del país en que hayan sido pronunciadas.

ART. 246 (243). Las reglas de los artículos precedentes son aplicables a las resoluciones expedidas por jueces árbitros. En este caso se hará constar su autenticidad y eficacia por el visto-bueno u otro signo de aprobación emanado de un tribunal superior ordinario del país donde se haya dictado el fallo.

ART. 247 (244). En todos los casos a que se refieren los artículos precedentes, la resolución que se trate de ejecutar se presentará a la Corte Suprema en copia legalizada.

ART. 248 (245). En los casos de jurisdicción contenciosa, se dará conocimiento de la solicitud a la parte contra quien se pide la ejecución, la cual tendrá para exponer lo que estime conveniente un término igual al de emplazamiento para contestar demandas.
Con la contestación de la parte o en su rebeldía, y con previa audiencia del ministerio público, el tribunal declarará si debe o no darse cumplimiento a la resolución.

Deutsche Übersetzung:

ART. 242 (239). Die Entscheidungen (Beschlüsse), die im Ausland gefällt worden sind, haben in Chile die Wirkung, die ihnen die entsprechenden Verträge zubilligen; und für ihre Durchführung wird nach den Verfahren vorgegangen, die das chilenische Gesetz bestimmt, wenn nicht Abänderungen in den genannten Verträgen erscheinen.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

ART. 243 (240). Wenn keine Verträge bezüglich dieser Materie mit der Nation bestehen, in der die Entscheidungen (Beschlüsse) gefaßt wurden, gibt man ihnen dieselbe Wirkung, die man in dieser (Nation) den Urteilen gibt, die in Chile ausgesprochen werden.

ART. 244 (241). Wenn die Entscheidung (Beschluß) von einem Land herrührt, in dem Urteile von chilenischen Gerichten nicht durchgeführt werden, dann wird sie (Entscheidung/Beschluß) keine Wirkung in Chile haben.

ART. 245 (242). In den Fällen, in denen keiner der drei vorigen Artikel angewendet werden kann, haben die Entscheidungen (Beschlüsse) von ausländischen Gerichten die gleiche Wirkung in Chile, als ob sie von chilenischen Gerichten ausgesprochen wären, vorausgesetzt, daß sie die folgenden Bedingungen erfüllen:

1. Daß sie nichts enthalten, was den Gesetzen der Republik widerspricht. Hierfür werden jedoch die Verfahrensgesetze, denen die Durchführung des Gerichtsverfahrens in Chile unterliegt, nicht in Betracht gezogen.
2. Daß sie nicht der nationalen Rechtsprechung widersprechen.
3. Daß sie nicht in Abwesenheit der beklagten Partei gefällt worden sind.
4. Daß sie nach den Gesetzen des Landes, in dem sie ausgesprochen wurden, vollstreckbar sind.

ART. 246 (243). Die Regelungen der vorigen Artikel sind auf Entscheidungen (Beschlüsse) anwendbar, die von Schiedsrichtern gefällt worden sind. In diesem Fall muß ein höheres ordentliches Gericht des Landes, in dem die Entscheidung (Beschluß) gefällt wurde, ihre Echtheit und Wirksamkeit durch Bestätigungsvermerk oder andere Zeichen der Zustimmung bescheinigen.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

ART. 247 (244). In allen Fällen, auf die sich die vorigen Artikel beziehen, muß die Entscheidung (Beschluß), die durchgeführt werden soll, der Corte Suprema in legalisierter Kopie vorgelegt werden.

ART. 248 (245). In den Fällen der streitigen Gerichtsbarkeit gibt man der Partei, gegen die sich die Durchführung (Vollstreckung) richtet, Kenntnis von dem Antrag. Diese Partei kann das vortragen, was sie für erforderlich hält, und zwar innerhalb einer Frist, die der Frist zur Beantwortung von Klagen entspricht.

Nach der Beantwortung durch die Partei oder im Falle ihres Ausbleibens und nach Anhörung der Staatsanwaltschaft erklärt das Gericht, ob die Entscheidung (Beschluß) durchgeführt werden muß oder nicht.

(3) Das im Código de Derecho Internacional Privado

Text: Edición Oficial, Editorial Jurídica de Chile 1977

kodifizierte chilenische Kollisionsrecht gründet auf dem schon erwähnten Territorialitätsprinzip; hierunter versteht man - wie dies Samtleben prägnant zum Ausdruck gebracht hat - das im Territorialismus tief verwurzelte Bestreben, "dem eigenen Recht alle Sachverhalte zu unterwerfen, die mit dem Inland in irgendeiner räumlichen oder persönlichen Beziehung stehen" (aaO, S. 244). Weitere Grundlage ist der Código Bustamante, ein vor einem halben Jahrhundert konzipiertes Vertragswerk zwischen den Staaten Lateinamerikas, das in über vierhundert Artikeln zu nahezu allen Fragen des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts ausführliche Regelungen enthält.

Das Vertragswerk wurde am 20.2.1928 von Chile unterzeichnet, am 10.5.1932 vom Congreso Nacional gebilligt und am 14.6.1933 ratifiziert, durch Gesetzesdekret Nº 374 vom 10.4.1934 promulgiert und am 25.4.1934 im Gesetzblatt publiziert, vgl. Samtleben, aaO, S. 58, Anm. 73.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Chile hat allerdings bei der Ratifizierung des Código Bustamante einen sehr weiten Vorbehalt gemacht: Das die lateinamerikanischen Staaten grundsätzlich bindende Kollisionsrecht soll danach keine Anwendung finden, soweit seine Vorschriften im Widerspruch zur nationalen Gesetzgebung stehen, wobei hervorgehoben wird, daß nicht nur die bestehende, sondern ebenso die zukünftige Gesetzgebung dem Código Bustamante vorgehen.

> Vgl. Duncker, Derecho internacional privado (Parte general), 3. Aufl. 1967, S. 141 f.

Der Código Bustamante kann aber andererseits nach herrschender Meinung als subsidiäre Rechtsquelle auch gegenüber Nichtvertragsstaaten (wie z.B. der Bundesrepublik Deutschland) herangezogen werden.

> Vgl. Duncker, aaO, S. 120 und die Nachweise bei Samtleben, aaO, S. 267, Anm. 138.

In den zur Begutachtung vorgelegten Fragen des Internationalen Zivilprozeßrechts ergeben sich jedoch keine Spannungen zwischen den völkervertraglich geregelten Kollisionsregeln und den Normen des chilenischen innerstaatlichen Rechts, da der Código Bustamante in den hier interessierenden Bereichen ohnehin auf das jeweilige nationale Recht verweist, Sondergerichtsbarkeiten auf personaler Basis untersagt und fremde Gerichte auf den Weg der Rechtshilfe verweist. Die einschlägigen Art. 314, 315 und 388 Código de Derecho Internacional Privado lauten:

> Art. 314. La ley de cada Estado contratante determina la competencia de los Tribunales, asi como su organización, las formas de enjuiciamiento y de ejecución de las sentencias y los recursos contra sus decisiones.
>
> Art. 315. Ningún Estado contratante organizará o mantendrá en su territorio tribunales especiales para los miembros de los demás Estados contratantes.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Art. 388. Toda diligencia judicial que un Estado contratante necesite practicar en otro, se efectuará mediante exhorto o comisión rogatoria cursados por la vía diplomática. Sin embargo, los Estados contratantes podrán pactar o aceptar entre sí en materia civil o criminal cualquier otra forma de transmisión.

Deutsche Übersetzung:

Art. 314. Das Gesetz jedes Vertragsstaates bestimmt die Zuständigkeit der Gerichte sowie ihre Organisation, die Formen des Gerichtsverfahrens und die Durchführung der Urteile (Entscheidungen) sowie die Rechtsmittel gegen seine Entscheidungen.

Art. 315. Kein Vertragsstaat bildet oder unterhält auf seinem Staatsgebiet Sondergerichte für Bürger der übrigen Vertragsstaaten.

Art. 388. Jeder Gerichtsakt, den ein Vertragsstaat in einem anderen durchzuführen benötigt, wird im Wege des Rechtshilfeersuchens durchgeführt, das auf dem diplomatischen Weg übermittelt wird. Unbeschadet dessen können die Vertragsstaaten im Zivil- oder Strafrecht jede andere Form der Übermittlung vereinbaren.

4.) Der von der chilenischen Rechtsordnung in Fällen mit Inlandsberührung vertretene "Territorialismus" hat zur Folge, daß die vom deutschen Konsul im Rahmen von Art. 5 (j) Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen möglichen Funktionen entsprechend schrumpfen.

a) Es braucht im vorliegenden Fall nicht im einzelnen geprüft zu werden, welches Betätigungsfeld dem deutschen Konsul als deutsches Rechtspflegeorgan im Rahmen der chilenischen Rechtsordnung bei Beweisaufnahmen gem § 363 Abs. 2 ZPO noch verbleibt.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Bülow-Böckstiegel, Internationaler Rechtsverkehr in Zivil- und Handelssachen (1973), S. 917 - 13, hält die Vernehmung von Zeugen und die Abnahme von Eiden für zulässig, wenn der Abzuhörende zum Erscheinen vor der deutschen Vertretung bereit ist und wenn "die Vernehmung in Chile später keine Rechtswirkungen hervorrufen soll"; letzteres Abgrenzungskriterium ist keineswegs eindeutig; die Abgrenzung der Konsular- und der Territorialgewalt kann auch nicht von den Intentionen abhängig gemacht werden, die mit der Beweiserhebung und dem darauf beruhenden Urteil von den Parteien verfolgt werden.
Auch die dem Prozeßgericht bei seinem Beweisbeschluß vom 22.1.1980 vorschwebende Abgrenzung nach der Staatsangehörigkeit des zu vernehmenden Zeugen weist nicht in die richtige Richtung; sollten durch den anhängigen Rechtsstreit chilenische Interessen nicht berührt werden, wäre die Vernehmung auch eines aussagebereiten chilenischen Staatsbürgers durch den deutschen Konsul nicht unstatthaft, da die konsularischen Aufgaben nicht an das Personalitätsprinzip gebunden sind.

Entscheidend ist der - von der Sicht der chilenischen Rechtsordnung - große Inlandsbezug des anhängigen Verfahrens, der es der chilenischen Rechtsordnung nicht gestattet, daß andere als chilenische Rechtspflegeorgane - und sei es auch nur im Wege des Rechtshilfeverfahrens - auf chilenischem Territorium Amtshandlungen vornehmen.

(1) Der - von der chilenischen Rechtsordnung aus gesehen - besondere Inlandsbezug des anhängigen Verfahrens ergibt sich aus dem Umstand, daß eine der Prozeßparteien juristische Person chilenischen Rechts ist und Sitz und Betätigungsfeld in Chile hat.

(2) Gegenstand des Verfahrens ist die Verletzung von Rechten der chilenischen Partei, die - wie Ehre und Ansehen - in der chilenischen öffentlichen Ordnung einen hohen Rang einnehmen.

- 27 -

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

(3) Indirekt mit Gegenstand des Verfahrens ist die Ausübung chilenischer Staatsgewalt in Bereichen, die in allen Staaten der Welt nicht der uneingeschränkten öffentlichen, gerichtlichen oder gar internationalen Kontrolle unterliegen; das Beweisthema des ersuchenden Gerichts berührt möglicherweise unmittelbar ein "Arkanum" staatlicher Machtausübung; Gegenstand des Augenscheins sind ausschließlich Objekte, die zum chilenischen Territorium einen unmittelbaren Bezug haben.

(4) Neben dem Gegenstand der Beweiserhebung muß schließlich noch der außerordentliche Umfang der mit dem Beweisbeschluß vom 22.1.1980 verfolgten Beweisaufnahme in Betracht gezogen werden. Art. 5 (j) Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen enthält zwar keine quantitativen Beschränkungen; bei den konkurrierenden Zuständigkeiten zwischen Empfangs- und Entsendestaat müssen jedoch die üblichen Proportionen konsularischer Betätigung eingehalten werden.

b) Die Ausführungen des Auswärtigen Amtes und des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Chile zur "Durchführung der Beweisaufnahme in Form von Zeugenvernehmungen und Ortsbesichtigungen der Colonia Dignidad und ihrer Umgebung durch die Deutsche Botschaft in Santiago" enthalten nichts, was das oben a) erzielte Ergebnis in Frage stellen könnte.

(1) Die dem Bundesminister der Justiz übermittelten Erwägungen des Auswärtigen Amtes

> "Bei der Vernehmung nur durch unsere Botschaft in Santiago könnte vermieden werden, der chilenischen Regierung den Text des Beweisbeschlusses mit der Bitte um Weiterleitung an das zuständige chilenische Gericht zu übermitteln; eine Übermittlung des Beschlusses in der vorliegenden Form an die chilenische Regierung würde ohnehin angesichts verschiedener darin gebrauchter Formulierungen erheblichen Bedenken begegnen." (Vgl. Pkt. 3 der Mitteilung, aaO.)

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

zeigen, daß sich das Auswärtige Amt nicht nur nicht mit den völkerrechtlichen Grundlagen des Tätigwerdens einer deutschen Auslandsvertretung bei Rechtshilfeersuchen befaßt hat, sondern auch unterstellt, daß eine deutsche Auslandsvertretung gleichsam hinter dem Rücken und gegen die mutmaßlichen Interessen des Empfangsstaates als deutsches Rechtspflegeorgan auf fremdem Territorium agieren kann. Nach der maßgeblichen Vorschrift des Art. 5 (j) Wiener Obereinkommen über konsularische Beziehungen kann aber der deutsche Konsul als verlängerter Arm des Prozeßgerichts auf chilenischem Territorium nur im Einklang mit der chilenischen Rechtsordnung tätig werden. Leitet die Deutsche Botschaft ein Rechtshilfeersuchen nicht an die zuständigen chilenischen Behörden weiter, sondern behandelt es in eigener Regie, weil die chilenische Regierung gegen den Beweisbeschluß Bedenken erheben könnte, so läge hierin weiter ein Verstoß auch gegen die diplomatischen Pflichten, da auch der Diplomat - unbeschadet seiner Vorrechte - gehalten ist, "die Gesetze und andere Rechtsvorschriften des Empfangsstaats zu beachten".

> Vgl. Art. 41 Abs. 1 Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen vom 18.4.1961 (BGBl 1964 II S. 958); eingehend zu den diplomatischen Pflichten Berber, aaO, S. 293 f.

(2) Die Staatenpraxis in Fragen des Rechtshilfeverkehrs ist bedeutsam; immerhin ist es völkerrechtlich möglich, daß der Empfangsstaat es mit seinen eigenen Rechtsnormen und mit der Stringenz des Territorialitätsprinzips nicht so genau nimmt oder aus übergeordneten politischen Erwägungen eine "policy of not noticing it" betreibt. Es darf jedoch nicht von vornherein unterstellt werden, daß sich die Regierung des Empfangsstaates nicht an die auch sie bindende Rechtsordnung halten wird.

(a) Die Ausführungen des Auswärtigen Amtes in der schon mehrfach erwähnten Mitteilung sind bei der Behandlung der deutsch-chilenischen Staatenpraxis in Rechtshilfeangele-

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

genheiten in Pkt. 1 nicht allzu aufschlußreich.

Es bleibt offen, ob die "wiederholten Ermittlungen" der Botschaft in Santiago über die Colonia Dignidad Ermittlungen im Rahmen der allgemeinen diplomatischen Aufgaben waren, oder ob es sich um durch förmliche Rechtshilfeersuchen verursachte Ermittlungen (also um Beweisaufnahmen und um Augenschein) gehandelt hat; nur im letzteren Fall könnte von einer einschlägigen Übung oder möglicherweise von einer Staatenpraxis gesprochen werden, die auch für den vorliegenden Fall relevant werden könnte.

Es müßte aber dann weiter noch verifiziert werden, ob die vorverhandelten Fälle einen ähnlichen starken Bezug zur chilenischen Rechtsordnung aufweisen wie der vorliegende (Klägerin ist juristische Person chilenischen Rechts und wünscht Beweiserhebung durch ein chilenisches Rechtshilfegericht; Beweis- und Prozeßgegenstand betreffen unmittelbar oder mittelbar chilenische Angelegenheiten, vgl. oben a)). Nur dann könnte von echten Präzedenzfällen gesprochen werden, die eine ausreichend sichere Prognose für die Sachbehandlung im anhängigen Verfahren rechtsfertigen könnten.

(b) Dem von der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Santiago mit Bericht Nr. 647/80 mitgeteilten Gespräch zwischen dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland und dem Leiter der Rechtsabteilung im chilenischen Außenministerium kommt besondere Bedeutung zu, da der anhängige Fall Gegenstand der Erörterungen war. Die chilenische Seite machte in dem Gespräch hinreichend deutlich, daß ein "Rechtshilfeersuchen an das zuständige chilenische Gericht" der "normale Weg" sei. Alle weiteren Erwägungen tragen die einem "Sondierungsgespräch" eigene rechtliche Unverbindlichkeit. Aus dem Bericht der deutschen Botschaft

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

geht auch nicht hervor, ob der chilenische Beamte über die besonderen Bezüge des vorliegenden Falls zur chilenischen Rechtsordnung informiert war. Jedenfalls darf aus der signalisierten Bereitschaft chilenischer Behörden, einem an sie gerichteten Beweisersuchen Folge zu leisten, nicht gefolgert werden, daß dann auch der deutsche Konsul als ausländisches Rechtspflegeorgan auf chilenischem Territorium ermitteln darf.

5.) Wie eingangs schon vermerkt (vgl. oben I. 2.) d)), ist von der Frage der Zulässigkeit der Beweisaufnahme durch den deutschen Konsul die Frage der Statthaftigkeit einer irgendwie gearteten Mitwirkung des deutschen Prozeßgerichts an der Beweisaufnahme zu trennen. Allerdings ist eine Mitwirkung des deutschen Prozeßgerichts an einer im Ausland vor dem deutschen Konsul durchzuführenden Beweisaufnahme von vornherein ausgeschlossen, wenn dem deutschen Konsul nach Art. 5 (j) Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen die Beweiserhebung wegen entgegenstehenden Rechts im Empfangsstaat untersagt ist. Es ist deshalb nur hilfsweise auf die Möglichkeit des Prozeßgerichts, sich an der Beweiserhebung zu beteiligen, für den Fall einzugehen, daß die chilenische Regierung einer Beweiserhebung durch den deutschen Konsul außerhalb des Rahmens des Art. 5 (j) ausdrücklich zustimmt.
Eine Beweiserhebung im Ausland "in Gegenwart des Prozeßgerichts" ist nur möglich, wenn die lex fori des Prozeßgerichts und das für das örtliche Verfahren maßgebliche Recht sie gestatten.

a) Weder die deutsche Zivilprozeßordnung noch die Strafprozeßordnung sehen expressis verbis eine Beteiligung des deutschen Prozeßgerichts an einer Beweisaufnahme im Ausland vor.

Das gleiche gilt im übrigen auch für das chilenische Prozeßrecht.

(1) Ein derartiger modus procedendi läßt sich deshalb allenfalls aus der dem Prozeßrecht immanenten Grundsatz der Erforschung

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

der Wahrheit herleiten und darf nur dann praktiziert werden, wenn die Wahrheitsfindung auf den von den Prozeßordnungen ausdrücklich gewiesenen Wegen nicht erfolgversprechend erscheint. Es muß allerdings stets darauf geachtet werden, daß die Verantwortungsbereiche der ermittelnden Rechtspflegeorgane klar getrennt bleiben, da eine Vermischung von Exekutiv- und Judikativfunktionen mit dem verfassungsrechtlich verankerten Prinzip des gesetzlichen Richters nicht vereinbar wäre.

> Vgl. zu den wissenschaftlich im einzelnen noch nicht untersuchten Fragen den Problemanriß im Magazin "Der Spiegel" Nr. 35/1980 S. 74 ff. (Überschrift: "Tolle Gegend - Deutsche Gerichte reisen gern in ferne Länder. Die Zeugenvernehmungen im Ausland sind mitunter unnötig und rechtlich zweifelhaft").

Immerhin geht § 38 (a) Rechtshilfeordnung für Zivilsachen (ZRHO) vom 19.10.1956 von der Teilnahme des Prozeßgerichts an einer Beweisaufnahme der Botschaft aus und unterstellt damit die Statthaftigkeit eines derartigen Verfahrens.

(2) Aus der ZRHO als einem nichtförmlichen Gesetz kann allerdings auch nichts abgeleitet werden, was die den Parteien auferlegten hohen Kosten der besonderen Art der Beweisaufnahme rechtfertigen könnte. Die richterliche Pflicht zur Erforschung der Wahrheit hat nicht nur die fremdstaatliche Souveränität zu achten, sondern steht auch im Wertsystem der Verfassung. Die Wahrheitsfindung ist deshalb trotz ihrer großen Bedeutung für die Regeln über die Beweisaufnahme kein absoluter Wert.

(a) Die Wertordnung des Grundgesetzes kennt nicht den Satz, daß "die Wahrheit um jeden Preis zu erforschen" wäre. Die Rücksichtnahme auf andere Werte kann deshalb die Beweisaufnahme unzulässig machen, wobei die Unzulässigkeit auch bestimmte Beweismethoden betreffen kann.

> Vgl. hierzu eingehend Löwe-Rosenberg, Bd. 3, Kommentar zur StPO, 23. Aufl., RN 151 zu § 244 Abs. 2.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Zu den grundsätzlich geschützten Werten zählt auch die Eigentumsgarantie des Art. 14 GG.

Vgl. hierzu und zur Frage, wann - in besonders gelagerten Fällen - eine Beweiserhebung wegen der damit verbundenen hohen Kosten unzulässig sein kann, Löwe-Rosenberg, aaO, RN 164.

(b) Sollte sich deshalb für das Prozeßgericht die rechtliche Möglichkeit eröffnen, an der Beweisaufnahme im Ausland teilzunehmen, müßten erst die den Parteien dadurch entstehenden besonderen Kosten mit dem effektiven "Mehr" an richterlicher Erkenntnismöglichkeit abgewogen werden; weiter wäre zu prüfen, ob die Parteien nicht durch ein prohibitives Kostenrisiko an der Rechtsverfolgung gehindert werden.

b) (1) Was die Zulässigkeit einer Mitwirkung des deutschen Prozeßgerichts an der Beweisaufnahme durch den deutschen Konsul nach den hierfür maßgeblichen Rechtsnormen anbelangt, muß zunächst wieder auf das für die Tätigkeit der deutschen Auslandsvertretung als deutsches Rechtspflegeorgan im Empfangsstaat maßgebliche Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen zurückgegriffen werden.

(2) Art. 5 (j) des gen. Übereinkommens ermächtigt nur die Träger konsularischer Funktionen zur hoheitlichen Betätigung im Empfangsstaat; anderen Amtsträgern des Entsendestaates ist jede hoheitliche Tätigkeit untersagt. In diesem Zusammenhang muß auch die schlichte Gegenwart in amtlicher Eigenschaft bei der Verrichtung der hoheitlichen Aufgaben durch den Konsul als nicht statthafte Amtshandlung qualifiziert werden. Die Präsenz des deutschen Prozeßgerichts bei Beweisaufnahmen in Chile ist deshalb - wie jede andere nicht privilegierte Amtshandlung im Ausland - nur mit der Zustimmung der chilenischen Regierung möglich.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Diese Rechtslage reflektiert auch § 38 (a) ZRHO, wenn er die Teilnahme des Prozeßgerichts an einer Beweisaufnahme der Botschaft von der Zustimmung der Regierung des Empfangsstaates abhängig macht.

(3) Aus den oben 4.) a) dargelegten Gründen kann mit einer Zustimmung der chilenischen Regierung nicht gerechnet werden.

Einzelheiten brauchen nicht vertieft zu werden, da die Deutsche Botschaft in Chile im Ergebnis von einem derartigen Verfahren abrät (vgl. Bericht 647/80) und das Auswärtige Amt in Pkt. 2 seiner Mitteilung (aaO) sich lediglich dazu äußert, was wünschenswert wäre, sich aber nicht mit der konkreten Rechtslage auseinandersetzt.

IV. Beweisaufnahme durch das zuständige chilenische Gericht

Kann der deutsche Konsul gem. § 363 Abs. 2 ZPO das Ersuchen um Beweisaufnahme nicht erledigen, so muß das zuständige ausländische Gericht im Wege der Rechtshilfe ermitteln.

1.) Bei Beachtung der üblichen internationalen Formalitäten leisten die chilenischen Gerichte auch auf vertragsloser Grundlage ausländischen Gerichten Rechtshilfe.

Vgl. Bülow-Böckstiegel, aaO, S. 917 - 13; allgemein zum Rechtshilfeverfahren: Rietzler, aaO, S. 672 ff. mit weiteren Literaturangaben.

a) Die einschlägigen Vorschriften sind im 5. Titel des Código de Derecho Internacional Privado geregelt; die Vorschriften lauten:

Art. 388. Toda diligencia judicial que un Estado contratante necesite practicar en otro, se efectuará mediante exhorto o comisión rogatoria cursados por la vía diplomática. Sin embargo, los Estados contratantes podrán pactar o aceptar entre sí en materia civil o criminal cualquier otra forma de transmisión.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Art. 389. Al juez exhortante corresponde decidir respecto a su competencia y a la legalidad y oportunidad del acto o prueba, sin perjuicio de la jurisdicción del juez exhortado.

Art. 390. El juez exhortado resolverá sobre su propia competencia *ratione materiae* para el acto que se le encarga.

Art. 391. El que reciba el exhorto o comisión rogatoria debe ajustarse en cuanto a su objeto a la ley del comitente y en cuanto a la forma de cumplirlo a la suya propia.

Art. 392. El exhorto será redactado en la lengua del Estado exhortante y será acompañado de una traducción hecha en la lengua del Estado exhortado, debidamente certificada por intérprete juramentado.

Art. 393. Los interesados en la ejecución de los exhortos y cartas rogatorias de naturaleza privada deberán constituir apoderados, siendo de su cuenta los gastos que estos apoderados y las diligencias ocasionen.

Deutsche Übersetzung:

Art. 388. Jeder Gerichtsakt, den ein Vertragsstaat in einem anderen durchzuführen benötigt, wird im Wege des Rechtshilfeersuchens durchgeführt, das auf dem diplomatischen Weg übermittelt wird. Unbeschadet dessen können die Vertragsstaaten im Zivil-oder Strafrecht jede andere Form der Übermittlung vereinbaren.

Art. 389. Es ist Sache des ersuchenden Richters, über seine Zuständigkeit und die Recht- und Zweckmäßigkeit des Aktes oder der Beweisaufnahme zu ent-

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

scheiden, unbeschadet der Rechtsprechung des ersuchten Richters.

Art. 390. Der ersuchte Richter entscheidet über seine eigene sachliche Zuständigkeit *(ratione materiae)* für den Akt, um den er ersucht wird.

Art. 391. (Der Richter), der das Rechtshilfeersuchen empfängt, muß sich, soweit es um dessen Zweck geht, nach dem Gesetz des Auftraggebenden und bezüglich der Form der Ausführung nach seinem eigenen Gesetz richten.

Art. 392. Das Rechtshilfeersuchen muß in der Sprache des ersuchenden Staates abgefaßt sein und ihm muß eine Übersetzung in der Sprache des ersuchten Staates beigefügt werden. Die Übersetzung muß durch einen vereidigten Übersetzer vorschriftsmäßig beglaubigt sein.

Art. 393. Die an der Durchführung der zivilrechtlichen Rechtshilfeersuchen Interessierten (Parteien) müssen Bevollmächtigte bestellen und die Kosten tragen, die diese Bevollmächtigten und die Gerichtstätigkeit verursachen.

Ergänzend hierzu ist noch auf Art. 76 Abs. 2 des Código Procedimiento Civil zu verweisen; Art. 76, der im VII. Abschnitt des Gesetzbuches über die richterlichen Tätigkeiten ("Actuaciones Judiciales") steht, lautet:

Art. 76. Cuando hayan de practicarse actuaciones en país extranjero, se dirigirá la comunicación respectiva al funcionario que deba intervenir, por conducto de la Corte Suprema, la cual la enviará al Ministerio de Ralaciones Exteriores para que éste a su vez le dé curso en la forma que esté determinada por los tratados vigentes o por reglas generales adoptadas por el Gobierno. En la comunicación se expresará el nombre de la persona o personas a quienes la

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

parte interesada apodere para practicar las diligencias solicitadas, o se indicará que puede hacerlo la persona que lo presente o cualquiera otra.

Por este mismo conducto y en la misma forma se recibirán las comunicaciones de los tribunales extranjeros para practicar diligencias en Chile.

Deutsche Übersetzung:

Art. 76. Sind Gerichtsakte im Ausland vorzunehmen, wird die betreffende Mitteilung an den Beamten, der tätig werden soll, über die Corte Suprema (Oberster Gerichtshof) geleitet, welche sie an das Außenministerium sendet, damit dieses seinerseits die Mitteilung weiterleitet in der Form, die in den gültigen Verträgen bestimmt ist, oder nach den allgemeinen von der Regierung angenommenen Regeln. In der Mitteilung werden der (die) Name(n) der Person oder der Personen aufgeführt, welche die interessierte Partei bevollmächtigt, die ersuchten Gerichtsakte zu betreiben, oder es wird angegeben, daß die Person, die die Mitteilung vorlegt,oder jede andere Person die ersuchten Gerichtsakte betreiben kann.

Auf demselben Amtsweg und in derselben Form werden Mitteilungen ausländischer Gerichte mit dem Zweck, Gerichtsakte in Chile durchzuführen, empfangen.

b) Die besondere Art des Beweisthemas wird das chilenische Rechtshilfegericht nicht daran hindern, die gewünschte Beweisaufnahme durchzuführen. Beweisersuchen werden in der Regel nur dann zurückgewiesen, wenn das ausländische Verfahren, dem die Beweisaufnahme dienen soll, gegen den chilenischen ordre public verstößt.

Vgl. hierzu den Nachweis aus der lateinamerikanischen Praxis bei Samtleben, aaO, S. 243, Anm. 153 und S. 97, Anm. 134 (Verweigerung der Rechtshilfe in einer Scheidungssache, wenn der ersuchte Staat

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

die Ehescheidung nicht kennt und Anspruch auf die Regelung des Personalstatus der Ehegatten erhebt). Im Allgemeinen wird bei der Erldigung von Rechtshilfeersuchen vom ordre public nur sehr zurückhaltend Gebrauch gemacht; vgl. die Ausführungen bei Rietzler, aaO, S. 676.

Im vorliegenden Fall soll jedoch das beim ersuchenden Gericht anhängige Verfahren der Wiederherstellung der im Ausland verletzten Ehre u.a. auch einer chilenischen Partei dienen; der Zweck des Verfahrens steht damit voll im Einklang mit der chilenischen Rechtsordnung.

Das Gebiet der Colonia Dignidad, das nach dem Rechtshilfeersuchen in Augenschein genommen werden soll, ist nicht durch staatliche Maßnahmen der Gerichtsgewalt des ersuchten Gerichts entzogen; dies gilt auch für die zu vernehmenden Zeugen und Parteien.

Nach den allgemeinen Regeln des internationalen Zivilprozeßrechts kann ein ordnungsgemäßes Rechtshilfeersuchen nur mit mangelnder Gerichtsgewalt abgelehnt werden; vgl. Rietzler, aaO, S. 676 unter Hinweis auf Art. 11 Abs. 3 Haager Abkommen.

2.) Die Frage der Zulässigkeit der Mitwirkung des deutschen Prozeßgerichts an der Beweisaufnahme des ersuchten chilenischen Rechtshilfegerichts beurteilt sich wiederum nach der lex fori des deutschen Prozeßgerichts und nach der lex fori des ersuchten chilenischen Rechtshilfegerichts.

a) Bezüglich der lex fori des deutschen Prozeßgerichts kann auf die Ausführungen oben III. 5.) a) verwiesen werden.

b) Im Einklang mit den allgemeinen Grundsätzen internationalen Zivilprozeßrechts

vgl. z.B. Rietzler, aaO, S. 676

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

übernimmt das chilenische Rechtshilfegericht die ihm angesonnene Tätigkeit nach seiner eigenen Rechtsordnung - also nach der lex fori - (vgl. Art. 390).

(1) Dies gilt für die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen, für die Eidesformel und für die Zwangsmittel im Fall des Nichterscheinens. Das ersuchte Gericht prüft allerdings nicht, ob die ihm angesonnene Handlung - z.B. eine Zeugenvernehmung - nach der Prozeßlage sachdienlich und zweckmäßig ist, da es sich jeder Würdigung der Sache selbst zu enthalten hat (vgl. Art. 389). Das ersuchte Gericht kann nach Art. 391 auch Handlungen vornehmen, die nur im Hinblick auf die Rechtsordnung des ersuchenden Gerichts sinnvoll und zulässig erscheinen, z.B. Zeugen vernehmen in einer Sache, in der nach seinem eigenen Recht der Zeugenbeweis ausgeschlossen ist; es kann im Hinblick auf das ausländische Verfahren wohl auch Zeugen vernehmen, die nach der eigenen Prozeßordnung zeugnisunfähig wären.

(2) Art. 391 gestattet jedoch dem chilenischen Rechtshilfegericht nicht, in Durchbrechung des chilenischen Gerichtsverfassungsrechts, andere als die gesetzlich vorgesehenen Personen am Verfahren zu beteiligen oder ausländische Rechtspflegeorgane in die auf chilenischem Territorium durchzuführenden Ermittlungen einzuschalten. Letzteres wäre ein unmittelbarer Eingriff in die chilenische Gerichtshoheit, über die - auch in Fällen mit Auslandsberührung - nicht die chilenische Regierung, sondern allein die Corte Suprema verfügt.

> Rechtsvergleichend darf noch darauf hingewiesen werden, daß eine Beweisaufnahme durch den ersuchten Richter in Gegenwart des ersuchenden Richters - soweit ersichtlich - in keiner der führenden Prozeßordnungen gere? gelt ist und auch in den einschlägigen Lehrbüchern des Internationalen Zivilprozeßrechts nicht behandelt wird (vgl. z.B. Rietzler, aaO, S. 672). Soweit Rechtspflegeorgane mehrerer Staaten gemeinsam Prozeß-

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

handlungen vornehmen (wie z.B. in der alten Konsulargerichtsbarkeit oder teilweise bei Restitutions- oder Reparationsgerichten), beruht dieses Zusammmenwirken immer auf einem die beteiligten nationalen Gerichtsbarkeiten bindenen völkerrechtlichen Vertrag.

(3) Zu einer von der geschilderten Rechtslage abweichenden Praxis der Gerichte in Chile, auf die sich der Bericht Nr. 647/80 der Deutschen Botschaft vom 4.7.1980 allem Anschein nach beruft, vermag der Gutachter nicht abschließend Stellung zu nehmen, da ihm die dort in Bezug genommenen weiteren Berichte Nr. 270 und 310 vom 16.3. und 23.3.1978 nicht vorliegen. Es sei aber auf folgendes kurz verwiesen: Wenn der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in seinem Bericht vom 4.7.1980 daran erinnert, "daß auch das amerikanische Rechtshilfeersuchen in dem politisch besonders heiklen Fall Letelier zügig erledigt wurde und daß dabei ebenfalls Justizorgane des ersuchenden Staates teilnahmen", so stimmt letzteres zumindest nicht mit dem überein, was in einer breiten Öffentlichkeit vom Verfahren im Fall Letelier bekannt wurde: Der für die Ermittlungen im Fall Letelier zuständige US-amerikanische Staatsanwalt konnte zwar wie jeder andere amerikanische Staatsbürger in Chile frei einreisen, aber mit den ersuchten chilenischen Behörden nur über einen in Chile zugelassenen Anwalt verkehren; an den Ermittlungen chilenischer Rechtspflegeorgane war er nicht unmittelbar beteiligt.

Diese Sach- und Rechtslage wurde dem Gutachter in zwei fernmündlichen Gesprächen mit der Chilenischen Botschaft in Bonn am 29.9.1980 bestätigt; die Chilenische Botschaft bestätigte weiter, daß in Chile ersuchte Gerichte nicht in Gegenwart der ersuchenden Gerichte Beweisaufnahmen durchführen.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

V. Ergebnis:

1.) Nach den Normen des internationalen und des chilenischen Rechts kann die von der 3. Zivilkammer des Landgerichts Bonn mit Beweisbeschluß vom 22.1.1980 beabsichtigte Beweisaufnahme in Chile "in Gegenwart des Kollegiums der 3. Zivilkammer des Landgerichts Bonn" nicht durchgeführt werden.

2.) Der Beweisbeschluß vom 22.1.1980 ist in der für den Internationalen Rechtshilfeverkehr üblichen Form auf diplomatischem Wege dem chilenischen Rechtshilfegericht zuzuleiten, das die Beweiserhebungen - auf vertragsloser Grundlage - in eigener Verantwortung durchführt.

Hinweis: Eine Verwertung des Gutachtens außerhalb des anhängigen Verfahrens - insbesondere seine Veröffentlichung - bedarf der Zustimmung des Gutachters.

(Prof. Dr. D. Blumenwitz)

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

B e s c h l u ß :

I n S a c h e n

Private Sociale Mission e.V. u.a.
./.
Amnesty International u.a.

I.) Den Klägerinnen wird gem. § 68 GKG eine Frist von 3 Wochen - beginnend mit Zustellung dieses Beschlusses - gesetzt binnen derer der restliche Teil der 1. Hälfte des auf die Klägerseite entfallenden Auslagenvorschusses (1o.ooo,-- DM) einzuzahlen ist. Sie werden darauf hingewiesen, daß sämtliche von ihnen benannten Zeugen nicht in Gegenwart des Prozeßgerichts vernommen werden (wodruch sich die Verweildauer des Prozeßgerichts in Chile verkürzen wird), wenn sie ihrer Vorschußpflicht nicht nachkommen. - Der von Beklagtenseite zugesagten Einzahlung des insoweit ebenfalls fehlenden Restes von 1o.ooo,-- DM der 1. Hälfte des sie betreffenden Auslagenvorschusses wird entgegengesehen.

II. Die Beklagten werden gebeten, die 2. Hälfte des Auslagenvorschusses in Höhe von je 15.ooo,-- DM bis zum 31. 12. 198o einzuzahlen.

III. Die Kammer wird bemüht sein, kurzfristig eine verbindliche Stellungnahme der chilenischen Behörden zur Frage zu erreichen, ob eine Beweisaufnahme - zumindest eine Vernehmung der deutschen Zeugen durch die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Santiago in Gegenwart des Prozeßgerichts ermöglicht wird. Sollte dies nicht durchführbar sein, wird die zweite in D II des Beweisbeschlusses vom 22. 1. 198o genannte Alternative eingreifen, vorbehaltlich einer Änderung gemäß Ziffer I dieses vorliegenden Beschlusses.

IV. Eine Überarbeitung des Beweisbeschlusses vom 22. 1. 198o insbesondere im Hinblick auf den Schriftsatz der Klägerinnen vom 18. 6. 198o wird aus Gründe der Übersichtlichkeit bis zur Klärung der Ziffer I und III dieses Beschlusses zurückgestellt.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Eine substantielle Änderung ist nicht veranlaßt vorbehaltich Ziffer I dieses Beschlusses. Der auf Seite 19/2o des Beweisbeschlusses aufgeführte Zeitplan wird sich - vorbehaltich einer Verkürzung nach Ziffer I - bezogen auf das Jahr 1981 dergestalt ändern, daß die jeweiligen Zeitabschnitte ca. 1 Woche früher beginnen, d. h. die Beweisaufnahme sollte am 3. 8. 1981 beginnen.

V. Vor Durchführung der Beweisaufnahme in Chile soll vorerst nur der Zeuge Dr. Strätling zu den Beweisthemen C M I, 6 c + d, C II des Beweisbeschlusses vom 22. 1. 198o vernommen werden. Die Klägerinnen werden aufgefordert, nunmehr der Auflage D III des Beschlusses nachzukommen.

Landgericht, 3. Zivilkammer
Bonn, den 23. Oktober 198o
Minssen Riehl Lankers

A u s g e f e r t i g t :

Justizangestellte als Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle des Landgerichts

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

PRIVATE SOCIALE MISSION E.V.

POSTANSCHRIFT: POSTFACH 28 · 5200 SIEGBURG
DICKE HECKE 23 · 5202 HENNEF/SIEG 1 · TELEFON HENNEF (0 22 42) 73 33

E I N S C H R E I B E N

Herrn
Prof. Dr. Dieter Blumenwitz
Herzog-Albrecht-Str. 26

8011 Zorneding

5202 Hennef/Sieg, 21. Oktober 1980

Sehr geehrter Herr Professor Blumenwitz!

Herzlich danken möchten wir Ihnen für die Übersendung des Manuskriptes Ihres ausführlichen Gutachtens, das in allen Punkten unseren Rechtsvorstellungen entspricht und das in unserem Prozeß sicher eine bedeutende, aufklärende Rolle spielen wird.

Wie wir heute telefonisch mit Ihnen verabredeten, schicken wir Ihnen die maschinenschriftliche Reinschrift des Gutachtens mit 4 Kopien nach Würzburg und eine Kopie nach Zorneding.
Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns nach Ihrer Durchsicht außer dem unterschriebenen Original, das wir an unseren Anwalt weiterleiten, noch eine unterschriebene Fotokopie, die in unseren Händen bleibt, mitschicken würden.

Ihren für die Reinschrift nicht benutzten zweiten Briefbogen reichen wir Ihnen hiermit zurück (beide Briefbogen wurden leider bei der Hersendung etwas zerdrückt).

Zu Ihrer vertraulichen Kenntnisnahme legen wir Ihnen eine Fotokopie der Verbalnote (spanisch und deutsch) bei, die die Chilenische Botschaft Ende September 1980 dem Auswärtigen Amt in Bonn übergeben hat.

Wir danken Ihnen noch einmal für Ihre freundliche Hilfe und verbleiben

mit herzlichen Grüßen

I h r e

PRIVATE SOCIALE MISSION E.V.

A. Schlick Hans-Jürgen Blanck.

Archivo Nacional de Chile

BANKVERBINDUNG: KREISSPARKASSE SIEGBURG (BLZ 386 500 00) KONTO NR. 001 009 620 · DRESDNER BANK SIEGBURG (BLZ 370 800 40) KONTO NR. 2 852 020 · DEUTSCHE BANK AG SIEGBURG (BLZ 386 700 60) KONTO NR. 3 003 050 · POSTSCHECKAMT KÖLN KONTO NR. 388 49-508

Archivo Nacional de Chile

NEUMANN · LEUER · KESSLER
RECHTSANWÄLTE

RAe Neumann · Leuer · Keßler, Postfach 2067, 5300 Bonn 1

Landgericht

53oo Bonn

DR. HELMUT NEUMANN
HERMANN LEUER
HARTMUT KESSLER

5300 BONN, den 16.1o.198o §/KÜ
Bertha-von-Suttner-Platz 25/IV
Postfach 20 67

Telefon (02 28) *631503
Telex 8869463 advo d

Sprechstunden
nur nach Vereinbarung

Unser Zeichen

bei Antwort und Zahlung bitte angeben

In dem Rechtsstreit

Private Sociale Mission e.V. ./. Amnesty International u.a.

- 3 O 123 / 77 -

wird zur weiteren Verfahrensweise und zum derzeitigen Stand des Verfahrens wie folgt Stellung genommen:

Auf Grund eines Irrtums, der sich infolge der Erkrankung des diesseitigen Sachbearbeiters ergab, wurde seitens der Beklagten nicht der verlangte Betrag von DM 15.ooo,--, sondern lediglich bislang 5.ooo,-- DM eingezahlt. Die Überweisung der restlichen DM 1o.ooo,-- erfolgt umgehend.

Die Beklagten sind nach wie vor der Überzeugung, daß der Beweisbeschluß vom 22.o1.198o durchzuführen sein wird. Angesichts dessen, daß das Gericht einschließlich der Anwälte mehrere Wochen nach Chile reisen muß, erscheint es uns jedoch sinnvoll, die Durchführung der Reise in den Gerichtsferien 1981 vorzusehen. Eine Reise nach Chile, die auch nur annähernd die vorgesehene Dauer hat, erscheint vor dieser Zeit nicht praktikabel, nicht zuletzt im Hinblick auf die Anwälte, für die eine derartige Reise ohnehin eine schwere Praxisbeeinträchtigung darstellt.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Die Beklagten sind der Auffassung, daß die Zeit bis dahin durch die Erhebung weiterer, zugänglicher Beweise ausgefüllt werden sollte. Dadurch würde vermieden, daß - unvorhergesehene Entwicklungen einmal ausgeschlossen - nach der Chile-Reise weitere Beweisaufnahmetermine stattfinden müßten.

Im einzelnen:

1.) Eine Durchführung der Beweisnahme ohne Teilnahme des Prozeßgerichts erscheint sinnlos, da allein das Prozeßgericht in der Lage erscheint, die Zeugen sachkundig und sachverständig zu befragen und auch sich den notwendigen persönlichen Eindruck, der für die Bewertung der Aussagen erforderlich ist, zu verschaffen.

Die Beklagten halten es für die beste Möglichkeit, wenn die Botschaft die Beweisaufnahme unter Teilnahme des Prozeßgerichts durchführt. Beide von der Botschaft vorgeschlagenen Möglichkeiten erscheinen nicht optimal:

a) Würde ein chilenisches Gericht die Beweisaufnahme durchzuführen haben, so würde dies nach Regeln gehen, die sowohl dem Gericht als auch den Prozeßparteien nicht bekannt sind. Dies müßte die Erforschung der Wahrheit nicht unbedingt behindern, es könnten sich jedoch Verzögerungen und Komplikationen ergeben, die durchaus vermeidbar sind. Außerdem würde die Einschaltung eines chilenischen Gerichts es wohl notwendig machen, die Beweisaufnahme in spanischer Sprache durchzuführen, und zwar in allen Fällen. Angesichts dessen, daß die meisten Zeugen der deutschen Sprache voll mächtig sind, erschiene es - auch aus Beschleunigungsgründen - sinnvoll, wenn zumindest die Möglichkeit einer deutschen Einvernahme bestünde.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

b) Die von der Botschaft in Santiago geschilderten möglichen Schwierigkeiten erscheinen nicht recht einleuchtend. Die Beweisaufnahme der Botschaft wird mit oder ohne Prozeßgericht in jedem Falle zu einer nicht unerheblichen Öffentlichkeit führen.

Wenn seitens der chilenischen Seite betont wird, hier könne sich möglicherweise für die Öffentlichkeit, die empfindlich sei, ein Einbruch in die chilenische Souveränität ergeben, so erscheint dies ebenfalls nicht überzeugend. Einmal könnte an einer Beweiserhebung durch die Botschaft selbstverständlich ein Vertreter Chiles - der Regierung oder des zuständigen Gerichts - teilnehmen. Zum anderen ist darauf hinzuweisen, daß es sich bei Chile nicht um ein freies Land mit einer in unserem Sinne funktionierenden Öffentlichkeit handelt. Offenbar hat die Regierung etwas dagegen, daß durch die deutsche Botschaft in Anwesenheit des Prozeßgerichts die erforderlichen Beweise erhoben werden. Es sollte jedenfalls versucht werden, eine Beweisaufnahme durch die Botschaft unter Teilnahme des Prozeßgerichts zu erreichen.

Die beiden von der chilenischen Regierung offenbar als akzeptabel empfundenen Möglichkeiten erscheinen nicht tunlich, da die Einschaltung des chilenischen Gerichts es neben der Anwendung hier nicht bekannter Verfahrensvorschriften sehr viel - und zwar im tatsächlichen Bereich - schwieriger macht, daß das Prozeßgericht in die Beweisaufnahme sich einschaltet, und andererseits eine Beweisaufnahme durch die Botschaft ohne Anwesenheit und die Möglichkeit der Einschaltung des Prozeßgerichts einfach unsinnig ist.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Angesichts der bisherigen Beweisaufnahmetermine würden die Beklagten es begrüßen, wenn eine Möglichkeit gefunden würde, daß die Beweisaufnahme so durchgeführt wird, daß dem Prozeßgericht ein größtmöglicher Spielraum der Einflußnahme eröffnet wird. Dies erscheint angesichts der bisherigen Umstände nur dann der Fall, wenn die Botschaft bei Teilnahme des Prozeßgerichts die Beweisaufnahme durchführt.

Eine Änderung des Beweisbeschlusses mit Rücksicht auf die chilenische Seite erscheint nicht angebracht. Die chilenische Regierung sollte nach Auffassung der Beklagten daran interessiert sein, die erhobenen Vorwürfe durch neutrale Richter geklärt zu erhalten.

Die Beklagten bitten daher in erster Linie darum, die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Santiago um die Durchführung der Beweisaufnahme unter Teilnahme des Prozeßgerichts zu ersuchen.

Sollte dieses Ersuchen abgelehnt werden, erschiene die Möglichkeit eines Ersuchen an das zuständige chilenische Gericht um Durchführung der Beweisaufnahme unter Teilnahme des Prozeßgerichts als die gegenüber Ziffer 2 wesentlich bessere Möglichkeit.

2.) Der Schriftsatz der Klägerinnen vom 18.06.1980 gibt, ohne daß dies abschließend sein soll, Anlaß zu folgender Entgegnung:

Es soll nicht über die Herkunft des Schriftsatzes gerätselt werden, von dem wohl - schon vom Schriftbild her - angenommen werden kann, daß er nicht aus dem Büro der Prozeßbevollmächtigten der Klägerinnen stammt.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

a) Wenn die Klägerinnen beklagen, daß der Prozeß I. Instanz mindestens 4 Jahre dauert, so erscheint dies nicht ganz verständlich. Es handelt sich um einen gerichtsbekannt schwierigen und durch Zeugen aus verschiedenen Ländern aufzuklärenden Sachverhalt. Die Klägerinnen sind im Besitze eines vorläufigen Unterlassungstitels, der - jedenfalls zunächst - eine Wiederholung der streitgegenständlichen Behauptungen verhindert. Die Beklagten sind in der Tat darauf angewiesen, daß Angehörige der chilenischen Opposition ins Ausland kommen. Die von den Klägerinnen zitierte Stelle aus der "Rhein-Sieg-Rundschau" ist völlig nichtssagend, da in Diktaturen wie in Chile die Grundvorraussetzungen, wie wir sie für selbstverständlich halten, nicht gegeben sind.

Es soll hier nicht darüber nachgedacht werden, wie schnell der Rechtsstreit erledigt werden könnte, wenn die Klägerinnen ihren eigenen Mitgliedern die Ausreise aus dem "Mustergut" Colonia Dignidad gestatteten. Die Klägerinnen werden ihren Grund dafür haben, den Bewohnern der Colonia Dignidad die Ausreise nicht zu gestatten, sondern ihre Pässe einzuziehen und sie bar jeglicher finanzieller Mittel zu lassen.

Die Ausführungen der Klägerinnen darüber, daß die Verletzung ihrer Ehre irreparabler würde, sind schlicht falsch. Dies würde gegebenenfalls dann gelten, wenn ein Widerrufsanspruch geltend gemacht würde, was nicht der Fall ist.

Wenn die Klägerinnen erklären, sie seien Opfer einer groß angelegten politischen Kampagne der Beklagten gegen die derzeitige chilenische Regierung, so ist dies schlicht Unfug. Dies ergibt sich bereits aus der von den Klägerinnen vorgelegten, schlichtweg als unsinnig

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

zu bezeichnenden grafischen Darstellung der "Aktionsgemeinschaft AI-Stern".

Wie die Veröffentlichung im "Stern" vom 17.o3.1977 die Berichterstattung des hessischen Rundfunks am 16.o3.1977, wie die Veröffentlichung der AI-Broschüre am 17.o3.1977 die Veröffentlichung in "The Australian" vom 18.o3.1977 beeinflussen soll, ist schlichtweg unerfindlich. Schon gar nicht ist verständlich, wieso der "Guardian" bereits am selben Tage - offenbar krypto-kommunistisch beeinflußt - über die Stern-Veröffentlichung berichten können sollte.

Bericht mit, daß Neumann die Anlage zur graf. Darstellung nicht gelesen hat!

Wenn die Klägerinnen meinen, sie würden von einer - offenbar international verankerten - Gruppe von Verleumdern verfolgt, so soll dies nicht kommentiert werden. Daß die Beklagten nur das eine Ziel im Auge hatten, die Tatsache der Folter an die Öffentlichkeit zu bringen und künftige Folterungen zu verhindern, ist offenkundig.

b) Die Einwände der Klägerinnen gegen die Aussage des Zeugen Treskow gehen fehl. Es gibt keine Widersprüche in den Aussagen des Zeugen, der Zeuge hat sich vielmehr bei näherer und noch ausführlicher Befragung präzisiert. Hatte der Zeuge im einstweiligen Verfügungsverfahren ausgesagt, "ánhand von Wegweisern" erkannt zu haben, in der Höhe von Parral zu sein, so hat er dies im Hauptsacheverfahren dahingehend präzisiert, er erinnere sich an ein helles Schild mit schwarzer Schrift. Gerade die Tatsache, daß der Zeuge sich teilweise präziser, teilweise weniger präzise erinnerte, zeigt, in wie hohem Maße er glaubwürdig und glaubhaft ist.

Die Beklagten wollen und können nicht ausschließen, daß sich der Zeuge Treskow oder ein anderer Zeuge geirrt hat. Wer der Beweisaufnahme beigewohnt hat, wird jedoch der-

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

artig böswillige Vermutungen, wie sie die Klägerin auf Seite 5 ihres Schriftsatzes im Hinblick auf den Zeugen Treskow anstellen, nicht äußern, erscheinen diese doch von vornherein regelrecht unsinnig, wenn man gesehen hat, wie sehr sich die Zeugen um subjektive und objektive Ehrlichkeit bemüht haben.

Auch die Beweiswürdigung dahingehend, daß der Zeuge Treskow hinsichtlich der Kontrollstellen sich in Widersprüche verwickelt habe, geht fehl. Auch hier handelt es sich erkennbar um Präzisierungen.

Gerade die Tatsache, daß der Zeuge sich bei seiner zweiten Aussage erneut erkennbar bemüht hat, sich so exakt wie möglich an den Sachverhalt zu erinnern, hat dazu geführt, daß es gewisse Unterschiede in der Präzision der beiden Aussagen gibt. Dies spricht nicht gegen die Glaubwürdigkeit des Zeugen, sondern im Gegenteil dafür.

c) Auch die Einwendungen der Klägerinnen gegen die Aussage der Zeugin Borquez gehen fehl. Die Zeugin Borques hat ausgesagt, daß man in Talca in scharfer Rechtskurve auf die Panamericana abgebogen sei. Dies ist entgegen der Darstellung der Klägerinnen nicht unrichtig. Dort herscht kein Kreisverkehr, sondern dort ist ein großer Schotterplatz. Wenn man in die beschriebene Richtung abbiegt, muß man eine Rechtskurve machen. Es gibt unverwechselbare Geräusche beim Überqueren der Maule-Brücke. Dies haben auch die anderen in Talca Verhafteten ausgesagt.

Bezüglich der Zeit hat die Zeugen Borquez von vorneherein darauf hingewiesen, daß ihr diese Zeitschätzung sehr schwer fiele.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Die Zeugin Borquez hat in ihrer Aussage vor der Kammer ihre früheren Aussagen präzisiert. Wenn und soweit sich dort geringfügige Widersprüche ergeben, erklärt sich dies schlicht daraus, daß die eidesstattliche Versicherung von der Zeugin in England lediglich auf Grund telefonischer Information über den Inhalt des Rechtsstreits verfaßt, die Zeugenaussage vor der Kammer aber auf Grund nachdrücklicher Befragung durch das Gericht und die Prozeßparteien erfolgt ist.

d) Die Angaben des Zeugen Sanchez sind zutreffend und stimmen mit der Fahrt zur Colonia Dignidad überein. Auch die Streckenbeschreibung ist - bis auf geringfügige unwesentliche Abweichungen - exakt. Der von dem Zeugen erlebte Richtungswechsel mag auch dadurch so stark haften geblieben sein, daß gleichzeitig eine erhebliche Tempoverringerung vorgenommen wurde.

Der vom Zeugen selbst festgestellte Widerspruch für die Hin- und Rückfahrt spricht entgegen der Auffassung der Klägerinnen für die Glaubwürdigkeit des Zeugen.

Insgesamt ist festzustellen, daß der Zeuge Sanchez offenkundig glaubwürdig ist.

e) Der Zeuge Bravo hat - ebenso wie die anderen Zeugen - seine Zeitangaben auf Grund seiner subjektiven Erinnerung gemacht. Es besteht kein Zweifel, daß insoweit angesichts der Art des Gefangenentransports Fehler vorgekommen sein können. Selbst geringfügige Fehler bei einer Schätzung der ersten Fahrtstrecke bis zur Brücke führen durch Multiplikation zu groben Fehlschlüssen. Die von dem Zeugen gegebene Wegebeschreibung ist im ganzen gut nachzuvollziehen und stimmt mit der Strecke Talca-Colonia Dignidad überein.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

f) Was den Zeugen Peebles angeht, so ist festzustellen, daß die Daten der eidesstattlichen Versicherung und der Aussagen im Hauptsacherechtsstreit übereinstimmen. Schließlich ist der o2.o2. ein Tag, der ohne weiteres als "Anfang Februar" bezeichnet werden kann.

Hinzu kommt, daß die eidesstattlichen Versicherungen naturgemäß nicht die Exaktheit und die Aussagekraft der Aussagen vor dem Gericht haben. Die eidesstattlichen Versicherungen sind mit mehrmaligen Übersetzungen als Zusammenfassung zustandegekommen. In einer eidesstattlichen Versicherung dieser Art kann unmöglich jedes Detail erwähnt werden. Es sind hier also keine Widersprüche zu rügen, die Aussage ist im Prozeß ist vielmehr die Präzisierung der vorher sehr viel weniger genauen eidesstattlichen Versicherung.

Die Schlußfolgerung der Klägerinnen auf Seite 17 Mitte ist unrichtig. Die Zeugen können sowohl geflüstert als auch sich mit Spitznamen bekannt gemacht haben. Es handelt sich hierbei um zwei eindeutig voneinander verschiedene Situationen.

Die Panamericana führt nur durch 2 Städte in Südchile, Chillán und Temuco. Bei Ampeln gibt es ein typisches Verkehrsgeräusch dadurch, daß alle Fahrzeuge anhalten und zusammen losfahren.

Wenn die Klägerinnen auf Seite 2o ihres Schriftsatzes damit argumentieren, daß der Fundo "El Lavadero" mit der sogenannten "Colonia Dignidad" nicht identisch sei, so kann dies nur überraschen. Das Mitglied ihres Direktoriums Blanck hat in seiner eidesstattlichen Versicherung vom 21.o4.1977 wörtlich erklärt: "Der Fundo El Lavadero ist identisch mit der sogenannten Colonia Dignidad, wie

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

unser Gut seit einer Pressekampagne gegen uns in den sechziger Jahren immer wieder genannt wird". Der Verfasser des Schriftsatzes vom 18.06.1980 hatte offenbar das gesamte Prozeßmaterial nicht zur Hand.

g) Auch die Einwendungen gegen die Aussage des Zeugen Zott gehen fehl. Es erscheint derzeit nicht notwendig, alle irrtümlichen Schlußfolgerungen der Klägerinnen im einzelnen zu widerlegen.

h) Was den Zeugen Fuenzalida angeht, so ist zunächst einmal festzuhalten, daß der Unterzeichner entschieden zurückweist, er habe dem Zeugen "offensichtlich deshalb, weil er vermeiden möchte, daß der Eindruck bleibt, die Zeugen hätten sich vor dem Gerichtssaal bereits gesehen", einen bestimmten Vorhalt gemacht. Der Unterzeichner hat diesen Vorhalt deshalb gemacht, weil er der richtigen Meinung war, daß der Zeuge das Gericht entweder mißverstanden oder sich erkennbar mißverständlich ausgedrückt hat. Von 3 Versionen kann überhaupt keine Rede sein.

Der Zug des Zeugen Zott kam um 9.45 Uhr an, während der Gerichtstermin um 9.00 Uhr begonnen hatte. Beide Zeugen haben sich vor dem Erkennen nicht gesehen. Eine Umarmung der Zeugen im Gerichtssaal hat nicht stattgefunden. Wenn sie dies überhaupt gemacht haben - die Beklagten können dies nur mit Nichtwissen bestreiten - handelte es sich nicht um eine Begrüßung, sondern um eine Begegnung, nachdem sie sich zwischenzeitlich im Gericht gesehen und erkannt hatten.

Von einer Abstimmung der Aussagen beider Zeugen kann nach Überzeugung der Beklagten keine Rede sein. Die Klägerinnen unterstellen zu Unrecht, daß die Beklagten

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

und insbesondere der Generalsekretär der Beklagten zu 2), Herr Helmut Frenz, hierbei mitgewirkt hätten.

Dies ist falsch. Die Klägerinnen werden darauf hingewiesen, daß die Beklagten sich gegen diese Verleumdung dann, wenn sie nicht im Rahmen dieses Verfahrens und damit in Wahrnehmung berechtigter Interessen vorgebracht werden sollte, unverzüglich mit den entsprechenden straf- und zivilrechtlichen Schritten wehren werden.

Der Zeuge Fuenzalida ist bereits im Schriftsatz der Gegenseite vom 17.12.1979 scharf angegriffen und als unglaubwürdig hingestellt worden.

Der Zeuge Fuenzalide war entgegen der Bescheinigung des chilenischen Verteidigungsministeriums sehr wohl im Geheimdienst DINA tätig.

B e w e i s: Zeugnis des Herrn Erik Zott, bereits benannt;
Zeugnis des Herrn Prof.Ermacora, bereits benannt;
Liste von Telefon-Nummern aus der Zeit, als der Zeuge DINA-Agent war, als Anlage 1 in Fotokopie beigefügt.

Was den Zeugen Alvaro Vallejos angeht, so ist festzuhalten, daß sowohl das von den Beklagten angegebene und von der chilenischen Regierung bestätigte Verhaftungsdatum nicht stimmt, daß das Freilassungsdatum nicht stimmt und daß er nur wenige Stunden in Freiheit gelassen wurde. Er wurde im Mai 1974 verhaftet und im Juli 1974 - am 29. des Monats - wieder für wenige Stunden freigelassen.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

B e w e i s: Zeugnis der Ehefrau Vallejos, bereits im Schriftsatz vom 21.12.1979 benannt;
Zeugnis seiner Schwester Maria Lucia Villa Vicencio de Vallejos, deren ladungsfähige Anschrift nachgereicht wird.

Er wurde am 29.07. mit dem Hinweis freigelassen, daß er sich dreimal pro Woche bei der Polizei melden mußte. Damit war er nicht in "Freiheit ohne Auflagen" entlassen worden. Nach wenigen Stunden erschienen die DINA-Agenten wieder und nahmen ihn mit. Seit dieser Zeit hat keiner von seinen Anverwandten ihn je wiedergesehen.

B e w e i s: Wie vor.

Die Bescheinigung des chilenischen Innenministeriums ist daher falsch.

Die als Anlage 2 beigefügte chilenische Gerichtsbescheinigung beweist, daß es über sein Verschwinden seit November 1974 ein Gerichtsverfahren gab.

Alvaro Vallejos hat nie ein Visum für Kanada beantragt. Dies hat seine Ehefrau getan unter Hinweis darauf, daß ihr Mann verschwunden sei. Sie hat das Visum ausdrücklich für den Fall beantragt, daß er wieder auftauchen werde.

B e w e i s: Zeugnis der Frau Maria Lucia Villavicencio, bereits benannt;
Amtliche Auskunft des Employment and Immigration Canada;
Schreiben des Employment and Immigration Canada vom 12.02.1980, als Anlage 3 in Fotokopie beigefügt.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Die Klägerinnen haben im Schriftsatz vom 17.12.1979 vorgetragen und durch Auskunft des Centralbüros der Pass- und Ausweisbehörde der Republik Chile belegen wollen, daß der Zeuge Fuenzalida niemals im Besitz eines Führerscheins gewesen sei und deshalb gar nicht habe fahren können.

Wir fügen als Anlage 4 in Fotokopie den chilenischen Führerschein des Zeugen bei "Autorizado Para Conducir Los Vehiculos", aus dem sich ergibt, daß auch diese Auskunft der zuständigen Behörde falsch ist.

Man muß sich angesichts dieser Vielzahl falscher Auskünfte ernstlich fragen, welche Beweggründe die Behörden der Republik Chile zu diesen Auskünften veranlaßt haben.

Es ist also folgendes festzuhalten: Bezüglich des offenbar von den Klägerinnen als gefährlich empfundenen Zeugen Fuenzalida Devia sind verschiedene Bescheinigungen erteilt worden, die falsch sind. Die Bescheinigung über den Führerschein ist falsch. Die Bescheinigung über den Wehrdienst ist falsch. Die Bescheinigung über den verschollenen Alvaro Vallejos ist ebenfalls falsch.

Daraus Schlüsse zu ziehen ist Sache des Gerichts.

3.) Die Einwendungen gegen die Genauigkeit des Beweisbeschlusses gehen fehl. Die Kammer wird den Augenschein bezüglich der von ihr an Ort und Stelle vorgefundenen Colonia Dignidad einnehmen. Ob diese 3ooo ha umfaßt oder 12.ooo ha, ist dabei völlig uninteressant. Militärische Luftaufnahmen sind im Verhältnis zur Ortsbesichtigung wertlos.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

4.) Wenn die Klägerinnen bezweifeln, daß es tatsächlich Munzo war, der in der Vicaria erschienen ist, so geht dies erkennbar fehl. Der diesseits benannte Zeuge Dr. Precht kannte Munoz schon, da dieser die Vicaria bereits vorher besucht hatte.

B e w e i s: Zeugnis des Herrn Bischofs Dr.Precht, bereits benannt.

Die Tonbandabschrift beruht auf Erklärungen von Munoz.

B e w e i s: Wie vor.

Auch die Ehefrau des Getöteten, die bereits benannt ist, kann die Identität der Stimme bestätigen.

Zwischen den Erklärungen der Zeugen zum Datum des Besuchs bestehen keine wesentlichen Widersprüche.

Alle Tatsachen, die auch die Klägerinnen nicht bestreiten, weisen eindeutig darauf hin, daß Munoz Geheimdienstangehöriger war. Es ist z.B. typisch für Agenten des Sicherheitsdienstes, daß sie ihre Arbeit ständig wechseln.

Wenn die Klägerinnen es für unwahrscheinlich halten, daß ein DINA-Agent von der DINA selbst verhaftet wird, so müssen sie sich darauf hinweisen lassen, daß dies mehrfach vorgekommen ist.

B e w e i s: Zeugnis der Herren Samuel Fuenzalida, bereits benannt;
Guillermo Ahumada und Jorge Fernandez,Soto, deren ladungsfähige Anschriften nachgereicht werden.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Bezüglich des sogenannten Chile-Schwarzbuches können die Beklagten nur erklären, daß nach ihrer Information Munoz in der Tat offenbar bereit war, seine Parteigenossen zu verraten.

Wenn Munoz den späteren General Contreras irrtümlich als General bezeichnet hat, so ergibt sich daraus nach diesseitiger Überzeugung nichts. Für einen Angehörigen der niederen Ränge ist ein Irrtum über den Rang - Oberst im Generalstab oder General - leicht möglich.

Die Klägerinnen haben offenbar die von Munoz im September 1977 handgeschriebenen Notizen nicht sehr genau gelesen. Die in diesen Notizen abgegebene Information betrifft nämlich nicht dieselben geheimen Orte, über die er bereits im Mai berichtet hatte. Es ist offenkundig, daß er inzwischen neue Daten herausgefunden hatte und kurz davor war, weitere geheime Orte aufzudecken. Da die katholische Kirche in Chile sich sehr für die Verhaftungsorte der verschwundenen politischen Gefangenen interessierte und da Munoz von der katholischen Kirche Hilfe brauchte, wird es als sehr wahrscheinlich anzusehen sein, daß Munoz sich seit Mai bemüht hatte, mehr Informationen über diese Geheimgefängnisse für die Vicaria zu sammeln.

Offenbar hat Munoz den Begriff "Dignidad" irrtümlich auch für ein Haus neben der Villa Grimaldi verwandt. Er hat jedoch eindeutig klargestellt, daß die "Colonia Dignidad" 4o km von Parral entfernt liege, daß also eine Verwechslung mit dem möglicherweise falsch benannten Haus in Santiago ausscheidet.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Die DINA war bereits seit Anfang 1974 als solche tätig. Das Gesetz-Dekret vom 14. Juni 1974 war lediglich die offizielle Anerkennung einer seit Monaten bestehenden Organisation.

B e w e i s: Zeugnis der Herren Samuel Fuenzalida und Jorge Augusto Fernandez Soto, bereits benannt.

Munoz hatte offenbar die in der Colonia Dignidad lebenden Deutschen als in jungen Jahren ausgewanderte deutsche Juden angesehen. Dieser Irrtum erscheint jedoch unerheblich, gibt es jedenfalls in der Nähe von Parral oder sonst in der Gegend keine andere Siedlung, in der deutschsprachige Bewohner der Art und Zahl leben, die Munoz beschreibt.

Zu dem Krankenhaus verweisen wir auf den Bericht der Zeitung "El Mercurio" vom 15.05.1977, wonach das Krankenhaus als "eines der leistungsfähigen Krankenhäuser in Chile betrachtet wird".

Wenn die Tatsache, daß der deutsche Botschafter keine unterirdischen Gefängnisse bei seinem Besuch, über dessen Gestaltung im einzelnen die Beklagten nicht das geringste wissen, entdeckt hat, Beweis genug wäre, daß es solche Gefängnisse niemals gegeben hat, würde es den vorliegenden Rechtsstreit nicht geben.

Wenn es wahr sein soll, daß nicht Frau Ingrid Pöhlchen sondern Frau Ingrid Böckler den Kontakt zu Frau Munoz gehabt hat, so erscheint es unverständlich, warum der chilenische Untersuchungsrichter mit Frau Pöhlchen als der neben Herrn Schreiber einzigen Zeugin gesprochen hat.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Die Ehefrau von Munoz hat offenbar nichts Verdächtiges dabei gefunden, daß ihr Ehemann nachts bei einer anderen Frau lebte. Wenn sie seine nächtliche Abwesenheit in der Colonia Dignidad ausdrücklich erwähnt, so zeigt dies, daß sie gerade die andere Frau nicht dafür verantwortlich macht, sondern die nächtlichen Ausgänge für zumindest merkwürdig hält.

5.) Nach dem Beweisbeschluß und nach ihrem eigenen Beweisantrag wollen die Beklagten eine Reihe von Beweise in Chile durchgeführt sehen. Wenn sie jetzt den erforderlichen Vorschuß nicht zahlen, müssen sie mit diesen Beweismitteln ausgeschlossen werden.

Wir beantragen audrücklich,

dem Beklagten eine Frist zur Beibringung des verlangten Vorschusses zu setzen und sie nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist mit den Beweismitteln auszuschließen.

gez. Dr. Neumann
Rechtsanwalt

Durchschriften Rechtsanwälte Dr. Klassen und Lehnertz unmittelbar.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

NEUMANN · LEUER · KESSLER
RECHTSANWÄLTE

1.40

RAe Neumann · Leuer · Keßler, Postfach 2067, 5300 Bonn 1

DR. HELMUT NEUMANN
HERMANN LEUER
HARTMUT KESSLER

5300 BONN, den 09.10.1980 3/Kü.
Bertha-von-Suttner-Platz 25/IV
Postfach 20 67

Telefon (02 28) *631505
Telex 8869463 advo d

Sprechstunden
nur nach Vereinbarung

Unser Zeichen

bei Antwort und Zahlung bitte angeben

Landgericht

5300 Bonn

In Sachen

Private Soziale Mission ./. Amnesty International

- 3 O 123 / 77 -

überreichen wir für die Beklagten einen Verrechnungsscheck über 5.000,-- DM als Teilkostenvorschuß zwecks Abdeckung der Übersetzungen und Zeugenvernehmungen.

Die Frist zur Einzahlung des restlichen Gebührenbetrages bitten wir bis zum 25.10.1980 stillschweigend zu verlängern.

Rechtsanwalt

Anlage: V-Scheck
Nr. 26558149 - Deutsche Bank

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

zu 1, 2, 3 ex.
2.10.Q.

V.

1) Bl. Zahlungsgang (Bl. VI) einhaft.

2) Bl. Kopie von Bl. 1019 an RA Dr. Wilson + Dr. Neumann

3) " " von Bl. 1035 - 1038 + 1039 an RA Dr. Neumann

4) Vermerk:

Nach tel. Mitteilung des Büros von RA Dr. Neumann ist dieser [illegible] erkrankt und kann daher die Frist 30.9. nicht einhalten. Ich habe erklärt, daß die Sache zunächst bis 8.10. weiter auf Frist gelegt wird.

5) Herrn BE

(Vorschlag: Bl. 1003/1022; Bezug der beantragten Änderung des Beweisbeschlusses, Bl. 786 ff / 903 ff; weiteres Procedere)

Bonn, den 1.10. 1980
Landgericht, 3. Zivilkammer
Der Vorsitzende:
[signature]
(Minssen)

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

zu 1, 2, 3 ER.
2.10.9.

V.

1) Al. Zahlungsgang (Bl. VI) einhaft.

2) Al. Kopie von Bl. 1019 an RA Dr. Wiese + Dr. Neumann

3) " " von Bl. 1035 - 1038 + 1039 an RA Dr. Neumann

4) Vermerk:

Nach tel. Mitteilung des Büros von RA Dr. Neumann ist dieser [illegible] erkrankt und kann daher die Frist 30.9. nicht einhalten. Ich habe erklärt, daß die Sache zunächst bis 8.10. weiter auf Frist gelegt wird.

5) Herrn BE

(Vorschläge, Bl. 1003/1012; Bezug der beantragten Änderung des Beweisbeschlusses, Bl. 786 ff / 903 ff; weitere Procedure)

Bonn, den 1.10. 1980
Landgericht, 3. Zivilkammer
Der Vorsitzende:
[signature]
(Minssen)

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

1035

Dr. Klassen & Lehnertz

Rechtsanwälte
Dr. jur. Ludwig Klassen
Albert Lehnertz
Ulrich Wulfert

THOMAS-MANN-STR. 58 · 5300 BONN 1
TELEFON 65 76 50 u. 65 74 50
ÜBERWEISUNGEN ERBITTEN WIR NUR
AUF DAS KONTO DR. KLASSEN
POSTSCHECKKONTO KÖLN 723 12-501
SPARKASSE BONN KTO.-NR. 31.020.886
VOLKSBANK AM STADTTHEATER BONN
NR. 300 223 5

Dr. L. Klassen, A. Lehnertz u. U. Wulfert · Thomas-Mann-Str. 58 · 5300 Bonn 1

Landgericht
3. Zivilkammer

5300 Bonn 1

(unbedingt angeben)

30. September 1980
Dr.K/Ka

In Sachen Rüge vor!

Private Sociale Mission e.V. u.a. ./. amnesty international u.a.

3 O 123/77

teilen wir unter Bezugnahme auf unsere Ausführungen vom 28.9.80 mit, daß die Klägerinnen einen Kostenvorschuß von DM 5.000,-- fristgerecht eingezahlt haben, womit die mutmaßlich anfallenden Kosten für Übersetzungen und Zeugenvernehmungen hinreichend abgedeckt sein werden.

Rechtsanwälte
Dr. L. Klassen
A. Lehnertz

durch Rechtsanwalt

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

1035

Dr. Klassen & Lehnertz

Rechtsanwälte
Dr. jur. Ludwig Klassen
Albert Lehnertz
Ulrich Wulfert

THOMAS-MANN-STR. 58 · 5300 BONN 1
TELEFON 65 76 50 u. 65 74 50
ÜBERWEISUNGEN ERBITTEN WIR NUR
AUF DAS KONTO DR. KLASSEN
POSTSCHECKKONTO KÖLN 723 12-501
SPARKASSE BONN KTO.-NR. 31.020.886
VOLKSBANK AM STADTTHEATER BONN
NR. 300 223 5

Dr. L. Klassen, A. Lehnertz u. U. Wulfert · Thomas-Mann-Str. 58 · 5300 Bonn 1

Landgericht
3. Zivilkammer

5300 Bonn 1

(unbedingt angeben)

30. September 1980
Dr.K/Ka

In Sachen Rüpt vor!

Private Sociale Mission e.V. u.a. ./. amnesty international u.a.

3 O 123/77

teilen wir unter Bezugnahme auf unsere Ausführungen vom 28.9.8o mit, daß die Klägerinnen einen Kostenvorschuß von DM 5.ooo,-- fristgerecht eingezahlt haben, womit die mutmaßlich anfallenden Kosten für Übersetzungen und Zeugenvernehmungen hinreichend abgedeckt sein werden.

Rechtsanwälte
Dr. L. Klassen
A. Lehnertz

durch Rechtsanwalt

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Quittung

Die Gerichtszahlstelle in Bonn hat erhalten:

Einzahler:	Datum	Lauf-Nr.	A.-werk	Betrag DM	Aktenzeichen
Private Social Mission e.V. Dicke Hecke 23 Hemel	30 IX 77	9491140	mb	5.000.00	0001237

5.000,-

Bezeichnung der Sache:

1. Amnesty International u.a.

3.0.123/77

3

Bonn

JKassO 81 – Quittung – (§42 Abs. 2, Anl. 1 § 2 JKassO) – gen. 3. 1971 – M. DuMont Schauberg, Köln

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Dr. jur. Ludwig Klassen
Albert Lehnertz

Rechtsanwälte
Thomas-Mann-Str. 58
5300 Bonn 1
Tel. 657650 + 657450

An das
Landgericht Bonn
3. Zivilkammer

5300 Bonn 1

- 3 O 123/77 -

28.9.80

In Sachen

Private Sociale
Mission e.V. u.a. gegen amnesty international u.a.

äußere ich mich für die Klägerinnen auf die Verfügung des Herrn Vorsitzenden vom 11. August 1980:

1.- Der Vorsitzende gibt den Parteien auf, bis zum 30.9.1980 je DM 15.000,-- Auslagenvorschuß zu zahlen. Eine solche Auflage mit Fristsetzung müßte durch die Kammer in Ergänzung des vorliegenden Beweisbeschlusses vom 22.1.1980 erfolgen. Ich weise darauf besonders im Hinblick auf die bereits erhobenen Einwendungen gegen die vorgesehene Beweisanordnung hin (Seite 31, Absatz b) und Seite 50, Absatz D. unseres Schriftsatzes vom 18. Juni 1980). Die Kammer müßte sich angesichts der Höhe der Kosten, die durch die Beweisaufnahme anfallen werden, damit zunächst auseinandersetzen.

Die Vernehmung von Zeugen im Ausland erfolgt nach internationalem Recht im übrigen im Wege der Rechtshilfe durch das jeweils zuständige ausländische Gericht. Ein entsprechendes Rechtshilfeersuchen an das zuständige chilenische Gericht und seine Ausführung könnte nur zu Kosten führen, die in keinem Verhältnis zu dem ungewöhnlich hohen Betrage von insgesamt "zunächst ca. DM 60.000,--" stehen, die die Kammer in ihrem Beweisbeschluß vom 22.1.1980 geschätzt

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

hat. Der wesentliche Teil dieser geschätzten Kosten wird durch die Flugreisekosten für Kammermitglieder sowie für einen etwa vierwöchigen Aufenthalt in Chile benötigt. Das sind Kosten, die nicht notwendig sind, eben, weil nach geltendem internationalem Recht die Beweisaufnahme im Ausland nur durch das zuständige ausländische Rechtshilfegericht erfolgen kann. Ich bitte deshalb, den Kostenvorschuß - durch Kammerbeschluß - den wirklich mutmaßlich anfallenden Kosten anzupassen, also den Kosten, die durch die Obersetzungsarbeiten und die Zeugenvernehmung seitens des zuständigen chilenischen Gerichtes anfallen werden. Bei Berücksichtigung der Kostenverhältnisse in Chile wird es sich dabei um einen verhältnismäßig geringfügigen Betrag handeln, der bei weitem nicht 2 x DM 15.000,-- ausmachen wird.

Die Klägerinnen besitzen als gemeinnützige Körperschaften nicht die finanziellen Möglichkeiten, die außergewöhnlich hohen Kosten für rechtlich nicht notwendige Maßnahmen aufzubringen, besonders deshalb, weil die Klägerinnen alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel darauf verwenden, ein Krankenhaus in Chile zu unterhalten, in dem die minderbemittelte Landbevölkerung kostenlos betreut wird.

2.- Was die erbetene Stellungnahme zur weiteren Verfahrensweise anbelangt, kommt nur die Ausführung des Beweisbeschlusses durch das zuständige chilenische Rechtshilfegericht in Betracht; denn das chilenische Recht sieht keine anderen Möglichkeiten der Beweisaufnahme in Chile vor. Dort ist diese Materie im Côdigo Bustamante (Côdigo de Derecho Internacional Privado) geregelt. In Artikel 388 dieses chilenischen Gesetzes heißt es:

> "Jede Gerichtshandlung, die ein Vertragsstaat in einem anderen durchzuführen benötigt, wird im Wege des Rechtshilfeersuchens durchgeführt, welches auf dem diplomatischen Weg beantragt wird."
>
> ("Toda diligencia judicial que un Estado contratante necesite practicar en otro, se efectuará mediante exhorto o comisiôn rogatoria cursados por la vía diplomática.")

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Nach feststehender Rechtsprechung chilenischer Gerichte wird der Código Bustamante auch auf den Rechtsverkehr mit Staaten angewendet, die nicht zu den Unterzeichnerstaaten der Konvention über Internationales Privatrecht von Havanna gehören, also auch auf den vertraglosen Rechtshilfeverkehr mit der Bundesrepublik Deutschland.

Außerdem ist die Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad, die Klägerin zu 2), eine juristische Person des chilenischen Rechts. Sie muß Wert darauf legen, daß das Urteil in diesem vor der 3. Zivilkammer anhängigen Prozeß auch in Chile anerkannt wird, was nicht der Fall wäre, wenn die Beweisaufnahme nur von der Deutschen Botschaft in Santiago durchgeführt würde; denn dieses Verfahren ist nach der chilenischen Rechtsauffassung rechtswidrig. (Vergl. hierzu Bülow/Böcksiegel "Der internationale Rechtsverkehr in Zivil- und Handelssachen, Anmerkung 107 zu § 29 ZRHO).

Ferner können die Zeugen in Chile, wenn die Beweisaufnahme in Chile auf dem Rechtshilfeweg durchgeführt wird, von dem zuständigen chilenischen Gericht offiziell geladen werden und haben dann die Pflicht, zur Aussage zu erscheinen. Die Deutsche Botschaft in Santiago bzw. das Deutsche Konsulat kann dagegen nur freiwillig erscheinende Zeugen vernehmen.

Das Schreiben der Deutschen Botschaft vom 4.7.1980 gibt das Ergebnis eines diplomatischen "Sondierungsgesprächs" wieder, das keine bindende und von der chilenischen Rechtslage her begründete Auskunft enthält. Es muß dieserseits darauf hingewiesen werden, daß für die Frage, ob die Durchführung der Beweisaufnahme auf dem Rechtshilfeweg durch chilenische Gerichte unter Teilnahme der 3. Zivilkammer möglich ist, allein die Corte Suprema (der Oberste Chilenische Gerichtshof) zuständig ist.
Um die Möglichkeiten der weiteren Durchführung der Beweisaufnahme zu klären und um größere Zeitverluste zu vermeiden, hat unsere Partei bei Prof. Dr. Dieter Blumenwitz, Ordinarius für Völkerrecht, allgemeine Staatslehre und internationales Privatrecht an der Universität Würzburg, ein Gutachten in Auftrag gegeben. Die Fertigstellung dieses Gutachtens ist für spätestens Anfang November 1980 zugesagt.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Die Klägerinnen halten aus den im Schriftsatz vom 18.6.1980 dargelegten Gründen die Durchführung des Beweisbeschlusses vom 22.1.1980 nicht für erforderlich.
Sie bitten im übrigen um Änderung und Ergänzung des Beweisbeschlusses vom 22.1.1980 gemäß ihres Schriftsatzes vom 18.6.80, Abschnitt III (Seite 28, letzter Absatz, bis Seite 50, Abs.D.). Hierbei müssen auch die Beweisantritte auf den Seiten 18 und 27 des obengenannten Schriftsatzes berücksichtigt werden.

Sodann sollten Beweisbeschluß und Rechtshilfeersuchen nach Übersetzung dem zuständigen chilenischen Rechtshilfegericht zur alsbaldigen Durchführung zugeleitet werden.

Durchschriften:
2 x Koll. Busse pp. unm.

Rechtsanwälte
Dr. L. Klassen
A. Lehnertz

durch
Rechtsanwalt

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Dr. jur. Ludwig Klassen
Albert Lehnertz

Rechtsanwälte
Thomas-Mann-Str. 58
5300 Bonn 1
Tel. 657650 + 657450

An das
Landgericht Bonn
3. Zivilkammer

5300 Bonn 1

- 3 O 123/77 -

28.9.80

In Sachen

Private Sociale
Mission e.V. u.a. gegen amnesty international u.a.

äußere ich mich für die Klägerinnen auf die Verfügung des Herrn Vorsitzenden vom 11. August 1980:

1.- Der Vorsitzende gibt den Parteien auf, bis zum 30.9.1980 je DM 15.000,-- Auslagenvorschuß zu zahlen. Eine solche Auflage mit Fristsetzung müßte durch die Kammer in Ergänzung des vorliegenden Beweisbeschlusses vom 22.1.1980 erfolgen. Ich weise darauf besonders im Hinblick auf die bereits erhobenen Einwendungen gegen die vorgesehene Beweisanordnung hin (Seite 31, Absatz b) und Seite 50, Absatz D. unseres Schriftsatzes vom 18. Juni 1980). Die Kammer müßte sich angesichts der Höhe der Kosten, die durch die Beweisaufnahme anfallen werden, damit zunächst auseinandersetzen.

Die Vernehmung von Zeugen im Ausland erfolgt nach internationalem Recht im übrigen im Wege der Rechtshilfe durch das jeweils zuständige ausländische Gericht. Ein entsprechendes Rechtshilfeersuchen an das zuständige chilenische Gericht und seine Ausführung könnte nur zu Kosten führen, die in keinem Verhältnis zu dem ungewöhnlich hohen Betrage von insgesamt "zunächst ca. DM 60.000,--" stehen, die die Kammer in ihrem Beweisbeschluß vom 22.1.1980 geschätzt

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

hat. Der wesentliche Teil dieser geschätzten Kosten wird durch die Flugreisekosten für Kammermitglieder sowie für einen etwa vierwöchigen Aufenthalt in Chile benötigt. Das sind Kosten, die nicht notwendig sind, eben, weil nach geltendem internationalem Recht die Beweisaufnahme im Ausland nur durch das zuständige ausländische Rechtshilfegericht erfolgen kann. Ich bitte deshalb, den Kostenvorschuß - durch Kammerbeschluß - den wirklich mutmaßlich anfallenden Kosten anzupassen, also den Kosten, die durch die Obersetzungsarbeiten und die Zeugenvernehmung seitens des zuständigen chilenischen Gerichtes anfallen werden. Bei Berücksichtigung der Kostenverhältnisse in Chile wird es sich dabei um einen verhältnismäßig geringfügigen Betrag handeln, der bei weitem nicht 2 x DM 15.000,-- ausmachen wird.

Die Klägerinnen besitzen als gemeinnützige Körperschaften nicht die finanziellen Möglichkeiten, die außergewöhnlich hohen Kosten für rechtlich nicht notwendige Maßnahmen aufzubringen, besonders deshalb, weil die Klägerinnen alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel darauf verwenden, ein Krankenhaus in Chile zu unterhalten, in dem die minderbemittelte Landbevölkerung kostenlos betreut wird.

2.- Was die erbetene Stellungnahme zur weiteren Verfahrensweise anbelangt, kommt nur die Ausführung des Beweisbeschlusses durch das zuständige chilenische Rechtshilfegericht in Betracht; denn das chilenische Recht sieht keine anderen Möglichkeiten der Beweisaufnahme in Chile vor. Dort ist diese Materie im Côdigo Bustamante (Côdigo de Derecho Internacional Privado) geregelt. In Artikel 388 dieses chilenischen Gesetzes heißt es:

> "Jede Gerichtshandlung, die ein Vertragsstaat in einem anderen durchzuführen benötigt, wird im Wege des Rechtshilfeersuchens durchgeführt, welches auf dem diplomatischen Weg beantragt wird."
>
> ("Toda diligencia judicial que un Estado contratante necesite practicar en otro, se efectuarâ mediante exhorto o comisiôn rogatoria cursados por la vîa diplomática.")

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Nach feststehender Rechtsprechung chilenischer Gerichte wird der Código Bustamante auch auf den Rechtsverkehr mit Staaten angewendet, die nicht zu den Unterzeichnerstaaten der Konvention über Internationales Privatrecht von Havanna gehören, also auch auf den vertraglosen Rechtshilfeverkehr mit der Bundesrepublik Deutschland.

Außerdem ist die Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad, die Klägerin zu 2), eine juristische Person des chilenischen Rechts. Sie muß Wert darauf legen, daß das Urteil in diesem vor der 3. Zivilkammer anhängigen Prozeß auch in Chile anerkannt wird, was nicht der Fall wäre, wenn die Beweisaufnahme nur von der Deutschen Botschaft in Santiago durchgeführt würde; denn dieses Verfahren ist nach der chilenischen Rechtsauffassung rechtswidrig. (Vergl. hierzu Bülow/Böcksiegel "Der internationale Rechtsverkehr in Zivil- und Handelssachen, Anmerkung 107 zu § 29 ZRHO).

Ferner können die Zeugen in Chile, wenn die Beweisaufnahme in Chile auf dem Rechtshilfeweg durchgeführt wird, von dem zuständigen chilenischen Gericht offiziell geladen werden und haben dann die Pflicht, zur Aussage zu erscheinen. Die Deutsche Botschaft in Santiago bzw. das Deutsche Konsulat kann dagegen nur freiwillig erscheinende Zeugen vernehmen.

Das Schreiben der Deutschen Botschaft vom 4.7.1980 gibt das Ergebnis eines diplomatischen "Sondierungsgesprächs" wieder, das keine bindende und von der chilenischen Rechtslage her begründete Auskunft enthält. Es muß dieserseits darauf hingewiesen werden, daß für die Frage, ob die Durchführung der Beweisaufnahme auf dem Rechtshilfeweg durch chilenische Gerichte unter Teilnahme der 3. Zivilkammer möglich ist, allein die Corte Suprema (der Oberste Chilenische Gerichtshof) zuständig ist.
Um die Möglichkeiten der weiteren Durchführung der Beweisaufnahme zu klären und um größere Zeitverluste zu vermeiden, hat unsere Partei bei Prof. Dr. Dieter Blumenwitz, Ordinarius für Völkerrecht, allgemeine Staatslehre und internationales Privatrecht an der Universität Würzburg, ein Gutachten in Auftrag gegeben. Die Fertigstellung dieses Gutachtens ist für spätestens Anfang November 1980 zugesagt.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Die Klägerinnen halten aus den im Schriftsatz vom 18.6.1980 dargelegten Gründen die Durchführung des Beweisbeschlusses vom 22.1.1980 nicht für erforderlich.
Sie bitten im übrigen um Änderung und Ergänzung des Beweisbeschlusses vom 22.1.1980 gemäß ihres Schriftsatzes vom 18.6.80, Abschnitt III (Seite 28, letzter Absatz, bis Seite 50, Abs.D.). Hierbei müssen auch die Beweisantritte auf den Seiten 18 und 27 des obengenannten Schriftsatzes berücksichtigt werden.

Sodann sollten Beweisbeschluß und Rechtshilfeersuchen nach Übersetzung dem zuständigen chilenischen Rechtshilfegericht zur alsbaldigen Durchführung zugeleitet werden.

Durchschriften:
2 x Koll. Busse pp. unm.

Rechtsanwälte
Dr. L. Klassen
A. Lehnertz

durch Rechtsanwalt

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Professor Dr. Dieter Blumenwitz
Lehrstuhl für Völkerrecht, allgemeine Staatslehre,
deutsches und bayerisches Staatsrecht
und politische Wissenschaften
Universität Würzburg

D-8700 Würzburg, 26. IX. 1980
Domerschulstraße 16 (Alte Universität)
Zimmer 201 – 203
Rufnummer (09 31) 31 308

Rechtsanwälte
Dr. iur. L. Klarsen & A. Lemmerz
Thomas-Mann-Straße 58
5300 Bonn 1

Betreff: Erstellung eines Gutachtens über den Rechtshilfeverkehr mit der Republik Chile in Rechtssachen

1) Private Soziale Mission e.V.
2) Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad

1) Amnesty International
2) Fa. Gruner und Jahr AG u. Co. KG u.a.

Landgericht Bonn – 3 O 123/77

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt

Dr. Klassen,

Ich habe mir die mit Schreiben vom 15. August 1980 übersandten Unterlagen angesehen und mich in die Materie eingearbeitet. Ich bin bereit, das in Auftrag gegebene Gutachten zu den oben erwähnten Rechtsfragen zu erstellen. Mit der Fertigstellung des Gutachtens kann Anfang November gerechnet werden. Das Gutachten wird hier unter dem Aktenzeichen G VIII - 15 - 80 bearbeitet.

Mit freundlichen Grüßen

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Unterlagen an Prof. Blumenwitz am 25.9.1980
Besuch Hugo und Hans-Jürgen in seinem Institut in Würzburg

Beweisbeschluß vom 22.1.1980

Großer Schriftsatz vom 18.6.1980 mit den Anlagen:
Grafische Darstellung mit Erläuterungen
Widersprüche Zott / Zott-Peebles
Unser Schriftsatz vom 17.12.1979

Einzureichender Schriftsatz bis zum 30.9.1980 / Dr. Klassen

Gesamter Vorgang Auswärtiges Amt / Deutsche Botschaft Santiago
(Schriftverkehr 18.6. bis 21.8.1980
und handgeschriebener Entwurf der 3. Zivilkammer)

Verfügung Minssen vom 11. August 1980

Fernschreiben von Dr. Hopp vom 23.9.1980
(Original ab: "Text für Prof. Blumenwitz)

Leihweise im Original zur Verfügung gestellt:

"Internationales Privatrecht in Lateinamerika" von Jürgen Samtleben

"Código de Derecho Internacional Privado" (de Bustamante)

Fotokopie: Código Orgánico de Tribunales

Fotokopie: Código de Procedimiento Civil

Fotokopie: Constitución Política de la República de Chile

Übersetzungen aus obigen Gesetzen (siehe Anlage)

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

text fuer professoer blumenwitz:
artikel 80 der verfassung lautet: 'die eigenschaft privat- oder strafrechtliche verfahren durchzufuehren haben nur die vom gesetz dazu bestimmten gerichte.'
das gesetz, auf das die verfassung sich bezieht, ist die gesetzliche gerichtsordnung, die in ihrem ersten artikel ausdrueckt, dass 'die eigenschaft in privat- oder strafrechtlichen verfahren zu untersuchen, zu entscheiden und urteile ausfuehren zu lassen hat nur das vom gesetz dazu bestimmte gericht.' und es ist eben diese gesetzliche gerichtsordnung, die festlegt, welches die gericht sind, und es sind ausschliesslich chilenische und keine auslaendischen gerichte. (codigo organico de tribunales)
artikel 12 der verfassunfg bestimmt:' niemand darf durch sonderkommissionen verurteilt werden, sondern nur durch ein vom gesetz bestimmtes gericht das vorher nach dem gesetz zusammengetreten ist.'
artikel 81 der verfassung bestimmt, dass: 'nur durch ein gesetz koennen die attriburtionen oder die anzahl der mitglieder des gerichts veraendert werden.'
alle diese gerichte unterliegen - lt. artikel 86 der verfassung- der corte suprema in allem was ihre oberste aufsicht, korrektur und verwaltung anbetrifft.
laut artikel 4 der verfassung kann sich kein richter, keine person oder versammlung von personen - seien chilenen oder auslaender - zustaendigkeiten anmassen, auch nicht unter dem vorwand besonderer umstaende, die ihm nicht ausdruecklich vom gesetz her zustehen.
lt. artikel 242 des codigo de procedimiento civil haben in einem anderen land gefaellte gerichtliche entscheidungen in chile nur rechtsgueltigkeit soweit sie von entsprechenden vertraegen gestuetzt werden, und im falle, dass keine vertraege bestehen gilt das prinzip der gegenseitigkeit.
wenn kein vertrag besteht und das obengenannte nicht zutrifft, haben gerichtliche entscheidungen eines auslandischen staates in chile nur gueltigkeit, solande sie nicht gegen das bestehende nationale recht verstossen (d.h.: rechtshilfeersuchen wird stattgegeben, aber teilnahme auslaendischer gerichte nicht).
nach dem kodex des internationalen privatrechts, der von chile unterschrieben wurde, heisst es in seinem artikel 314, dass das gesetz ei jeden unterzeichnenden staates die zustaendigkeit der gerichte festlegt und ebenso ihre organisation, die formen der verurteilung und die ausfuehrung der urteile und die berufung gegen ihre entscheidung der artikel 315 verbietet den unterzeichnenden staaten, innerhalb in territoriums sondergerichte zu organisieren oder zu unterhalten fuer die buerger der anderen staaten.
artikel 388 legt fest, dass alle rechtsverfahren, die ein unterzeichnender staat in einem anderen durchzufuehren hat, nur ueber ein auf dem diplomatischen wege gestelltes rechtshilfeersuchen ausgefuehrt werden koennen.
zusammenfassend ist es unmoeglich, dass ein auslaendisches gericht an einer gerichtlichen beweisaufnahme von im landegeschehenen tatsachen teilnimmt oder sich dazu konstituiert. diese unmoeglichkeit basiert auf dem universalen prizip der souveraenitaet und des respekts der elementaersten juristischen grundsaetze und privaten und unabhaengigen juristischen organisation, die zustaendigkeit und attributionen nur durch das gesetz vorsieht unter ausschluss aller anderen rechts- undeee oder verwaltungsbehoerden nationaler oder auslaendischer art.
bitte nach erhalten deses textes sofort mit prof. blumenwitz kontakt aufnehmen, ihm den text vorlegen und durchsprechen, auf welchem wege sein sich auf diese unterlagen gruendendes gutachten zugeleitet werden kann.

mfg. dr. hopp

23.9.1980

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Auszugsweise Übersetzung aus der chilenischen Verfassung, Stand 1968

Artikel 4: Kein Amt, keine Person und auch keine Versammlung von Personen können sich andere Amtsbefugnisse oder Rechte anmaßen als die, welche ihnen durch die Gesetze übertragen worden sind, auch nicht unter dem Vorwand von außerordentlichen Umständen.

Jeder Akt, der diesen Artikel verletzt, ist nichtig.

Art. 12: Niemand kann durch Sonderkommissionen einem Gerichtsverfahren unterworfen werden, sondern nur durch das Gericht, das vom Gesetz bestimmt ist und das vorher durch dieses (Gesetz) eingerichtet wurde.

Art. 80: Die Befugnis, in Zivil- und Strafprozessen Recht zu sprechen, steht ausschließlich den durch Gesetz geschaffenen Gerichten zu. Weder der Präsident der Republik noch der Kongreß können in irgend einem Fall gerichtliche Funktionen ausüben, anhängige Verfahren an sich ziehen oder abgeschlossene Prozesse wieder eröffnen.

Art. 81: Ein besonderes Gesetz bestimmt die Organisation und die Zuständigkeiten der Gerichte, die für eine schnelle und vollkommene Rechtspflege im ganzen Gebiet der Republik erforderlich sind.

Art. 86: Die Corte Suprema (der Oberste Gerichtshof) übt die oberste disziplinarische und wirtschaftliche Aufsicht über alle Gerichte der Nation aus, in Übereinstimmung mit dem Gesetz, das seine Organisation und Zuständigkeit regelt.

Die Corte Suprema kann in den Einzelfällen, über die sie urteilt, oder die ihr durch Rechtsmittel unterworfen werden, die in einem Prozeß vor einem anderen Gericht eingelegt werden, jede Rechtsnorm, die gegen die Verfassung verstößt, in dem Einzelfall für nicht anwendbar erklären.

Es urteilt außerdem in Kompetenzstreitigkeiten, die sich zwischen den politischen oder Verwaltungsbehörden und den Gerichten ergeben, soweit sie nicht dem Senat zustehen.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Ü B E R S E T Z U N G

Código Orgánico de Tribunales
(Gerichtsverfassungsgesetz)

Art. 1 Die Befugnis, in Zivil- und Strafprozessen zu richten und Urteile zu vollstrecken, steht ausschließlich den Gerichten zu, die durch Gesetz geschaffen werden.

Código de Procedimiento Civil
(Zivilprozeßordnung)

Art. 242 Die Entscheidungen, die im Ausland gefällt worden sind, haben in Chile die Wirkung, die ihnen die entsprechenden Verträge zubilligen; und für ihre Durchführung wird nach den Verfahren vorgegangen, die das chilenische Gesetz bestimmt, wenn nicht Abänderungen in den genannten Verträgen erscheinen.

Art. 243 Wenn keine Verträge bezüglich dieser Materie mit der Nation bestehen, in der die Entscheidungen (Beschlüsse) gefaßt wurden, gibt man ihnen dieselbe Wirkung, die man in diesen (Nationen) den Urteilen gibt, die in Chile ausgesprochen werden.

Art. 244 Wenn die Entscheidung (Beschluß) von einem Land herrührt, in dem Urteile von chilenischen Gerichten nicht durchgeführt werden, dann wird sie (Entscheidung/Beschluß) keine Wirkung in Chile haben.

Art. 245 In den Fällen, in denen keiner der drei vorigen Artikel angewendet werden kann, haben die Entscheidungen (Beschlüsse) von ausländischen Gerichten die gleiche Wirkung in Chile, als ob sie von chilenischen Gerichten ausgesprochen worden wären, vorausgesetzt, daß sie die folgenden Bedingungen erfüllen:

1.- Daß sie nichts enthalten, was den Gesetzen der Republik widerspricht. Hierfür wird man jedoch die Verfahrensgesetze, denen sie in Chile zur Durchführung des Gerichtsverfahrens unterliegen, nicht in Betracht ziehen.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

2.- Daß sie nicht der nationalen Rechtsprechung widersprechen.

3.- Daß sie nicht in Abwesenheit der beklagten Partei gefällt worden sind.

4.- Daß sie nach den Gesetzen des Landes, in dem sie ausgesprochen wurden, vollstreckbar sind.

Art. 247 In allen Fällen, auf die sich die vorigen Artikel beziehen, muß die Entscheidung (Beschluß), die durchgeführt werden soll, der Corte Suprema in legalisierter Kopie vorgelegt werden.

Art. 248 In den Fällen der streitigen Gerichtsbarkeit gibt man der Partei, gegen die sich die Durchführung (Vollstreckung) richtet, Kenntnis von dem Antrag, damit sie das vortragen kann, was sie für erforderlich hält, und zwar innerhalb einer Frist, die der Frist zur Beantwortung von Klagen entspricht.

Nach der Beantwortung durch die Partei oder im Falle ihres Ausbleibens und nach Anhörung der Staatsanwaltschaft erklärt das Gericht, ob die Entscheidung (Beschluß) durchgeführt wird oder nicht.

Código de Derecho Internacional Privado
(Gesetz über internationales Privatrecht)

Art. 314 Das Gesetz jedes Vertragsstaates bestimmt die Zuständigkeit der Gerichte sowie ihre Organisation, die Formen des Gerichtsverfahrens und die Durchführung der Urteile (Entscheidungen, Beschlüsse) sowie die Rechtsmittel gegen seine Entscheidungen.

Art. 315 Kein Vertragsstaat bildet oder unterhält auf seinem Staatsgebiet Sondergerichte für Bürger der übrigen Vertragsstaaten.

Art. 388 Jeder Gerichtsakt, den ein Vertragsstaat in einem anderen ausgeführt haben will, wird im Wege der Rechtshilfe durchgeführt, die auf dem diplomatischen Weg beantragt wird. Unbeschadet dessen können die Vertragsstaaten im Zivil- oder Strafrecht jede andere Form der Übermittlung vereinbaren.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Convención de Viena sobre Relaciones Consulares
(Wiener Konvention über Konsularbeziehungen)

Art. 5 Die Tätikeiten der Konsuln bestehen in:

....

i) Gerichtliche und außergerichtliche Entscheidungen mitzuteilen, Beantragen und Betreiben von Rechtshilfeersuchen in Übereinstimmung mit den geltenden internationalen Verträgen, und wenn dieselben fehlen, in der Weise, die mit den Gesetzen und Verordnungen des Empfängerstaates vereinbar ist.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Jus. Schlüger von Martin, Justizministerium

La autoridad, para realizar su finalidad y cumplir sus atribuciones necesita ser soberana; la soberanía es el poder supremo inherente al Estado mediante el cual éste afirma su independencia frente a otros Estados.

La finalidad específica de la función jurisdiccional se centra en el artículo 80 de la Constitución Política que dice que " la facultad de juzgar las causas civiles y criminales pertenece exclusivamente a los tribunales establecidos por la ley".

El artículo 73 de la nueva Constitución, que empezará a regir el 11 de Marzo de 1981, contiene una disposición igual que aquélla.

La ley a que se refiere la Constitución es la Ley Orgánica de Tribunales, de 9 de Julio de 1943, y en su artículo 1º establece que " la facultad de conocer las causas civiles y criminales, de juzgarlas y de hacer ejecutar lo juzgado pertenece exclusivamente a los tribunales que establece la ley ". Y es, precisamente, este Código Orgánico el que establece cuáles son estos tribunales, y son unicamente los tribunales chilenos y no extranjeros. Ningun tribunal extranjero, de ninguna naturaleza, puede cumplir funciones ni realizar diligencias en Chile; ello corresponde sólo a los tribunales chilenos y a ningún otro.

El artículo 12 de nuestra Constitución de 1925, dispone que "nadie puede ser juzgado por comisiones especiales, sino por el tribunal que le señale la ley y que se halle establecido con anterioridad por ésta ".

Esta misma disposición se repite en el Nº 3 del artículo 1º del Acta Constitucional Nº 3, y en el Nº 3 del artículo 19 de la nueva Constitución Política, que empezará a regir el 11 de Marzo de 1981.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Y es el artículo 81 de la Constitución Política el que da vida al Código Orgánico de Tribunales al ordenar que " una ley especial determinará la organización y atribuciones de los tribunales que fueren necesarios para la pronta y cumplida administración de justicia en todo el territorio de la República " y que " sólo en virtud de una ley podrá hacerse innovación en las atribuciones de los tribunales o en el número de sus individuos ".

Y todos esos tribunales están sujetos - conforme al artículo 86 de la Constitución Política - a la superintendencia directiva, correccional y económica de la Corte Suprema, que debe velar por la unidad del ordenamiento jurídico. Todos los tribunales en Chile estan bajo la tuición de la Corte Suprema.

Por lo demás, de acuerdo con el artículo 4º de la Constitución Política chilena ninguna magistratura, ninguna persona ni reunión de personas - chilenos o estranjeros - pueden atribuirse, ni aún a pretexto de circunstancias extraordinarias, otra autoridad o derechos que los que expresamente les confieren las leyes. Si lo hicieren, sus actos son nulos y el hecho origina responsabilidad y sanciones.

De acuerdo con el artículo 242 del Código de Procedimiento Civil, las resoluciones pronunciadas en país extranjero tendrán la fuerza que les concedan los tratados, y si no existen tratados se está al principio de reciprocidad, y si la resolución procede de país en que no se da cumplimiento a los fallos de tribunales chilenos, esa resolución no tiene fuerza en Chile.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Si no hay tratado ni puede aplicarse lo dicho recién, las resoluciones de tribunales extranjeros tienen fuerza en Chile siempre que cumplan las siguientes exigencias:

1.- Que no contengan nada contrario a las leyes de la República;

2.- Que no se opongan a la jurisdicción nacional;

3.- Que no hayan sido dictadas en rebeldía, y

4.- Que estén ejecutoriadas conforme a las leyes del país en que se dictaron.

Para cumplir en Chile esas resoluciones, deberán presentarse a la Corte Suprema en copia legalizada.

Si se trata de un asunto contencioso, debe darse conocimiento de la solicitud a la parte contra quien se pide la ejecución, la que para contestar tiene un plazo igual/de emplazamiento para contestar demandas.

Con la contestación de la parte, o en su rebeldía, se oye al Fiscal de la Corte Suprema y con lo que éste exponga, la Corte declara si debe o no darse cumplimiento a la resolución.

Y si se manda cumplir, se pide su ejecución al tribunal que le hubiera correspondido conocer del negocio, si el juicio se hubiere promovido en Chile.

Esta es la única forma de cumplir en Chile una resolución dictada por un tribunal extranjero. (párrafo 2 del Título XIX del Libro I del Código de Procedimiento Civil).

Como nota especial cabe destacar que el Código de Derecho Internacional Privado, suscrito por Chile, establece en su artículo 314 que la ley de cada Estado contratante determina la competencia de los

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

tribunales, así como su organización, las formas de enjuiciamiento y de ejecución de las sentencias y los recursos contra sus decisiones.

El artículo 315 prohibe a los Estados contratantes organizar o mantener en su territorio tribunales especiales para los miembros de los demás Estados.

El artículo 388 dispone que toda diligencia judicial que un Estado contratante necesite practicar en otro se efectuará mediante exhorto o comisión rogatoria cursados por vía diplomática.

Los artículos 423 a 433 contienen disposiciones relativas a la ejecución de sentencias dictadas por tribunales extranjeros y, en su esencia, se asemejan totalmente a las disposiciones y procedimiento ya señalados del Código de Procedimiento Civil chileno.

En resumen, la imposibilidad de intervención o de constitución directa de un tribunal extranjero en Chile para la práctica de diligencias judiciales probatorias de hechos acaecidos en el país, es un principio universal de soberanía y de respeto de los más elementales principios jurídicos y de organización judicial privativa e independiente, con competencia y atribuciones para desarrollar todas aquellas que la ley señale, con exclusión de toda otra autoridad judicial o administrativa, nacional o extranjera.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

NEUMANN · LEUER · KESSLER
RECHTSANWÄLTE

1640

RAe Neumann · Leuer · Keßler, Postfach 2067, 5300 Bonn 1

DR. HELMUT NEUMANN
HERMANN LEUER
HARTMUT KESSLER

5300 BONN, den 09.1o.198o 3/Kü.
Bertha-von-Suttner-Platz 25/IV
Postfach 20 67

Telefon (02 28) *631505
Telex 8869463 advo d

Sprechstunden
nur nach Vereinbarung

Unser Zeichen

bei Antwort und Zahlung bitte angeben

Landgericht

53oo Bonn

In Sachen

Private Soziale Mission ./. Amnesty International

- 3 O 123 / 77 -

überreichen wir für die Beklagten einen Verrechnungsscheck über 5.ooo,-- DM als Teilkostenvorschuß zwecks Abdeckung der Übersetzungen und Zeugenvernehmungen.

Die Frist zur Einzahlung des restlichen Gebührenbetrages bitten wir bis zum 25.1o.198o stillschweigend zu verlängern.

Rechtsanwalt

Anlage: V-Scheck
Nr. 26558149 - Deutsche Bank

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Ergänzungen, die in unseren Schriftsatz vom 28.8.1980, der noch nicht eingereicht ist, noch eingearbeitet werden sollen. Wir setzen voraus, das Dr. Klassen mit diesen Ergänzungen einverstanden ist.

Die Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad, die Klägerin zu 2), ist eine juristische Person des chilenischen Rechts. Sie muß Wert darauf legen, daß das Urteil in diesem vor der 3. Zivilkammer anhängigen Prozeß auch in Chile anerkannt wird, was nicht der Fall wäre, wenn die Beweisaufnahme nur von der Deutschen Botschaft in Santiago durchgeführt würde; denn dieses Verfahren ist nach der chilenischen Rechtsauffassung rechtswidrig. (Vergl. hierzu Bülow/Böcksiegel "Der international Rechtsverkehr in Zivil- und Handelssachen, Anmerkung 107 zu § 29 ZRHO).

Die Zeugen in Chile können, wenn die Beweisaufnahme in Chile auf dem Rechtshilfeweg durchgeführt wird, von dem zuständigen chilenischen Gericht offiziell geladen werden und haben dann die Pflicht, zur Aussage zu erscheinen. Die Deutsche Botschaft in Santiago bzw. das Deutsche Konsulat kann dagegen nur freiwillig erscheinende Zeugen vernehmen.

Das Schreiben der Deutschen Botschaft vom 4.7.1980 gibt das Ergebnis eines diplomatischen Sondierungsgesprächs wieder, das keine bindende und von der chilenischen Rechtslage her begründete Auskunft enthält. Es muß dieserseits darauf hingewiesen werden, daß für die Frage, ob die Durchführung der Beweisaufnahme auf dem Rechtshilfeweg durch chilenische Gerichte unter Teilnahme der 3. Zivilkammer möglich ist, allein die Corte Suprema (der Oberste Chilenische Gerichtshof) zuständig ist.
Um die Möglichkeiten der weiteren Durchführung der Beweisaufnahme zu klären und um größere Zeitverluste zu vermeiden, hat unsere Partei bei Prof. Dr. Dieter Blumenwitz, Ordinarius für Völkerrecht, allgemeine Staatslehre und internationales Privatrecht an der Universität Würzburg, ein Gutachten in Auftrag gegeben. Die Fertigstellung dieses Gutachtens ist für spätestens Ende Oktober 1980 zugesagt.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

28.8.1980

An das
Landgericht Bonn
3. Zivilkammer

5300 Bonn 1

- 3 O 123/77 -

In Sachen

Private Sociale
Mission e.V. u.a. gegen amnesty international u.a.

äußere ich mich für die Klägerinnen auf die Verfügung des Herrn Vorsitzenden vom 11. August 1980:

1.- Der Vorsitzende gibt den Parteien auf, bis zum 30.9.1980 je DM 15.000,-- Auslagenvorschuß zu zahlen. Eine solche Auflage mit Fristsetzung müßte durch die Kammer in Ergänzung des vorliegenden Beweisbeschlusses vom 22.1.1980 erfolgen. Ich weise darauf besonders im Hinblick auf die bereits erhobenen Einwendungen gegen die vorgesehene Beweisanordnung hin (Seite 31, Absatz b) und Seite 50, Absatz D. unseres Schriftsatzes vom 18. Juni 1980). Die Kammer müßte sich angesichts der Höhe der Kosten, die durch die Beweisaufnahme anfallen werden, damit zunächst auseinandersetzen.

Die Vernehmung von Zeugen im Ausland erfolgt nach internationalem Recht im übrigen im Wege der Rechtshilfe durch das jeweils zuständige ausländische Gericht. Ein entsprechendes Rechtshilfeersuchen an das zuständige chilenische Gericht und seine Ausführung könnte nur zu Kosten führen, die in keinem Verhältnis zu dem ungewöhnlich hohen Betrage von insgesamt "zunächst ca. DM 60.000,--" stehen, die die Kammer in ihrem Beweisbeschluß vom 22.1.1980 geschätzt

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

hat. Der wesentliche Teil dieser geschätzten Kosten wird durch die Flugreisekosten für Kammermitglieder sowie für einen etwa vierwöchigen Aufenthalt in Chile benötigt. Das sind Kosten, die nicht notwendig sind, eben, weil nach geltendem internationalem Recht die Beweisaufnahme im Ausland nur durch das zuständige ausländische Rechtshilfegericht erfolgen kann. Ich bitte deshalb, den Kostenvorschuß - durch Kammerbeschluß - den wirklich mutmaßlich anfallenden Kosten anzupassen, also den Kosten, die durch die Übersetzungsarbeiten und die Zeugenvernehmung seitens des zuständigen chilenischen Gerichtes anfallen werden. Bei Berücksichtigung der Kostenverhältnisse in Chile wird es sich dabei um einen verhältnismäßig geringfügigen Betrag handeln, der bei weitem nicht 2 x DM 15.000,-- ausmachen wird.

Die Klägerinnen besitzen als gemeinnützige Körperschaften nicht die finanziellen Möglichkeiten, die außergewöhnlich hohen Kosten für rechtlich nicht notwendige Maßnahmen aufzubringen, besonders deshalb, weil die Klägerinnen alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel darauf verwenden, ein Krankenhaus in Chile zu unterhalten, in dem die minderbemittelte Landbevölkerung kostenlos betreut wird.

2.- Was die erbetene Stellungnahme zur weiteren Verfahrensweise anbelangt, kommt nur die Ausführung des Beweisbeschlusses durch das zuständige chilenische Rechtshilfegericht in Betracht; denn das chilenische Recht sieht keine anderen Möglichkeiten der Beweisaufnahme in Chile vor. Dort ist diese Materie im Código Bustamante (Código de Derecho Internacional Privado) geregelt. In Artikel 388 dieses chilenischen Gesetzes heißt es:

> "Jede Gerichtshandlung, die ein Vertragsstaat in einem anderen durchzuführen benötigt, wird im Wege des Rechtshilfeersuchens durchgeführt, welches auf dem diplomatischen Weg beantragt wird."
>
> ("Toda diligencia judicial que un Estado contratante necesite practicar en otro, se efectuará mediante exhorto o comisión rogatoria cursados por la vía diplomática.")

- 3 -

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Nach feststehender Rechtsprechung chilenischer Gerichte wird der Código Bustamante auch auf den Rechtsverkehr mit Staaten angewendet, die nicht zu den Unterzeichnerstaaten der Konvention über Internationales Privatrecht von Havanna gehören, also auch auf den vertraglosen Rechtshilfeverkehr mit der Bundesrepublik Deutschland.

Die Klägerinnen halten aus den im Schriftsatz vom 18.6.80 dargelegten Gründen die Durchführung des Beweisbeschlusses vom 22.1.1980 nicht für erforderlich. Im übrigen bitten die Klägerinnen, mit Rücksicht auf die bisherige Dauer des Verfahrens und die für sie unerträgliche fortwährende Rufschädigung in der Presse nunmehr dem Verfahren seinen beschleunigten Fortgang zu geben.
Die Klägerinnen bitten deshalb gemäß des Schriftsatzes vom 18.6.1980, Abschnitt III (Seite 28, letzter Absatz, bis Seite 50, Absatz D.) um Änderung und Ergänzung des Beweisbeschlusses. Hierbei müssen auch die Beweisantritte auf den Seiten 18 und 27 des obengenannten Schriftsatzes berücksichtigt werden.
Sodann sollten Beweisbeschluß und Rechtshilfeersuchen nach Übersetzung schnellstens dem zuständigen chilenischen Rechtshilfegericht zur alsbaldigen Durchführung zugeleitet werden.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Dr. jur. Ludwig Klassen
Albert Lehnertz

Rechtsanwälte
Thomas-Mann-Str. 58
5300 Bonn 1
Tel. 657650 + 657450

An das
Landgericht Bonn
3. Zivilkammer

5300 Bonn 1

- 3 O 123/77 -

In Sachen

Private Sociale
Mission e.V. u.a. - gegen amnesty international u.a.

äußere ich mich für die Klägerinnen auf die Verfügung des Herrn Vorsitzenden vom 11. August 1980:

1.- Der Vorsitzende gibt den Parteien auf, bis zum 30.9.1980 je DM 15.000,-- Auslagenvorschuß zu zahlen. Eine solche Auflage mit Fristsetzung müßte durch die Kammer in Ergänzung des vorliegenden Beweisbeschlusses vom 22.1.1980 erfolgen. Ich weise darauf besonders im Hinblick auf die bereits erhobenen Einwendungen gegen die vorgesehene Beweisanordnung hin (Seite 31, Absatz b) und Seite 50, Absatz D. unseres Schriftsatzes vom 18. Juni 1980). Die Kammer müßte sich angesichts der Höhe der Kosten, die durch die Beweisaufnahme anfallen werden, damit zunächst auseinandersetzen.

Die Vernehmung von Zeugen im Ausland erfolgt nach internationalem Recht im übrigen im Wege der Rechtshilfe durch das jeweils zuständige ausländische Gericht. Ein entsprechendes Rechtshilfeersuchen an das zuständige chilenische Gericht und seine Ausführung könnte nur zu Kosten führen, die in keinem Verhältnis zu dem ungewöhnlich hohen Betrage von insgesamt "zunächst ca. DM 60.000,--" stehen, die die Kammer in ihrem Beweisbeschluß vom 22.1.1980 geschätzt

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

hat. Der wesentliche Teil dieser geschätzten Kosten wird durch die Flugreisekosten für Kammermitglieder sowie für einen etwa vierwöchigen Aufenthalt in Chile benötigt. Das sind Kosten, die nicht notwendig sind, eben, weil nach geltendem internationalem Recht die Beweisaufnahme im Ausland nur durch das zuständige ausländische Rechtshilfegericht erfolgen kann. Ich bitte deshalb, den Kostenvorschuß - durch Kammerbeschluß - den wirklich mutmaßlich anfallenden Kosten anzupassen, also den Kosten, die durch die Übersetzungsarbeiten und die Zeugenvernehmung seitens des zuständigen chilenischen Gerichtes anfallen werden. Bei Berücksichtigung der Kostenverhältnisse in Chile wird es sich dabei um einen verhältnismäßig geringfügigen Betrag handeln, der bei weitem nicht 2 x DM 15.000,-- ausmachen wird.

Die Klägerinnen besitzen als gemeinnützige Körperschaften nicht die finanziellen Möglichkeiten, die außergewöhnlich hohen Kosten für rechtlich nicht notwendige Maßnahmen aufzubringen, besonders deshalb, weil die Klägerinnen alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel darauf verwenden, ein Krankenhaus in Chile zu unterhalten, in dem die minderbemittelte Landbevölkerung kostenlos betreut wird.

2.- Was die erbetene Stellungnahme zur weiteren Verfahrensweise anbelangt, kommt nur die Ausführung des Beweisbeschlusses durch das zuständige chilenische Rechtshilfegericht in Betracht; denn das chilenische Recht sieht keine anderen Möglichkeiten der Beweisaufnahme in Chile vor. Dort ist diese Materie im Código Bustamante (Código de Derecho Internacional Privado) geregelt. In Artikel 388 dieses chilenischen Gesetzes heißt es:

> "Jede Gerichtshandlung, die ein Vertragsstaat in einem anderen durchzuführen benötigt, wird im Wege des Rechtshilfeersuchens durchgeführt, welches auf dem diplomatischen Weg beantragt wird."
>
> ("Toda diligencia judicial que un Estado contratante necesite practicar en otro, se efectuará mediante exhorto o comisión rogatoria cursados por la vía diplomática.")

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Nach feststehender Rechtsprechung chilenischer Gerichte wird der Código Bustamante auch auf dén Rechtsverkehr mit Staaten angewendet, die nicht zu den Unterzeichnerstaaten der Konvention über Internationales Privatrecht von Havanna gehören, also auch auf den vertraglosen Rechtshilfeverkehr mit der Bundesrepublik Deutschland.

Die Klägerinnen halten aus den im Schriftsatz vom 18.6.80 dargelegten Gründen die Durchführung des Beweisbeschlusses vom 22.1.1980 nicht für erforderlich. Im übrigen bitten die Klägerinnen, mit Rücksicht auf die bisherige Dauer des Verfahrens und die für sie unerträgliche fortwährende Rufschädigung in der Presse nunmehr dem Verfahren seinen beschleunigten Fortgang zu geben.
Die Klägerinnen bitten deshalb gemäß des Schriftsatzes vom 18.6.1980, Abschnitt III (Seite 28, letzter Absatz, bis Seite 50, Absatz D.) um Änderung und Ergänzung des Beweisbeschlusses. Hierbei müssen auch die Beweisantritte auf den Seiten 18 und 27 des obengenannten Schriftsatzes berücksichtigt werden.
Sodann sollten Beweisbeschluß und Rechtshilfeersuchen nach Übersetzung schnellstens dem zuständigen chilenischen Rechtshilfegericht zur alsbaldigen Durchführung zugeleitet werden.

Rechtsanwälte
Dr. L. Kiesser
A. Lehnert

durch
Rechtsanwalt

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

[illegible] der Bitte um
[illegible]
Stellungnahme
weitere Veranlassung.
Bonn, den 21.8.80

(Berger)
[illegible]walt

An das
Landgericht
3. Zivilkammer

5300 Bonn 1

- 3 O 123/77 -

In Sachen

Private sociale Mission e.V. u.a. gegen amnesty International u.a.

äußere ich mich für die Klägerinnen auf die Verfügung des Herrn Vorsitzenden vom 11. August 1980:

1. Der Vorsitzende gibt den Parteien auf, bis 30.9.1980 je 15.000,-- DM Auslagenvorschuß zu zahlen. Eine solche Auflage mit Fristsetzung müßte durch die Kammer in Ergänzung des vorliegenden Beweisbeschlusses vom 22.1.1980 erfolgen. Ich weise darauf besonders im Hinblick auf die bereits erhobenen Einwendungen gegen die vorgesehene Beweisanordnung hin (S. 31 des Schriftsatzes vom 18. Juni 1980). Die Kammer müßte sich angesichts der Höhe der Kosten, die durch die Beweisaufnahme anfallen werden, damit zunächst auseinandersetzen.

   Die Vernehmung von Zeugen im Ausland erfolgt nach internationalem Recht im übrigen im Wege der Rechtshilfe durch das jeweils zuständige ausländische Gericht. Ein entsprechendes Rechtshilfeersuchen an das zuständige chilenische Gericht und seine Ausführung könnte nur zu Kosten führen, die in keinem Verhältnis zu dem ungewöhnlich hohen Betrage von insgesamt 60.000,-- DM

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

stehen, die die Kammer in ihrem Beweisbeschluß vom 22.1.1980 geschätzt hat. Der wesentliche Teil dieser geschätzten Kosten wird durch die Flugreisekosten für Kammermitglieder und einen Dolmetscher sowie für einen etwa vierwöchigen Aufenthalt in Chile benötigt. Das sind Kosten, die nicht notwendig sind, eben, weil nach geltendem internationalem Recht die Beweisaufnahme im Ausland nur durch das zuständige ausländische Rechtshilfegericht erfolgen kann. Ich bitte deshalb, den Kostenvorschuß - durch Kammerbeschluß - den wirklich mutmaßlich anfallenden Kosten anzupassen, also den Kosten, die durch die Zeugenvernehmung seitens des zuständigen chilenischen Gerichtes anfallen werden. Bei Berücksichtigung der Kostenverhältnisse in Chile wird es sich dabei um einen verhältnismäßig geringfügigen Betrag handeln. Die Klägerinnen besitzen nicht die finanziellen Möglichkeiten, die außergewöhnlich hohen Kosten für rechtlich nicht notwendige Maßnahmen aufzubringen.

2. Was die erbetene Stellungnahme zur weiteren Verfahrensweise anbelangt, kommt nur die Ausführung des Beweisbeschlusses durch das zuständige chilenische Rechtshilfegericht in Betracht. Die Klägerinnen müssen mit Rücksicht auf die bisherige Dauer des Verfahrens Wert auf dessen nunmehrige Beschleunigung legen. Sie bitten deshalb darum, das Rechtshilfeersuchen nunmehr beschleunigt dem zuständigen chilenischen Rechtshilfegericht zuzuleiten, und zwar nach Übersetzung von Rechtshilfeersuchen und Beweisbeschluß ins Spanische. Die Kosten dafür können den Parteien zu je 1/2 im Rahmen des Kostenvorschusses aufgegeben werden. Sie machen - einschließlich der Kosten der Zeugenvernehmungen - bei weitem nicht einen Betrag von 2 x 15.000,-- DM aus.

Rechtsanwalt

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

auch mit einer Interessenwahrnehmung in Chile beauftragt werden müßte, falls deutsche Richter teilnehmen würden. Ich habe mir erlaubt, das Wesentliche in einem Schriftsatzentwurf niederzulegen. Ich bitte Sie im Falle Ihres Einverständnisses, diesen Entwurf für bei Gericht einzureichenden Schriftsatz zu verwerten und mich darüber zu unterrichten.

Ihr ergebener Kollege

(Berger)
Rechtsanwalt

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

An das
Landgericht Bonn
3. Zivilkammer

5300 Bonn 1

- 3 O 123/77 -

In Sachen

Private Sociale Mission e.V. u.a. gegen amnesty international u.a.

äußere ich mich für die Klägerinnen auf die Verfügung des Herrn Vorsitzenden vom 11. August 1980:

1.- Der Vorsitzende gibt den Parteien auf, bis zum 30.9.1980 je DM 15.000,-- Auslagenvorschuß zu zahlen. Eine solche Auflage mit Fristsetzung müßte durch die Kammer in Ergänzung des vorliegenden Beweisbeschlusses vom 22.1.1980 erfolgen. Ich weise darauf besonders im Hinblick auf die bereits erhobenen Einwendungen gegen die vorgesehene Beweisanordnung hin (Seite 31, Absatz b) und Seite 50, Absatz D. unseres Schriftsatzes vom 18. Juni 1980). Die Kammer müßte sich angesichts der Höhe der Kosten, die durch die Beweisaufnahme anfallen werden, damit zunächst auseinandersetzen.

Die Vernehmung von Zeugen im Ausland erfolgt nach internationalem Recht im übrigen im Wege der Rechtshilfe durch das jeweils zuständige ausländische Gericht. Ein entsprechendes Rechtshilfeersuchen an das zuständige chilenische Gericht und seine Ausführung könnte nur zu Kosten führen, die in keinem Verhältnis zu dem ungewöhnlich hohen Betrage von insgesamt "zunächst ca. DM 60.000,--" stehen, die die Kammer in ihrem Beweisbeschluß vom 22.1.1980 geschätzt

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

hat. Der wesentliche Teil dieser geschätzten Kosten wird durch die Flugreisekosten für Kammermitglieder sowie für einen etwa vierwöchigen Aufenthalt in Chile benötigt. Das sind Kosten, die nicht notwendig sind, eben, weil nach geltendem internationalem Recht die Beweisaufnahme im Ausland nur durch das zuständige ausländische Rechtshilfegericht erfolgen kann. Ich bitte deshalb, den Kostenvorschuß - durch Kammerbeschluß - den wirklich mutmaßlich anfallenden Kosten anzupassen, also den Kosten, die durch die Übersetzungsarbeiten und die Zeugenvernehmung seitens des zuständigen chilenischen Gerichtes anfallen werden. Bei Berücksichtigung der Kostenverhältnisse in Chile wird es sich dabei um einen verhältnismäßig geringfügigen Betrag handeln, der bei weitem nicht 2 x DM 15.000,-- ausmachen wird.

Die Klägerinnen besitzen als gemeinnützige Körperschaften nicht die finanziellen Möglichkeiten, die außergewöhnlich hohen Kosten für rechtlich nicht notwendige Maßnahmen aufzubringen, besonders deshalb, weil die Klägerinnen alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel darauf verwenden, ein Krankenhaus in Chile zu unterhalten, in dem die minderbemittelte Landbevölkerung kostenlos betreut wird.

2.- Was die erbetene Stellungnahme zur weiteren Verfahrensweise anbelangt, kommt nur die Ausführung des Beweisbeschlusses durch das zuständige chilenische Rechtshilfegericht in Betracht; denn das chilenische Recht sieht keine anderen Möglichkeiten der Beweisaufnahme in Chile vor. Dort ist diese Materie im Código Bustamante (Código de Derecho Internacional Privado) geregelt. In Artikel 388 dieses chilenischen Gesetzes heißt es:

> "Jede Gerichtshandlung, die ein Vertragsstaat in einem anderen durchzuführen benötigt, wird im Wege des Rechtshilfeersuchens durchgeführt, welches auf dem diplomatischen Weg beantragt wird."
>
> ("Toda diligencia judicial que un Estado contratante necesite practicar en otro, se efectuará mediante exhorto o comisión rogatoria cursados por la vía diplomática.")

- 3 -

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Nach feststehender Rechtsprechung chilenischer Gerichte wird der Código Bustamante auch auf dén Rechtsverkehr mit Staaten angewendet, die nicht zu den Unterzeichnerstaaten der Konvention über Internationales Privatrecht von Havanna gehören, also auch auf den vertraglosen Rechtshilfeverkehr mit der Bundesrepublik Deutschland.

Die Klägerinnen halten aus den im Schriftsatz vom 18.6.80 dargelegten Gründen die Durchführung des Beweisbeschlusses vom 22.1.1980 nicht für erforderlich. Im übrigen bitten die Klägerinnen, mit Rücksicht auf die bisherige Dauer des Verfahrens und die für sie unerträgliche fortwährende Rufschädigung in der Presse nunmehr dem Verfahren seinen beschleunigten Fortgang zu geben.
Die Klägerinnen bitten deshalb gemäß des Schriftsatzes vom 18.6.1980, Abschnitt III (Seite 28, letzter Absatz, bis Seite 50, Absatz D.) um Änderung und Ergänzung des Beweisbeschlusses. Hierbei müssen auch die Beweisantritte auf den Seiten 18 und 27 des obengenannten Schriftsatzes berücksichtigt werden.
Sodann sollten Beweisbeschluß und Rechtshilfeersuchen nach Übersetzung schnellstens dem zuständigen chilenischen Rechtshilfegericht zur alsbaldigen Durchführung zugeleitet werden.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

15. August 1980

Dr. iur. Ludwig Klassen
A. Lehnertz
Rechtsanwälte
Thomas-Mann-Straße 58
5300 Bonn 1
Tel. 65 76 50 + 65 74 50
PSchA Köln 72312-501

Herrn

Prof. Dr. Dieter Blumenwitz
Institut für Völkerrecht der
Universität Würzburg

Domerschulstraße 16

8700 Würzburg

Betr.: Erstellung eines Gutachtens über Rechtshilfeverkehr mit Chile

Sehr geehrter Herr Professor Blumenwitz!

Wir vertreten die Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad aus Parral/ Chile und die Private Sociale Mission e.V., Siegburg, in einem Rechtsstreit bei der 3. Zivilkammer des Landgerichts Bonn gegen Amnesty International und die Firma Gruner & Jahr AG & Co. KG (Magazin STERN).

Unsere Mandanten begehren als Kläger in diesem Verfahren die Unterlassung von Behauptungen der Beklagten, mit denen das Landgut der Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad bei Parral als Folterlager des ehemaligen chilenischen Geheimdienstes DINA bezeichnet wurde.
In diesem Prozeß hat die 3. Zivilkammer des LG Bonn am 22.1.1980 einen Beweisbeschluß erlassen, der u.a. eine Beweisaufnahme in Chile unter Teilnahme von drei Richtern der Kammer vorsieht.

Die 3. Zivilkammer hat über den Dienstweg beim Bundesjustizministerium und beim Auswärtigen Amt in Bonn angefragt, in welcher Weise eine Beweisaufnahme in Chile möglich ist und ob die Kammer daran teilnehmen könne.
Als Antwort auf ihre Anfrage erhielt die 3. Zivilkammer des LG Bonn die Mitteilung des Ergebnisses eines Sondierungsgespräches, das der Deutsche Botschafter in Santiago de Chile, Heinz Dittmann, am 3. Juli 1980 mit Botschafter Ríos Marimón, Leiter der Rechtsabteilung des chilenischen Außenministeriums geführt hat. Diese Mitteilung enthält keine verbindliche Auskunft. Botschafter Ríos äußerte lediglich:

> "Da die Colonia Dignidad mit der Beweisaufnahme offenbar einverstanden sei, glaube er nicht, daß die Erledigung eines solchen Ersuchens und insbesondere auch die Teilnahme des Prozeßgerichts auf Schwierigkeiten stoßen wird."

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Botschafter Dittmann fügte seinem Bericht hinzu:

> "Im übrigen läßt sich natürlich trotz der positiven Haltung von Botschafter Rios und trotz des Präzedenzfalls Letelier das Risiko einer Ablehnung des Rechtshilfeersuchens durch die chilenische Seite nicht mit Sicherheit ausschließen."

Über die in dieser Sache allein wichtige Frage, ob die chilenischen Rechtsnormen eine Beweisaufnahme in Chile unter Teilnahme eines deutschen Gerichts zulassen, ist dem Bericht von Botschafter Dittmann jedoch nichts Konkretes zu entnehmen.

In einer Verfügung vom 11. August 1980 teilte der Vorsitzende der 3. Zivilkammer des LG Bonn den Parteien mit:

> "Mit einer grundsätzlichen Abstandnahme von den Anordnungen des Beweisbeschlusses vom 22.1.1980 ist gem. Zwischenberatung der Kammer nicht zu rechnen."

Das Ergebnis dieser Zwischenberatung beruht offensichtlich auf dem Sondierungsgespräch des Deutschen Botschafters in Santiago de Chile.
Außerdem werden die Parteien aufgefordert, zur weiteren Verfahrensweise Stellung zu nehmen und bis zum 30.9.1980 je DM 15.000,-- Kostenvorschuß einzuzahlen.

In unserer schriftsätzlichen Stellungnahme möchten wir, um weiteren Zeitverlust zu vermeiden und angesichts der hohen Kosten, die auf unsere Partei zukommen, von vornherein die in diesem Fall einschlägigen Normen des internationalen und des chilenischen Rechts berücksichtigen.

Wir bitten Sie daher um eine möglichst kurzfristige gutachtliche Stellungnahme, damit wir fristgemäß zum 30.9.1980 dem Gericht einen sachgerechten Schriftsatz einreichen können.

Rechtsanwälte
Dr. L. Klassen
A. Lehnertz

durch _____
Rechtsanwalt

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Landgericht Bonn
– Außenstelle Wilhelmstraße 42 –

Geschäfts-Nr.: 3 O 123/77
Bitte bei allen Schreiben angeben!

5300 Bonn 1, den Wilhelmstraße 42
Postfach 1960
Fernruf (0228) 7021
bei Durchwahl 702 285
Fernschreiber 08-86 521

11. August 1980

Beglaubigte Abschrift

Herren Rechtsanwälte
Dr. Klassen pp

B o n n

Sehr geehrte Herren Rechtsanwälte!

I n S a c h e n
Private Sociale Mission e. V. ./. Amnesty International u.a.

erhalten Sie anl. Mitteilung des Justizministers NW zur Kenntnisnahme übersandt.
Es wird Gelegenheit zur Stellungnahme zur weiteren Verfahrensweise gegeben bis 30. 9. 1980.
Zugleich wird beiden Seiten aufgegeben, bis dahin die 1. Hälfte des Auslagenvorschusses (je 15.000,-- DM) für das Rechtshilfeersuchen einzuzahlen.
Mit einer grundsätzlichen Abstandnahme von den Anordnungen des Beweisbeschlusses vom 22. 1. 1980 ist gem. Zwischenberatung der Kammer nicht zu rechnen.

Minssen
Vors. Richter am LG

Beglaubigt:
Justizangestellte

Landgericht Bonn

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Der Präsident des Landgerichts Bonn

5300 Bonn 1, den 4.7.1980
Wilhelmstraße 21
Postfach 1960
Fernruf (0228) 7021
bei Durchwahl 702
Fernschreiber 08-86521

1002

93 E II 6074

Geschäfts-Nr.:
Bitte bei allen Schreiben angeben!

An die

3. Zivilkammer

im H a u s e

1

Akte zurück!

Anliegende Sachstandsanfrage sende ich zu 3 O 123/77 zurück. Im Hinblick auf die mit Verfügung vom 1.7.1980 - gl. Az. - übersandten Mitteilungen des JM NW und BMG habe ich von der Weiterleitung der anl. Sachstandsanfrage abgesehen.

i.V. Loose

Landgericht Bonn

Beglaubigt

Justizangestellte

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Landgerichts Bonn

Geschäfts-Nr.: 3 0 123/77
Bitte bei allen Schreiben angeben!

5300 Bonn 1, den 27.6.1980
Außenstelle
Wilhelmstraße 42
Postfach 1960
Fernruf (02221) 7021
Ibel Durchwahl für 285
Fernschreiber 08-85 [illegible]

Herren Rechtsanwälte
Dr. Klassen u.a.

B o n n

Sehr geehrte Herren Rechtsanwälte!

In Sachen
Private soc. Mission ./. Amnesty Intern.
wird die Klägerseite um Klarstellung gebeten, ob Rechtsanwälte Dr. Klassen und Lehnertz nunmehr auch die Klägerin zu 1) Private Sociale Mission e.V. vertreten, was nach dem Schriftsatz vom 18.6.1980 anzunehmen naheliegt.
Die Stellungnahme der Beklagtenseite zum Schriftsatz der Klägerseite vom 18.6.1980 braucht nicht vor dem 15.8.1980 eingereicht zu werden.

Hochachtungsvoll
Minssen, Vors. Richter am Landgericht
Beglaubigt:

Jstizangestellte

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

RECHTSANWÄLTE DR. HELMUT NEUMANN · HERMANN LEUER
ZUGLEICH
FACHANWALT FÜR STEUERRECHT

RAe Neumann & Leuer, Postfach 2067, 5300 Bonn 1

5300 BONN, den 25.06.1980 3/2

Bertha-von-Suttner-Platz 25/IV
Postfach 2067
Telefon (02221) *631505
Vorwahl ab 17. Mai 1980: (0228)
Telex 6669463 advo d

Sprechstunden:
Nur nach Vereinbarung

Unser Zeichen

bei Antwort bitte angeben

Landgericht

5300 Bonn

In Sachen
Private soc. Mission ./. Amnesty Intern.
- 3 0 123/77 -

teilen wir mit, daß sich der zuständige Sachbearbeiter, Herr Dr. Neumann, seit dem 20.06.1980 in Urlaub befindet und erst zum 16.07.1980 zurückkehrt. Mit Rücksicht auf die Urlaubsbedingte Abwesenheit von Herrn Dr. Neumann und die änge des gegenerischen Schriftsatzes, die eine ausfürhliche Bearbeitung erforderlich macht, beantragen wir die Frist zur Stellungnahme bis zum

15.08.1980

zu verlängern.

Rechtsanwalt

Erste
Dr. Klassen m
Bonn

Archivo Nacional de Chile

...e Bonn
...909
...00 00)

Bank für Gemeinwirtschaft
Bonn Nr. 10173869
(BLZ 380 101 11)

Postscheckkonto Köln
Nr. 294513-505
(BLZ 870 100 50)

280

Archivo Nacional de Chile

18. Juni 1980

An das Landgericht

53oo Bonn

- 3 O 123/77 -

In Sachen

Private sociale Mission e.V. u.a. gegen amnesty International u.a.

tragen wir für die Kläger ergänzend wie folgt vor:

I.

Wenn es beim Beweisbeschluß des Landgerichts vom 22.1.198o bleibt, müssen die Kläger damit rechnen, daß der Prozeß, der mit Zustellung der Klagbegründung vom 23. Mai 1977 begonnen hat, in erster Instanz mindestens noch bis zum Jahre 1981 andauern wird. Allein in erster Instanz wären dann bis zur Entscheidung des Hauptsacheverfahrens vier Jahre vergangen; sollte es den Beklagten gelingen, nach Durchführung dieses Beweisbeschlusses neue Zeugen zu präsentieren, weil es wieder einmal Angehörigen der chilenischen Opposition bzw. Untergrundbewegungen gelungen ist, ins Ausland zu gelangen und dort als Zeuge zur Verfügung zu stehen, wird der Rechtsstreit möglicherweise noch sehr viel länger dauern. Dabei weise ich allerdings darauf hin, daß es in Chile keine Ausreisebeschränkungen gibt und daß am 19.4.1978 eine Generalamnestie für Vergehen gegen die innere Sicherheit des Landes in Kraft getreten ist (vgl. "Rhein-Sieg-Rundschau" vom 21.4.1978). Jedenfalls macht es schon die bisherige Dauer dieses Prozesses den Klägern immer schwieriger, ihre berechtigten Ansprüche bei einer für sie günstigen Hauptsacheentscheidung tatsächlich zu realisieren. Denn die Verletzung von Ehre und Ansehen der Kläger durch die Beklagten werden immer irreparabler, je länger

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

sie auf die Öffentlichkeit einwirken konnte, ohne daß die Kläger durch Veröffentlichung eines Unterlassungstitels dokumentieren können, daß diese Verletzung ohne rechtfertigenden Grund erfolgt ist.

Das trifft zwar für jeden Rechtsstreit zu, in dem es um die Verletzung von Persönlichkeitsrechten geht. Hier gilt es jedoch in besonderem Maße, weil dieser Prozeß auch ein politischer Prozeß ist.

Die Klägerinnen sind Opfer einer groß angelegten politischen Kampagne der Beklagten, amnesty international - Sektion der Bundesrepublik Deutschland - und dem Magazin STERN, gegen die derzeitige chilenische Regierung, die die Klägerinnen in moralisch vernichtender Weise treffen soll (vgl. Anlage: Grafische Darstellung der Aktionsgemeinschaft AI - STERN).

In der einleitenden Begründung der AI-Broschüre "COLONIA DIGNIDAD, DEUTSCHES MUSTERGUT IN CHILE - EIN FOLTERLAGER DER DINA", heißt es wörtlich:

1. "amnesty international möchte am Beispiel der COLONIA DIGNIDAD zeigen, in welcher Weise der geheime Unterdrückungsapparat in Chile organisiert ist, ..."
2. "Zudem soll gezeigt werden, daß dieser Unterdrückungsapparat mit direkter Unterstützung aus dem Ausland, in diesem Fall aus der Bundesrepublik Deutschland, rechnen kann."
3. "Gegenwärtig herrscht in der internationalen und besonders in der bundesdeutschen Berichterstattung eine Tendenz steigender Anerkennung der chilenischen Militärregierung, deren anfängliche Unmenschlichkeit jetzt angeblich einer langsamen Liberalisierung weicht. Soweit diese Tendenz zur Anerkennung nicht auf politischem Interesse am Weiterbestehen der Militärregierung, sondern auf fehlenden Informationen beruht, soll hier eine Hilfestellung zur Einschätzung von Art und Umfang der andauernden Menschenrechtsverletzungen in Chile gegeben werden."

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Zur Veranschaulichung werden als Anlage eine

/ graphische Darstellung der Aktionsgemeinschaft
AI-STERN mit "Erläuterungen..."

überreicht.

Die anzuerkennenden satzungsgemäßen Zielsetzungen der Beklagten zu 1) werden von den Klägerinnen nicht in Frage gestellt. Jedoch auch die Beklagte zu 1) hat ihre Ziele nur im Rahmen geltenden Rechts zu verfolgen; damit läßt sich nicht vereinbaren, daß sie die Existenz des Landguts der Klägerin zu 2) nutzt, um so in Deutschland den gewünschten publizistischen Effekt zu erzielen und das öffentliche Forum für die Verfolgung ihrer politischen Ziele zu erhalten. Denn darauf läuft die politische Kampagne der Beklagten hinaus: "Chile-Greuel" (so etwa die Formulierung des Kölner Stadtanzeigers in der Ausgabe vom 21.3.1977) lassen sich besser in der Öffentlichkeit darstellen, wenn sie mit deutschen Siedlern, national-sozialistischem "Flair" und - wie im Stern-Artikel vom 17.3.1977 - sexuellem Hintergrund in Zusammenhang gebracht weden können. Aus guten Gründen gilt im deutschen Recht jedoch jedenfalls seit Gründung der Bundesrepublik nicht der Satz: "Der Zweck heiligt die Mittel"; gerade im Bereich des Persönlichkeitsrechtes kommt es vielmehr entscheidend auf das Mittel an, weshalb die Kammer zu Recht die Beklagten für beweispflichtig hält, weil sie nicht in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt haben. Nur müssen die Kläger befürchten, daß ihr prozessuales Recht auf die Gewährung von Rechtsschutz schon durch die Dauer des Verfahrens leerlaufen muß. Das wird jedoch weder durch das bisherige Ergebnis der Beweisaufnahme noch durch zu erwartende das Ergebnis der Durchführung des Beweisbeschlusses vom 22.1.1980 gerechtfertigt werden können.

II.

Die bisherige Beweisaufnahme besteht fast ausschließlich in der Vernehmung von chilenischen Zeugen. Darauf fußt letztlich auch der Beweisbeschluß vom 22.1.1980, weshalb die Kläger hiermit auf die Widersprüchlichkeit dieser Aussagen hinweisen:

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

1. Der Zeuge Iván Treskow, kommunistischer Studentenführer an der Universität Talca/Chile, ist vom Landgericht zweimal vernommen worden, nämlich einmal im Verfügungsverfahren (3 O 1o4/77) am 12.5.1977 und zum anderen im Hauptsacheverfahren am 2o.6.1978. Beide Aussagen sind in wesentlichen Punkten, nämlich gerade hinsichtlich der Indiztatsachen, aus denen der Zeuge auf seinen Aufenthaltsort schließt, nicht miteinander zu vereinbaren.

a) Am 12.5.1977 hat der Zeuge erklärt, "anhand der Wegweiser" erkannt zu haben, daß er sich bei seinem Transport u.a. "in der Nähe von Parral" befunden habe (S. 8 des Protokolls vom 12.5. 77). Am 2o.6.1978 ist aus mehreren Wegweisern "ein Schild" geworden, das "auf den Ort Parral hinwies" (S. 17/18 des Protokolls vom 2o.6.1978). Dabei war sich der Zeuge dann auch "nicht" mehr "sicher", ob "dieses Schild auch eine Entfernungsangabe enthielt"; er weiß also nicht einmal mehr, ob es sich um einen Wegweiser oder um ein Ortseingangsschild handelt. Daraus ergibt sich, daß der Zeuge nicht einmal mehr den einzigen Hinweis auf eine Fahrt durch Parral, nämlich "Wegweiser" bzw. "Schild", sicher bestimmen kann. Nimmt man hinzu, daß sich der Zeuge auch nicht mehr daran erinnern konnte, die Mautstelle Perquilauquen passiert zu haben, die auf dem Weg zwischen Portezuelo und Parral liegt, bleibt schon fraglich, ob er überhaupt in die Nähe von Parral transportiert worden ist. Jedenfalls zeigt sich, auf welch vage Vermutungen und Schlußfolgerungen die Wegbeschreibung des Zeugen gestützt ist.

b) Das belegen auch die Erklärungen des Zeugen zur angeblichen Abbiegung von der Panamericana. Bei seiner Vernehmung vom 12.5.1977 (S. 9 des Protokolls) ist dem Zeugen eine Fotografie vorgelegt worden (Bl. 129 d.A.), die der Zeuge zum Gegenstand seiner Aussage gemacht hat. Nachdem ihm die Fotografie vorgelegt worden ist, hat er nämlich erklärt, "an der Stelle, an der er zum Gebirge hin abgebogen sei mit dem Wagen", ein "rotes Schild erkannt" zu haben", das "dem roten Schild auf der Fotografie entspreche". Vorher hat der Zeuge von einem Schild mit dem Hinweis auf "Cattielo" nichts erwähnt. Am 2o.6.1978 hat sich

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

für den Zeugen bereits zur Gewißheit bestätigt, daß die Fotografie die "Abbiegung von der Panamericana zeigt", auf der er in das Gebirge gebracht worden sein will (S. 6/7 des Protokolls vom 2o.6.1978). Im weiteren Verlauf seiner Vernehmung vom 2o.6. 1978 muß er dann auf Vorhalt richtigstellen, daß er lediglich "beim Abbiegen ein Schild gesehen" haben will, "etwa so, wie es das Foto zeigt" (S. 18 des Protokolls vom 2o.6.1978). Ein Zeuge, der seine Aussage offensichtlich nach einer Fotografie ausrichtet, die zeigt, was er nachträglich gesehen haben will, aber so nicht gesehen hat, ist wenig glaubwürdig. Dazu ist ergänzend vorzutragen, daß die Fotografie auf Bl. 129 d.A. außer dem "Cattielo-Schild" zwei weiße Schilder zeigt, die auf die Baustelle des Staudamms in Digua hingewiesen haben. Das Foto stammt aus dem Jahre 1971 (Aussage des Zeugen Matthusen vom 3o.5.1979, S. 4 des Protokolls). Im Jahre 1975 waren die beiden weißen Schilder längst entfernt, weil der Staudamm bereits Anfang der 7oer Jahre fertiggestellt worden war. Trotzdem will der Zeuge "neben dem Schild, das auf Cattielo hinwies, noch ein oder zwei weitere Schilder" gesehen haben, offensichtlich deshalb, um ein möglichst hohes Maß an Übereinstimmung seiner Aussage mit der von dem Beklagten vorgelegten Fotografie zu erreichen. Das läßt den Schluß zu, daß der Zeuge seine Aussage nicht an konkreten Wahrnehmungen während seines Transportes orientiert hat, sondern an dem von den Beklagten vorgelegten Foto. Ein Zeuge, der so eigene Wahrnehmungen mit dem Tatsachenvortrag der ihm nahestehenden Partei verwechselt, ist nicht glaubwürdig.

c) Ein wesentliches Indiz für die Schlußfolgerung des Zeugen, er sei in der Colonia Dignidad (womit er das Landgut "El Lavadero" meint) gefoltert worden, war jedenfalls am 12.5.1977 "das Vorhandensein von zwei Militärkontrollen vor Ankunft an dem Ort, an dem ich gefoltert worden bin" (S. 6 des Protokolls vom 12.5. 1977). Von dieser Stütze seiner Aussage ist nichts mehr übrig geblieben. Am 2o.6.1978 mußte der Zeuge nämlich einräumen, daß er keinen konkreten Anhaltspunkt für seine Aussage vom 12.5.1977 hatte, er habe zwei Militärposten passiert. Am 12.5. 1977 hat er noch eindeutig bekundet, man habe "vor einer Schranke gehalten", die Wageninsassen hätten sich "ausweisen" müssen;

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

erst dann sei "die Schranke geöffnet" worden (S. 9 des Protokolls vom 12.5.1977). Am 2o.6.1978 muß er richtigstellen, daß er "an den Kontrollpunkten keine Schranken gesehen" hat; er hat auch keineswegs konkret wahrgenommen, daß sich die Wageninsassen "an den Kontrollpunkten ausweisen mußten"; übrig geblieben ist lediglich seine Feststellung, daß der Wagen zweimal angehalten habe und daß seine Insassen ausgestiegen seien. Warum das Fahrzeug angehalten hat, kann er "aus eigenem Wissen" nicht mehr sagen (S. 18 u. 19 des Protokolls vom 2o.6.1978). Auch das zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die Aussage des Zeugen jedenfalls in den hier wesentlichen Teilen (Wegbeschreibung) nicht auf eigener Wahrnehmung beruht und deshalb keinen Beweiswert hat. Ohnehin muß verwundern, daß der Zeuge überhaupt während seines Transportes etwas gesehen haben will. Immerhin ist er in einem Kofferraum transportiert worden; die Augen waren ihm verbunden worden. Seine Wahrnehmungen will er durch ein "Ventilationsgitter" gemacht haben. Die Existenz eines derartigen Ventilationsgitters wäre jedoch außerordentlich ungewöhnlich; jedenfalls in Chile würde das nachträgliche Anbringen eines derartigen Gitters völlig unverständlich sein, weil wegen der dortigen Straßenverhältnisse - überwiegend Schotter - bzw vollkommen unbefestigte Straßen mit starker Staubentwicklung in der langen Trockenzeit - jeder Wagenbesitzer bemüht ist, Undichtigkeiten des Fahrzeugs zu vermeiden. Trotzdem soll es sich nach der Aussage des Zeugen um "ein ganz gewöhnliches Auto" gehandelt haben. Wie der Zeuge das vom Kofferraum aus festgestellt haben will, bleibt allerdings offen. Wahrscheinlich handelt es sich auch insoweit nur um eine bloße Vermutung des Zeugen.

d) Recht aufschlußreich sind auch die wechselnden Darstellungen des Zeugen zu den von ihm als "Major" und "Doktor" bezeichneten Personen. Am 12.5.1977 will der Zeuge den "Major" noch gesehen haben, und zwar "am Schluß" seines Aufenthalts am Folterungsort (S. 1o u. 11 des Protokolls vom 12.5.1977). Am 2o.6.1978 wird diese Aussage als "Übersetzungsfehler" bezeichnet; nachdem ihm vorgehalten worden ist, daß er den "Major" am 12.5.1977 noch näher beschrieben hatte (vgl. S. 12 des Protokolls vom 12.5.1977), ändert er seine Aussage ein zweites Mal:

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Jetzt soll es sich bei der ersten Aussage nicht mehr um einen Übersetzungsfehler handeln, vielmehr will der Zeuge seine erste Aussage nur deshalb als unzutreffend dargestellt haben, weil er seine Aussage "zunächst zeitlich begrenzen" wollte, und zwar "auf die ersten drei Tage" seines Aufenthalts am Inhaftierungsort (S. 15 des Protokolls vom 2o.6.1978). Welchen Sinn diese "zeitliche Begrenzung" haben sollte, ist nicht verständlich. Verständlich ist nur das überdeutliche Bemühen des Zeugen, von ihm erkannte Widersprüche seiner mehrfachen Aussagen auszubügeln, was allerdings neue Widersrüche zur Folge hat. Glaubwürdiger wird der Zeuge dadurch jedenfalls nicht.

2. Ebenso wenig glaubwürdig sind die Angaben der Zeugin Adriana Bórquez, aktives Mitglied der kommunistischen Partei Talca/Chile, zu dem hier maßgeblichen Indizienkomplex. Was die Zeugin in ihrer eidesstattlichen Versicherung vom 24.4.1977 erklärt hat, ist teilweise nicht mit dem Inhalt ihrer Aussage vom 2o.6.1978 zu vereinbaren. Außerdem stützt auch diese Zeugin ihre Vermutung, auf dem Landgut des Klägers zu 2) gefoltert worden zu sein, auf kaum noch nachvollziehbare Schlußfolgerungen.

a) In ihrer eidesstattlichen Versicherung vom 24.4.1977 hat die Zeugin erklärt, "von den Lichtern, die sie unter der Kapuze erhaschen konnte" gewußt zu haben, daß "sie nach Süden fuhr"; gemeint ist damit, daß die Zeugin von Talca nach Süden abtransportiert worden sei. Dabei will sie, wenn man ihrer eidesstattlichen Versicherung folgt, sogar zweimal Lichter auf der Fahrt über die Panamericana gesehen haben. Danach will sie sich orientiert haben. Abgesehen davon, daß derartige Lichter kaum eine zuverlässige Orientierungshilfe darstellen, hat die Zeugin bei ihrer Vernehmung vom 2o.6.1978 plötzlich andere Anhaltspunkte für ihre Annahme, von Talca aus über die Linares nach Süden transportiert worden zu sein; "Lichter will sie jetzt nur noch einmal bemerkt haben (vgl. S. 25 des Protokolls vom 2o.6. 1978). Auch diese angeblichen Wahrnehmungen der Zeugin sind jedoch nicht geeignet, den Schluß auf die von ihr vermutete Wegstrecke zu rechtfertigen. So läßt sich aus dem Umstand, daß die

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Zeugin von einer "scharfen Rechtskurve" berichtet hat, auf der die Straße von Talca aus in die Panamericana einmünde (S. 23 des Protokolls vom 2o.6.1978) nicht folgern, daß die Fahrt von dort aus nach Süden weitergegangen wäre. Denn an dieser Stelle herrscht Kreisverkehr; auch nach Norden fahrende Fahrzeuge müssen daher eine Rechtskurve fahren. Nicht nachvollziehbar ist die Schlußfolgerung der Zeugin, nach Süden gefahren zu sein, weil sie "auf der Panamericana auf der rechten Fahrbahn" transportiert worden sei (aaO). In Chile herrscht Rechtsverkehr, weshalb grundsätzlich die rechte Fahrbahn zu benutzen ist, selbstverständlich auch dann, wenn man nach Norden fährt. Bei Talca besteht die Panamericana nur aus einer zweispurigen Fahrbahn, deren eine Spur nach Norden und deren andere nach Süden befahren wird. Die beiden Richtungsspuren sind nicht durch einen unbefestigten Streifen, Leitplanken oder ähnliche Einrichtungen voneinander getrennt; es gibt also nichts, woraus die Zeugin hätte erkennen können, ob sie die Panamericana in Richtung Süden oder Norden befahren hat. An dieser Feststellung kann auch der Hinweis der Zeugin auf die Brücke, die sie überquert haben will, nichts ändern: Beim Überqueren der "Maule-Brücke" kann die Zeugin keine "unverwechselbaren Geräusche" festgestellt haben, weil diese Brücke ebenso wie viele andere Brücken auf der Panamericana eine Asphaltfahrbahn hat. Wäre die Zeugin tatsächlich von Talca aus in Richtung Süden nach Parral gefahren, hätte sie außerdem bemerken müssen, daß auf dieser Strecke neun weitere große Brücken zu passieren waren; sie hat jedoch ausgesagt, nur diese eine Brücke passiert zu haben (S. 25 des Protokolls vom 2o.6.1978).

b) Aufschlußreich sind auch die Angaben der Zeugin zu dem Zeitraum ihres angeblichen Transportes auf der Panamericana. Am 2o.6.1978 hat sie erklärt, daß ihrer Erinnerung nach die "Strekke zwischen Talca und Linares länger war als die danach noch bis zum Abbiegen auf der Panamericana zurückgelegte Strecke"; der zweite Teil der Strecke, d.h. nach dem Passieren von Linares bis zum Abbiegen" habe wohl "weniger als die Hälfte der vorangegangenen Strecke" betragen (S. 25 des Protokolls vom 2o.6.1978). Die Entfernung zwischen Talca und Linares beträgt ca.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

5o km. Wenn man ihre Zeitangaben zugrundelegt, müßte sie nach Linares höchstens noch weitere 25 km nach Süden gefahren sein, bis sie die Panamericana nach links verließ. Dann kann sie jedoch Parral nicht erreicht haben; sie hätte dann ca. 15 km nördlich vor Parral die Panamericana verlassen. Die Abbiegung von der Panamericana, die zum Landgut des Klägers zu 2) führt, liegt jedoch 1 km südlich hinter Parral. Wenn man die Schätzungen der Zeugin zugrundelegt, kann sie diese Abbiegung nie erreicht haben.

c) Widersprüchlich sind auch die Angaben der Zeugin über die Wegstrecke nach Verlassen der Panamericana. Diesen Weg will die Zeugin zum Teil mit einem "Ambulanzwagen" zurückgelegt haben, was sie kühn daraus gefolgert hat, daß "der Wagen weiß war, zumindest von innen" (S. 26 des Protokolls vom 2o.6.1978). In ihrer eidesstattlichen Versicherung vom 24.4.1977 erklärt die Zeugin, daß der Weg "weiter in Kurven" angestiegen sei und daß sie "auf der anderen Seite wieder" hinuntergefahren sei; der Abstieg schien ihr "länger als der Aufstieg" zu sein, "ebenso die Kurven". Am 2o.6.1978 sagt die Zeugin das Gegenteil: "Zunächst kam ein steiler kurvenreicher Anstieg. Der Abstieg der Straße war noch kürzer und steiler und ohne Kurven" (S. 27 des Protokolls vom 2o.6.1978). Allein das zeigt, daß die Wegbeschreibung dieser Zeugin absolut unbrauchbar ist.

d) Außerdem wird auf S. 34 unten des Vernehmungsprotokolles vom 2o.6.1978 verwiesen. Die Zeugin hat dort einräumen müssen, daß sie selbst mit offenen Augen nicht in der Lage gewesen wäre, die Örtlichkeit zu identifizieren.

3. Nichts anderes gilt für die Angaben des Zeugen Gerardo Iván Sánchez, ebenfalls aktives Mitglied der kommunistischen Partei Talca/Chile. Auch dessen Wegbeschreibung führt nämlich nicht zu "El Lavadero". Was er am 21.6.1978 ausgesagt hat, ist nicht geeignet, die Schlußfolgerung des Zeugen zu stützen, gerade dort inhaftiert worden zu sein.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

a) Zunächst fällt auf, daß der Zeuge für fast jeden Streckenabschnitt konkrete Zeitangaben macht (vgl. die S. 39 bis 42 des Protokolls vom 21.6.1978), aber nicht in der Lage ist, die Fahrzeit von Sanjavir zur Tankstelle und von Talca bis zum Zeitpunkt des Linksabbiegens von der Panamericana auch nur annähernd zu schätzen. Andererseits schätzt er die Zeit zwischen seiner Verhaftung und dem Verlassen der Panamericana auf insgesamt "etwa 2 Stunden", eine Schätzung, die schon mit der Summe seiner Einzelangaben nicht vereinbar ist.

b) Daß der Zeuge nach links von der Panamericana abgebogen ist, will er "an dem starken Richtungswechsel" erkannt haben, "der damit verbunden war"; die "gleiche Stärke der Richtungsänderung" habe er "zuvor nur einmal verspürt, nämlich als der Wagen in Talca auf die Panamericana einbog". Einen derart auffallenden Richtungswechsel kann der Zeuge jedoch nicht bemerkt haben, wenn er tatsächlich auf die zu "El Lavadero" führende Straße abgebogen wäre: Von Norden her gesehen bildet diese Abzweigung mit der Panamericana einen flachen Winkel. Das hat der Zeuge Matthusen bei seiner Vernehmung vom 3o.5.1979 bereits ausgesagt: "Wenn man aus Richtung Norden von der Panamericana kam, mußte man ~~von~~ folglich zum Fundo nach links abbiegen in die Kordillere hinein und fuhr dann in einem stumpfen Winkel zunächst in etwa in Richtung der Panamericana alsbald aber dann von dieser in Kurven sich entfernend weiter" (S. 4 des Protokolls vom 3o.5.1979). Wenn man also die Panamericana in Richtung "El Lavadero" verläßt, kann man keinen "starken Richtungswechsel" erleben. Mit Sicherheit muß der Zeuge Sanchez erheblich spürbarere Richtungswechsel erlebt haben, als er seinen Angaben zufolge nach seiner Verhaftung kreuz und quer durch Talca gefahren worden ist (vgl. S. 39 des Protokolls vom 21.6.1978), wobei er mindestens 7 scharfe Kurven durchfahren sein muß. Wenn der Zeuge tatsächlich in der Lage gewesen war, einen Richtungswechsel deutlich wahrzunehmen, weil er "an den Händen aufgehängt" worden war (S. 41 des Protokolls vom 21.6.1978) und wenn er nach "El Lavadero" gebracht worden wäre, hätte er auch als besonders scharfen Richtungswechsel die

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Abzweigung des Weges von der Schotterstraße Parral-Cattielo nach San Manuel empfinden müssen, von der der Zeuge Matthusen ebenfalls berichtet hat (vgl. S. 4 des Protokolls vom 30.5. 1979). Davon sagt der Zeuge jedoch kein Wort.

c) Ist somit noch nicht einmal ersichtlich, daß der Zeuge überhaupt die Strecke von Parral nach Cattielo gefahren worden ist, vermag auch seine weitere Schilderung kein Indiz für seine Schlußfolgerung liefern, auf "El Lavadero" gewesen zu sein. Seine Wegbeschreibung ist allerdings aufschlußreich, weil in sich widersprüchlich. Der Zeuge will die Hin- und die Rückfahrt zum Inhaftierungsort auf demselben Weg zurückgelegt haben (vgl. S. 48 des Protokolls vom 21.6.1978), beschreibt diesen Weg jedoch für Hin- und Rückfahrt völlig unterschiedlich. Auf der Hinfahrt will er bemerkt haben, daß "der letzte Teil der Fahrt nach der Holzbrücke" über "starke An- und Abstiege" geführt habe (S. 42 des Protokolls vom 21.6.1978); auf der Rückfahrt ging es vom Inhaftierungsort aus "in Richtung Brücke insgesamt mehr oder weniger bergab. Es war kein steiler, aber ständiger Abstieg, soweit noch in diesem Streckenbereich Anstiege vorhanden gewesen sein sollten", hat er diese "nicht bemerkt" (S. 48 des Protokolls vom 21.6.1978). Offenbar hat der Zeuge überhaupt nichts "bemerkt": Nach Hinweis auf den offensichtlichen Widerspruch in beiden Wegbeschreibungen erklärt er, daß "die Transportsituation" für ihn auf der Rückfahrt "eine völlig andere war", bleibt aber gleichwohl davon überzeugt, denselben Weg wie für die Hinfahrt benutzt zu haben. Solch eine Aussage läßt nur zwei Deutungen zu: Der Zeuge hat entweder nichts konkret wahrnehmen können (was bei den Umständen der Fahrt nur natürlich wäre), oder seine Wahrnehmungen waren tatsächlich von der "Transportsituation" abhängig. Dann allerdings muß angenommen werden, daß die Wegbeschreibung des Zeugen bei einer anderen "Transportsituation" wiederum anders ausgesehen hätte; eine Ortsbeschreibung, die die direkte Funktion der jeweiligen "Transportsituation" ist, ist ohne jeden Wert.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

d) Wie bedenkenlos der Zeuge Vermutungen als Fakten darstellt, zeigen seine Angaben zu einer angeblichen Kontrolle auf der Fahrt zum Inhaftierungsort. Der Zeuge erklärt zunächst, das Fahrzeug habe angehalten; er habe "Stimmen" gehört, es "wurde nach Ausweisen gefragt". Dann muß er jedoch einräumen, "nicht gehört" zu haben, daß "während dieses Haltens Ausweise verlangt wurden"; er meint jedoch, es müsse sich "um einen Kontrollpunkt" gehandelt haben, weil "der Lieferwagen anhielt" und "die Scheiben heruntergedreht wurden" (S. 41 des Protokolls vom 21.6.1978). Auf einen Zeugen, der als Faktum ausgibt, was reine Spekulation ist, ist jedoch kein Verlaß.

e) Worauf die "Ortskenntnisse" dieses Zeugen und möglicherweise auch anderer hier vernommener Zeugen beruhen, läßt sich im Protokoll vom 21.6.1978 nachlesen: Er hat "im März oder April 1977 im chilenischen Fernsehen einmal einen Fernsehfilm gesehen", in dem über "die Colonia Dignidad berichtet wurde" (S. 49 des Protokolls vom 21.6.1978). Dabei will er "dann die Holzbrücke wiedererkannt" haben, "die ziemlich am Eingang der Kolonie liegt" (S. 5o des Protokolls vom 21.6.1978). Auf Vorhalt muß er dann allerdings einräumen, daß dieses "Wiedererkennen" eine reine "Schlußfolgerung ist", die er darauf stützt, daß er "kurz vor dem Eingang zur Kolonie in dem Film eine Holzbrücke gesehen" habe, von der er "annehme, daß es die war", über die er ja zweimal gefahren sei; außerdem habe er "ja den brombeerbestandenen Weg wiedererkannt". Schlagender als mit dieser Argumentation kann der Zeuge nicht belegen, daß seine Aussage falsch ist: Die Holzbrücke, die nicht kurz vor dem Eingang der Kolonie, sondern 18 km davon entfernt liegt, hätte er nur dann "wiedererkennen" können, wenn er sie bei seinem Transport gesehen hätte. Er hat jedoch selbst bestätigt, daß ihm nach dem Erreichen des "Kontrollpunkts" "eine schwarze Kapuze über den Kopf gezogen" worden ist (S. 41 des Protokolls vom 21.6.1978); daß er über eine Holzbrücke gefahren worden ist, hat er auch nicht visuell festgestellt, sondern an einem angeblichen "charakteristischen Geräusch wie" dem "Rappeln von Holzbohlen" (S. 42 des Protokolls vom 21.6.1978). Einen "brombeerbestandenen Weg" kann der Zeuge allerdings "wiedererkannt haben"; in Chile sind

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Brombeersträuchereine Landplage, es gibt wohl keine Straße, keinen Weg oder Feldrand in Chile südlich von Santiago, an dem man keine Brombeersträucherfindet.

4. Ebenso wenig nachvollziehbar und ohne Beweiswert sind die Angaben des Zeugen Manuel Bravo bei seiner Vernehmung vom 21.6. 1978. Er ist unter den bisher genannten Zeugen das vierte aktive Mitglied der kommunistischen Partei Talca/Chile.

a) Schon die Zeitangaben des Zeugen machen deutlich, daß sein Transport nicht nach El Lavadero geführt haben kann. Der Zeuge gibt an, von Talca bis zur Maule-Brücke (ca. 15 km) etwa 1o Minuten gefahren zu sein (S. 54 des Protokolls vom 21.6.1978). Das entspricht einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 9o km/h. Davon ausgehend, ergibt sich, daß die von dem Zeugen wahrgenommene Tankstelle die Esso-Tankstelle bei Parral gewesen sein müßte, die ca 9o km südlich von Talca liegt; denn der Zeuge berichtet von einer Fahrzeit von einer Stunde zwischen der Auffahrt auf die Panamericana in Talca und dem Erreichen der Tankstelle. Die Esso-Tankstelle bei Parral liegt von Norden gesehen links an der Panamericana. In den weiteren 4o bis 5o Minuten Fahrzeit bis zum Abfahren von der Panamericana nach links muß der Zeuge dann von der Tankstelle bei Parral aus noch weitere 6o bis 75 km nach Süden zurückgelegt haben. Das Abbiegen von der Panamericana muß also in der Umgebung von Chillán stattgefunden haben; die Entfernung von Parral nach Chillán beträgt nämlich 63 km. Er kann daher nicht die Abbiegung von der Panamericana nach Cattielo und damit zu El Lavadero benutzt haben, weil er diese schon nach erheblich geringerer Fahrzeit hätte erreichen müssen (die Abfahrt liegt nur einen km südlich von Parral).

b) Allerdings ist nach der Aussage des Zeugen nicht einmal sicher, ob die Fahrt auf der Panamericana tatsächlich schon ca. 4o bis 5o Minuten nach Verlassen der Tankstelle beendet worden ist. Der Zeuge hat angegeben, daß nach ca. 4o bis 5o Minuten das Fahrzeug "nach links von der Panamericana" abgebogen sei (S. 55 des Protokolls vom 21.6.1978). Er hat das offensichtlich am Richtungswechsel festgestellt. Erst "nach einiger Zeit" hat er

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

jedoch bemerkt, daß sich "der Fahrbahnbelag geändert hatte". Das läßt nur zwei Schlüsse zu: Entweder hat der Zeuge die Fahrt auf der Panamericana fortgesetzt und nicht unterscheiden können, ob der Richungswechsel von dem Durchfahren einer Kurve, dem Umfahren einer Baustelle oder dem Verlassen der Panamericana herrührt. Oder das Fahrzeug ist in eine asphaltierte Nebenstraße eingebogen, deren Fahrbahnbelag sich erst nach einiger Zeit änderte. Jedenfalls kann er nicht die Straße nach Cattielo gefahren worden sein. Das ergibt sich auch daraus, daß der Zeuge nicht die scharfe Abzweigung nach rechts von der Schotterstraße Parral-Cattielo beschrieben hat; ebenso wenig ist ihm offenbar die 3oo m hinter dieser Abzweigung liegende Holzbrücke über den Rio Cato mit anschließender starker Steigung des Weges aufgefallen, auch den etwa 1o km weiter beginnenden steilen Abstieg in Serpentinen in das Perquilauquén-Tal hat er offenbar nicht wahrgenommen. All das zeigt, daß er nicht nach "El Lavadero" transportiert worden sein kann. Wenn der Zeuge also überhaupt gefoltert worden ist, dann nicht im Landgut des Klägers zu 2).

c) Seine Annahme, auf El Lavadero gewesen zu sein, beruht ohnehin nur auf bloßer Spekulation. Denn er muß selbst einräumen, daß er diese Erkenntnis nicht aufgrund eigener Wahrnehmungen am Inhaftierungsort gewonnen hat, sondern ausschließlich aus Gesprächen mit anderen Inhaftierten und deren Schlußfolgerungen herleitet. Er hat nämlich erklärt, nur deshalb zur Überzeugung gekommen zu sein, "in der Colonia Dignidad inhaftiert" gewesen zu sein, weil "15 bis 2o Tage vor" seiner "Verhaftung in Talca einige andere Personen verhaftet worden waren", von denen er nach ihrer Entlassung erfahren haben will, daß "sie sich in der Colonia Dignidad befunden hätten" (S. 6o des Protokolls vom 21.6.1978). Auf welche Tatsachen diese Personen ihre Schlußfolgerung gestützt haben, erläutert der Zeuge nicht. Ohnehin ist eine Aussage, die ohne nachvollziehbare Begründung wiedergibt, was unbekannte Dritte gemeint haben sollen, ohne jeden Wert.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

d) Die Aussage wird auch nicht durch den Hinweis des Zeugen auf die angeblichen Umstände seiner Verhaftung beweiskräftiger. Der Zeuge hat zwar geschildert, daß die Gruppe, die ihn verhaftet habe, "von einem großen blonden Mann" angeführt worden sei; auf dem Haftbefehl des Innenministeriums will er "den Namen Schmidt" wahrgenommen haben, obwohl ihm dieser Haftbefehl nur "sehr schnell" vorgehalten worden war (S. 56 des Protokolls vom 21.6.1978). Es erscheint schon unwahrscheinlich, daß ein Mitglied der deutschen Siedlung, also ein deutscher Staatsangehöriger, Haftbefehle des chilenischen Innenministeriums unterschreiben könnte, zumal die chilenischen Behörden - gehe ich von der Darstellung der Beklagten und der Zeugen aus - peinlichst bemüht gewesen sein müßten, eine - hier unterstellte - Mitarbeit deutscher Staatsangehöriger zu verheimlichen. Jedenfalls gibt es in der deutschen Siedlung weder Personen, die in Chile zu irgendeiner Zeit Polizei- oder Militärdienst geleistet haben, noch einen Mann namens Schmidt, auf den die Altersangabe und die Personenbeschreibung des Zeugen zutreffen könnte.

5. Auch aus den Aussagen des Zeugen Peebles vom 17. und vom 18. Oktober 1978 läßt sich nicht schließen, daß er, wie er behauptet anzunehmen, nach "El Lavadero" gebracht worden ist. Peebles gehört zusammen mit dem Zeugen Zott zur MIR, "Bewegung der revolutionären Linken", einer in Chile im Untergrund arbeitenden bewaffneten Terror-Organisation.

a) Zunächst fallen auch bei dieser Aussage die Widersprüche mit früheren Erklärungen des Zeugen auf. Widersprüchlich sind schon die Datenangaben für den Transport zum Haftort: In der eidesstattlichen Versicherung vom 3o.4.1977 ist zu lesen, daß der Zeuge "am 2.2.75, ca. gegen 11.oo Uhr, von Leuten der DINA in Santiago von der Basis abgeholt" worden sein will. In der als Anlage 1 zum Protokoll vom 18.1o.1978 überreichten eidesstattlichen Versicherung des Zeugen heißt es dagegen, daß er "Ende Januar oder Anfang Februar" in der "Marinebasis von Talcahuano nach wochenlanger Einzelhaft um 7.oo Uhr früh von einer Wache in ungewöhnlicher Form geweckt und um 9.oo Uhr mit verbundenen Augen und gefesselten Händen und Füßen zu einem gelben

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Auto geführt" worden sein will. Bei seiner Aussage vom 17.1o. 1978 (S. 3 des Protokolls) ist es dann wieder der "Morgen des 2. Februar 1975, an dem der Zeuge in der Marinebasis in Talcahuano geweckt" worden sein will; "gegen Mittag des gleichen Tages" will er dann "mit einem gelben Lieferwagen zum Quartier der zivilen Polizei in Talcahuano transportiert" worden sein. Sicherlich ist es verständlich, wenn ein Zeuge sich nach Jahren nicht mehr exakt an ein bestimmtes Datum erinnern kann, es spricht jedoch gegen seine Glaubwürdigkeit, wenn er seine Unsicherheit nicht einräumt, sondern exakte Angaben macht und damit den Eindruck erwecken will, genau zu wissen, was er eben nicht mehr wußte.

Unterschiedlich sind auch die Angaben des Zeugen über den Zeitpunkt, in dem dem angeblich im selben Fahrzeug transportierten Zeugen Zott die Augen verbunden worden sein sollen. In der eidesstattlichen Versicherung vom 3o.4.1977 ist es der Moment, in dem Zott "den Fiat bestieg". In der Aussage vom 17.1o.1978 (S. 6/7) soll sich das jedoch an dem Kontrollpunkt Chaimavida abgespielt haben. Die Orte Hualpencillo (Ortsteil von Talcahuano, in dem Zott zugestiegen sein soll) und der Kontrollpunkt von Chaimavida liegen jedoch 15 bis 2o km auseinander; zeitlich liegt zwischen diesen beiden Stationen des Transportes nach den Angaben des Zeugen Peebles außerdem noch ein Aufenthalt von 3 bis 4 Stunden in Concepcion (S. 5 des Protokolls vom 17.1o.1978). In ähnlicher Weise hat der Zeuge Zott seine Erklärungen in der eidesstattlichen Versicherung vom 23.4.1977 bei seiner Vernehmung vom 17./18.1o.1978 geändert, was kennzeichnend ist: Beiden Zeugen kam es offensichtlich darauf an, sicher und glaubwürdig behaupten zu können, sie hätten Concepcion in Richtung Panamericana verlassen, was ihnen nur möglich war, wenn einer von ihnen die Fahrt bis dahin nicht mit verbundenen Augen transportiert worden wäre.

Auch in einem anderen Punkt ist die Abstimmung zwischen den Zeugen Peebles und Zott bemerkenswert. Während Peebles in seiner eidesstattlichen Versicherung vom 3o.4.1977 zweimal betont, die Inhaftierten seien in einem "blauen Lieferwagen der

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Marke Fiat" transportiert worden, erklärt er bei seiner Vernehmung vom 18.1o.1978 (S. 31 des Protokolls), daß das "lediglich eine Annahme" von ihm gewesen sei. Auffallend ist dabei, daß vorher die Vernehmung des Zeugen Zott vom 17.1o.1978 stattgefunden hat, der definitiv ausgesagt hat: "Die Marke des Fahrzeugs war Ford" (S. 17 des Protokolls). Auch hier also ein klarer Versuch des Zeugen, seine Aussage mit der von Zott dekkungsgleich zu machen. Was vorher eine klare Tatsachenfeststellung war, wird zur bloßen Annahme, nachdem sich herausstellt, daß diese Tatsachenbehauptung nicht mit der des Parallel-Zeugen übereinstimmt.

In sich widersprüchlich ist, was der Zeuge über seine erste Verständigung mit Zott auf dem Weg zum Inhaftierungsort erklärt hat. Während in der eidesstattlichen Versicherung, die als Anlage I zum Protokoll vom 18.1o.1978 geführt wird, erklärt wird, daß der Zeuge bemerkt habe, daß "Erich Zott in der Nachbarzelle war" und daß sich beide "durch einige geflüsterte Worte" verständigt hätten, hat der Zeuge bei seiner Vernehmung vom 17.1o.1978 ausgesagt, daß sich Zott in der Nachbarzelle "mit Klopfzeichen bemerkbar" gemacht habe und daß er sich danach im Lieferwagen "durch einen nur wenigen Vertrauten bekannten Spitznamen" zu erkennen gegeben habe. Eine Version kann nur richtig sein: Wenn die beiden Zeugen bereits miteinander geflüstert hätten, hätte sich Zott nicht später noch durch einen besonderen Spitznamen zu erkennen geben müssen.

b) Diese Widersprüche zeigen, daß auf die Aussage des Zeugen Peebles wenig Verlaß ist, soweit es auf konkrete Einzelheiten ankommt. Nur konkrete und sichere Angaben des Zeugen zu dem Weg, den das Transportfahrzeug genommen hat, könnten jedoch Schlüsse auf seinen Inhaftierungsort zulassen. Was der Zeuge dazu ausgesagt hat, ist jedoch z.T. falsch, zum anderen nicht geeignet, anzunehmen, er sei tatsächlich in "El Lavadero" gewesen.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Der Zeuge will bemerkt haben, daß das Fahrzeug "auf die Panamericana aufgefahren" ist (S. 8 des Protokolls vom 17.1o.1978). Das will er daran erkannt haben, daß "etwa 1 bis 2 km vor dieser Kreuzung" die Straße "infolge einer Straßenüberführung einen leichten Anstieg hat". Außerdem bezieht sich der Zeuge darauf, daß es "an der Kreuzung ein Stopp-Schild oder ein Vorfahrt-Beachtungsschild" gäbe und daß nach der angeblichen Auffahrt auf die Panamericana "der Straßenbelag wesentlich besser war als auf der zuvor befahrenen Straße". Keine diese Angaben kann die Vermutung des Zeugen jedoch stützen.

Auf der Straße von Quillon zur Panamericana befindet sich eine Vielzahl von Steigungen, weshalb dem Zeugen ein leichter Anstieg kurz vor Erreichen der Panamericana kaum aufgefallen sein kann. Die Straßenüberführung liegt nicht 1 bis 2 km vor der Panamericana, sondern nur etwa 1oo m. Der Straßenbelag der Panamericana ist an dieser Kreuzung auch nicht wesentlich besser als der der Straße Quillon/Panamericana. All das wird vorsorglich und gegenbeweislich durch

Zeugnis 1. des Dr. phil. Gerd Seewald, Fundo El Lavadero, Parral und

2. des Metzgermeisters Siegmund Busse, daselbst

unter Beweis gestellt. Kennzeichnend ist schließlich, daß der Zeuge aus der Existenz des Stopp-Schildes schließen will, auf die Panamericana gefahren zu sein. Schon nach seiner eigenen Aussage ist ausgeschlossen, daß er dieses Stopp-Schild gesehen hat. Denn ihm waren die Augen verbunden, aus "dem geschlossenen blauen Lieferwagen" heraus konnte er ohnehin nichts sehen, wie er selbst eingeräumt hat (S. 6 des Protokolls vom 17.1o. 1978). Da der Zeuge das Stopp-Schild nun aber nicht gehört haben kann, kann er es überhaupt nicht wahrgenommen haben. Wenn er trotzdem aus dem Stopp-Schild folgert, auf die Panamericana aufgefahren zu sein, muß das daher überraschen. Im übrigen gibt es in Chile nicht nur ein Stopp-Schild; selbst wenn der Zeuge das

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Stopp-Schild also gesehen hätte, wäre damit nichts anzufangen.

Daß die Fahrt durch Chillan ging, will der Zeuge an der Existenz von Verkehrsampeln bemerkt haben (S. 8 des Protokolls vom 17.1o.1978). Sehen konnte er die Ampeln natürlich auch nicht, er konnte allenfalls feststellen, daß das Fahrzeug hielt. Nun gibt es auch eine Reihe anderer Gründe, aus denen ein Fahrzeug anhält, weshalb daraus nicht auf die Existenz von Ampeln geschlossen werden kann. Außerdem gibt es selbstverständlich nicht nur in Chillan Ampeln. Ebenso gibt es in jeder Stadt die "typischen Geräusche, die in einer Stadt durch die Menschen und den umgebenden Verkehr entstehen" (S. 8 des Protokolls), so daß deren Wahrnehmung durch den Zeugen auch nicht den Schluß begründen kann, der Transport sei gerade durch Chillan gegangen.

Überhaupt müssen die sinnlichen Fähigkeiten des Zeugen überraschen. So will er gehört haben, wie ein Bauer in "bäuerlichem Dialekt" jemanden "vorne im Fahrerhaus" gefragt habe, ob "man ihn bis nach Concarcas mitnehmen könne". Das ist kaum vorstellbar: Der Zeuge lag auf dem Boden der hinteren Ladefläche des Wagens, seine Ohren waren durch nasse Watte verstopft, außerdem ist ihm noch eine Decke über den Kopf geworfen worden (vgl. S. 12 des Protokolls vom 17.1o.1978). Wie will er dann noch jedes Wort gehört haben, das außerhalb des Fahrzeugs zwischen dem angeblichen Bauern und den Insassen des Fahrerhauses gewechselt worden ist?

Der Zeuge gibt an, von der Panamericana abgefahren und auf einen Schotterweg gebogen zu sein (S. 1o und 11 des Protokolls vom 17.1o.1978). Diesen Schotterweg hält er offenbar für die Straße zwischen der Panamericana und Cattielo. Auch hier ist bezeichnend, wie sich die Erklärungen des Zeugen dem Prozeßverlauf angepaßt haben. Während in der Broschüre der Beklagten zu 1) (S. 54/55) davon die Rede ist, daß die Fahrt über "eine gute (unasphaltierte) Straße, die über zwei Holzbrücken führt, von denen eine beleuchtet ist", gegangen sei, erwähnt

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

der Zeuge schon in seiner eidesstattlichen Versicherung vom 3o.4. 1977 die zweite, beleuchtete Holzbrücke nicht mehr. Das ist deshalb bemerkenswert, weil die Kläger im Verfügungsverfahren eine eidesstattliche Versicherung vom 22.4.1977 vorgelegt haben, aus der sich ergibt, daß es keine beleuchtete Holzbrücke auf dem Weg nach "El Lavadero" gibt. Auffallen muß auch, daß der Zeuge in seiner eidesstattlichen Versicherung vom 3o.4.1977 "auf einigen Abschnitten des Weges" Lichtschein erkannt haben will, wenn man "an Häusersiedlungen" vorbeigefahren sei; nach der als Anlage I zum Protokoll vom 18.1o.1978 überreichten eidesstattlichen Versicherung will er nur noch "ein- bis zweimal Lichter" wahrgenommen haben und nach seiner Aussage vom 17.1o.1978 hat er dann schließlich nur "noch einen Lichtschein bemerkt", der "von einer Laterne stammte", wie der Zeuge kühn spekuliert (S. 12 des Protokolles vom 17.1o.1978). Welch einen Wert kann eine Ortsbeschreibung haben, die sich in so wesentlichen Punkten geändert hat?

c) Auch das angebliche Gespräch des Zeugen mit Oberstleutnant Torres Gundian nach seinem Rücktransport belegt die Schlußfolgerung des Zeugen, in El Lavadero gefoltert worden zu sein, nicht. Nach der Aussage des Zeugen soll nur von der "Colonia Dignidad" die Rede gewesen sein; das beweist nicht, daß damit überhaupt das Landgut des Klägers zu 2) gemeint war. Schließlich lautet die offizielle Bezeichnung nur "El Lavadero". Es kann jedenfalls nicht ausgeschlossen werden, daß sich die Bezeichnung Colonia Dignidad, die nach den Aussagen der Zeugen von den Mitarbeitern der Geheimdienste mehrfach benutzt worden sein soll, gar nicht auf "El Lavadero" bezieht. Denn wenn man etwa die angeblichen Erklärungen des ermordeten Munoz gegenüber dem Episkopal-Vikar in Santiago zugrundelegt, ist kaum vorstellbar, daß dieser mit der Colonia Dignidad das Landgut "El Lavadero" gemeint haben kann. Danach soll sich in der Colonia Dignidad nämlich ein "Trainingslager des Nationalen Geheimdienstes" befunden haben; "ein richtiges Regiment" sei dort vorhanden gewesen, "Ambulanzflugzeuge wie auch Kurierflugzeuge"

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

müssen einen regen Flugverkehr verursacht haben, in "unterirdischen Gefängnissen" müssen weit über 1oo Personen (nach Angaben von Munoz mindestens 112 Personen) zur gleichen Zeit inhaftiert worden sein. Wie soll das über Jahre auf einem Landgut wie dem des Klägers zu 2) möglich gewesen sein, auf dem nicht nur 3oo Deutsche leben und arbeiten, die kaum alle Mitglieder eines chilenischen Geheimdienstes sein können, sondern auch noch tausende von Chilenen medizinisch versorgt und landwirtschaftlich betreut wurden und werden?

Abgesehen davon läßt sich aus diesem Gespräch, sollte es stattgefunden haben, schon deshalb nicht folgern, daß der Oberst Gundian "El Lavadero" gemeint hat, weil der Zeuge Peebles selbst mehrfach und vor dem angeblichen Gespräch mit Torres Gundian gegenüber Angehörigen der Sire angegeben hatte, daß er davon ausgehe, er sei in der Colonia Dignidad gewesen (vgl. S. 41 des Protokolls). Wenn Gundian diese Erklärungen von Peebles in diesem Gespräch aufgegriffen haben sollte, hat er damit noch keineswegs die Richtigkeit dieser Annahme bestätigt.

Schließlich ist auch hier zu berücksichtigen, daß verschiedene Versionen über dieses angebliche Gespräch existieren. In der eidesstattlichen Versicherung des Zeugen (Anlage I zum Protokoll vom 18.1o.1978) wird noch erklärt, daß Torres Gundian dem Zeugen gesagt habe, er wisse ja, was ihm "passieren werde", wenn er über die Colonia Dignidad sprechen würde. In seiner Aussage vom 18.1o.1978 hat der Zeuge dann jedoch bekundet, ihm sei gesagt worden, es gebe, wenn er nicht mit der Sire zusammenarbeiten wolle, "keine Alternative", als "mich wieder zurück zur Colonia Dignidad zu bringen" (S. 42 des Protokolls). Diese Darstellung widerspricht nicht nur der der eidesstattlichen Versicherung; sie ist auch wenig glaubwürdig angesichts der Tatsache, daß Torres Gundian bei diesem Gespräch gewußt haben mußte, daß der Zeuge noch am selben Tage nach Santiago gebracht und von dort ins Ausland entlassen werden sollte, wie seine Frau bei ihrer Vernehmung vom 19.12.1978 ausgesagt hat (S. 4 des Protokolls vom 19.12.1978). Der Umstand, daß der Zeuge auch zu einem

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Sachverhalt, an den er eine konkrete Erinnerung haben müßte, widersprüchliche Erklärungen abgibt, spricht für sich. Jedenfalls kann von einem solchen Zeugen nicht erwartet werden, daß er eine zutreffende Erinnerung an Örtlichkeiten hat, die er nach seiner eigenen Aussage nicht gesehen hat.

6. Die Aussage des Zeugen Zott vom 17./18.1o.1978 ist keineswegs zuverlässiger.

a) Konkrete Anhaltspunkte belegt der Zeuge allenfalls für die Wegstrecke bis kurz vor Parral. Was von diesen Anhaltspunkten allerdings zu halten ist, ergibt sich bereits aus der Stellungnahme zur Aussage Peebles, der denselben Weg gefahren sein will. Auch Zott schließt beispielsweise aus "typischen Geräuschen von Fahrzeugen und von Personen" und der - allerdings nicht näher belegten - Existenz von Ampelanlagen, durch die Stadt Chillan gefahren zu sein (vgl. S. 2o des Protokolls vom 17.1o.1978).

Die Örtlichkeiten des Weges von der angeblichen Abbiegung von der Panamericana bis zum Inhaftierungsort kann der Zeuge nicht näher beschreiben, wie er selbst einräumt (vgl. S. 24 des Protokolls vom 17.1o.1978). Die Erklärung dafür liegt auf der Hand: Sehen konnte der Zeuge ohnehin nichts, auch waren ihm die Ohren mit Watte verstopft worden (vgl. S. 25 des Protokolls vom 17.1o. 1978). Hinzu kommt nach der Aussage des Zeugen, daß seine "Wahrnehmungsfähigkeit bis zum Zielort sehr beeinträchtigt" gewesen sei, weil er durch die angebliche Abbiegung von der Panamericana "sehr beunruhigt" worden sei und sich "sehr große Sorgen" gemacht habe (S. 24 des Protokolls vom 17.1o.1978). Trotz dieser Situation will er allerdings noch Wahrnehmungen gehabt haben, die ihm kaum möglich gewesen sein dürften. So will er, als er mit verbundenen Augen "in horizontaler Lage auf die Ladefläche des Fahrzeugs gelegt" worden sein soll, bemerkt haben, daß "sich Peebles in gleicher Lage" befand (S. 19 des Protokolls vom 17.1o.1978). Außerdem will er "die Vorstellung" gewonnen haben, eine "Art Kontrollstelle passiert zu haben" (S. 23 des Protokolls vom 17.1o.1978). Wie er zu dieser Vorstellung

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

gekommen ist, kann er allerdings nicht mehr sagen. So ist seine Annahme jedoch nicht verwertbar. Jedenfalls ergibt sich aus der Wegbeschreibung dieses Zeugen kein einziger konkreter Hinweis auf eine Fahrt nach "El Lavadero".

b) Deshalb muß auch sehr überraschen, daß der Zeuge von einem angeblichen Gespräch mit einem namentlich nicht benannten Chilenen berichtet, der ihm "die gleichen Charakteristika des Weges, die auch "er" schon bemerkt hatte", geschildert haben soll (S. 47 des Protokolles vom 17./18.1o.1978). Allerdings deutet dieser Hinweis des Zeugen an, worauf seine Annahme, auf "El Lavadero" gewesen zu sein, letztlich zurückzuführen ist. Es sind nicht eigene und konkrete Wahrnehmungen, sondern Eindrücke von Dritten und Vorurteile des Zeugen gegen "El Lavadero". Diese Vorurteile beruhen einmal auf der politischen Einstellung des Zeugen, zum anderen auf früheren Falschinformationen und Hetzkampagnen gegen den Kläger zu 2) (vgl. die Angaben des Zeugen auf S. 52 des Protokolls vom 17./18.1o.1978). Bezeichnend ist auch, daß Zott seine Erfahrungen mit Peebles ausgetauscht hat (vgl. S. 54 des Protokolls vom 17./18.1o.1978), was den Schluß nahelegt, daß sie erstens ihre "Erinnerung" aufeinander abgestimmt und zweitens das Fehlen eigener Wahrnehmungen durch die Vermutungen des jeweils anderen ersetzt haben.

c) Vor diesem Hintergrund muß wohl auch das angebliche Gespräch des Zeugen mit einem Offizier der Sire gewertet werden (S. 53 u. 54 des Protokolls vom 17./18.1o.1978). Auch dessen Inhalt läßt allerdings keinen beweiskräftigen Schluß auf den angeblichen Inhaftierungsort "El Lavadero" zu: Zunächst einmal ist auch hier zu betonen, daß mit der Bezeichnung "Colonia Dignidad" nicht das Landgut des Klägers zu 2) gemeint sein muß, zum anderen mußte der Zeuge einräumen, vor diesem Gespräch anderen Angehörigen der Sire gesagt zu haben, wo er seiner Meinung nach inhaftiert worden gewesen war. Von Interesse dürfte hier auch sein, daß der Zeuge bereits vorher "im Lager Tres Alamos gegenüber Vertretern des Roten Kreuzes" ausdrücklich "eingeräumt" hat, "in Colonia Dignidad gewesen zu sein" und daß er sich mit Peebles darüber abgestimmt hat, "im Ausland",

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

u.a. "vor der UNO" über den vermeintlichen "gemeinsamen Inhaftierungsort zu berichten" (S. 53 und 54 des Protokolls vom 17.1o.1978): Das zeigt nämlich, auf welcher Grundlage beispielsweise der UN-Bericht und überhaupt die Information des Auslandes beruhen, eben auf der Grundlage von Aussagen wie der von Zott und Peebles.

Ich überreiche dazu zusätzlich als Anlagen

/ 2 Zusammenstellungen der Klägerinnen

über Widersprüche in den Aussagen Zott und Widersprüche zwischen den Aussagen Zott und Peebles, die zum Gegenstand dieses Schriftsatzes gemacht werden und im wesentlichen sich aus Zitaten zusammensetzen.

7. Ebenso nichtssagend ist die Aussage des Zeugen Eduardo Garcés, aktives Mitglied der kommunistischen Jugendorganisation JJ.CC., Coronel/Chile, bei seiner Vernehmung vom 19.12.1978.

a) An den Weg, über den er transportiert worden ist, kann sich der Zeuge so gut wie nicht erinnern (vgl. die S. 5, 7 und 8 des Protokolls vom 19.12.1978).

b) Zu den Räumlichkeiten seines Inhaftierungsortes weiß der Zeuge ebenfalls nichts zu sagen, was den Schluß darauf zuließe, daß es sich um Räumlichkeiten auf "El Lavadero" gehandelt hätte. Mit der vom Zeugen gefertigten Skizze läßt sich offensichtlich nichts anfangen. Türen und Fenster hat ohnehin nahezu jeder Raum.

c) Der Zeuge räumt auch selbst ein, seine "Identifizierung" des "Inhaftierungsortes" in erster Linie auf "Anhaltspunkte durch die Erlebnisse" stützen zu können, die er "am Ort selbst" erlebt haben will (S. 5 des Protokolls vom 19.12.1978).

Diese "Anhaltspunkte bestehen im wesentlichen nur aus Gesprächsfetzen, die der Zeuge mitgehört haben will, und aus seinem angeblichen Gespräch mit dem "Mann mit dem portugiesischen Akzent"

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

(vgl. S. 11 des Protokolls vom 19.12.1978). Selbst wenn sich der Zeuge hier jedoch zutreffend erinnert hätte, würde sich so nicht beweisen lassen, daß er auf "El Lavadero" gefoltert worden sei.

Der Inhaftierungsort ist nur als "Colonia Dignidad" bezeichnet worden; ich habe bereits darauf hingewiesen, daß jedenfalls nicht ausgeschlossen werden kann, daß die chilenischen Geheimdienste diese Bezeichnung, wenn sie von ihnen gebraucht worden sein sollte mit einem anderen Ort als dem Landgut des Klägers zu 2) verbunden haben. Nach Auffassung der Kläger müßten sie das sogar, weil sie "El Lavadero" nicht gemeint haben können; mit "El Lavadero" hatten die chilenischen Geheimdienste nie etwas zu tun.

Der "Mann mit dem portugiesischen Akzent" soll dem Zeugen erklärt haben, man habe hier "viele Leute, die am 2. Weltkrieg teilgenommen hätten und bei der Gestapo gewesen seien" (S. 11 des Protokolls vom 19.12.1978). In Chile wohnen "etwa 2oo.ooo deutschstämmige Menschen, die zum großen Teil, auch wenn sie längst gute Chilenen geworden sind, ihre deutsche Sprache nicht vergessen haben", und nicht nur die Mitglieder der Klägerin zu 2).

Beweis: Anliegender Prospekt über 125 Jahre Deutsche Einwanderung.

Folgt man der Aussage des Zeugen Fuenzalida vom 3o.1o.1979, sprechen sowieso "fast alle Offiziere bei der DINA die deutsche Sprache" (S. 16 des Protokolls vom 3o.1o.1979). Wenn der Zeuge also Angehörige der DINA in einer Sprache gehört hat, die er für deutsch hält, bedeutet das nicht, daß es sich um Deutsche gehandelt hätte: Es könnten ebenso gut chilenische Offiziere der DINA gewesen sein, die deutsch sprachen, damit der Zeuge nicht verstand, was er nicht verstehen sollte.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

8. Zu dem Zeugen Fuenzalida Devia und dem Ergebnis seiner Vernehmung vom 3o.1o.1979 haben die Kläger bereits vortragen lassen. Ich nehme auf die S. 6 bis 14 ihres Schriftsatzes vom 17.12. 1979 Bezug. Ich halte fest: Der Zeuge will über einen Weg gefahren sein, der nicht nach "El Lavadero" geführt haben kann, er beschreibt Gebäude, die auf "El Lavadero" nicht existieren und er berichtet von einer von ihm vermuteten Liquidation eines Inhaftierten, der wahrscheinlich heute noch lebt, jedenfalls über ein Jahr nach dem fraglichen Zeitpunkt noch gelebt hat. Mit einer derartigen Aussage können die Beklagten nichts beweisen. Beweisen läßt sich damit allenfalls, daß die Kläger hier zu Recht annehmen müssen, Opfer einer politisch gesteuerten Kampagne geworden zu sein.

Für diese Annahme der Kläger sprechen auch die Umstände der Vernehmung des Zeugen Fuenzalida, insbesondere die seiner Gegenüberstellung mit Zott.

Vor der Gegenüberstellung am Nachmittag des Verhandlungstages vom 3o.1o.1979 wurde der Zeuge vom Prozeßvertreter der Beklagten nach den Namen der bereits vernommenen Zeugen gefragt. Er hat darauf erklärt, ihm sei "nur der Name Zott" bekannt; diesen "werde" er, wenn er "ihn wiedersehe, jederzeit wiedererkennen können" (S. 24 des Protokolls vom 3o.1o.1979). Er fügt hinzu, daß ihm "all die Gefangenen, mit denen er zu tun gehabt habe", "gut in Erinnerung" seien; Zott habe er "letztmals Anfang 1975 in dem Krankenhaus Santa Lucia in Santiago" gesehen (S. 25 des Protokolls vom 3o.1o.1979). Diese Aussage konnte nur so verstanden werden, daß der Zeuge zum Ausdruck bringen wollte, Zott seit 1975 nicht mehr gesehen zu haben. Auf Vorhalt mußte er jedoch einräumen, "Zott auch hier in Deutschland wiedergesehen" zu haben, "nämlich heute früh um 9.oo Uhr hier vor dem Gerichtssaal". Der Vertreter der Beklagten macht ihm daraufhin einen Vorhalt (offensichtlich deshalb, weil er vermeiden möchte, daß der Eindruck bleibt, die Zeugen hätten sich "vor dem Gerichtssaal bereits gesehen). Ergebnis: Der Zeuge berichtigt sich, jetzt hat er Zott erst "gesehen, als er heute

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

früh hier nach Sitzungsbeginn in den Gerichtssaal hereintrat". Der Zeuge bietet dem Gericht also innerhalb weniger Minuten drei verschiedene Versionen eines Geschehens an, das ihm noch in bester Erinnerung sein müßte, da es sich noch am selben Tage abgespielt hat. Der Zeuge kann sich seiner eigenen Erklärungen allerdings ohnehin nicht ganz sicher gewesen sein, wie sich aus den S. 18 und 19 des Protokolls vom 3o.1o.1979 ergibt: Der Zeuge bestreitet sogar das Ergebnis der gerade durchgeführten Inaugenscheinseinnahme.

Die Gegenüberstellung von Zott und Fuenzalida ist erfolgt, nachdem beide Zeugen die etwa 1stündige Mittagspause gemeinsam mit dem Vertreter der Beklagten zu 1) Herrn H. Frenz verbracht haben, und zwar im Stadthaus Bonn.

Beweis: Zeugnis der Frau Irmgard Rahl,
52o2 Hennef.

Vorausgegangen war, wie Herr Blanck und Herr Schaak am Verhandlungstage beobachten konnten, eine überaus herzliche Begrüßung: Die Zeugen, die sich das letzte Mal 1975 gesehen haben wollen, und zwar der eine als Bewacher und der andere als Inhaftierter, haben sich herzlich umarmt.

Daß diese Umstände auf eine Abstimmung beider Zeugen schliessen lassen, braucht nicht weiter erläutert zu werden. Das Ergebnis dieser Abstimmung zeigt sich in der inhaltlichen Übereinstimmung beider Aussagen. Auch Zott behauptet wahrheitswidrig, Fuenzalida "seit 1975" nicht mehr gesehen zu haben (S. 25, 26 des Protokolls vom 3o.1o.1979). Er bestätigt, Fuenzalida "als Wachhabenden von Santiago, Villa Grimaldi, in Erinnerung" zu haben, wo dieser "Agent der DINA" gewesen sein soll; die Zeugen bestätigen sich ihre angeblichen Spitznamen ("Gringo" und "El Gato"), was immer sehr glaubwürdig wirkt und vergessen auch nicht, die angebliche Mageninfektion von Zott zu erwähnen. Als Verwechslung dürfte zu werten sein, daß die Zeugen eine andere Reihenfolge von Klinikaufenthalt und Transport in die

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Colonia Dignidad angegeben haben; offenbar haben sich die Zeugen hier in der Mittagspause mißverstanden.

Es wundert nicht, daß dieser Zeuge (Fuenzalida) zweimal behauptet, ihm seien in Deutschland "keine Fotos von Colonia Dignidad gezeigt worden" (S. 26, 27 des Protokolls vom 3o.1o.1979), dann jedoch einräumen muß, die Broschüre der Beklagten zu 1) vorher von dieser erhalten zu haben. Nur konsequent ist der Zeuge, als er standhaft leugnet, vor seiner Vernehmung die Festschrift "15 Jahre Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad" gekannt zu haben, obwohl ihm der Schriftsatz der Beklagten vom 23. Mai 1979 vorgehalten worden ist, in dem zu dem Zeugen behauptet wird: "Auch den in der Broschüre der Klägerinnen abgebildeten Speisesaal erkennt er ohne jeden Zweifel wieder, auch das Fenster mit der Landkarte Chiles". Dieser Vortrag ist nur verständlich, wenn dem Zeugen die Festschrift des Klägers zu 2) bekannt war. Umso mehr muß überraschen, daß der Generalsekretär Frenz der Beklagten zu 1) sofort bestätigt hat, daß der Zeuge die Festschrift nicht kenne (vgl. S. 28 des Protokolls vom 3o.1o.1979), was er ohnehin nur dann hätte machen können, wenn er im Besitz des einzigen Exemplars der Festschrift wäre. Tatsächlich sind aber mehrere tausend Exemplare dieser Festschrift verbreitet worden. Auch die Beklagte zu 2) verfügt über ein Exemplar, weil sie in ihrer Veröffentlichung verschiedene Fotos aus dieser Festschrift abgedruckt hat.

Fazit unseres Schriftsatzes vom 17.12.1979 und dieser Darstellung: Diesem Zeugen, der gewissermaßen der "Hauptbelastungszeuge" der Beklagten sein soll, weil er als einziger den Ort der Folterungen mit "El Lavadero" identifiziert haben will, kann man kein Wort glauben; jedenfalls kann man ihm nicht glauben, als Angehöriger der DINA auf "El Lavadero" gewesen zu sein.

III.

Die Würdigung der bisherigen Zeugenaussagen erscheint notwendig, weil das Gericht seinen Beweisbeschluß vom 22.1.198o auf der Grundlage dieser Aussagen erlassen hat. Er ist nur verständlich, wenn das

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Gericht davon ausgegangen ist, daß die bisherigen Aussagen der Zeugen den beweiskräftigen Schluß auf die Richtigkeit der Behautungen der Beklagten zulassen. Die Kammer hat dabei jedoch nicht berücksichtigt,

1. daß die Aussagen der Zeugen in wesentlichen Punkten nicht miteinander zu vereinbaren sind,
2. daß die Annahme der Zeugen, auf dem Landgut des Klägers zu 2) inhaftiert worden zu sein, bloße Vermutungen darstellen, die im wesentlichen auch auf Gesprächen untereinander und mit Dritten beruhen, nicht aber auf eigenen konkreten Wahrnehmungen.
3. daß die Zeugen auch gar keine konkreten Wahrnehmungen machen konnten, weil die Umstände ihrer angeblichen Inhaftierung und insbesondere auch des Transports zum Inhaftierungsort (verbundene Augen, vestopfte Ohren, geschlossene Pkws) die Möglichkeit zu konkreten und sicheren Wahrnehmungen ausschlossen und
4. daß die Zeugen am Ausgang des Rechtsstreits keineswegs uninteressiert sind, sondern ihre Aussagen zumindest teilweise miteinander abgestimmt haben, um so "ihrer gemeinsamen Sache", nämlich dem Widerstand gegen die derzeitige chilenische Regierung, am wirkungsvollsten dienen zu können.

Zwar würden die dargelegten Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Aussagen der Zeugen einer weiteren Beweisaufnahme nicht ohne weiteres entgegenstehen können. Hier ist jedoch entscheidend, daß schon der Inhalt der Aussage eine weitere Beweisaufnahme nicht rechtfertigen kann, weil sich aus den Angaben der Zeugen - selbst wenn man ihre Richtigkeit unterstellen würde - nicht mit hinreichender Sicherheit auf die Richtigkeit der Behauptungen der Beklagten schließen läßt. Ich bitte deshalb um Überprüfung des Beweisbeschlusses, zu dem ich im übrigen wie folgt Stellung nehme:

A) Schon das Beweisthema zu Ziff. A I. muß m.E. geändert werden:

a) Beweis will die Kammer durch "Einnahme des Augenscheins" erheben. Gem. § 371 ZPO verlangt schon ein entsprechender Beweisantritt die genaue Angabe des Gegenstandes der Beweisaufnahme

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

(vgl. BGH 66, 68). Das gilt selbstverständlich auch für den Beweisbeschluß. Der Gegenstand der Inaugenscheinseinnahme ist jedoch in A. I. des Beweisbeschlusses nicht genau, nicht einmal annähernd bezeichnet. Abgesehen davon, daß die "Colonia Dignidad" rechtlich und insbesondere auch nicht als Grundstücksbezeichnung existiert, machten die Beklagten über die Größe des mit diesem Namen bezeichneten Grundstücks die verschiedensten Angaben. Auf S. 7 der Broschüre der Beklagten zu 1) findet sich eine Kartenskizze, die mit der Überschrift "Aktueller Lageplan der Colonia Dignidad" bezeichnet worden ist. Daraus läßt sich ersehen, was die Beklagte zu 1) unter "Colonia Dignidad" versteht, nämlich das Gebiet der ehemaligen Hazienda "San Manuel", das 196o/1961 in 7 Landgüter und 2o Parzellen aufgeteilt worden ist. Dieses Gebiet umfaßt, wie die Skizze angibt, 31.119,6 ha. Auf S. 59 derselben Broschüre heißt es dann, daß das "Gut" heute "eine Größe von 3o.ooo ha haben" könnte. Im Stern-Artikel vom 17.3.1977 heißt es auf S. 27 zum Begriff "Colonia Dignidad": "Jenseits von Tor und Zaun leben 35o deutsche Siedler auf einem 12.ooo ha großen Gut, das sie "Colonia Dignidad" nennen". Das Landgut "El Lavadero" hat eine Größe von ca. 3.ooo ha. Welches Gebiet will die Kammer in Augenschein nehmen?

Selbst wenn sich die Augenscheinseinnahme auf das über 3.ooo ha große Gebiet des Landguts "El Lavadero" beschränken sollte, müßte eine Präzisierung erfolgen. Es ist unmöglich, im Rahmen eines richterlichen Augenscheins auf einem Grundstück von über 3.ooo ha Größe die im Abschnitt A. I. 1 - 6 beschriebenen Räume oder Gebäude zu suchen. Wenn die Kammer aufgrund des vorliegenden Beweisbeschlusses ein Rechtshilfeersuchen stellen sollte, muß damit gerechnet werden, daß die chilenischen Behörden diesem Antrag nicht stattgeben, weil sich so das Rechtshilfeersuchen nicht durchführen läßt. Eine genaue Bezeichnung der Augenscheinsobjekte und ihrer genauen Lage ist unumgänglich, soll weiterer Zeitverlust vermieden werden.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

b) Allerdings ist im derzeitigen Verfahrensstadium eine Augenscheinseinnahme m.E. ohnehin noch nicht gerechtfertigt. Selbst wenn ich unterstelle, daß die Ortsangaben der bisher vernommenen Zeugen einen beweiskräftigen Schluß auf die Richtigkeit der Behauptungen der Beklagten zuließen, dürfte eine Augenscheinseinnahme, die Kostenvorschüsse der Parteien in Höhe von mindestens 6o.ooo,-- DM voraussetzt, m.E. erst in Betracht kommen, wenn andere und weniger kostenaufwendige Beweismittel nicht mehr vorhanden wären. Zwar steht die Einnahme des Augenscheins gem. § 144 ZPO im Ermessen des Gerichts, zwar haben sich beide Parteien - die Kläger allerdings nur gegenbeweislich - auf dieses Beweismittel bezogen, doch ändert das nichts daran, daß bei Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens des Gerichts und damit bei der Auswahl der Beweismittel das Kosteninteresse der Parteien, die letztlich für die Entscheidung des Gerichts finanziell geradestehen müssen, zu berücksichtigen sein dürfte. Das kann hier nur bedeuten, daß zunächst die von den Klägern zu den örtlichen Verhältnissen gegenbeweislich benannten Zeugen zu vernehmen sind; es muß weiter bedeuten, daß zunächst von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, die bereits vorhandenen militärischen Luftaufnahmen in Augenschein zu nehmen (vgl. S. 13 des Beweisbeschlusses und Bl. 45, 268 d.A.). Teilweise läßt sich ohnehin in jedem größeren Atlas feststellen, daß die Angaben der Zeugen zum Transportweg entweder falsch sind oder nicht nach "El Lavadero" führen. Soweit sich der Beweisbeschluß unter Ziff. A. I. auf die Wegbeschreibungen der Zeugen bezieht, nehmen die Kläger hierzu zusammenfassend und unter Angabe ihrer - gegenbeweislichen - Beweisantritte wie folgt Stellung:

1. Die Angaben der Zeugen zur Transportstrecke bis zur angeblichen Abbiegung von der Panamericana zu ihrem Inhaftierungsort sind nicht beweiskräftig, weil die Zeugen ihren eigenen Aussagen zufolge diese Strecke schon vor ihrer Inhaftierung gekannt haben. Im übrigen handelt es sich ohnehin überwiegend um jedem ortsansässigen Chilenen bekannte Merkmale der internationalen Durchgangsstraße Panamericana wie Tankstellen, Ampeln,

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Zahlstellen und Brücken. Trotzdem ist die "Erinnerung" der Zeugen hinsichtlich dieser Strecke zumindest in einigen Punkten nachweislich falsch.

So wollen die Zeugen Peebles und Zott im selben Wagen von Concepcion zum Haftort transportiert worden sein; dabei wollen sie die Zahlstelle Perquilauquen passiert haben. Diese Annahme stützen sie auf zwei akustische Wahrnehmungen (charakteristisches Klingelgeräusch, Gespräch zwischen Fahrer des Wagens und einem anderen Bewacher wegen eines bestimmten Geldbetrages) und ihren Eindruck, vor Erreichen des Haltepunktes eine Rechtskurve passiert zu haben (vgl. die S. 9, 1o und 21 des Protokolls vom 17.1o. 1978). Aus akustischen Wahrnehmungen läßt sich erstens nicht feststellen, bei welcher Zahlstelle auf der Panamericana angehalten worden ist, außerdem dürften die Umstände des Transports (verstopfte Ohren, übergeworfene Decke, hinter der zweiten Sitzreihe auf dem Boden des Fahrzeuges liegend) deutlich akustische Wahrnehmungen ausgeschlossen haben. Eine Rechtskurve befindet sich nicht vor der Zahlstelle Perquilauquen, wenn sie von Süden aus erreicht wird, wie das die Zeugen ausgesagt haben: Es handelt sich im Gegenteil um eine langgezogene Linkskurve.

Beweis: Zeugnis 1. Guillermo Marin Estevez,
2. Fuentes Vasquez,
3. Dr. Gerd Seewald.

Peebles gibt die Gesamtfahrzeit von Concepcion bis zum Zielort mit mehr als 2 Stunden an (vgl. S. 12 des Protokolls vom 17.1o. 1978). Außerdem hat er erklärt, daß das Fahrzeug bei Quillon die Straße nach links für einen Erfrischungsaufenthalt von ca. 3o bis 35 Minuten verlassen habe (S. 7 des Protokolls vom 17.1o. 1978). Die Fahrt kann also seiner Aussage nach insgesamt höchstens 2 Stunden gedauert haben. In dieser Zeit kann das Fahrzeug unmöglich von Concepcion aus über die Zahlstelle Perquilauquen das Landgut "El Lavadero" erreicht haben; für diese Strecke braucht nämlich jeder Pkw 3 bis 3 1/2 Stunden.

Beweis: wie vor.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Beide Zeugen haben ausgesagt, daß sie während ihres Aufenthalts am Inhaftierungsort einmal zwischendurch zur Panamericana-auffahrt gefahren worden seien, wo sie 4 bis 6 Stunden gestanden hätten (vgl. die S. 37, 38, 5o, 51 des Protokolls vom 18.1o. 1978). Sie haben weiter erklärt, daß bei dieser Gelegenheit einer der Bewacher seine Familie in Santiago anrufen wollte, worauf ihm ein anderer vorgeschlagen habe, doch zur Zahlstelle zum Telefonieren zu gehen. Da dieses Gespräch nur im oder am Wagen stattgefunden haben könnte, bedeutet auch diese Aussage ein klares Indiz dafür, daß die Zeugen auf ihrem Transport nicht die Zahlstelle Perquilauquen passiert haben können bzw. daß es sich nicht um die Abfahrt von der Panamericana nach "El Lavadero" gehandelt haben kann: Von dort aus hätte der Bewacher nämlich zur Zahlstelle Perquilauquen und zurück 22 km laufen müssen.

Beweis: wie vor.

Auch die weitere Darstellung der Zeugen Peebles und Zott, sie seien hinter der Zahlstelle Perquilauquen "vor einem Gefälle und anschließender starker Steigung mit einer charakteristischen Rechtskurve der Panamericana vor Parral" zum Inhaftierungsort nach rechts auf einen Schotterweg abgebogen, bestätigt nur, daß sie "El Lavadero" nicht erreicht haben können: Die einzige langgezogene Rechtskurve zwischen Zahlstelle und Parral liegt 3,5 km vor der Abfahrt nach "El Lavadero".

Beweis: wie vor.

Die Zeugen Boquez, Sanchez und Bravo, die aus Talca kommend zum Inhaftierungsort gebracht worden sein wollen, schildern übereinstimmend, daß sie das Überfahren der Maule-Brücke bemerkt hätten, die sie von früheren Fahrten her gekannt hätten. Auf der Strecke Talca-Parral gibt es jedoch außer der Maule-Brücke noch 8 weitere große, zwischen 2o und 5o m lange Straßenbrükken, von denen keiner der Zeugen auch nur andeutungsweise

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

berichtet hat: Die Puente Vertientes, Puente Quilipin, Puente Putagan, Puente Ancoa Nr. 1, Puente Ancoa Nr. 2, Puente Achibueno, Puente Liguay, Puente Longavi.

Beweis: wie vor.

2. Die Beschreibungen, die die Zeugen für den Transport von der Abbiegung von der Panamericana bis zum Inhaftierungsort gegeben haben, zeigen ebenfalls, daß sie nicht nach "El Lavadero" gebracht worden sein können.

Zunächst stelle ich allerdings klar, daß sämtliche Straßen in Mittelchile, ausgenommen die Panamericana, folgende Merkmale besitzen: Es sind Schotter-, Erd- oder Lehmwege, am Straßenrand stehen meist Pappeln, auch Eukalyptus-Bäume oder andere in dichter Reihe. Brombeeren sind in Chile eine Plage, worauf ich bereits an anderer Stelle hingewiesen habe. Holzbrücken sind für diese Wege ebenfalls typisch, einzelne Häuser oder Häusergruppen lassen sich überall feststellen.

Beweis: wie vor.

Deshalb verbietet es sich m.E., darüber Beweis zu erheben, ob der Weg nach "El Lavadero" aus "Schotter bzw. einem Gemisch aus Erde und Steinen besteht", ob sich darauf "eine oder zwei Holzbrücken" befinden, ob es "ein paar Häuser in der Nähe des Weges" gibt oder ob "in unmittelbarer Nähe der Siedlung am rechten Wegrand Brombeersträucher" stehen (so aber die S. 5 und 6 des Beweisbeschlusses). Es kann allenfalls darüber Beweis erhoben werden, ob die Gesamtwegebeschreibung der einzelnen Zeugen zutrifft oder nicht, und, da alle Zeugen behaupten, denselben Weg zum selben Ort gefahren zu sein, inwieweit das Gesamtbild aller Zeugenaussagen für den Weg von der Panamericana nach "El Lavadero" zutrifft. Entscheidend wäre, ob die besonderen Merkmale, die für die Strecke von der Panamericana nach "El Lavadero" charakteristisch sind, von den Zeugen wahrgenommen

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

worden sind. Davon kann jedoch keine Rede sein, wie ein Vergleich der Angaben der Zeugen mit den tatsächlichen Merkmalen dieses Weges zeigt:

Die Zeugen Treskow, Boquez, Bravo, Peebles, Zott und Garces beschreiben den Weg von der Panamericana bis zum Zielort durchgehend als Schotterweg. Dagegen hat der Zeuge Sanchez ausgesagt: "Die Beschaffenheit der Straße, die wir unmittelbar nach dem Linksabbiegen von der Panamericana bis zur Holzbrücke befuhren, möchte ich mit Sand oder Erde beschreiben. Jedenfalls war es keine Schotterstraße. Nach dem Passieren der Holzbrücke wurde der Straßenzustand erheblich schlechter. Die Straße war jetzt mit Schotter belegt. Der Wechsel des Straßenzustands war sehr deutlich zu bemerken" (S. 51 des Protokolls vom 21.6.1978).

Hier widerspricht also die Aussage von Sanchez der der anderen Zeugen. Auch die Annahme der anderen Zeugen, auf einem Schotterweg transportiert worden zu sein, ist so allerdings nicht richtig. Tatsächlich ist nur etwa die erste Hälfte der Strecke von der Panamericana bis nach "El Lavadero" mit Schotterbelag versehen, nämlich die Strecke auf der Straße Parral-Cattielo. Die zweite Hälfte des Weges nach der Abzweigung in Richtung San Manuel hat eine Oberfläche aus Lehm, Sandwege gibt es in dieser Gegend überhaupt nicht.

Beweis: wie vor.

7 Zeugen wollen an ein und demselben Ort inhaftiert gewesen sein. 3 von ihnen, die Zeugen Treskow, Boquez und Bravo, haben auf der Fahrt von der Panamericana bis zum Inhaftierungsort weder eine Holzbrücke noch überhaupt eine Brücke überfahren, jedenfalls haben sie das nicht angegeben. Der Zeuge Garces will zwar über eine oder zwei Brücken gefahren sein, der letzte Ort aber, den er vor den Brücken angibt, ist Bulnes, eine Stadt, die 9o km südlich von der Abzweigung von der Panamericana nach "El Lavadero" liegt. Der Zeuge Sanchez spricht von einer

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Holzbrücke, die kurz vor dem Eingang zum Inhaftierungsort gelegen sein soll, Peebles und Zott sprechen zunächst von zwei Holzbrücken, von denen eine beleuchtet gewesen sein soll, später ist dann mal von einer, dann von einer oder zwei Brücken die Rede. Die Aussagen der Zeugen sind in diesem Punkte also nicht miteinander zu vereinbaren, weshalb m.E. über die Existenz von Holzbrücken auch kein Beweis mehr zu erheben ist: Wenn sich ergibt, daß eine Holzbrücke vorhanden ist, will die Kammer dann den Zeugen Treskow, Boquez und Bravo nicht mehr glauben?

Die Strecke von der Panamericana bis nach "El Lavadero" ist durchaus an charakteristischen Merkmalen von anderen Wegen zu unterscheiden. Diese Merkmale hat jedoch keiner der Zeugen geschildert. Zur Klarstellung wird der tatsächliche Weg von der Panamericana bis nach "El Lavadero" wie folgt beschrieben und unter Beweis gestellt:

Auf dem ersten Teil, nämlich der Schotterstraße Parral-Cattielo, gibt es außer einigen leichten Kurven zwei ausgeprägte Kurven, eine langgestreckte Kurve von etwa 11o° nach 15 km und eine fast rechtwinklige Kurve kurz vor der Abzweigung von der Strasse Parral-Cattielo in Richtung San Manuel. Auf dieser Schotterstraße kann der Autofahrer ansonsten keine fühlbaren Steigungen oder Gefälle feststellen. Hier liegen drei geschlossene Ortschaften: Villa Rosa (9 km von der Panamericana), Los Carros (2 km weiter) und Remulcao (nochmals 3 km weiter).

Hinter Remulcao kommt die bereits beschriebene scharfe Rechtskurve und unmittelbar danach die rechtwinklige Abzweigung von der Schotterstraße nach rechts in Richtung San Manuel. Es folgt die Cato-Brücke mit starkem Anstieg. Gleich hinter der Brücke und direkt danach eine scharfe Linkskurve. Die anschließende 9 km lange fast geradlinige Straßenführung hat zwei schwache Gefälle und Steigungen. An Anfang und Ende dieser Wegstrecke liegen zwei Kiefernwälder, in der Mitte ein Mimosenwald. Danach führt der Weg nach einer Rechtskurve über einen steilen Abstieg

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

in Serpentinen (5 z.T. stark überhöhte Kurven, 6o m Gefälle auf 6oo m Länge) in das Perquilauquéntal zur Colonia Italiana. Nach einer Linkskurve setzt sich der Weg in leichten Kurven in der Talebene 5 km bis zur Einfahrt nach "El Lavadero" fort.

Beweis: wie vor.

Als charakteristische Merkmale ergeben sich danach:

1. die scharfe Abbiegung vom Schotterweg Parral-Cattielo nach gut der Hälfte der Gesamtstrecke, kurz vor der Holzbrücke,
2. den starken Anstieg unmittelbar nach der Holzbrücke mit anschließender Linkskurve und
3. den steilen Abstieg in Serpentinen ins Perquilauquéntal.

Keiner dieser Zeugen hat diese charakteristischen Merkmale erwähnt. Stattdessen haben sie nur vage, ganz allgemeine und dazu auch noch widersprüchliche Angaben zum Wegverlauf gemacht, die im übrigen auf jeden zweiten Weg in die Kordillere zutreffen dürften. Fazit: Die Aussagen dieser Zeugen geben keinen Anlaß zu weiterer Beweisaufnahme, weil sie nicht ergeben, daß die Zeugen tatsächlich nach "El Lavadero" transportiert worden sind. Jedenfalls besteht kein Anlaß, mit allen Prozeßbeteiligten nach Chile zu reisen, da der tatsächliche Streckenverlauf auch durch die von den Klägern gegenbeweislich benannten Zeugen festgestellt werden kann.

Das gilt natürlich auch für die Teile des Beweisbeschlusses, die sich auf die von den Zeugen geschilderten Merkmale der Räumlichkeiten des Inhaftierungsortes beziehen (S. 1 bis 3 des Beweisbeschlusses). Auch hier kann der Gegenbeweis durch die von den Klägern benannten Zeugen erbracht werden (vgl. die S. 16 bis 18 des Beweisbeschlusses). Dabei weise ich allerdings darauf hin, daß Gegenbeweis erst zu erheben ist, wenn der Beweisführer bereits hinreichenden Beweis für seine Behauptung erbracht

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

hat (vgl. OLG Celle VersR 1974, 664), weshalb m.E. eine weitere Beweisaufnahme ohnehin ausgeschlossen ist: Der Beweiswert der bisherigen Aussagen der von den Beklagten benannten Zeugen ist gleich null, nachdem die Kläger substantiiert dargelegt haben, daß die "Wahrnehmungen" der Zeugen, aus denen sie schließen, nach "El Lavadero" transportiert worden zu sein, nicht zutreffen. Im übrigen kann ohnehin nicht durch Einnahme des Augenscheins festgestellt werden, ob es auf "El Lavadero" Räumlichkeiten "gab" und über welche "charakteristischen Merkmale" diese "verfügten", wie die Kammer mit Ziff. A. I. 1. vorausgesetzt hat.

B) Gem. Ziff. B. V. des Beweisbeschlusses will die Kammer auch zu dem Komplex Munoz Allarcon Beweis erheben. Bereits mit ihrem Schriftsatz vom 11. Dezember 1978 haben die Kläger darauf hingewiesen, daß die Behauptungen der Beklagten hierzu nicht erheblich sein können, weil

1. der angebliche Munoz Allarcon seine Erklärungen nicht in prozessual verwertbarer Weise abgegeben hat und
2. diese Erklärungen nicht erkennen lassen, daß er aufgrund eigener Wahrnehmungen hätte bestätigen können, der chilenische Geheimdienst habe auf "El Lavadero" Gefangene gefoltert.

Mit diesem Schriftsatz haben die Kläger auch erklärt, daß sie auf "die Darstellung der vielen Widersprüche, die sich in jenem von der Gegenseite erwähnten Verfahren in Chile ergeben haben, aber auch auf die Aufzählung der Widersprüche zwischen nachweisbaren Fakten einerseits und den Angaben des angeblichen Munoz andererseits" verzichten wollten, eben weil der Vortrag der Beklagten hierzu aus den bereits angeführten Gründen nicht beweiserheblich sein kann. Da die Kammer das jedoch offenbar anders sieht, wird hierzu ergänzend wie folgt vorgetragen:

In Ergänzung der mit Schriftsatz der Beklagten vom 13.9.1978 überreichten Übersetzungen von Auszügen aus den Gerichtsakten über die richterliche Untersuchung zum Tode von Munoz Allarcon überreiche ich in deutschen Übersetzungen

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

/ a) Protokoll der weiteren Vernehmung von Olivia del Carmen Guajardo Barahona (Bl. 92 R d.A.),

/ b) Protokoll der zweiten Vernehmung von Dominga Rosa Salinas Mallea (Bl. 92 d.A.),

/ c) Protokoll der ersten Vernehmung von Anibal Alejandro Maturana Contreras (Bl. 58 R d.A.) und

/ d) Protokoll der Vernehmung von Alfonso Felipe Zalaquett Sanguinetti (Bl. 59 R d.A.).

Im Gegensatz zu den Anlagen des Schriftsatzes der Beklagten vom 13.9.1978 handelt es sich hier um amtliche Übersetzungen der von der Deutschen Botschaft in Santiago de Chile beglaubigten Fotokopien aus der chilenischen Gerichtsakte.

Ich weise darauf hin, daß dem Gericht inzwischen Übersetzungen der Protokolle sämtlicher Aussagen der von den Beklagten zum Komplex Munoz benannten Zeugen (vgl. S. 1o des Beweisbeschlusses) vorliegen mit Ausnahme der Zeugen Ingrid Pöhlchen und Albert Schreiber. Zusätzlich sind jetzt weitere Protokolle von Zeugenaussagen überreicht, die vor dem chilenischen Untersuchungsrichter aufgenommen worden sind. Aus diesen Protokollen läßt sich ersehen, daß schon die Umstände der Abgabe der angeblichen Erklärungen von Munoz vor dem Vikariat so zweifelhaft sind, daß die Erklärungen als solche ohne jeden Beweiswert sind. Sie sind darüber hinaus aber auch nicht mit den Aussagen der bereits vernommenen Zeugen zu vereinbaren und stehen auch in Widerspruch zu eigenen Erklärungen des Munoz; zum hier maßgeblichen Beweisthema haben sie ohnehin keinen realen Bezug. Im einzelnen:

1. Die Umstände der Abgabe dieser Erklärung sind so dubios, daß noch nicht einmal feststeht, daß es tatsächlich Munoz war, der in der Vikaria erschienen ist. Jedenfalls ergibt sich aus den Protokollen der Aussagen der Zeugen Christian Precht und Varela Walker, daß sich der Erklärende weder durch Identitätsdokumente noch auf andere Weise als Juan Rene Munoz ausgewiesen

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

hat. Die Kläger bestreiten daher mit Nichtwissen, daß die Tonbandabschrift überhaupt auf Erklärungen von Munoz beruht. Zumal die Unterschrift unter der Tonbandniederschrift nicht mit der unter den handschriftlichen Notizen übereinstimmt, die dem Gericht ebenfalls in Kopien vorliegen.

Zweifelhaft ist aber auch, wann diese Erklärung tatsächlich abgegeben worden ist. Nach der Aussage von Precht kann die Erklärung nicht im Mai 1977 abgegeben worden sein, weil sich Precht zu diesem Zeitpunkt im Ausland befunden haben will. Dagegen hat sich der Zeuge Varela Walker genau daran erinnert, daß die Erklärung im Mai 1977 abgegeben worden ist, und zwar nur vor ihm, während Precht erklärt hat, daß die Erklärung "in Begleitung eines Anwaltes und eines Prokurators" abgegeben worden sei. Jedenfalls stimmt die Behauptung auf S. 3 des Schriftsatzes der Beklagten vom 13.9.1978 nicht, die Erklärung sei in der Vikaria "ohne Beeinflussung durch Dritte und ohne deren Anwesenheit" abgegeben worden. Ebenso wenig stimmt die weitere Behauptung auf S. 3 dieses Schriftsatzes, daß Munoz "dabei" auch "handschriftliche Notizen gefertigt" habe: Nach der Aussage von Precht hat der angebliche Munoz die handschriftlichen Notizen erst im September 1977 seiner Sekretärin in der Vikaria übergeben.

2. So fragwürdig wie die Umstände der Abgabe dieser Erklärung ist ihr Inhalt; soweit er sich auf das Landgut des Klägers zu 2) beziehen soll, ist er eindeutig falsch.

a) Der angebliche Munoz will mehrere Jahre Angehöriger chilenischer Geheimdienste gewesen sein. Aus den Aussagen der auf S. 4 des Schriftsatzes der Beklagten vom 13.9.1978 benannten Zeugen vor dem chilenischen Untersuchungsrichter läßt sich allenfalls entnehmen, daß Munoz in den Monaten September/Oktober 1977 Mitarbeiter eines Geheimdienstes war; von einer jahrelangen Tätigkeit für mehrere chilenische Geheimdienste haben diese Zeugen, u.a. seine Ehefrau und seine Lebensgefährtin, nichts bemerkt. Die Tonbandabschrift bezieht sich auf angebliche Vorfälle

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

aus den Jahren 1973 bis Mai 1977; nach den protokollierten Aussagen der Angehörigen von Munoz ist nicht einmal sehr wahrscheinlich, daß er zu diesem Zeitpunkt bereits Mitarbeiter chilenischer Geheimdienste war. Immerhin soll Munoz nach Aussage seiner Ehefrau seit 1973 insgesamt 8 Mal vom Geheimdienst verhaftet worden sein, was eine Tätigkeit für diesen Geheimdienst zumindest unwahrscheinlich erscheinen läßt.

b) Auffallen muß auch, daß derjenige, der die fragliche Erklärung im Vikariat abgegeben hat, nicht sehr genau über das Privatleben von Munoz informiert gewesen sein kann. So heißt es in der Tonbandabschrift, daß die früheren Genossen Munoz "bis in die Häuslichkeit hinein" gebranntmarkt hätten, weshalb er seine Familie verlor". Das kann nach dieser Erklärung nur Mitte 1973 gewesen sein, nämlich nach seinem Austritt aus der Sozialistischen Partei (April/Mai 1973). Aus den Aussagen der Ehefrau von Munoz und seiner Lebensgefährtin ergibt sich jedoch, daß Munoz bereits im Jahre 1971 seine Familie verlassen hat, um mit seiner Lebensgefährtin zusammenzuleben. Dann kann er seine Familie aber nicht 1973 aufgrund der Verfolgung ehemaliger Genossen "verloren" haben.

c) Was in der Tonbandabschrift zur Rolle von Munoz als angeblichen "Kapuzenmann" zu lesen ist, stimmt nicht mit Erklärungen von Munoz aus dem Jahre 1973 überein. Munoz hat sich nämlich schon einmal an die Öffentlichkeit gewandt, und zwar in dem schwedischen Dokumentarfilm "Santiago de Chile - Vergewaltigte Stadt". Ich überreiche hierzu in Fotokopien die

/ Seite 139 des Buches "Chile - Ein Schwarzbuch",

das im Februar 1974 im Verlag Pahl-Rugenstein, Köln, veröffentlicht worden ist. Auf dieser Seite wird abgedruckt, was Munoz in dem schwedischen Dokumentarfilm erklärt hat. Danach will Munoz als Gefangener gezwungen worden sein, seine ehemaligen Genossen zu verraten, er habe es aber tatsächlich nicht getan,

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

sondern die Militärs "hinters Licht geführt". Nach der Tonbandabschrift hat Munoz seine ehemaligen Genossen freiwillig und aus Rache verraten; er hat sich als "verantwortlich für ihren Tod" bezeichnet. Auch im übrigen wird der Ablauf seines angeblichen Einsatzes als "Kapuzenmann" in beiden Versionen unterschiedlich dargestellt. Das spricht gegen die Richtigkeit beider Versionen. Außerdem erscheint es nicht sehr wahrscheinlich, daß der chilenische Geheimdienst Munoz auch nach dieser Veröffentlichung noch als Mitarbeiter geführt haben soll, wie nach der Tonbandabschrift anzunehmen wäre.

d) Nach der Tonbandniederschrift sollen der Personalchef der Zeitung "El Cronista", Zalaquett, und der Koordinator der Finanzverwaltung auf nationaler Ebene, Anibal Maturana Contreras, die Geheimdienst-Vorgesetzten von Munoz gewesen sein. Beide Zeugen haben vor dem chilenischen Untersuchungsrichter ausgesagt und erklärt, weder etwas mit dem chilenischen Geheimdienst noch mit Munoz zu tun gehabt noch ihn überhaupt gekannt zu haben. Ich verweise auf die überreichten Fotokpien der Protokollübersetzungen. Contreras ist auch kein Verwandter des Generals Contreras von der DINA, wie in der Tonbandabschrift behauptet wird. Einen "General" Contreras gab es im Mai 1977, also im angeblichen Zeitpunkt der Abgabe der Erklärung, sowieso noch nicht: Oberst Juan Manuel Contreras Sepulveda, ehemaliger Direktor der DINA, wurde erst am 3. November 1977 zum General befördert, wie in der Ausgabe der Tageszeitung "El Mercurio" vom 4. November 1977 zu lesen ist. Eine

/ Übersetzung dieses Zeitungsberichtes

füge ich in Fotokopie bei. Das zeigt, daß derjenige, der gegenüber dem Vikariat die fragliche Erklärung abgegeben hat, entweder nicht zwischen einem General und einem Oberst zu unterscheiden wußte oder aber diese Erklärung erst nach dem 3. November 1977 abgegeben hat, zu einer Zeit, als Munoz bereits tot war.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

e) Mit den Zeitgesetzen und schlichter Logik steht auch in Widerspruch, was auf S. 4 der Tonbandniederschrift zu lesen ist, daß nämlich die verhafteten Genossen zum größeren Teil "in Peldehue durch den Exekutionsapparat der DINA", der unter dem Kommando von Fernando Cruzat steht, getötet worden seien. Er hat sein Hauptquartier "in der Straße Ahumada 312 im 6. Stock". Denn wenn diese Erklärung tatsächlich im Mai 1977 abgegeben worden ist, ist nicht verständlich, warum in den handschriftlichen Notizen vom September 1977 erklärt wird: "Ich stehe kurz davor, die anderen (bezieht sich auf vorher Gesagtes) und die geheimen Orte der Gefangenhaltung zu erfahren, sowie, wo man die Gefangenen exekutiert". Was Munoz im Mai 1977 schon genau gewußt haben will, nämlich daß die Vermißten in Peldehue hingerichtet worden sind, kann er im September 1977 nicht noch erfahren wollen. Es verwundert daher nicht mehr, daß der Untersuchungsrichter im Hause Ahumada 312, wo er eine Hausdurchsuchung vorgenommen hat, nichts feststellen konnte, was die Angaben der Tonbandniederschrift hätte bestätigen können.

f) Für diesen Rechtsstreit kann allerdings ohnehin nur maßgeblich sein, was Munoz zur "Colonia Dignidad" gesagt haben soll, wobei ich nochmals klarstelle, daß die Verwendung der Bezeichnung "Colonia Dignidad" durch den Erklärenden oder angebliche Angehörige chilenischer Geheimdienste nicht notwendig auf "El Lavadero" hinweist. Auch aus dem Inhalt der Tonbandniederschrift ist eine gewisse Begriffsverwirrung zu erkennen: Auf S. 4 wird erwähnt, daß es in "Tobalaba" "neben Grimaldi" ein "ziemlich geräumiges Haus" gebe, wo man die Inhaftierten "in Haft hält: Es heißt Dignidad". Dabei kann es sich offensichtlich nicht um die auf S. 2 der Tonbandniederschrift erwähnte "Colonia Dignidad" handeln, sondern eben um ein Haus in Tobalaba, einem Stadtteil von Santiago mit einem Flugplatz. Hier ist auf S. 92 des UN-Berichtes vom 8. Oktober 1976 zu verweisen, nach der das angebliche frühere DINA-Zentrum "Villa Grimaldi" in der Straße Jose Arrieta in der Nähe des Flugplatzes Tobalaba liegt. Die Beschreibung der Funktion der "Villa Grimaldi" im UN-Bericht ähnelt der Beschreibung des Hauses Dignidad in der Tonbandniederschrift. Es kommt hinzu, daß sich in der Nähe ein Flugplatz befindet, der allerdings nicht für internationale Verkehrsmaschinen

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

und Düsenflugzeuge zugelassen ist. Außerdem werden auf S. 93 des UN-Berichtes die DINA-Offiziere "Coronto" und "Rodrigo" im Zusammenhang mit der "Villa Grimaldi" genannt. "Coronto" und "Rodrigo" werden von Zott und Peebles erwähnt, sie sollen an ihrem Folterort anwesend gewesen sein (siehe Aussagen der beiden Zeugen in der angegriffenen Broschüre der ~~Klägerin~~ Beklagten zu 1).

Vielleicht erklärt diese Begriffsverwirrung die angebliche Verwendung der Bezeichnung "Dignidad" durch Angehörige der chilenischen Geheimdienste. Jedenfalls ist nachweislich falsch, was in der Tonbandniederschrift auf den S. 2 und 3 zur "Colonia Dignidad" zu lesen ist.

Aus der Aussage der Ehefrau von Munoz ergibt sich, daß dieser die "Colonia Dignidad" im Oktober 1973 besucht haben müßte. Dort kann er schon deshalb kein "Trainingslager des nationalen Geheimdienstes" vorgefunden haben, weil dieser erst am 14. Juni 1974 durch Gesetzesdekret Nr. 521 gegründet worden ist (vgl. UN-Bericht, Deutsche Fassung EPD Dokumentation, S. 19).

Nach der Erklärung des angeblichen Munoz sollen die deutschen Siedler "jetzt nationalisierte Chilenen" sein. Die deutschen Siedler auf "El Lavadero" können damit nicht gemeint sein: Von den etwa 230 erwachsenen deutschen Siedlern hat bis heute nur eine Person die chilenische Staatsangehörigkeit angenommen. Die deutschen Siedler sind auch keineswegs alle "jüdischer Abstammung" (95 % sind es nicht), sie sind auch nicht "dem Krieg entronnen" und "sehr jung" nach Chile ausgewandert: Die deutschen Siedler auf "El Lavadero" haben Deutschland im Jahre 1961 und später verlassen, um sich mit ihren Familien, also mit Personen aus allen Altersgruppen, in Chile anzusiedeln.

Auch die Beschreibung des Krankenhauses mit "allen modernen Errungenschaften", die nicht einmal in den großen Krankenhäusern Santiagos vorhanden sein sollen (die richtige Übersetzung lautet: "Dort gibt es ein Hospital mit allen fortschrittlichen Einrichtungen, die wohl jedes der Hospitäler in Santiago gern haben

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

würde"), trifft nicht auf das Krankenhaus in "El Lavadero" zu. Dieses verfügt nur über die einem Landkrankenhaus angemessene Einrichtungen, weshalb auch Patienten, die eine Spezialbehandlung benötigen, mit Ambulanz-Flugzeug oder Krankenwagen in größere Krankenhäuser in Santiago, Talca oder Concepcion verlegt werden müssen. 1973 hat es hier ohnehin nur ein Ambulanz-Flug~~fahr~~zeug gegeben; erst 1975 ist ein weiteres kleines Flugzeug angeschafft worden. Nach der Darstellung in der Tonbandniederschrift müßten mindestens 4 Flugzeuge vorhanden gewesen sein, nämlich "Ambulanzflugzeuge und Kurierflugzeuge". Unterirdische Gefängnisse hat es natürlich auch niemals auf "El Lavadero" gegeben; die Aussage, im Augenblick der Abgabe der Erklärung, also im Jahre 1977 seien dort etwa 112 Personen inhaftiert, erscheint absurd, denn das Vorhandensein von 112 Gefangenen hätte dem deutschen Botschafter, dem Zeugen Dr. Strätling, bei seinem Besuch im November 1976 nicht entgehen können. Oder wollen die Beklagten ernsthaft vortragen, die "unterirdischen Gefängnisse" seien nach dem Besuch des deutschen Botschafters auf "El Lavadero" wieder neu eingerichtet worden?

3. Bereits auf den S. 2 und 3 ihres Schriftsatzes vom 11. Dezember 1978 haben die Kläger darauf hingewiesen, welche tatsächliche Beziehung zwischen "El Lavadero" und der Familie Munoz allenfalls bestanden haben kann. Die Krankenschwester Ingrid Böckler und der Zeuge Albert Schreiber haben die Familie Munoz in Santiago auf Veranlassung Dritter aufgesucht, um die sozialen Verhältnisse kennenzulernen und zu helfen, wenn das notwendig schien. Aufgrund dessen ist die Familie Munoz auf "El Lavadero" aufgenommen worden, wo sie kostenlos verpflegt und eingekleidet worden ist. Aus dem Umstand, daß der Ehemann Munoz nachts nicht bei seiner Familie geblieben ist, wollen die Beklagten offenbar folgern, daß er die Nacht dazu benutzt hat, auf "El Lavadero" Gefangene zu foltern (vgl. S. 3 des Schriftsatzes der Beklagten vom 13.9.1978). Dieser konstruierten Annahme steht jedoch die Tatsache entgegen, daß Munoz zu dieser Zeit bereits zwei Jahre von seiner Frau getrennt lebte und bei seiner Lebensgefährtin Rosa Salinas Mallea wohnte, wie die Klägerin zu 2) erst später

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

erfuhr. Unter diesen Umständen war gar nicht zu erwarten, daß Munoz die Nächte bei seiner Frau verbrachte. Auch nach Rückkehr der Familie Munoz nach Santiago hat Munoz seine Lebensweise nicht geändert, wie sich aus der Aussage seiner Ehefrau vom 12.12.1977 ergibt. Wahrscheinlich erklären die Beklagten das damit, daß Munoz seitdem nachts in Santiago gefoltert hätte.

4. Zusammenfassend läßt sich zu Ziff. B. V. des Beweisbeschlusses vom 22.1.1980 daher feststellen, daß das Vorbringen der Beklagten nicht geeignet ist, über den Komplex Munoz Beweis zu erheben. Eine Vernehmung der von der Beklagten benannten Zeugen könnte allenfalls zu der Erkenntnis führen, daß Munoz mit seiner Familie im Jahre 1973 ca. eine Woche auf "El Lavadero" war, und daß Munoz im September/Oktober 1977 gegenüber verschiedenen Personen behauptet hat, zu dieser Zeit mit irgendeinem Geheimdienst zusammenzuarbeiten; ferner, daß in den Monaten April, Mai oder Juni 1977 eine Person in der Vikaria de Solidaridad in Santiago eine Erklärung abgegeben hat, deren Identität nicht festzustellen ist und die sich als Juan Rene Munoz Allarcon ausgegeben hat. Diese Erkenntnisse hätten jedoch keine Beziehung zu den hier beweiserheblichen Tatsachen, nämlich zur Frage, ob tatsächlich entsprechend den Behauptungen der Beklagten auf "El Lavadero" in Kenntnis oder gar aktiver Beteiligung der deutschen Siedler Folterungen erfolgt sind bzw. sogar noch erfolgen. Dabei stelle ich klar, daß es sich bei dieser Wertung keineswegs um eine vorweggenommene Beweiswürdigung handelt: Die auf den S. 1o und 11 des Beweisbeschlusses unter den Ziff. e) bis k) aufgeführten, von den Beklagten mit Schriftsatz vom 13.9.1978 benannten Zeugen sollen schon nach den Angaben der Beklagten nicht zum eigentlichen Beweisthema gehört werden, sie sollen nur vernommen werden, um die Richtigkeit der Tonbandniederschrift wahrscheinlich zu machen. Diese Wahrscheinlichkeit setzt jedoch voraus, daß der Tatsachenvortrag der Beklagten zu dem, was diese Zeugen konkret aussagen sollen, einen beweiskräftigen Schluß auf die Richtigkeit des sonstigen Inhalts der Tonbandabschrift zulassen würden. Davon kann jedoch keine Rede sein. Zum eigentlichen Beweisthema, nämlich zu den behaupteten Folterungen auf "El Lavadero", haben die Beklagten auf S. 5 ihres

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Schriftsatzes vom 13.9.1978 nur die Zeugen Ingrid Pöhlchen und Albert Schreiber benannt, die "bestätigen können" sollen, "daß der Ermordete seinerzeit beim Verhör und der Folterung der in der Colonia Dignidad inhaftierten Personen anwesend und beteiligt war". Diesen Beweisangeboten nachzugehen, bedeutet jedoch, Ausforschungsbeweis zu erheben. Denn nicht einmal in der Tonbandabschrift läßt sich eine Behauptung finden, aus der sich ergeben könnte, daß Munoz selbst an Verhören und Folterungen auf "El Lavadero" beteiligt gewesen sein könnte. Da die Beklagten diesen Vortrag jedoch ganz offensichtlich nur aus dieser Tonbandabschrift herleiten, ist nicht ersichtlich, worauf sie konkret ihre Behauptung, die von den Zeugen Pöhlchen und Schreiber bestätigt werden soll, stützen. Auf dieser Grundlage darf jedoch kein Beweis erhoben werden (vgl. Baumbach-Lauterbach Einf. v. § 284 Anm. 6).

C) Nach Ziff. C. des Beweisbeschlusses soll zum Sachvortrag der Kläger "gegenbeweislich" Beweis erhoben werden. Insbesondere sollen Zeugen zu den "tatsächlichen Gegebenheiten" der örtlichen Verhältnisse vernommen werden. Dazu bestünde - um es nochmals zu betonen - nur dann Anlaß, wenn die Beklagten für die Richtigkeit ihrer gegenteiligen Behauptungen bereits hinreichend Beweis erbracht hätten. Das kann jedoch nicht angenommen werden, nachdem die bisher vorliegenden Zeugenaussagen aus den im einzelnen vorgetragenen Gründen keinen ausreichenden Beweis erbringen können. Ich halte es daher prozessual für verfehlt, gegenbeweislich Zeugen zum Vortrag der Beklagten zu hören, für den die Beklagten bisher keinen hinreichenden Beweis haben erbringen können. Darauf wird nicht deshalb hingewiesen, weil die Kläger das Ergebnis der Vernehmung der zu C. des Beweisbeschlusses benannten Zeugen zu fürchten hätten, sondern einzig und allein aus dem Grunde, daß die Kläger aus verständlichen und oben bereits näher dargestellten Gründen Wert darauf legen müssen, diesen Prozeß in absehbarer Zeit wenigstens in erster Instanz beenden zu können.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Für den Fall, daß die Kammer trotzdem gem. Ziff. C. des Beweisbeschlusses Beweis erheben möchte, regen die Kläger jedoch folgende Änderungen bzw. Ergänzungen an:

1. Nach chilenischem Prozeßrecht, das für eine Vernehmung im Wege der Rechtshilfe maßgeblich wäre, können von jeder Partei nur sechs Zeugen für jede zu beweisende Tatsache benannt werden (Art. 372 Codigo Procedimiento Civil). Es ist daher erforderlich, die Anzahl der Zeugen herabzusetzen, wo diese Grenze überschritten wird. Das ist der Fall unter Abschnitt B. I. 6. a), b), c) und 7 des Beweisbeschlusses; für diese Beweisthemen sind jeweils 11 Zeugen benannt worden. Die Kläger verzichten daher auf die Vernehmung der bisher von ihr benannten Zeugen

   Erwin Bohnau cc)
   Erika Blanck ee)
   Ulrich Schmitte hh)
   Pauline Gerlach kk) und
   Amilda Spatz ll),

   soweit sie zu den Beweisthemen I. 6 a), b), c) und 7 benannt worden sind. Dadurch entfallen die Zeugen Blanck, Schmitte und Gerlach ganz.

2. Der im Beweisbeschluß unter C. aa) aufgeführte Zeuge Dr. Gerd Seewald ist chilenischer Staatsangehöriger. Seine Vernehmung kann daher nur durch einen chilenischen Richter erfolgen.

3. Die Formulierung des Beweisthemas zu C. I. 11 d) beruht auf einer Unklarheit im Schriftsatz der Kläger vom 17.12.1979. Richtig muß es nach Auffassung der Kläger heißen: "Die in der Festschrift der Klägerin zu 2) auf der Seite "Gebannte Gefahren" oben links und rechts abgebildeten vom Zeugen Fuenzalida angeblich wiedererkannten Brücken seien die 1963 abgerissene kleine Holzbrücke über den Lavadero (links oben) und die an ihrer Steile gebaute, noch nicht ausgeschalte neue Betonbrücke, deren Holzschalung im Zuge der Bauarbeiten im Jahre 1963 entfernt wurde (oben rechts). Die auf derselben Seite unten links ab-

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

gebildete Brücke mit Geländer ist die neue Betonbrücke über den Lavadero, über die seit 1963 jeder fahren muß, der zum Landgut der Klägerin zu 2) gelangen will".

4. Das Beweisthema zu Ziff. C. I. 6. a) bezieht sich auf vier unterkellerte Gebäude, anschließend werden jedoch fünf unterkellerte Gebäude aufgezählt. Ein "Wohngebäude mit einem entsprechenden Vorratskeller" existiert nach dem Vortrag der Kläger auf "El Lavadero" jedoch nicht, weshalb dieser Teil ersatzlos zu streichen ist; dann sind auch tatsächlich nur vier Gebäude mit Unterkellerungen aufgeführt.

5. Der Beweisbeschluß enthält - verständlicherweise - einige Schreibfehler bei Namen von Zeugen, die berichtigt werden sollten, um späteren evtl. Schwierigkeiten bei den chilenischen Behörden, die insbesondere bei Namen und Personalien sehr genau sind, vorzubeugen.

   a) in C ff) heißt es im Beweisbeschluß:
   Gerhard Machanek. Richtig muß es heißen:
   Gerhard Machacek,

   b) in C. rr) heißt es: Guillermo Martin
   Estevez. Richtig muß es heißen:
   Guillermo Marin Estevez,

   c) in C. ss) heißt es: Efigenio Salvo Guerro.
   Richtig muß es heißen:
   Efigenio Salvo Guerrero.

6. Der Beweisbeschluß berücksichtigt verschiedene Beweisantritte der Kläger nicht, weshalb ich ihn entsprechend zu ergänzen bitte:

a) Auf den S. 7 und 8 des Schriftsatzes der Kläger vom 17.12.1979 sind

   die Zeugen Manuel Vallejos Bravo
   Arturo Prat 3250
   Poblacion Manuel Rodriguez
   Maipu, Chile und unter derselben
   Anschrift dessen Ehefrau, Rosa Ester
   Vasquez Hernandez

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

zum Beweise dafür benannt worden, daß der politische Gefangene Loro Matias bzw. Vallejos Villagran, der nach der Aussage des Zeugen Fuenzalida spätestens im Juli 1974 hätte liquidiert sein müssen, noch im Mai 1975 in bester Gesundheit seine Eltern besucht hat.

b) Auf S. 5 desselben Schriftsatzes haben die Kläger

die Zeugen Maurermeister Nicolai und
Zimmermeister Bohnau

dafür benannt, daß auf "El Lavadero" keine Gebäude zu erkennen sind, die den Angaben der Zeugen Zott, Peebles und Sanchez entsprechen könnten.

D) Schließlich bitte ich noch um Überprüfung der Vorschußanordnung zu Ziff. H. des Beweisbeschlusses. Danach sollen auf die Kläger ein Auslagenvorschuß von 3o.ooo,-- DM entfallen, obwohl die Kammer zu Recht davon ausgeht, daß nicht die Kläger, sondern die Beklagten die Beweislast für die Richtigkeit ihrer Behauptungen haben. Dann müssen sie jedoch auch den gesamten Kostenvorschuß zahlen: "Sind beide Parteien Beweisführer, so entscheidet die Beweislast" für die Frage, wer den Kostenvorschuß zu zahlen hat (vgl. Baumbach-Lauterbach § 379 Anm. 2 A).

IV.

Abschließend wird noch auf die Schriftsätze der Beklagten vom 21.12. 1979, vom 3o.1.198o und vom 6.3.198o erwidert:

1. Die Schriftsätze der Beklagten vom 21.12.1979 und vom 6.3.198o beziehen sich auf "Loro Matias" alias Alvaro Modesto Vallejos Villagran. Dessen Existenz ist nur zur Prüfung der Glaubwürdigkeit des Zeugen Fuenzalida und seiner Aussage vom 3o.1o.1979 von Interesse. Dieser Zeuge ist jedoch in jedem Falle unglaubwürdig,

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

selbst wenn "Loro Matias" tatsächlich im Juni/Juli 1974 liquidiert worden sein sollte, wie Fuenzalida am 3o.1o.1979 ausgesagt hat; auf meine obigen Ausführungen zu diesem Zeugen und seiner Aussage nehme ich Bezug. Im übrigen widersprechen die Beklagten selbst mit ihrem Schriftsatz vom 21.12.1979 der Aussage Fuenzalidas: Danach soll "Loro Matias" nämlich "am 29.7.1974 von der DINA wieder zu Hause abgeliefert" worden sein. Auch bei Zugrundelegung der Darstellung der Beklagten kann er also nicht während seiner Haft liquidiert worden sein. Weiterer Beweisaufnahme hierzu bedarf es deshalb nicht; der obige Hinweis auf die Beweisantritte auf S. 8 des Schriftsatzes der Kläger vom 17.12.1979 für die Tatsache, daß "Loro Matias" noch im Mai 1975 seine Eltern besucht hat, ist daher nur vorsorglich erfolgt.

2. Mit ihrem Schriftsatz vom 3o.1.198o benennen die Beklagten einen Prof. Dr. Ermacora als Zeugen für ihre Behauptung, daß "Bescheinigungen der staatlichen Stellen in Chile" "irgendein Beweiswert nicht zukommen" könne, da in einer Vielzahl von Fällen festgestellt werden mußte, daß derartige Bescheinigungen - jedenfalls soweit sie die Tätigkeit des Geheimdienstes DINA betreffen - nicht zuverlässig sind". Dieser Beweisantritt ist jedoch nicht hinreichend substantiiert; es reicht nicht aus, pauschal zu behaupten, Auskünfte staatlicher chilenischer Stellen hätten sich "in einer Vielzahl von Fällen" als nicht zuverlässig erwiesen. Auch wenn Prof. Ermacora sich bei einer evtl. Vernehmung vor der Kammer so einlassen sollte, wäre damit noch nichts bewiesen. Im übrigen geht es in diesem Prozeß allenfalls um die Richtigkeit der zu den Gerichtsakten gereichten Urkunden amtlicher Stellen in Chile. Dazu kann Prof. Ermacora ohnehin nichts sagen.

Um die Glaubwürdigkeit Fuenzalidas, von der die Beklagten offenbar selbst nicht so recht überzeugt sind, zu erhöhen, haben sie mit ihrem Schriftsatz vom 3o.1.198o zwei weitere Zeugen dafür benannt, daß Fuenzalida "in der Villa Grimaldi als Wachsoldat

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

tätig" gewesen sein soll. Ein Wachsoldat ist Angehöriger der chilenischen Streitkräfte, nicht aber Mitglied des chilenischen Geheimdienstes. Schon deshalb verbietet sich hierzu eine weitere Beweisaufnahme.

Rechtsanwalt

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

GRAFISCHE DARSTELLUNG DER AKTIONSGEMEINSCHAFT AI - STERN

4.2.76
UNO-Bericht/CHILE
Frenz - Erklärung vom 12.1.76

4.2.76 / 8.10.76
UNO - BERICHTE
Bórquez - Zott - Peebles

17.3.77
Frenz- STERN
Zott - Peebles - Bórquez

17.3.77
AI - SCHRIFT
Zott - Peebles - Bórquez

16.3.77
HESSISCHER RUNDFUNK

17.3.77
GUARDIAN

18.3.77
KÖLNER STADTANZEIGER

18.3.77
WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU

18.3.77
THE AUSTRALIAN

18.3.77
RHEIN - SIEG - RUNDSCHAU

19.3.77
HESSISCHER RUNDFUNK

19./20.3.77
KÖLNER STADTANZEIGER

19.3.77
NEUE WESTFÄLISCHE ZEITUNG

20.3.77
SUNDAY TIMES
Zott - Bórquez

20.3.77
FERNSEHEN WDR III
Zott - Peebles

21.3.77
FRANKFURTER RUNDSCHAU

21.3.77
RHEIN - SIEG - RUNDSCHAU

21.3.77
KÖLNER STADTANZEIGER

21.3.77
HESSISCHER RUNDFUNK
Zott

21.3.77
PRESSEKONFERENZ FRANKFURT AI - DGB
Zott - Treskow

21.3.77
AI - GROSSKUNDGEBUNG SIEGBURG
Zott

22.3.77
KÖLNER STADTANZEIGER

22.3.77
EL MERCURIO

22.3.77
FRANKFURTER RUNDSCHAU

22.3.77
EXPRESS

22.3.77
KÖLNER STADTANZEIGER

22.3.77
RHEIN - SIEG - RUNDSCHAU

23.3.77
STADER TAGESBLATT

23.3.77
GENERALANZEIGER BONN

23.3.77
KÖLNER STADTANZEIGER

25.3.77
FRANKFURTER RUNDSCHAU

30./31.3.77
EXTRABLATT

4.4.77
EPD - ENTWICKLUNGSPOLITIK

13.4.77
RHEIN - SIEG - RUNDSCHAU

22.4.77
HEARING IM BUNDESHAUS
Frenz, Zott, Bórquez

22.4.77
2. AI - VERANSTALTUNG SIEGBURG
Zott

20.2.80
Kölner STADTANZEIGER
H. Frenz Interview - Junge Union

EINSTWEILIGE VERFÜGUNG LG BONN 3 O 104/77 VOM 22.4.77

Archivo Nacional de Chile
333

Archivo Nacional de Chile

Erläuterungen und Belege

zur Grafischen Darstellung der Aktionsgemeinschaft von

Amnesty International - Sektion der Bundesrepublik Deutschland

und dem Magazin S T E R N

g e g e n

die Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Amnesty International und STERN bauten ihre Pressekampagne gegen die Sociedad Dignidad auf UN-Berichten auf (vergl. (1) und (2)),
obwohl ihnen bekannt war, daß diese auf Behauptungen von Dritten vor der UNO beruhen (A. Bórquez, E. Zott, L. Peebles), die die UNO nicht nachgeprüft hatte.

Die einzige Stelle, welche die UN-Berichte in bezug auf die "Colonia Dignidad" nachgeprüft hatte, war der deutsche Botschafter in Santiago de Chile, der im Auftrage des Auswärtigen Amtes in Bonn am 15.11.1976 eine Ortsbesichtigung in "Colonia Dignidad" vorgenommen und dabei festgestellt hatte, "daß die im UN-Menschenrechtsbericht enthaltenen Vorwürfe unberechtigt seien".
Daraufhin hat "der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen sich bei der Abstimmung über diesen UN-Bericht der Stimme enthalten".
Dennoch ignorierten Amnesty International und STERN dieses Untersuchungsergebnis der Deutschen Botschaft in ihren Veröffentlichungen vollkommen!

Es handelte sich bei den vor der UN-Kommission Aussagenden nicht um geladene und unparteiische Zeugen, sondern um politisch engagierte "Ankläger"; denn hinter diesen UN-Berichten stehen - namentlich nicht genannt - die Zeugen Adriana Bórquez, Mitglied der kommunistischen Partei Chiles, Erick Zott und Luis Enrique Peebles, beide Mitglieder der bewaffneten Terrororganisation MIR ("Bewegung der revolutionären Linken") in Chile (3).

Die Berichte dieser drei Personen sind Hauptinhalt der AI-Broschüre und des STERN-Artikels und werden dort als scheinbar neue Zeugnisse zur Bestätigung der UN-Berichte angeführt.

Amnesty International ließ diese drei "Zeugen" nun auch noch in verschiedenen Veranstaltungen ihrer Kampagne als in der "Colonia Dignidad" gefolterte Chilenen auftreten.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Schließlich versuchte Amnesty International mit denselben Zeugen vergeblich, die erlassene einstweilige Verfügung beim LG Bonn und OLG Köln zu Fall zu bringen. Der Versuch, den Wahrheitsbeweis für ihre inkriminierenden Behauptungen zu erbringen, blieb jedoch ohne Erfolg. Die Richter hielten diese Zeugen für nicht beweiskräftig, auf denen Amnesty International und STERN aber ihre gesamte Kampagne gegen die Sociedad Dignidad aufgebaut hatten.

(1) S T E R N :
"Der UN-Bericht mit dem Aktenzeichen A 31/253 vom 8. Oktober 1976 nennt in einer Liste geheimer Folterzentren in Chile die "Colonia Dignidad" an erster Stelle. Wörtlich heißt es in dem UN-Dokument: "Nach Aussagen werden in Dignidad ..."

STERN Nr. 13 vom 17.3.1977, S. 28:
"Das Folterlager der Deutschen."

(2) A M N E S T Y I N T E R N A T I O N A L :
"Im zweiten UN-Bericht, in dem COLONIA DIGNIDAD an erster Stelle in der Liste der Folterzentren genannt wird, heißt es über die COLONIA DIGNIDAD...."

amnesty international publications, März 1977, S. 4:
"colonia dignidad - Deutsches Mustergut in Chile - ein Folterlager der DINA."

(3) ADRIANA BORQUEZ erklärt:
"Mein Beitrag zu dieser Dokumentation (AI-Schrift) erfolgte in englischer Sprache. Dieses Originaldokument liegt in Genf bei den Vereinten Nationen."

"Das Originaldokument ... ist in englischer Sprache abgefaßt. Es basiert allerdings auf persönlich in spanischer Sprache von mir gemachten Niederschriften. Als ich dann aufgefordert wurde, meine Erlebnisse zu schildern, habe ich diese ursprünglich spanische Niederschrift mit Hilfe anderer ins Englische übersetzt."

Gerichtsprotokoll Landgericht Bonn, Az. 3 O 1o9/77 und 3 O 123/77 vom 20/21.6.1978, S. 27/28, 30,

"Die Zeugin Adriana Bórquez hat vor der UN-Menschrechtskommission anonym ausgesagt."
MdB Ernst Waltemathe (SPD), in seinem "Vermerk zu Colonia Dignidad". (Bericht über ein Hearing im Bundeshaus in Bonn am 22.4.77) S.2

(3) ERICK ZOTT erklärt:
"Bereits im April (1975) hatte ich im Lager Tres Alamos gegenüber Vertretern des Roten Kreuzes alle mir bekannten Einzelheiten über meinen Inhaftierungsort genannt und auch ausdrücklich eingeräumt,

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

in Colonia Dignidad gewesen zu sein. Im Mai oder Juni 1975, zu der Zeit, als Peebles ebenfalls in Tres Alamos durchgeschleust wurde, fragte dieser mich, ob ich ihm die Genehmigung gebe, im Ausland über unseren gemeinsamen Inhaftierungsort zu berichten, u.a. vor der UNO, dem habe ich ebenfalls zugestimmt."

Gerichtsprotokoll LG Bonn, AZ 3 O 123/77 vom 17./18.10.78, S.53/54

MdB ERNST WALTEMATHE:
"... es ist zunächst festzustellen, daß wir (im Hearing, vgl. (32)) von chilenischer Seite zwei Zeugen hatten, eine Dame und einen Herrn, die auch vor der UNO-Menschenrechtskommission ausgesagt haben und deren Zeugenaussage erwähnt worden ist in dem UNO-Bericht (oder der Inhalt ihrer Zeugenaussagen)."

Hörfunksendung WDR III, Kritisches Tagebuch, 9.5.77, S. 5/6

STERN und AI haben die Kampagne gegen die Sociedad Dignidad gemeinsam vorbereitet und betrieben.

(4) "In Mission werden Gefangene gefoltert."
Kölner Stadtanzeiger vom 19./20.3.1977, S. 13:

"Die Zentrale Amnesty International in Frankfurt und die Illustrierte "STERN" stellten in jüngster Zeit umfangreiche Ermittlungen über die Kolonie Dignidad in Chile an. Beide behaupten jetzt übereinstimmend, dieses deutsche Mustergut ... sei in Wirklichkeit eines der schlimmsten Folterlager der chilenischen Staatspolizei."

"Siegburger als Folterknechte in den Anden?"
Rhein-Sieg-Rundschau vom 18.3.1977:

"Die Illustrierte "Stern", der das Papier von Amnesty International schon früher zugänglich gemacht worden ist, veröffentlichte in ihrer neuesten Ausgabe eine mehrseitige Bildreportage unter dem Titel "Das Folterlager der Deutschen". "

"Das Folterlager der Deutschen"
STERN Nr. 13 vom 17.3.1977, S. 28 und S. 266:

"Die Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International hat in mehrmonatigen Recherchen die Anklage der UNO nachgeprüft. "Wir haben", so der Generalsekretär der deutschen Sektion von Amnesty und vor zwei Jahren aus Chile ausgewiesene Bischof Helmut Frenz zum STERN, "in Chile und in verschiedenen europäischen Ländern ehemalige politische Häftlinge des Militärregimes gefunden, die aussagen, daß sie in der deutschen Kolonie gefoltert wurden".
"Wir haben noch viele weitere Hinweise, daß in Dignidad gefoltert wird", erklärt Amnesty-Generalsekretär Helmut Frenz."

AI hat die Verbreitung der Verleumdungsschrift auf den Erscheinungstag des STERN abgestimmt.

"Siegburger als Folterknechte in den Anden?"
Rhein-Sieg-Rundschau vom 18.3.1977:

"... ein alarmierender Bericht der Gefangenen-Hilfsorganisation "Amnesty International" (AI) ..., der gestern mit der Post bei der "Rhein-Sieg-Rundschau" einging. "Colonia Dignidad/Deutsches Mustergut in Chile - ein Folterlager der DINA". "

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

AI-Sprecher Dieter Maier, Info-Abend in Siegburg am 21.3.1977:

"Wir haben unsere Broschüre allen denen zugeschickt, von denen wir meinen, daß sie in irgendeiner Weise mitentscheiden können, was geschieht, das heißt, den Abgeordneten, die hier in Siegburg und Umgebung gewählt sind, die Lokalzeitung verfügt über die Information, die drei Parteien, der DGB, der CVJM. Wir haben uns eine Verteilerliste gemacht von Leuten, von denen wir wußten, daß sie hier in Siegburg sich interessieren könnten ...
Heute abend erzählen wir es Ihnen."

Vor und nach dieser gemeinsamen Aktion haben Amnesty International und STERN andere in- und ausländische Presseorgane gezielt eingeschaltet.

AI-Sprecher Dieter Maier, Info-Abend in Siegburg am 21.3.1977:

"Sie werden es dem Artikel des STERN entnommen haben oder Ihren lokalen Zeitungen, dem Hessischen Rundfunk, es soll heute abend durchs Fernsehen gehen und wird morgen wegen einer Pressekonferenz, die wir heute in Frankfurt gegeben haben, sicher auch in vielen überregionalen Zeitungen stehen.

"Heute Aufklärung über Chile-Greuel"
Kölner Stadtanzeiger vom 21.3.1977:

"Siegburg (skl) - "Colonia Dignidad - Deutsches Mustergut in Chile - ein Folterlager der DINA" heißt die 60-seitige Dokumentation von Amnesty International, die heute morgen der in- und ausländischen Presse in Frankfurt übergeben wird."

(5) Ulrike Holler, erste Sendung zu "Colonia Dignidad" in Hessischer Rundfunk am 16.3.1977:

"In seinem Artikel erhebt der STERN den Vorwurf gegen die Deutsche Botschaft ..."

(6) "Siegfried Buschschluter, in Frankfurt, on new evidence of Junta brutality - Germans in Chile torture"
(Über neue Zeugnisse für die Brutalität der Junta - Deutsche in Chile foltern.)
Guardian vom 17.3.1977:

"Eine große landwirtschaftliche Siedlung in Chile wird von der chilenischen Geheimpolizei DINA als Folterlager für politische Gefangene benutzt, nach neuem Beweismaterial in der morgigen Ausgabe der deutschen Wochenschrift STERN....
Der Bericht des STERN gründet sich zum Teil auf umfangreiches Material aus erster Hand, das Amnesty International zusammengestellt hat - Amnesty International wird später in dieser Woche eine besondere Broschüre über die Siedlung herausgeben, einschließlich von Aussagen politischer Gefangener, die dort gefoltert wurden. Der STERN hat auch seine eigenen Untersuchungen durchgeführt."

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

(7) "Chileans using sect farm as 'torture camp' "
(Chilenen benutzen Sektenfarm als 'Folterlager')
The Australian, 18.3.1977:

Der gleiche Artikel wie im Guardian vom 17.3.1977 wird hier veröffentlicht.

(8) "Siegburger als Folterknechte in den Anden?"
Rhein-Sieg-Rundschau vom 18.3.1977:

"... Bericht der Gefangenen-Hilfsorganisation "Amnesty International (AI)" ..., der gestern mit der Post bei der "Rhein-Sieg-Rundschau" einging."

(9) "Siegener Student in ein Folterlager nach Chile verschleppt?"
Westfälische Rundschau vom 18.3.1977:

"In seiner neuesten Ausgabe berichtet der STERN ..."

(10) "Kommen Folterknechte Pinochets aus Siegburg?"
Kölner Stadtanzeiger vom 18.3.1977:

"Das Magazin STERN behauptet in seiner jüngsten Ausgabe ..."

(11) Ulrike Holler, zweite Sendung zu "Colonia Dignidad" in Hessischer Rundfunk am 19.3.1977

(12) "In Mission werden Gefangene gefoltert."
Kölner Stadtanzeiger vom 19./20.3.1977:

"Die Zentrale Amnesty International in Frankfurt und die Illustrierte STERN stellten in jüngster Zeit umfangreiche Ermittlungen über die Colonia Dignidad in Chile an."

(13) "Foltern Deutsche in Chile?"
Neue Westfälische Zeitung vom 19.3.1977:

"In einer Dokumentation legte ... Amnesty International jetzt Zeugenaussagen von Personen vor, die in ... "Colonia Dignidad" gefoltert wurden ..."

(14) "Victims tell of secret torture camp". (Opfer erzählen von geheimem Folterlager)
The Sunday Times vom 20.3.1977:

(Die Luftaufnahme vom Zentrum der Siedlung der Sociedad Dignidad, die über diesem Artikel abgebildet ist, stammt aus dem STERN)

"Colonia Dignidad ... In der vergangenen Woche hat die deutsche Sektion von Amnesty International den Vorwurf erhoben, daß die Kolonie von der DINA, der chilenischen Geheimpolizei, als gemeines Folterlager gebraucht worden ist. ANTONY TERRY und GODFREY HODGSON haben mit zwei Chilenen gesprochen, die dort gefoltert wurden ... ERICK ZOTT ... ADRIANA BORQUEZ".

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

(15) "Sekte foltert mit der Junta."
Rhein-Sieg-Rundschau vom 21.3.1977:

"Der Chilene Luis Peebles hat am Sonntagabend im Deutschen Fernsehen (WDR III) berichtet .... Ebenso .... schilderte .... Erick Zott vor den Fernsehkameras seine Leiden in der chilenischen Gefangenschaft."

Aus diesen Zusammenhängen ergibt sich eindeutig:

Der Vortrag des STERN-AI-Anwalts, Dr. H. Neumann, im Schriftsatz vom 14.6.1977 in dem Rechtsstreit vor dem LG Bonn, AZ 3 O 109/77 ist unwahr und eine Irreführung des Gerichts:

"Dieser Veröffentlichung im STERN waren eine Reihe ähnlicher Veröffentlichungen mit denselben Behauptungen vorausgegangen. So wurde unter dem 8. Oktober 1976 der 2. UNO-Bericht über Chile veröffentlicht.... In den angesehenen englischen Zeitungen "Guardian" vom 17.3.1977 und "Sunday Times" vom 20.3.1977 erschienen ebenfalls Berichte, die die klagegenständlichen Behauptungen enthielten, ebenfalls im Hessischen Rundfunk am 16. und 19.3.1977."

Tatsache ist vielmehr, daß über die in diesem Schriftsatz der Beklagten zitierten Presseorgane hinaus die Informationen sämtlicher Massenmedien auf nationaler und internationaler Ebene allein durch die AI-Schrift und den STERN-Artikel ausgelöst wurden (siehe die Grafik).

Am 21.3.1977 folgte eine weitere Großaktion von Amnesty International:

Vormittags: eine Pressekonferenz mit in- und ausländischen Journalisten in Frankfurt;

mittags: im Mittagsmagazin des Hessischen Rundfunks im 1. Programm eine dritte Sendung über "Colonia Dignidad";

abends: eine Großkundgebung in Siegburg von Amnesty International.

Sowohl die Pressekonferenz in Frankfurt als auch die Großkundgebung in Siegburg wurden vorher in der Presse angekündigt

(16) "amnesty will Ermittlungen über Folterlager mitteilen"
Frankfurter Rundschau vom 21.3.1977:

"AI will die Ergebnisse ihrer ... Ermittlungen am heutigen Montag in Frankfurt auf einer Pressekonferenz bekanntgeben. - Am Abend will die Organisation in Siegburg bei Bonn ... eine Großkundgebung abhalten."

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

(17) "Heute Aufklärung über Chile-Greuel"
Kölner Stadtanzeiger vom 21.3.1977:

"Ein Sprecher der Amnesty International wird mit Zeugen aus Chile heute abend in Siegburg zu den Vorgängen in Chile berichten. Die Veranstaltung beginnt um 19.30 Uhr im Servatiushaus Elisabethstraße."

(18) Hessischer Rundfunk, 1. Programm, 21.3.1977:

"Nun aber will - wie heute auf einer Pressekonferenz - Amnesty International mit Protokollen und Zeugenaussagen von Gefolterten den Wahrheitsbeweis antreten. ... Einer der Gefolterten war Erick Zott, und mit ihm sprach und spricht Ulrike Holler. ...
Ich habe das Interview mit Erick Zott ... von einem Amnesty-Mitarbeiter übersetzen lassen."

(19) "Höllenfolter auf dem Grill."
Kölner Stadtanzeiger vom 22.3.1977, S. 4:

"Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz von Amnesty International und dem DGB erzählte Zott mit leiser Stimme von seinen Erlebnissen."

(20) "Otra denuncia de Amnesty." (Noch eine Anzeige von Amnesty)
El Mercurio, Santiago de Chile, vom 22.3.1977:

"Frankfurt. 21 (AFP) .... "Colonia Dignidad" ... wurde in ein Unterdrückungslager der Militärjunta verwandelt ... wurde heute hier .... auf einer Pressekonferenz gesagt.
Der Sprecher der Deutschen Sektion der Organisation Amnesty International, Heinrich Boettcher, forderte das bundesdeutsche Auswärtige Amt auf, über seine Botschaft in Chile eine Untersuchung einzuleiten."

(21) "Zeuge: Deutsche in Chile an Folterungen beteiligt."
Frankfurter Rundschau vom 22.3.1977:

"Dokumentation ... die von ... Amnesty International ... am Montag der Presse in Frankfurt vorgelegt wurde."

(22) "2000 Häftlinge vermißt. Amnesty prangert Folterfarm in Chile an."
EXPRESS, Köln, vom 22.3.1977:

"Amnesty International fordert von der Bundesregierung Aufklärung über Zustände in .... "Colonia Dignidad"."

(23) "Auf deutschem Mustergut in Chile angeblich Folterungen"
Stader Tageblatt vom 23.3.1977:

"Auf einer Pressekonferenz der deutschen Amnesty-Sektion ...."

(24) "Geheime Gefangene in 'Colonia Dignidad' "
Frankfurter Rundschau vom 25.3.1977:

"... Veranstaltung, zu der ... "amnesty international" gemeinsam mit dem DGB-Landesbezirk ins Frankfurter Gewerkschaftshaus einlud ... Luis Tejeda und Erick Zott schilderten Einzelheiten über ... 'Colonia Dignidad' ... Wir berichteten am Dienstag ausführlich darüber."

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

(25) "Zeuge bestätigt Beteiligung Deutscher an Folterungen in Chile."
epd-Entwicklungspolitik, April 1977:

"Neben anderen berichtete der chilenische Biologielehrer Iván Treskow auf einer Pressekonferenz von 'amnesty international' in Frankfurt Ende März, er sei in der Kolonie von zwei deutschsprechenden Männern gefoltert worden."

(26) "Opfer der Folter schilderte Leiden."
"Aufruf zum Boykott gegen Geschäft."
Rhein-Sieg-Rundschau vom 22.3.1977:

"Vor mehr als 100 Bürgern dieser Stadt Siegburg ... schilderte ... Erick Zott gestern abend seine unvorstellbaren Leiden .... 'Amnesty International' hatte zu dieser Versammlung im Servatiushaus eingeladen."

(27) "Gefolterter Chilene sagte aus."
Kölner Stadt-Anzeiger vom 22.3.1977:

"Rund 200 Zuhörer im Saal des Servatius-Hauses ...."

(28) "Bürger sollen in Botschaft protestieren."
Kölner Stadt-Anzeiger vom 23.3.1977:

"..., Erick Zott .... im Servatiushaus ..."

(29) "Erick Zott: Folter auf deutschem Mustergut in Chile ging bis zum Wahnsinn."
General-Anzeiger Bonn vom 23.3.1977:

"Eine Zeugenaussage im Servatiushaus in Siegburg ..."

(30) "Bürger protestieren."
Extrablatt vom 30./31.3.1977:

"Siegburg - Im Rahmen einer Veranstaltung im Servatiushaus in Siegburg wurde letzte Woche über Folterungen auf dem Gelände der "Colonia Dignidad" in Chile berichtet. Der Chilene Erick Zott sagte aus ..."

(31) "Aufklärung über alle Geschehnisse ist nötig."
Rhein-Sieg-Rundschau vom 13.4.1977:

"... Veranstaltung von 'Amnesty International" ... im Servatiushaus ..."

Am 22.4.1977 organisierten der Generalsekretär Helmut Frenz und andere Vertreter von Amnesty International ein Hearing mit 8 SPD-Bundestagsabgeordneten im Bundeshaus, an dem auch die chilenischen Linksextremisten Adriana Börquez, Erick Zott u.a. teilnahmen, und abends folgte eine 2. Veranstaltung in Siegburg, die trotz Einstweiliger Verfügung durchgeführt wurde.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

(32) WALTEMATHE, "Vermerk zu Colonia Dignidad.", Seite 1:

"Für den 22.4.1977 ist in Verbindung mit amnesty international eine Anhörung im Bundeshaus zustande gekommen, bei der die MdB Dr. Herta Däubler-Gmelin, Brigitte Erler, Günter Heyenn, Manfred Marschall, Karl-Heinz Hansen, Dr. Ulrich Steger, Eckart Kuhlwein und ich zugegen waren; ferner Helmut Frenz, Dieter Maier und Jürgen Karwelat sowie weitere Vertreter verschiedener Gruppen von amnesty international; ... die chilenischen Zeugen Adriana Bórquez und Erick Zott u.a."

"Die unserseits gestellten Fragen bezogen sich insbesondere, soweit es die chilenischen Zeugen, die auch vor der UNO-Menschenrechtskommission ausgesagt hatten, betrifft, wie diese Zeugen meinen belegen zu können, daß es sich bei der Stätte, in der sie gefoltert worden sind, um das Gelände und die Einrichtung von COLONIA DIGNIDAD gehandelt hat."

(33) "Justiz verbot Info-Abend."
Rhein-Sieg-Rundschau vom 23.4.1977:

"Da eine Einstweilige Verfügung ..., erst nach Zustellung wirksam wird, disponierten die ... AI-Vertreter schnell um und verlegten die Versammlung in einen Saal des Kolpinghauses....

Bei der Versammlung gestern abend präsentierte Amnesty International erneut den ... chilenischen Regime-Gegner Erick Zott,.."

Amnesty International hat nach eigenen Worten des Sprechers der Chile-Koordinationsgruppe Frankfurt von Amnesty International, Dieter Maier, in Deutschland gegen die Kläger eine Kampagne geführt. Einer der Schwerpunkte dieser Kampagne war Siegburg, der Sitz der Klägerin zu 1), wo AI zwei Info-Abende veranstaltete (am 21.3.1977 und am 22.4.1977).

AI-Sprecher Dieter Maier führte am 21.3.1977 wörtlich aus:

"Sie werden - und das ist der Grund, warum wir hier sind - nehme ich an, gehört haben, von dem, was berichtet wird über dieses landwirtschaftliche Gut in Chile in der Colonia Dignidad. Sie werden es dem Artikel des STERN entnommen haben oder Ihren lokalen Zeitungen, dem Hessischen Rundfunk, es soll heute abend durchs Fernsehen gehen und wird morgen wegen einer Pressekonferenz, die wir heute in Frankfurt gegeben haben, sicher auch in vielen überregionalen Zeitungen stehen.
Diese Kampagne, die wir dort so sorgfältig, wie es für uns möglich war, eingeleitet haben, wird sich auf Siegburg beziehen; denn dieses erwähnte Folterlager in Chile hat seinen Ursprung in einigen deutschen Städten, hauptsächlich in Siegburg. Es gibt hier eine Organisation, die mit dieser Kolonie rege Verbindung unterhält, und bezeichnet werden kann als die Gründungsorganisation oder, wenn Sie so wollen, Dependance dieser Kolonie hier in der Bundesrepublik. Es ist die Private Sociale Mission hier in Siegburg."

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

(34) "Generalsekretär Frenz in Siegburg - Asylrecht in der Kritik" Kölner Stadtanzeiger vom 20.2.1980:

"In einem Interview, das Helmut Frenz der JU-Zeitung "Siegburger Presse" im Oktober des letzten Jahres gegeben hatte, bezeichnete der Amnesty-Generalsekretär die Siedlung colonia dignidad als ein "Folterlager des chilenischen Geheimdienstes Dina". "

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Widersprüche in den Aussagen des Zeugen Erick Zott

1.- In seiner eidesstattlichen Versicherung vom 23.4.1977 beschreibt Zott den Beginn seines gemeinsamen Transportes mit Peebles wie folgt:

> "Beide wurden (in Concepción) zusammen in einen Wagen geladen, gefesselt und mit Augenbinden sowie Wolle in den Ohren versehen. Die DINA wollte vermeiden, daß sie wußten, daß sie im selben Wagen waren; ...
> Sie fuhren dann über einen Weg, den sie nach Ampeln, Straßenlänge und -qualität, Kurven und Gesprächen der Wachen folgendermaßen rekonstruieren konnten: " (AI-Broschüre, S. 54, Anm. 11, Abs. 4)

Daraus ergibt sich:

- Zott und Peebles wurden gleich bei Beginn des Transportes die Augen verbunden und die Ohren verstopft.
- Zott und Peebles konnten den gesamten Transportweg nur aus anderen Wahrnehmungen als Hören und Sehen "rekonstruieren".

Bei seiner gerichtlichen Vernehmung vom 17./18.10.1978 widerspricht Zott dieser seiner Darstellung in der eidesstattlichen Versicherung und behauptet:

> "Das Fahrzeug fuhr dann von Concepción aus zunächst bis zum Kontrollpunkt Chaimâvida mit Namen Agua de la Gloria ...
> Ich werde dann aus dem Fahrzeug geholt und von hinten in den hinteren Teil der Ladefläche gebracht. Dabei werden mir dann auch die Augen mit einer Binde fest verbunden." (Prot. S. 19)

> "Beim Einsteigen hatte ich, da die uns Bewachenden miteinander sprachen und abgelenkt waren, kurz Gelegenheit, Peebles zu signalisieren, wer ich war. Ich tat das, indem ich ihm meinen ihm bekannten Spitznamen "Tomatîn" nannte." (Prot. S.18, Abs.2)

> "Beim Verlassen des 4. Kommissariats konnte ich feststellen, daß uns ein gelber Chevrolet folgte." (Prot. S. 18, Abs. 4)

Das bedeutet:

- Zott wurden die Augen erst ca. 5 Stunden nach Beginn des gemeinsamen Transports,nach dem Aufenthalt im 4. Kommissariat in Concepción verbunden, als das Fahrzeug schon den Polizeikontrollpunkt Chaimávida passiert hatte.
- Zott konnte den ersten Teil seines Transportes, die Ausfahrt aus der Stadt Concepción und die Strecke Concepción bis Chaimâvida, mit unverbundenen Augen verfolgen. Diese Wegstrecke brauchte er nicht zu "rekonstruieren".
- Zott sah und hörte beim Einsteigen, daß "die uns Bewachenden miteinander sprachen und abgelenkt waren". Dabei konnte Zott natürlich auch Peebles sehen.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

- Zott, der in der hinteren Sitzreihe des Fahrzeugs unmittelbar vor dem auf der Ladefläche liegenden Peebles saß, konnte sich umsehen und einen nachfolgenden "gelben Chevrolet" beobachten. Auch dabei war es ihm möglich, Peebles zu sehen.
- Die DINA konnte nicht "vermeiden wollen", daß Zott wußte, daß er zusammen mit Peebles in demselben Fahrzeug war!

Hier fällt auf, daß der Zeuge Zott
bei seinen Aussagen in der AI-Broschüre, die er zum Inhalt seiner eidesstattlichen Versicherung vom 23.4.1977 macht,
und seiner gerichtlichen Vernehmung vom 17./18.10.1978
offenkundig verschiedene Tendenzen verfolgt.

In der AI-Broschüre ist es das Anliegen von Zott darzustellen, welchen perfekten, strengen und qualvollen Maßnahmen er bei der DINA unterworfen war.
In der gerichtlichen Zeugenvernehmung ist Zott auf ein ganz anderes Ziel getrimmt:
im Zusammenspiel mit Peebles den Beweis zu erbringen, daß ihr gemeinsamer Transport von Concepción auch tatsächlich die COLONIA DIGNIDAD erreicht hat.

So kommt es dazu, daß Zott - wie aufgezeigt - in seiner gerichtlichen Vernehmung Behauptungen aufstellt, die seinen in der eidesstattlichen Versicherung gemachten Angaben total widersprechen.

Und schließlich muß noch darauf hingewiesen werden, daß die Stadt Concepción 6 in alle Richtungen führende Ausfahrtsstraßen hat, und Zott mit seiner Behauptung, er habe gesehen, daß das Transportfahrzeug Chaimávida passiert habe, den sicheren Beweis führen will, daß das Fahrzeug Concepción auf der Ausfahrtsstraße verlassen hat, die zur Panamericana führt.

2.- Zott legt Wert darauf, Chillán in nördlicher Richtung (d.h. in Richtung Parral) verlassen zu haben und begründet das mit dem Überfahren der Ñuble-Brücke:

> "Wir verlassen dann Chillán in nördlicher Richtung, was ich daran erkennen kann, daß wir über eine mehr oder weniger lange Brücke fahren. Hierbei handelt es sich um die Brücke über den Río Ñuble, die an der nördlichen Ausfahrt von Chillán an der Panamericana liegt." (Protokoll vom 17./18.10.1978, S. 20/21)

- Die Ñuble-Brücke liegt ca. 8 km nördlich der Stadtgrenze von Chillán und nicht an der Ausfahrt.
- Außerdem gibt es auf der Panamericana südlich von Santiago ungefähr alle zehn Kilometer eine größere Brücke.

- 3 -

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

3.- In seiner eidesstattlichen Versicherung behauptet Zott, die Landstraße von der Panamericana zum Haftort sei zur Zeit seiner Fahrt in einem guten Zustand gewesen:

> "... dann nördlich zur Zahlstelle Perquilauquén, nach einiger Zeit rechts (also ab von der Panamericana), dann über eine Stunde eine gute (unasphaltierte) Straße, ..." (AI-Broschüre, S. 54, Anm. 11, Abs. 4).

In seiner Aussage vom 17./18.10.1978 behauptet er, nichts Genaues über den Straßenzustand zu wissen:

> "Zum Zustand des Schotterweges kann ich letztlich auch keine sicheren Angaben machen." (Protokoll S. 22)

4.- Genau wie Peebles macht Zott zwei völlig unterschiedliche Aussagen über das Vorhandensein von Holzbrücken auf dem Schotterweg zum Inhaftierungsort in seiner eidesstattlichen Versicherung und bei seiner gerichtlichen Vernehmung.

> "..., dann über eine Stunde eine gute (unasphaltierte) Straße, die über zwei Holzbrücken führt, von denen eine beleuchtet ist, ..." (AI-Broschüre S. 54, Anm. 11, Abs. 4)

> "Im Verlauf dieser Straße überfuhr das Fahrzeug, nachdem es seine Geschwindigkeit vermindert hatte, auch eine kurze Holzbrücke."

Von zwei Holzbrücken in der eidesstattlichen Erklärung bleibt bei der Zeugenvernehmung nur noch "eine kurze Holzbrücke", und von "Beleuchtung" ist jetzt überhaupt nicht mehr die Rede.

5.- Zott behauptet in seiner gerichtlichen Vernehmung am 17.10.1978, bei seiner Ankunft am Haftort habe das Fahrzeug noch eine halbe Stunde gestanden, bevor es noch einmal rangierte und dann endgültig anhielt.

> "Nach dem zweiten Halt, ... hält das Fahrzeug dann nach einer weiteren kurzen Fahrzeit von etwa 2 bis 3 Minuten an. Es bewegt sich dann etwa für eine Zeit von 1/2 Stunde nicht mehr. In dieser Zeit sind wir noch in dem Wagen. Danach wird er noch einmal manövriert, und zwar so, daß es zunächst in einem Bogen nach vorn fährt und dann zurücksetzt. Nach diesem Zurücksetzen hält das Fahrzeug dann endgültig an." (Protokoll vom 17.10.1978, S. 23 unten)

Am nächsten Verhandlungstag, dem 18.10.1978, hat diese Zeitspanne dann laut Aussage desselben Zeugen Zott nur noch eine Minute betragen.

> "Noch vor dem bereits von mir geschilderten Rangieren des Fahrzeugs, unmittelbar bei der Ankunft des Fahrzeugs am Zielort, hielt dieses für einen Augenblick, vielleicht eine Minute." (Protokoll vom 18.10.1978, S. 46, Abs. 5)

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

6.- In seiner eidesstattlichen Versicherung vom 23.4.1977 beschreibt Zott kühn die Ankunft am Haftort:

> "..., dann das Eingangstor der COLONIA DIGNIDAD, wo offenbar eine strenge Kontrolle stattfindet, ..."
> (AI-Broschüre, S. 55, Abs. 1 = Anm. 11)

Auf genaueres Befragen wird diese eindeutige Behauptung in Zotts Aussage vor Gericht am 17.10.1978 zu einer ganz vagen und wirren Vermutung:

> "An diesem Anhaltepunkt stieg Leutnant Maturana, den ich an der Stimme erkennen konnte, aus dem Fahrzeug. Es gab dann zwischen ihm und Außenstehenden einen Dialog, der sich für mich letztlich nur als Gemurmel darstellte. Vom Inhalt dieses Dialogs kann ich nichts wiedergeben. Nach einem Halt von etwa eher 10 als 5 Minuten bestieg Leutnant Maturana dann wieder das Fahrzeug, und wir fuhren weiter. Ich hatte jetzt insgesamt den Eindruck gewonnen, daß wir ein Tor passierten. Den Grund meines Eindrucks kann ich hier heute schwer noch einmal begründen und nachvollziehen. Möglicherweise habe ich das Geräusch einer Türangel gehört, es waren auch Wortfetzen, die mir einen entsprechenden Eindruck vermittelten. Jedenfalls gewann ich aus der Summe der Eindrücke die Impression, irgendwo angekommen zu sein. Ich hatte, ohne dies hier näher begründen zu können, auch die Vorstellung, eine Art Kontrollstelle passiert zu haben." (Protokoll S. 22/23)

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Widersprüche zwischen den Aussagen der Zeugen Zott und Peebles hinsichtlich ihres gemeinsam erlebten Transports zum Haftort

1.- Unterschiedliche Beschreibung der Bauart des Transportwagens:

Peebles: "Den vorbeschriebenen Lichtschein konnte ich deshalb sehen, weil das Fahrzeug, in dem wir transportiert wurden, sowohl an den hinteren Ladetüren wie auch auf beiden Seiten der Längsseiten Fenster hatte. Ich habe das Fahrzeug und die Lage der Fenster aufgezeichnet." (Prot. 17./18.10.1978, S. 13, Abs. 2)

Zott: "Zur Charakterisierung des Fahrzeugs, mit dem ich zum Inhaftierungsort transportiert wurde, habe ich hier eine Zeichnung angefertigt, die ich als Anlage II zum Protokoll reiche.
Auf nochmaliges Befragen zu dieser Zeichnung erkläre ich, daß an den Seiten des Fahrzeugs ausgenommen die Fenster in den vorderen Wagentüren im weiteren Verlauf keine Fenster vorhanden waren." (Prot. 17./18.10.78, S. 25, Abs.3+4)

2.- Widersprüche über den Ort, wo Zott den blauen Lieferwagen bestiegen haben soll. Peebles behauptet, in Talcahuano; Zott sagt, in Concepción.

Peebles: "Dort wurde ich dann auch in einen anderen blauen Lieferwagen verladen. Mit diesem Wagen fuhr ich dann zunächst zum Gendarmerieposten in Talcahuano. Dort stiegen dann der mir als alter Freund gut bekannte Erick Zott und eine Frau, die ich ebenfalls kannte,Marcia Merino, zu. Beide habe ich deutlich wahrgenommen."(Prot. 17./18.10.78, S. 5)

Zott: "Am 1.2.1975 wurde ich dann von einer Operationseinheit der DINA unter Führung von Leutnant Maturana von Santiago nach Concepción gebracht. Dort wurde ich dann bei einer Gendarmerieeinheit zurückgelassen. Das war an einem Samstag. Von der gleichen Operationseinheit, die mich dort hingebracht hatte, wurde ich dann gegen Mittag des 2.2.1975 wiederum weggebracht. Ich wurde in ein Fahrzeug gebracht. Beim Besteigen des Fahrzeugs entdeckte ich in diesem den mir bekannten Luis Peebles." (Prot. 17./18.10.78, S. 17)

3.- Unterschiedlich sind auch die Beschreibungen, in welcher Lage sich Peebles "auf der Ladefläche" des Fahrzeugs befand, als Zott zustieg.

Peebles: "Da ich Talcahuano gut kenne, erkannte ich, daß wir zur zweiten Polizeistation fuhren, wo ich aus dem gelben Wagen in einen blauen Lieferwagen getragen wurde. Im hinteren Teil dieses Wagens wurde ich von neuem gefesselt, diesmal auf einen Holzstuhl, ... Ich saß in umgekehrter Fahrtrichtung im Auto. ... Ich sah, daß der Gefangene Erick Zott hinter dem Wagen vorbeigeführt wurde und dann - den Geräuschen nach - vorne einstieg." (Eidesstattl. Vers., Anl. 1 zum Protokoll vom 18.10.78)

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Zott: "Bestiegen habe ich das Fahrzeug von rechts in Fahrtrichtung gesehen. Auf diese Weise gelangte ich auf die rückwärtige Sitzreihe, wo ich Platz nahm. ... Peebles befand sich hinter den Sitzen auf der Ladefläche. ... Ich werde dann in horizontaler Lage auf die Ladefläche des Fahrzeugs gelegt. Dabei bemerke ich, daß sich Peebles in gleicher Lage befindet. (Prot. 17./18.10.78, S. 18/19)

4.- Peebles und Zott berichten Widersprüchliches über die Fahrtunterbrechung bei Quillón.

Peebles behauptet, das Fahrzeug habe die Straße nach links verlassen und sei 10 Minuten lang einen schlechten Weg ins Gelände gefahren und hielt dort 10 bis 15 Minuten an,

Zott dagegen sagt, der Wagen hielt direkt neben der asphaltierten Straße und dort machten sie 10 bis 15 Minuten Pause.

Peebles; "In der Nähe von Quillón, ... verließ unser Fahrzeug dann die asphaltierte Straße nach links und fuhr dann etwa 10 Minuten auf einem nicht asphaltierten und sehr schlechten Weg. Dann hielt das Fahrzeug für eine Dauer von etwa 10 bis 15 Minuten. ... Danach wendete das Fahrzeug und kehrte wieder zurück zu der asphaltierten Straße, die wir vorher verlassen hatten. ... Auf dieser asphaltierten Straße fuhr der Wagen dann weiter in Richtung Bulnes." (Prot. 17./18.10.78, S. 7/8)

Zott: "In der Nähe der Stadt Quillón hält das Fahrzeug an, ... Das Fahrzeug verläßt ohne abzubiegen die Straße. Es hält also praktisch neben der Straße an. Hier gibt es dann einen kurzen Aufenthalt von etwa 10 bis 15 Minuten. ... Nach dem Aufenthalt setzt sich das Fahrzeug dann wieder in gleicher Richtung in Bewegung." (Prot. 17./18.10.78, S. 19, Abs. 2)

5.- Als dem Gefangenen Zott bei der Kontrollstelle Chaimávida die Augen verbunden wurden, ereignete sich nach der Aussage von Peebles etwas Außergewöhnliches, wovon Zott an keiner Stelle etwas berichtet:

Der DINA-Mitarbeiterin Frau Merino werden unter deren Protest von den Bewachern auch die Augen verbunden!

Peebles; "Ich glaube, daß dort Erick Zott entweder eine Augenbinde angelegt worden ist oder die Augen mit Klebestreifen verklebt wurden. Das Gleiche geschah auch mit Frau Merino, die hierdurch sehr verunsichert war. Auf ihr Fragen hin sagten unsere Bewacher, daß sie dazu verpflichtet seien, das sei ein Befehl von oben." (Prot. 17./18.10.78, S. 7)

6.- Peebles schildert ein Anhalten in Concepción, das Zott, obwohl mit unverbundenen Augen, ebenfalls nicht wahrgenommen hat:

Peebles: "Kurz nachdem wir den Bereich der Straße durchfahren hatten, wo sich noch Ampeln befinden, hielt das Fahrzeug plötzlich an.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Peebles: (Forts.) Jemand stieg aus dem Führerhaus aus und stieg nach kurzer Zeit wieder ein. Was das zu bedeuten hatte und was in der Zwischenzeit von dieser Person unternommen wurde, habe ich dann später bei meiner Rückkehr auf der Marinebasis erfahren." (Prot. 17./18.10.78, S. 6, Abs. 1)

Die verschiedene Beschreibung

- des Transportfahrzeugs,
- der Fahrstrecke und
- die voneinander abweichenden Erlebnisse während der Fahrt

zeigt, daß die Zeugen Zott und Peebles entgegen ihrer Behauptungen nicht gleichzeitig und in demselben Fahrzeug befördert worden sein können!

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

352

CHILE

125 Jahre
deutsche Einwanderung am Llanquihue-See

Deutsch-Chilenischer Freundeskreis e.V. Bonn

Liga Chileno-Aleman Santiago

Programm der Gemeinschaftsreise

13.– 20. Nov. 1977

mit Anschlußreisen zwischen 1. Okt. und 31. Dez. 1977

Vor 125 Jahren, am 28. November 1852, landeten die ersten deutschen Siedler in Melipulli, dem heutigen Puerto Montt im Süden Chiles. Unter unsäglichen Mühen, Anstrengungen und Gefahren machten sie aus dem undurchdringlichen Urwald an den Ufern des Llanquihue-Sees ein fruchtbares Bauernland, das jetzt mit seinen immer schneebedeckten, hochaufragenden Bergen und Vulkanen fast an eine süddeutsche Landschaft erinnert.

Heute wohnen im Süden Chiles, vor allem in den Provinzen Llanquihue, Osorno, Valdivia und Cautin etwa 200 000 deutschstämmige Menschen, die zum großen Teil, auch wenn sie längst gute Chilenen geworden sind, ihre deutsche Sprache nicht vergessen haben.

Das deutsche Einwanderungsdenkmal „Unseren Ahnen" auf den Totoralhügeln, hoch über dem Llanquihue-See gegenüber dem majestätischen Vulkan Osorno, ist ein Zeugnis von der Verbundenheit der Deutschchilenen mit der Heimat ihrer Vorfahren.

Dort wird am 19. November, am Ende einer Gemeinschaftsreise durch die schönsten Gebiete Chiles, ein feierlicher Festakt zur Erinnerung an die Deutsche Einwanderung stattfinden.

Offizielles Reiseprogramm

Santiago de Chile 1. Tag: Sonntag, 13. November 1977

Im Laufe des Tages Eintreffen im gebuchten Hotel in Santiago. Übernachtung.

Santiago de Chile 2. Tag: Montag, 14. November 1977

Nach dem Frühstück Stadtrundfahrt mit Besichtigungsmöglichkeiten von Museen und anderen Sehenswürdigkeiten. Mittagessen in verschiedenen Restaurants in und um Santiago. 19.00 Uhr Begrüßungsempfang durch die LIGA CHILENO ALEMAN (Deutsch-Chilenischer Bund) mit Abendessen im „Deutschen Sportclub Manquehue" Santiago, Vitacura Nr. 5841 Las Condes.

Küstenfahrt 3. Tag: Dienstag, 15. November 1977

Fahrt mit Bussen nach Valparaiso, Vina del Mar, Renaca. Fischessen (Mariscos) in typisch chilenischen Küstenlokalen; 16.00 Uhr Fahrt nach Quillota zur Besichtigung der „Escuela del Caballeria" mit reiterlichen Vorführungen. 20.00 Uhr Empfang in der Residenz des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland, Avenida Errazuriz 3532.

Vina Undurraga 4. Tag: Mittwoch, 16. November 1977

Frühstück in den Hotels. 11.00 Uhr Abfahrt von den Hotels zu dem Weingut Undurraga. Asado al Palo mit Weinproben und folkloristischen Darbietungen. Der Abend steht zur freien Verfügung.

Fahrt nach Südchile 5. Tag: Donnerstag, 17. November 1977

Frühstück in den Hotels. Abfahrt der Busse 08.00 Uhr nach Salto de Laja, Temuco, Villarica oder Pucon.

Weiterfahrt zum Llanquihuesee 6. Tag: Freitag, 18. November 1977

Frühstück in den Hotels. Abfahrt der Busse 09.00 Uhr nach Puerto Varas und Puerto Montt. 19.00 Uhr Empfang durch die dortigen deutschen Vereine. Gemeinsames Abendessen.

Feier am Denkmal „Unseren Ahnen" 7. Tag: Samstag, 19. November 1977

Frühstück in den Hotels. Rundfahrt durch das Siedlungsgebiet Ensenada nach den „Saltos del Petrohué" zum „Todos los Santos" am Fuße des Vulkans Osorno.

15.00 Uhr Feier anläßlich der 125jährigen Wiederkehr der Deutschen Einwanderung am Denkmal „Unseren Ahnen" auf den Hügeln von Totoral über dem Llanquihuesee –
Gedenkreden –
Enthüllung einer Gedenktafel des Deutsch-Chilenischen Freundeskreises.

19.00 Uhr Asado am Llanquihuesee und Abschlußfeier. Rückkehr zu den Hotels.

Rückfahrt nach Santiago 8. Tag: Sonntag, 20. November 1977

Archivo Nacional de Chile

Bilder auf der Titelseite: Einwanderungsdenkmal am Llanquihuesee, Chilenischer Nationaltanz Cueca, Moais auf der Osterinsel, Vulkan Osorno.

Ausflugsprogramme vor oder nach dem offiziellen Reiseprogramm

1. Osterinsel (Isla de Pascua)

5 Tage: 10.–14. November 1977 / 24.–28. November 1977

1. Tag:
Flug von Santiago zur Osterinsel. Nach der Ankunft auf dem Flughafen Mataveri Empfang und Begleitung ins Hotel. Der Nachmittag steht zur freien Verfügung.

2. Tag:
Nach dem Frühstück Tour durch den Ort Hangaroa zur archäologischen Zone von Ahu Tahai, dann Besuch der Ana Kai Tangata Höhlen. Mittagessen im Hotel. Nachmittags Besuch von Ahu Vinapu, Ahu Vaihu und Ahu Hanga Pokura. Abendessen.

3. Tag:
Nach dem Frühstück Besuch der Kirche und Teilnahme an der Heiligen Messe mit religiösem Gesang in der Eingeborenensprache. Nach der Messe ganztägige Tour zum Rano Raruku Vulkan und Besichtigung der an den Hängen stehenden und liegenden Statuen (Moais) – einige bis zu 20 m lang und 60 000 Pfund wiegend. Mittagessen (pic-nic) und Nachmittag am Strand von Anakena. Abendessen.

4. Tag:
Nach dem Frühstück Tour zum Rano Kau Vulkan und Besichtigung des Ortes von ORONGO – Rückkehr zum Hotel und Mittagessen. Der Nachmittag steht zur freien Verfügung. Abendessen und Übernachtung.

5. Tag:
Frühmorgens Transfer zum Flughafen und Rückflug nach Santiago.

Preis: **DM 1.632,–**

2. Calama / Chuquicamata / San Pedro de Atacama

3 Tage: 21.–23. November 1977

1. Tag:
Flug von Santiago nach Calama, Empfang und Begleitung nach Chuquicamata, der größten Kupfermine Chiles. Besichtigung der Mine und des gesamten Gewinnungsprozesses des Kupfers. Nach Beendigung der Besichtigung Weiterfahrt nach SAN PEDRO DE ATACAMA. Abendessen und Übernachtung.

2. Tag:
Nach dem Frühstück Tour nach Toconao (40 km südlich) zwecks Besichtigung der alten Kirche, des Turmes aus der Kolonialzeit und des Jeria Tals. Rückkehr nach San Pedro zum Mittagessen. Am Nachmittag Besichtigung des berühmten Museums von San Pedro de Atacama. Abendessen und Übernachtung in San Pedro.

3. Tag:
Nach dem Frühstück Tour nach Chiu-Chiu, einem kleinen Ort mit einer der ältesten Kirchen Chiles, erbaut aus Lehm-Briketts und Kactus-Holz, ohne jegliche Nägel, aber zusammengehalten durch Leder- und Fellstreifen. Erbaut von den spanischen Eroberern Chiles. Anschließend Besuch eines Indianer-Friedhofs und der Orte Pukara und Lasana. Mittagessen in Calama – am Nachmittag Rückkehr nach Santiago.

Preis: **DM 576,–**

3. Antofagasta / Chuquicamata / San Pedro de Atacama / Antofagasta

5 Tage: 9.–13. November 1977 / 21.–25. November 1977

Die gleiche Tour wie unter Nr. 2, nur in Antofagasta beginnend und in Antofagasta endend. Flug Santiago/Antofagasta und zurück, die Tour Antofagasta/San Pedro und zurück im Bus.

Preis: **DM 807,–**

4. Tongoy / Coquimbo / Serena / Vicuña / Sternwarte Tololo (Norte Chico)

4 Tage: 10.–13. November 1977

1. Tag:
Abfahrt Santiago per Bus bis nach La Serena (ca. 500 km). Mittagessen in Los Vilos – Abendessen und Übernachtung in La Serena.

2. Tag:
Nach dem Frühstück Weiterfahrt nach Vicuña durch das bekannte Elqui-Tal und Besuch des Ortes El Molle. Nach Ankunft in Vicuña Besuch des dortigen Museums, des Ortes selbst sowie der Orte Peralillo und einer Pisco-Brennerei (chilenischer Weinbrand). Mittagessen in Vicuña. Am Nachmittag Besuch der Sternwarte CERRO TOLOLO. Rückkehr nach La Serena – Abendessen und Übernachtung.

3. Tag:
Vormittag frei – Mittagessen im Hotel. Am Nachmittag Besichtigung von La Serena und des Hafens und Stadt von Coquimbo, Seebad Penuelas und Seebad La Herradura. Abendessen und Übernachtung in La Serena.

4. Tag:
Nach dem Frühstück Besichtigung des Seebades TONGOY und nach dem Mittagessen Rückfahrt nach Santiago.

Preis: **DM 148,–**

5. Punta Arenas / Payne Gebirge und Gletscher

5 Tage: 20.–24. November 1977

1. Tag:
Flug von Puerto Montt nach Punta Arenas, Empfang und Begleitung zum Hotel – Rest des Tages frei für Besichtigung von Punta Arenas.

2. Tag:
Nach dem Frühstück Abfahrt vom Hotel in Richtung Puerto Natales, ca. 250 km durch das Industriegebiet von Punta Arenas, die Steppe Patagoniens und entlang der Flüsse Pentitente und Rubens. Mittagessen in Puerto Natales. Am Nachmittag Ausflug zu den Höhlen von MYLODON und Besuch des „Teufel's Sessel". Abendessen und Übernachtung in Puerto Natales.

3. Tag:
Um 07.00 Uhr morgens nach Puerto Borris und Einschiffung auf dem Motor-Segler „21 de Mayo" zwecks Besichtigung der Gletscher „Serrane" und „Balmaceda". Während der Fahrt im Fjord „Letzte Hoffnung" besuchen und bewundern Sie die „Rapids" (Wasserfälle), die Insel der Seelöwen und die Insel der „Falken". Mittagessen während der Tour. Rückkehr gegen 18.00 Uhr nach Puerto Natales. Abendessen und Übernachtung in Puerto Natales.

4. Tag:
Ausflug und Besichtigung des National Parks des Payne-Gebirges. Der Weg führt entlang der Seen „Figueroa", „Sarmiento", „Toro", „Pehoe" und „Nordenskjold". Herden von Guanacos, Füchsen, Schwänen und Condors sind während dieser Tour zu sehen. Der Anblick des Payne-Gebirges hinterläßt beim Besucher einen gewaltigen Eindruck. Rückkehr zum Abendessen und Übernachtung in Puerto Natales.

5. Tag:
Nach dem Frühstück Rückkehr nach Punta Arenas, Begleitung zum Flugplatz und Rückflug nach Santiago.

Preis: **DM 1.082,–**

6. Chilenisches Seengebiet Bariloche – St. Martin de los Andes (Argentinien)

7 Tage: 24.–30. November 1977

1. Tag:
Abfahrt mit Bus von Puerto Varas über Osorno nach Paso Puyehue. Mittagessen. Weiterfahrt über Villa Angostura nach Bariloche. Abendessen und Übernachtung.

2. Tag:
Vormittag frei. Nachmittags Ausflug zur Insel Victoria.

3. Tag:
Vormittags Besuch bei Cerámica Bariloche. Nachmittags kleine Rundreise Llao-Llao – Cerro Centinela – Cerro Catedral – Lago Gutiérrez.

4. Tag:
Vormittags Fahrt nach San Martin de los Andes. Nachmittags frei.

5. Tag:
Abfahrt nach Chile über Paso Tromén und Pucon bis Villarrica. Abendessen und Übernachtung.

6. Tag:
Vormittags frei. Nachmittags Ausflug zur Halbinsel Pucon.

7. Tag:
Vormittags Weiterfahrt nach Temuco. Stadtbesichtigung. Nach dem Mittagessen Folkloreveranstaltung in Chol-Chol und Rückkehr nach Temuco zum Abendessen.

Ende der Reise.

Anmerkung: Die Passagiere können nach Santiago per Bus (ca. 22.00 Uhr) oder per Bahn (ca. 24.00 Uhr) weiterreisen.

Preis: **DM 963,–**

Archivo Nacional de Chile

Deutsch-Chilenischer Freundeskreis e.V. · Maximilianstraße 8 · 5300 Bonn

Preis der Reise
ab und bis Frankfurt einschließlich offiziellem Reiseprogramm, pro Person:

Economyklasse	**DM 3.300,–**
Einzelzimmerzuschlag pro Person	**DM 125,–**
1. Klasse	**DM 4.800,–**
Einzelzimmerzuschlag pro Person	**DM 155,–**

Leistungen:

* Flug in der gebuchten Klasse mit allen planmäßigen Linienmaschinen der LAN-CHILE von Frankfurt nach Santiago de Chile und zurück einschließlich 20 bzw. 30 kg Freigepäck pro Person und der tagesüblichen Bordverpflegung.

  Wichtig:
  Der Hinflug kann in der Zeit vom 1. Oktober bis 12. November 1977 einschließlich erfolgen. Der Rückflug muß zwischen dem 22. November und 31. Dezember 1977 angetreten werden. Flugunterbrechungen sind **nicht** möglich. Die Reservierung für den Rückflug muß bereits vor Abflug von Deutschland bestätigt sein.
* Unterbringung in guten Hotels (Economyklasse Basis Hotel El Conquistador, 1. Klasse Basis Hotel Sheraton San Cristobal) in Zweibettzimmern mit Bad auf der Basis Übernachtung/Frühstück.
* Sämtliche Autobusfahrten (Minimum 40 Personen pro Bus) laut Programm einschließlich deutschsprachigem Begleiter.
* Hauptmahlzeiten, soweit sie im Programm besonders erwähnt sind.
* Teilnahme an verschiedenen Empfängen laut Programm.
* Sämtliche Steuern, Bedienungsgelder und sonstige Abgaben auf die im Programm enthaltenen Leistungen.

** Nicht eingeschlossen sind: Getränke zu den Hauptmahlzeiten, Leistungen persönlicher Art wie Wäsche etc.

Anschlußprogramme:

Pro Reise Mindestbeteiligung von 10 Personen erforderlich, bei Programmen 4 und 6 jeweils 20 Personen.

* Flug von Santiago zum gebuchten Flughafen und zurück in der Economyklasse. Bei Programmen 4 und 6 Busfahrt.
* Unterbringung in Zweibettzimmern mit Bad.
* Volle Verpflegung.
* Sämtliche Transfers und Besichtigungen laut Programm.

Teilnahmebedingungen:

Reisepapiere:
Für die Einreise nach Chile ist nur ein gültiger Reisepaß erforderlich.

Anmeldung:
Wir empfehlen eine frühzeitige schriftliche Anmeldung an das Betreuer-Reisebüro abr Studienreisen, amtliches bayerisches Reisebüro, Promenadeplatz 12/I, 8000 München 2. Die Teilnehmerzahl für die verschiedenen LAN-Flüge ist begrenzt und die Anmeldungen werden nach der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt.
Gleichzeitig bitten wir um eine Anzahlung von DM 500,– auf das Postscheckkonto des abr, Kontonummer 3020-806 München mit dem Vermerk „Chile".

Rücktrittsbedingungen:
Bis sechs Wochen vor Reiseantritt entstehen DM 50,– Rücktrittsgebühren, bei späterer Absage die uns entstehenden Kosten.

Versicherungen:
Wir empfehlen den Abschluß einer Reiserücktrittskostenversicherung bei der EUROPÄISCHEN.

Haftung:
Für die Beförderung haften die jeweiligen Verkehrsträger gemäß den gesetzlichen Bestimmungen. Im übrigen gelten die allgemeinen Reisebedingungen.

Tarifstand: 1.3.1977

Programm- und Preisänderungen vorbehalten.

Veranstalter:
Deutsch-Chilenischer Freundeskreis e.V. Bonn

Technische Durchführung:

abr Studienreisen

amtliches bayerisches Reisebüro GmbH
Promenadeplatz 12/I
8000 München 2
Telefon: 089 / 5904 302 - 305

in Verbindung mit Wagons-Lits / Cook Agustinas 1058, Santiago/Chile
Telefon: 65533

Archivo Nacional de Chile

Rückflugregelung vorbehaltlich Regierungsgenehmigung.

"Rhein-Sieg-Rundschau" vom 21.4.1978

Generalamnestie in Chile

Santiago. (rtr) Eine Generalamnestie für alle in den vergangenen fünf Jahren in Chile aus politischen Gründen Inhaftierten hat die Regierung in Santiago am Mittwoch bekanntgegeben. Justizminister Monica Madariaga erklärte, die Amnestie erstrecke sich auch auf chilenische Staatsbürger, die wegen politischer Vergehen des Landes verwiesen seien. Im Zuge der Amnestie würden 109 Personen sofort freigelassen werden.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

ÜBERSETZUNG VON BLATT 92, RÜCKSEITE,

der von der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile legalisierten Fotokopie der

GERICHTSAKTE DES 11. STRAFGERICHTS IN SANTIAGO FÜR SCHWERE FÄLLE
(11º JUZGADO DEL CRIMEN DE MAYOR CUANTIA DE SANTIAGO)

Prozeß-Nummer:	12.293
Sonderrichter: (Ministro en Visita)	Juan Osvaldo Faúndez Vallejos
Sekretär-Vertreter:	María Ruiz Salinas
Delikt:	Ermordung des Juan René Muñoz Alarcón

Santiago, 19. Dezember 1977. Es erscheint Frau Olivia del Carmen Guajardo Barahona, geboren am 15. Juli 1945, 32 Jahre, wohnhaft in der Straße Las Golondrinas 0173, Población Los Andes Puente Alto, des Lesens und Schreibens kundig, die eidesstattlich erklärt:

"Ich bestätige, was ich den Beamten der Kriminalpolizei gegenüber erklärt habe und was man mir vollständig vorgelesen hat. Es ist wahr, daß Juan mich im August 1971 verließ. Im Oktober 1973 brachte er mich mit meinen Kindern in der Art und Weise, wie ich es gegenüber der Kriminalpolizei beschrieben habe, in die Colonia Dignidad in der Nähe von Parral. Die Personen Ingrid und Albert, auf die ich mich bezogen habe, sprachen Spanisch, aber nur sehr wenig und nur mit Juan. In der Colonia blieb ich nicht länger als eine Woche, weil man mich in einem Raum untergebracht hatte, ohne daß ich dort eine Beschäftigung hatte. Mein Ehemann verließ mich während der Nächte, ohne daß ich wußte, was er tat. Aus Dignidad zurückgekehrt, brachte er mich in mein Haus, und ich habe ihn nicht wiedergesehen. Mir sind keine weiteren Daten bekannt, die ich dem Gericht zur Verfügung stellen könnte, als die, die ich gegenüber den Detektiven erwähnt habe, die mich verhört hatten."

Man bestätigt und unterschreibt nach vorheriger Lesung:

Gez. Unterschrift: Olivia Guajardo
und 2 unleserliche Unterschriften

Visto
en el Consulado de Chile
Bad Godesberg 18 de 12 19 77

FERNANDO SCHMIDT ARIZTIA
Consul de Chile

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

ÜBERSETZUNG VON BLATT 92, VORDERSEITE

der von der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile legalisierten Fotokopie der

GERICHTSAKTE DES 11. STRAFGERICHTS IN SANTIAGO FÜR SCHWERE FÄLLE
(11º JUZGADO DEL CRIMEN DE MAYOR CUANTIA DE SANTIAGO)

Prozeß-Nummer:	12.293
Sonderrichter: (Ministro en Visita)	Juan Osvaldo Faúndez Vallejos
Sekretär-Vertreter:	María Ruiz Salinas
Delikt:	Ermordung des Juan René Muñoz Alarcón

Santiago, den 19. Dezember 1977. Es erscheint Frau Dominga Rosa Salinas Mallea, geborgen in Las Condes, 28 Jahre, ledig, wohnhaft in Straße Sargento Menadier Nr. 311, Población Maipo, Puente Alto, die unter Eid aussagt:

Ich bestätige das, was ich vor den Beamten der Kriminalpolizei, die den Tod von Juan René Muñoz Alarcón untersuchen, ausgesagt habe und was enthalten ist auf Blatt 63, 64 und 65, die entsprechenden Teile, die man mir, soweit sie zur Sache gehören, vorgelesen hat. Ich kann keine weiteren Angaben machen über das Auto "Mini", auf das ich mich bezogen habe. Bezüglich seiner Arbeit im Geheimdienst entspricht es der Wahrheit, daß er mir hierüber niemals weitere Angaben machte und mir nur sagte, daß er alle seine Kontakte in Santiago hätte.

Man bestätigt und unterschreibt nach vorheriger Lesung.

Gezeichnet: 3 unleserliche Unterschriften

Visto
en el Consulado de Chile
Bad Godesberg 18 de 12 19 78

FERNANDO SCHMIDT ARIZTIA
Consul de Chile

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

ÜBERSETZUNG VON BLATT 58, RÜCKSEITE,

der von der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile legalisierten Fotokopie der

GERICHTSAKTE DES 11. STRAFGERICHTS IN SANTIAGO FÜR SCHWERE FÄLLE
(11º JUZGADO DEL CRIMEN DE MAYOR CUANTIA DE SANTIAGO)

Prozeß-Nummer:	12.293
Sonderrichter: (Ministro en Visita)	Juan Osvaldo Faúndez Vallejos
Sekretär-Vertreter:	María Ruiz Salinas
Delikt:	Ermordung des Juan René Muñoz Alarcón

Santiago, den 12. Dezember 1977

Es erscheint: Anibal Alejandro Maturana Contreras, geboren in San Fernando, 48 Jahre, ledig, des Lesens und Schreibens kundig, Öffentlicher Angestellter, wohnhaft in Santiago, Straße Los Agostinos 5531 in La Reina, Ausweis-Nummer 2.792.338 Stgo., der ermahnt wurde, die Wahrheit zu sagen, erklärt:
Ich bin seit 1969 als Sachbearbeiter für die Beziehungen zur Öffentlichkeit bei der Direktion der Steuerverwaltung tätig. Eine andere Tätigkeit führe ich nicht aus. Ich kenne und kannte nicht Juan René Muñoz Alarcón, die Person, die das Tribunal mir nennt. Erst jetzt nehme ich zur Kenntnis, daß sie durch Anwendung von Gewalt getötet wurde. Mich vereint keinerlei Verwandtschaft mit irgendeinem General Contreras, auch hatte ich keinerlei Verbindung mit der DINA.

Man bestätigt und unterschreibt nach vorheriger Lesung:

Gezeichnet: 3 unleserliche Unterschriften.

Visto
en el Consulado de Chile
Bad Godesberg 13 de 6 1980

Archivo Nacional de Chile

CONSULADO DE CHILE BONN

FERNANDO SCHMIDT ARIZTIA
Consul de Chile

Archivo Nacional de Chile

ÜBERSETZUNG VON BLATT 59, RÜCKSEITE,

der von der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile legalisierten Fotokopie der

GERICHTSAKTE DES 11. STRAFGERICHTS IN SANTIAGO FÜR SCHWERE FÄLLE
(11º JUZGADO DEL CRIMEN DE MAYOR CUANTIA DE SANTIAGO)

Prozeß-Nummer:	12.293
Sonderrichter: (Ministro en Visita)	Juan Osvaldo Faúndez Vallejos
Sekretär-Vertreter:	María Ruiz Salinas
Delikt:	Ermordung des Juan René Muñoz Alarcón

Santiago, den 13. Dezember 1977

Es erscheint: Alfonso Felipe Zalaquett Sanguinetti, geboren in Vallenar, 26 Jahre, ledig, des Lesens und Schreibens kundig, Diplom-Kaufmann, wohnhaft in Straße Merced 563 Wohnung G, Ausweis-Nr. 371.411 Concepción, der ermahnt wurde, die Wahrheit zu sagen, erklärt:
Ich arbeitete als Geschäftsführer der Verwaltung der Tageszeitung El Cronista bis Mai dieses Jahres. Ich habe niemals jemanden gekannt, der Juan René Muñoz Alarcón heißt. Bezüglich des gewaltsamen Todes einer Person dieses Namens habe ich erst etwas erfahren, als mir diese Tatsache durch das Tribunal mitgeteilt wurde.

Man bestätigt und unterschreibt nach vorheriger Lesung

Gezeichnet: 3 unleserliche Unterschriften.

Visto
en el Consulado de Chile
Bad Godesberg 13 de 6 1980

CONSULADO DE CHILE

FERNANDO SCHMIDT ARIZTIA
Consul de Chile

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

CHILE
EIN SCHWARZBUCH

Herausgegeben von Hans-Werner Bartsch,
Martha Buschmann, Gerhard Stuby
und Erich Wulff

PAHL-RUGENSTEIN

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

© 1974 by Pahl-Rugenstein Verlag, Köln
Alle Rechte vorbehalten
Fotos: AFP, AP, Billhardt, Camera-Press, Gamma, Life, Paris Match, Prensa Latina, Sefzik, Spiegel, Stern, Studio H & S, UPI, ZB
Gesamtherstellung: Heska-Druck
ISBN 3-7609-0138-7

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

herausgefahren. Sie haben sie alle unten im Casino erschossen. Sie haben die Kinder gezwungen, den ganzen Tag mit den Händen im Nacken in der Sonne im Hof zu liegen. Um 18.30 Uhr begannen sie zu selektieren. Sie brachten 330 andere. 1 500 befanden sich in der Universität. Von ihnen sonderten sie 400 Frauen aus. Es überlebten etwa nur 700. Ich habe alles genau gesehen...

5. Frau: Sie können sich die unglaublichen Verfolgungen in den Fabriken nicht vorstellen. Sie warten den Schichtwechsel ab, dann verhaften sie die Arbeiter. Sie nennen sie „Extremisten".

6. Frau: Tausende Tote, vor allem in den Fabriken. Erst heute Morgen haben sie wieder fünf Arbeiter massakriert. Überall Tote, überall Tote...

7. Frau: Sie bombardieren, sie töten.

8. Frau: Auch Hinrichtungen. Da unten in der Kirche haben sie sogar den Priester erschossen. Vor der Tür der Kirche. Auch die Mutter, die mit dem Priester in der Kirche war.

9. Frau: Bei uns dort in der Nähe haben sie einen Mann erschossen, der im nächsten Jahr sein Examen als Arzt machen wollte. Sie haben ihn erschossen unter dem Vorwand, er stehe links. Ich kenne die Mutter. Sie hat Tag und Nacht für ihn gearbeitet. Nun haben sie ihn erschossen... Und sie morden weiter. Jede Nacht hört man Schüsse.

Frau: Sie sind Verbrecher. Mein Gott, ich kann nicht mehr... Mein Sohn – 8 Uhr morgens ist er zur Schule gegangen... Er kehrte nicht zurück...

Mann: Sie kamen im Morgengrauen. Ich habe ein kleines Kind. Hier sehen Sie, wie sie mich geprügelt haben, das ganze Gesicht. Warum nur? Warum?

Frau: Ich weiß nicht, ob mein Mann hier ist. In der Liste der Toten steht er nicht. Was soll ich bloß machen... Ich habe zwei Kinder... Ich war gestern schon im Leichenschauhaus und habe ihn gesucht. Ich suche weiter...

Mann: Wir werden weiterkämpfen. Wir werden uns nicht beugen. Wir werden kämpfen. Selbst mit den nackten Händen. Mein Bruder wird hier im Stadion festgehalten. Ich gehöre keiner Partei an. Aber er ist Sozialist. Aber auch ich bin immer ein Anhänger Allendes gewesen, ich bin ein Anhänger Allendes. Und selbst, obwohl er tot ist; für mich lebt er weiter. Ich habe einen kleinen Sohn. Ich werde ihn in diesem Sinne erziehen.

2. Mann: Es sind ganze Dörfer ausgerottet worden, ganze Stadtteile dezimiert...

3. Mann: Das Volk wird wieder an die Macht kommen. In uns brennt Haß. Oh, was sie alles mit uns gemacht haben! Niemand kann sich das vorstellen."[83]

Ich sollte zum Verräter werden

Juan René Munoz Halcón, Mitglied des Zentralkomitees der Sozialistischen Partei und Gewerkschaftsführer, im schwedischen Dokumentarfilm „Santiago de Chile – Vergewaltigte Stadt":

„Die Militärjunta wollte mich als Verräter meiner ehemaligen Kameraden verwenden. Ich wurde vom Sicherheitsdienst der Armee verhaftet und von Major Ramirez ins Stadion gebracht. Um mich weich zu machen, ließen sie 30 Gefangene aus der Zelle 1 unter die Präsidententribüne kommen, darunter einige Parteikameraden und Freunde von mir: Camilo, Gato, Carlos, Cherra, Huevito. Der Major befahl ihnen zu laufen. Da waren zwei 6,5 mm Maschinengewehre. Als einige der Kameraden anfingen zu laufen, wurden sie von MG-Salven zerrissen, und die, die nicht sofort losliefen, wurden gleich von dem starken Kontingent Soldaten erschossen, das sich dort befand... Dann setzten sie mir eine Haube auf, so wie man es mit den Feigen macht, und alle Gefangenen mußten ihre Zellen verlassen, damit ich diejenigen verraten konnte, die eine führende Rolle gespielt hatten, dazu meine Kameraden vom Sicherheitsdienst der Partei.

Ich habe sie hinters Licht geführt. Ich wäre nicht viel wert, wenn ich meine Kameraden verriete. Dann führte man mich ins Bad, wo die Spieler nach dem Spiel baden. Dort wurden die Kameraden schrecklichen Folterungen unterworfen. Man band ihre Hände auf den Rücken und hielt ihre Köpfe unter das Wasser. Man kniff sie an den Hoden mit Zangen, man schlug sie und mißhandelte sie wie im Mittelalter."

Archivo Allende de Chile

Archivo Nacional de Chile

Ü B E R S E T Z U N G

Auszug aus der Tageszeitung EL MERCURIO vom 4. November 1977, Seite 27 und Seite 32.

"BEFÖRDERUNGEN UND KOMMANDIERUNGEN IM HEER

Der Präsident der Republik, General Augusto Pinochet Ugarte, beförderte gestern neun Oberste des Heeres zu Brigadegenerälen.
Die nichtöffentliche Feierlichkeit wurde um 12.30 Uhr im Arbeitskabinett des Staatschefs und Oberkommandierenden dieser Institution im Gebäude Diego Portales vollzogen.

Der Präsident ordnete zusammen mit der Unterzeichnung der Beförderungsdekrete die neuen Kommandierungen und Ämter im Oberkommando an.
Die neuen Brigadegeneräle sind:

- Osvaldo Hernández Pedrero, der das Truppenkommando des Heeres übernimmt. Er versieht das Amt des Chefs des Generalstabs des Kommandos der Militärinstitute. Er gehört zur Infanterie und ist Generalstabsspezialist. Er war Militärattaché an der Chilenischen Botschaft in Argentinien in den Jahren 1974 bis 1976 und Direktor der Unteroffiziersschule.

- Enrique Valdés Puga, jetziger Staatssekretär im Außenministerium, bleibt im Außenministerium nach einer offiziellen Mitteilung des Heeres. Er gehört zur Waffengattung der Artillerie, ist Generalstabsspezialist. Er war Sekretär der chilenischen Militärmission in Washington in den Jahren 1967 bis 1969. Er kommandierte das Regiment Antofagasta und war Professor an der Kriegsakademie des Heeres in Militärgeschichte und Strategie.

- Juan Manuel Contreras Sepúlveda, der weiter Dienst macht als Assessor der Heeresleitung nach derselben Mitteilung, die gestern herausgegeben wurde. Er gehört zur Waffengattung der Pioniere und ist Generalstabsspezialist. Er war Professor und Direktor der Kriegsakademie und Ex-Direktor des nationalen Geheimdienstes.

- Santiago Sinclair Oyaneder, ..."

Visto
en el Consulado de Chile
Bad Godesberg 9 de 10 1977

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

UNITED NATIONS

GENERAL ASSEMBLY

Distr.
GENERAL

A/31/253
8 October 1976
ENGLISH
ORIGINAL: ENGLISH/SPANISH

Thirty-first session
Agenda item 12

(3.) REPORT OF THE ECONOMIC AND SOCIAL COUNCIL

Protection of human rights in Chile

Note by the Secretary-General

The Secretary-General has the honour to transmit to the members of the General Assembly the report prepared by the Ad Hoc Working Group on the Situation of Human Rights in Chile in accordance with paragraph 4 of Assembly resolution 3448 (XXX) of 9 December 1975.

Archivo Nacional de Chile
76-19325

Archivo Nacional de Chile

19 January 1976, detained at Cuatro Alamos; Juan Ernesto Segura Aguilar, arrested on 4 December 1975, detained at Tres Alamos; Renato Huerta Mondaca, arrested on 27 December 1975, detained at Tres Alamos; and Tulio Valenzuela Jimenez, arrested on 24 February 1976, detained at Tres Alamos.

348. The DINA carries out most of its work in secret. This allows it to resort to extrajudicial interrogation based on duress and to commit all types of other abuses, such as sacking the homes of its victims, indulging in economic blackmail and other similar acts.

Organization and operations of the DINA

349. The head of the DINA is Colonel Manuel Contreras Sepúlveda, of the Army, who previously commanded a regiment at Tejas Verdes, where there is said to be one of the most ill-famed centres of torture in Chile.

350. There is a major administrative centre, known in the DINA as the "CG", for Cuartel General (general headquarters), located in Marcoleta street (in the former offices of the Chilean Communist Youth). The high command of the DINA is believed to operate from these premises, and the office of Colonel Contreras is also believed to be situated there.

351. It has been reported that the DINA maintains auxiliary offices in some European countries.

352. In Santiago, one of the DINA's main centres of operation is the Villa Grimaldi. This is a mansion located in Jose Arrieta street, near Tobalaba, approximately 1,000 metres towards the Cordillera de los Andes beyond the Canal San Carlos. Seen from outside, it is a plot of 5,000 to 10,000 square metres surrounded by a brick wall (2.5 metres high) topped with barbed wire; the only entry is an iron gate.

353. In his oral testimony before the Ad Hoc Working Group, Mr. Joseph Eldridge, who accompanied three members of the House of Representatives of the United States of America, Mr. Toby Moffat, Mr. Tom Harkin and Mr. George Miller, on their visit to Chile in March 1976, described their attempt to visit Villa Grimaldi. He further stated that they were not allowed by the authorities of Villa Grimaldi to enter it.

354. Villa Grimaldi, or "the palace of laughter", as this centre is known to many persons, houses most of the DINA's organization and a communications centre. The communications centre includes antennae and equipment for high frequency communication, which makes it possible to communicate with people throughout the world, as well as VHF antennae and equipment, which makes possible rapid communication between the centre and the President of the Republic, and with vehicles and operating groups in action. It is the DINA's largest torture centre and at times has allegedly held between 120 and 150 political prisoners.

355. The outstanding features of the detention area of Villa Grimaldi are the following: a prisoners' area, a workroom, accommodation for staff, a parrilla area, guardhouses and bathrooms, tiny cubicles smaller than telephone booths where prisoners are locked up with their hands and feet tied, the [illegible] special tortures and punishment, and the pool, which is used for torture.

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

356. Although the physical premises used by the DINA may vary from time to time, the functional structure is generally the same, consisting of several sections. These sections, to which reference is made below, may all operate from the one focal point of the Villa Grimaldi, or some may operate from other points - but, if so, no information on this has as yet been obtained by the Group.

357. Villa Grimaldi, whose code name is said to be "Terranova" centre, is under the authority of a lieutenant-colonel. The officer-in-command of "Terranova" up to February 1975 was Army Lieutenant-Colonel "Rodrigo". As from March 1975 the officer-in-command has been Army Lieutenant-Colonel Marcelo Moren, known as "el Coronto" or "el Oso". He occasionally likes to be called "Don Marcelo".

358. "Terranova" is thought to consist of four sections, but the names of only two of them are known. The code names of the two sections known are Caupolican and Puren. The Caupolican Section consists of four units: Halcon, with two sub-units; Aguila, possibly also with two sub-units; Vampiro; and Tucan. Each section is headed by a major (or a captain of high seniority) and is under the direct orders of a warrant officer, sergeant or corporal. In charge of a section believed to be concerned with records and analysis of information is an Army major known as Major "Ubilla". Most if not all of the officers in command at "Terranova" - and in general the majority of the DINA officers - use first names (real or false).

359. Since May 1975 the senior officer in charge of the Caupolican Section has been Captain Miguel (his real name is Miguel Marchenko). He also acts as officer in charge of Halcon sub-units 1 and 2. Up to mid-1975, the Aguila Unit was under the command of a Lieutenant of Carabineros known as "Roberto" or Lieutenant "Cachete"; his name may be Roberto Lorenz, or at least Lorenz may be his surname. The Tucan Unit was under a Lieutenant of Carabineros known as "Marcos" (it is not certain whether that is really his first name). The Vampiro Unit was led by a very young Army Lieutenant known as "Pablito". The following particulars on the officers mentioned above have been reported to the Group:

(a) Army Lieutenant-Colonel "Rodrigo" has been directly responsible for innumerable atrocities. Compared to others, however, he was regarded as "soft" (he may have "softened" the application of the methods of torture a little; at least, it was during his time that the rules for torture are believed to have been drawn up). As indicated above, he left the "Terranova" command in March 1976. He had and still has very good relations with Captain Miguel Marchenko.

(b) Army Lieutenant-Colonel Marcelo Moren has been engaged in repressive activities since 11 September 1973. Hard and violent, he usually interrogates and tortures detainees personally. Very probably left Chile to interrogate Jorge Fuentes Alarcón (a member of the Central Committee of MIR) who was detained in another country in 1975.

(c) Major "Ubilla" takes no part in operational activities but in some of the interrogations.

(d) Army Captain Miguel Marchenko was a lieutenant in the Military Academy and teacher of ethics up to September 1973. During the coup d'état itself, he took part in the attack on the home of the President of the Republic in Tomás Moro. He was subsequently promoted to captain. He and his operational unit Halcon are responsible for most of the arrests, deaths and torture that have taken place.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

VEREINTE NATIONEN

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALRAT

HAUPTVERTEILER

E/CN. 4/1188
4. Februar 1976

Original: ENGLISCH

MENSCHENRECHTSKOMMISSION
Zweiunddreißigste Sitzung
Punkt 5 der provisorischen Tagesordnung

UNTERSUCHUNG DER BEKANNTGEWORDENEN MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN MIT BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER FOLTER UND ANDERER GRAUSAMER, UNMENSCHLICHER ODER ENTWÜRDIGENDER BEHANDLUNG ODER BESTRAFUNG (8. RESOLUTION DER KOMMISSION (XXXI)).

Bericht der gemäß Resolution 8 (XXXI) gebildeten Ad-Hoc-Arbeitsgruppe der Menschenrechtskommission zur Untersuchung der gegenwärtigen Lage der Menschenrechte in Chile.

I N H A L T

	Paragraph	Seite
Einleitung	1 - 23	6
Kapitel		
I. Die für die durchzuführende Untersuchung der Arbeitsgruppe wichtigen chilenischen Verfassungs- und Gesetzesvorschriften	24 - 57	13
A. Der vorläufige Bericht	24 - 25	13
B. Änderungen auf der Ebene des Belagerungszustandes	26 - 30	13
C. Erklärung des Notstands	31 - 33	14

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

daß - ausdrücklich oder stillschweigend, teilweise oder ganz - die entsprechende Verfassungsbestimmung verändert worden ist. Das ist ein äußerst unzulässiger Weg, die Verfassung zu verändern.

F. Die Spezialorgane der Staatssicherheit

43. Die Aufgaben der nach dem 11. September gegründeten Staatssicherheitsorgane wurden in den Paragraphen 101 bis 102 und 133 des vorläufigen Berichts, die besonders auf die Rolle der DINA (Dirección de Inteligencia Nacional) eingehen, behandelt. Wie festgestellt wurde, besagt die Verordnung Nr. 521 vom 14. Juni 1974, in der die Gründung dieses Organs verfügt wurde, in einem - als einzigen überlieferten - Artikel, daß drei Artikel der Verordnung (Artikel 9, 10 und 11) verkürzt im Anhang des "Diario Oficial" veröffentlicht werden sollten. Der Inhalt dieser Artikel ist durch Presseberichte ans Licht gekommen. Sie sehen vor, daß erstens die DINA vollständige Kontrolle über alle Angelegenheiten der inneren Sicherheit hat; zweitens sie nur dem Präsidenten der Republik persönlich verantwortlich ist und daß - drittens - sie Menschen ohne Anklage oder eine andere formale Befugnis festnehmen und inhaftieren kann. 5) Die letzte Bestimmung könnte erklären, warum der Antrag auf richterliche Untersuchung (habeas corpus) bei denjenigen, die von der DINA aus Gründen verhaftet wurden, die als Verletzung der inneren Sicherheit angesehen wurden, nicht erfolgreich ist. Die Verordnung Nr. 1009 vom 5. Mai 1975 legte eine Begrenzung der zulässigen Dauer einer Inhaftierung durch Spezialorgane der Staatssicherheit fest. Die Wirksamkeit dieser Bestimmung wird weiter unten diskutiert werden.

G. Die Rechtsprechung 6)

44. Die Unabhängigkeit und Unabsetzbarkeit der Richter, ein wichtiges Instrument der "Herrschaft des Gesetzes", wurde in Artikel 85 der chilenischen Verfassung normiert. Nach dieser Bestimmung können Richter nur abberufen werden, wenn ihr Verhalten dazu Anlaß gibt. Obwohl es Regelungen von Versetzungen und Umbesetzungen der Richter gab, hatte nur der Oberste Gerichtshof die Befugnis zu erklären, daß ein Richter gegen die Regeln des guten Anstands ("buen comportiamento") verstoßen habe. Für die Amtsenthebung eines Richters waren Zweidrittel der Stimmen der Mitglieder des Obersten Gerichtshofes erforderlich.

45. Am 6. Dezember 1973 veränderte die Verordnung Nr. 170 Artikel 85 der Verfassung, der jetzt eine alljährliche Bewertung der Qualifikation aller Richter vorsieht und für die Abberufung eines Richters die einfache Mehrheit der aktiven Mitglieder ("miembros en ejercicio") des Obersten Gerichtshofs genügen läßt, wenn der betreffende Richter schlecht bewertet wird ("mal calificado").

---

5) "Sunday Times Magazine" vom 30. November 1975
6) Vgl.: Vorläufiger Bericht, Paragraph 88

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

GRAFISCHE DARSTELLUNG DER AKTIONSGEMEINSCHAFT AI - STERN

4.2.76 / 8.10.76
UNO - BERICHTE
Bórquez - Zott - Peebles

(3)

(1) 17.3.77
STERN
Zott - Peebles - Bórquez

(2) 17.3.77
AI - SCHRIFT
Zott - Peebles - Bórquez

(4)

(5) 16.3.77
HESSISCHER RUNDFUNK

(11) 19.3.77
HESSISCHER RUNDFUNK

(10) 18.3.77
KÖLNER STADTANZEIGER

(9) 18.3.77
WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU

(6) 17.3.77
GUARDIAN

(7) 18.3.77
THE AUSTRALIAN

(12) 19./20.3.77
KÖLNER STADTANZEIGER

(14) 20.3.77
SUNDAY TIMES
Zott - Bórquez

(16) 21.3.77
FRANKFURTER RUNDSCHAU

(18) 21.3.77
HESSISCHER RUNDFUNK
Zott

(8) 18.3.77
RHEIN - SIEG - RUNDSCHAU

(13) 19.3.77
NEUE WESTFÄLISCHE ZEITUNG

(7) 21.3.77
KÖLNER STADTANZEIGER

(15) 20.3.77
FERNSEHEN WDR III
Zott - Peebles

(15) 21.3.77
RHEIN - SIEG - RUNDSCHAU

21.3.77
PRESSEKONFERENZ FRANKFURT AI - DGB
Zott - Treskow

21.3.77
AI - GROSSKUNDGEBUNG SIEGBURG
Zott

(19) 22.3.77
KÖLNER STADTANZEIGER

(20) 22.3.77
EL MERCURIO

(21) 22.3.77
FRANKFURTER RUNDSCHAU

(22) 22.3.77
EXPRESS

(27) 22.3.77
KÖLNER STADTANZEIGER

(26) 22.3.77
RHEIN - SIEG - RUNDSCHAU

(23) 23.3.77
STADER TAGESBLATT

(24) 25.3.77
FRANKFURTER RUNDSCHAU

(25) 4.4.77
EPD - ENTWICKLUNGSPOLITIK

(29) 23.3.77
GENERALANZEIGER BONN

(30) 30./31.3.77
EXTRABLATT

(28) 23.3.77
KÖLNER STADTANZEIGER

(31) 13.4.77
RHEIN - SIEG - RUNDSCHAU

(32) 22.4.77
HEARING IM BUNDESHAUS
Zott - Bórquez

(33) 22.4.77
2. AI - VERANSTALTUNG SIEGBURG
Zott

EINSTWEILIGE VERFÜGUNG LG BONN 3 O 104/77 VOM 22.4.77

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Contradicciones en las declaraciones del testigo Erick Zott.

1.- En su declaración jurada del 23-4-1977, Zott relata el comienzo del transporte en común con Peebles, como sigue:

"Se colocó a ambos juntos en un vehículo (en Concepción), maniatados y con vendas en los ojos y lana en los oídos. La DINA quería evitar que ellos supieran que estaban en el mismo vehículo; ...
Transitaron, entonces, por un camino que podían reconstruir, conforme a semáforos, largo y calidad del camino, curvas y conversaciones de la escolta, de manera siguiente: ..." (Folleto de AI, pág. 54, nota 11, inciso 4).

De ahí se desprende:
- A Zott y Peebles se les vendó los ojos y se les tapó los oídos, inmediatamente al comenzar el transporte.
- Zott y Peebles no podían "reconstruir" todo el camino de transporte sino por otras percepciones que no eran oir y ver.

En su declaración judicial del 17/18-10-1978, Zott contradice esta su exposición en la declaración jurada, y afirma:

"El vehículo fue, entonces, desde Concepción primero hasta el punto de control Chaimávida con el nombre de Agua de la Gloria. ... Entonces, se me saca del vehículo y desde atrás me ponen en la parte trasera de la superficie de carga. Con esta ocasión, también se me tapan los ojos firmemente con una venda." (Acta pág. 19)

"Al subir al vehículo - como los que nos guardaban hablarán entre sí y estaban distraídos - por un momento tuve la oportunidad de poder señalar a Peebles quien era yo. Lo hice nombrándole mi apodo "Tomatín" que él conocía."
(Acta pág. 18, inciso 2)

"Al salir de la 4ª Comisaría pude constatar que un Chevrolet amarillo nos seguía." (Acta pág. 18, inciso 4)

Eso significa:
- A Zott se le vendó los ojos recién unas 5 horas después del comienzo del transporte en común y después de la estadía en la 4ª Comisaría en Concepción, cuando el vehículo ya había pasado el punto de control Chaimávida.
- Zott podía seguir el primer trecho de su transporte, la salida de la ciudad de Concepción y el viaje de Concepción hasta Chaimávida, con ojos no vendados. No necesi-

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

taba "reconstruir" esta parte del camino.

- Zott vio y oyó al subir al vehículo que "los que nos guardaban hablaron entre sí y estaban distraídos". Bajo estas circunstancias, por supuesto, Zott pudo ver a Peebles también.

- Zott que estaba sentado en el asiento trasero, directamente delante de Peebles que yacía en la superficie de carga, podía volver la cabeza y observar un "Chevrolet amarillo" que les seguía. Bajo estas condiciones, le estaba posible también ver a Peebles.

- La DINA no podía "querer evitar" que Zott supiera que estaba junto con Peebles en el mismo vehículo.

Ahí llama la atención que el testigo Zott,
en sus declaraciones en el folleto de AI, que ratifica
en su declaración jurada del 23-4-1977,
y en su declaración judicial del 17/18-10-1978,
está persiguiendo, evidentemente, objetivos diferentes.

En el folleto de AI, es su intención relatar a qué medidas perfectas, rigurosas y penosas fue sometido por la DINA.
En la declaración judicial, Zott ha sido preparado para un objetivo muy distinto:
comprobar en cooperación con Peebles que su transporte en común desde Concepción realmente llegó a la COLONIA DIGNIDAD.

Así resulta que Zott - como se ha demostrado - en su declaración judicial hace afirmaciones que totalmente contradicen los datos de su declaración jurada.

Y finalmente, hay que indicar que la ciudad de Concepción posee 6 carreteras de salida que conducen a todas partes; y Zott quiere proporcionar con su aseguración de haber visto que el vehículo de transporte pasó por Chaimávida, la prueba segura de que el vehículo salió de Concepción en aquél camino de salida que conduce hacia la Panamericana.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

2.- Zott da mucha importancia al hecho de haber salido de Chillán en dirección al Norte (es decir, hacia Parral), apoyándolo con el paso por el Puente Ñuble.

"Entonces salimos de Chillán en dirección al Norte, lo que puedo reconocer en el hecho de que pasamos por un puente más o menos largo. Ahí se trata del puente por el río Ñuble, ubicado en la salida norte de Chillán, en la Panamericana." (Acta 17/18-10-1978, pág. 20/21).

- El Puente Ñuble está ubicado a unos 8 kms. al Norte del límite de la ciudad de Chillán y no en la salida.
- Además, en la Panamericana al Sur de Santiago hay m/m cada 10 kms. un puente más grande.

3.- En su declaración jurada afirma Zott que el camino desde la Panamericana hasta el lugar de detención, en el tiempo de su viaje, había estado en buenas condiciones:

"... entonces hacia el Norte hasta el peaje de Perquilauquén, después de algún rato hacia la derecha (es decir, abandonando la Panamericana), luego por más de una hora en un camino bueno (no pavimentado) ..."
(Folleto de AI, pág. 4, nota 11, inciso 4).

En su declaración del 17/18-10-1978, dice no saber nada de cierto sobre el estado del camino:

"Sobre el estado del camino ripiado no puedo proporcionar, después de todo, ningún dato seguro." (Acta pág. 22).

4.- Igual que Peebles, Zott hace dos declaraciones totalmente distintas sobre la existencia de puentes de madera en el camino ripiado hacia el lugar de detención, en su declaración jurada y en su declaración judicial, respectivamente.

"... después por más de una hora en un camino bueno (no pavimentado), que conduce por dos puentes de madera, de los cuales uno está alumbrado, ..."
(Folleto de AI, pág. 54, nota 11, inciso 4).

"En el curso de este camino, el vehículo pasó, después de haber disminuido su velocidad, también por un puente corto de madera."

De dos puentes de madera en la declaración jurada queda en la declaración judicial solamente "un puente corto de madera" y de"alumbrado" ahora no se dice nada más.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

5.- Zott afirma en su declaración judicial del 17-10-1978, que al llegar el vehículo al lugar de detención, había quedado parado por media hora, antes de maniobrar otra vez y parar definitivamente.

> "Después de la segunda parada, ... el vehículo para, luego de haber andado otra vez por corto rato, de unos dos a tres minutos. No se mueve más por media hora. Durante este tiempo estamos todavía en el vehículo. Entonces se lo maniobra otra vez, así que primero avanza en una curva y entonces va por atrás. Después de este movimiento hacia atrás, el vehículo para definitivamente."
> (Acta 17-10-1978, pág. 25 abajo).

El siguiente día de audiencia, el 18-10-1978, ese rato solamente alcanza a un minuto no más, según la declaración del mismo testigo Zott:

> "Ya antes de la maniobra del vehículo, la que ya relaté, inmediatamente al llegar en el lugar de destino, éste paró por un momento, talvez por un minuto."
> (Acta 18-10-1978, pág. 46, inciso 5).

6.- En su declaración jurada del 23-4-1977, Zott describe, de manera audaz, la llegada al lugar de detención:

> "... entonces la puerta de entrada de la COLONIA DIGNIDAD donde, evidentemente, se realiza un control riguroso, ..."
> (Folleto de AI, pág. 55, inciso 1 = nota 11).

Al ser preguntado en forma más precisa, esta afirmación terminante de Zott se convierte, durante su declaración judicial, el 17-10-1978, en una suposición muy vaga y confusa:

> "En este punto de parada, el teniente Maturana, a quien pude reconocer por su voz, bajó del vehículo. Entonces había un diálogo entre él y otra persona de fuera, que para mí, después de todo, se presentó como un murmullo no más. Del contenido de tal diálogo no puedo citar nada. Después de un rato de más bien 10 que 5 minutos, el teniente Maturana volvió a subir al vehículo y seguimos. En total, ahora yo había obtenido la impresión de que pasamos una puerta. En cuanto al porqué de mi impresión, me resulta difícil volver a exponer sus razones y reproducirlo hoy aquí. Posiblemente oí el ruido de un gozne, también había pedazos de palabras que me dieron una impresión correspondiente. De todos modos, obtuve de la suma de impresiones la impresión de haber llegado a alguna parte. Tenía también, sin poder fundamentarlo más detalladamente, la idea de haber pasado algo como un punto de control."
> (Acta pág. 22/23)

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

Contradicciones entre las declaraciones de los testigos Zott y Peebles respecto al transporte al lugar de detención, que experimentaron en común.

1.- Descripción diferente de las características del vehículo de transporte:

Peebles: "El reflejo de luz descrito lo pude percibir, porque el vehículo en que se nos transportaba, tenía ventanas tanto en las puertas traseras como en las partes laterales a ambos lados. Hice un dibujo del vehículo y de la ubicación de las ventanas."
(Acta 17/18-10-1978, pág. 13, inciso 2)

Zott: "Para caracterizar el vehículo en el cual fui transportado hacia el lugar de detención, hice aquí un dibujo que presento como anexo II para el acta. Al ser preguntado otra vez respecto al dibujo, declaro que en los lados del vehículo, con excepción de las ventanas en las puertas de la cabina, en la demás extensión no había ventanas."
(Acta 17/18-10-1978, pág. 25, incisos 3 y 4)

2.- Contradicciones referente al lugar donde Zott subió al furgón azul. Peebles afirma, en Talcahuano; Zott dice, en Concepción.

Peebles: "Ahí se me colocó en otro furgón azul. En ese vehículo fui primero a un retén de Carabineros en Talcahuano. Ahí subieron Erick Zott, a quien conocía bien como antiguo amigo, y una mujer que también conocía, Marcia Merino. Percibí claramente a ambos."
(Acta 17/18-10-1978, pág. 5)

Zott: "El 1°-2-1975, una unidad operacional de la DINA bajo el mando del teniente Maturana, me llevó de Santiago a Concepción. Ahí me dejaron en una unidad de Carabineros. Era un día sábado. La misma unidad operacional que me había traído, volvió a llevarme hacia el mediodía del 2-2-1975. Me condujeron a un vehículo. Al subir descubrí en el vehículo a Luis Peebles, conocido mío."
(Acta 17/18-10-1978, pág. 17)

3.- Diferen también las descripciones de las condiciones en que se encontraba Peebles "en la superficie de carga" del vehículo, al subir Zott.

Peebles: "Como conozco bien Talcahuano, percibí que anduvimos al segundo retén, donde se me portaba del vehículo amarillo a un furgón azul. En la parte trasera de este vehículo, se me amarró de nuevo, esta vez

Archivo Nacional de Chile

Archivo Nacional de Chile

en una silla de madera. ... Me encontraba sentado en el vehículo con la vista hacia atrás. Vi como condujeron al detenido Erick Zott, pasando por detrás del furgón y, entonces - según los ruidos - él subió por delante."
(Declaración jurada, anexo I del acta del 18-10-78)

Zott: "Subí al vehículo desde el lado derecho, visto en la dirección de andar. De este modo alcancé el asiento trasero, donde me senti. ... Peebles estaba detrás de los asientos en la superficie de carga. .. Entonces, se me coloca en posición horizontal en la superficie de carga del vehículo. Noto que Peebles se encuentra en posición igual."
(Acta 17/18-10-1978, pág. 18/19)

4.- Peebles y Zott relatan cosas contradictorias sobre la interrupción del viaje cerca de Quillón.
Peebles asegura que el vehículo abandonó la carretera hacia la izquierda, anduvo por 10 minutos en un camino malo al terreno y paró ahí por 10 a 15 minutos.
Zott, en cambio, afirma que el vehículo se detuvo directamente al lado del camino pavimentado y en este lugar hicieron una pausa de 10 a 15 minutos.

Peebles: "Cerca de Quillón, ... nuestro vehículo, entonces, abandonó el camino pavimentado hacia la izquierda y anduvo unos 10 minutos en un camino no pavimentado y muy malo. Después el vehículo paró por unos 10 a 15 minutos. ... Luego el vehículo viró y regresó al camino pavimentado que habíamos abandonado antes. ... En este camino pavimentado, el vehículo seguía en dirección a Bulnes."
(Acta 17/18-10-1978, pág. 7/8)

Zott: "En las cercanías de Quillón, el vehículo para, ... El vehículo abandona el camino sin virar. Es decir, se detiene prácticamente al lado del camino. Ahí hay una parada corta de unos 10 a 15 minutos. ... Después de la parada, el vehículo volvió a ponerse en movimiento en la misma dirección."
(Acta 17/18-10-1978, pág. 19, inciso 2)

y la ciudad de

5.- Al vendársele los ojos al detenido Zott, cerca del punto de control Chaimávida, sucedió, según declaración de Peebles, algo extraordinario, del cual Zott no habla nunca:
¡También a la colaboradora de la DINA, señora Merina, la escolta le venda los ojos bajo protesta de ella!

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile

Peebles: "Creo que ahí le colocaron una venda en los ojos a Erick Zott o le taparon los ojos con scotch. Lo mismo se hizo con la señora Merino que llegó a sentirse muy insegura con ello. A sus preguntas dijeron los que nos guardaban que se veían obligados a hacerlo, era una orden superior."
(Acta 17/18-10-1978, pág. 7)

6.- Peebles relata una parada en Concepción que Zott, aunque con los ojos no vendados, tampoco percibió:

Peebles: "Un poco después de haber pasado el trecho del camino donde todavía había semáforos, el vehículo paró de repente. Alguien bajó de la cabina y volvió a subir después de un corto rato. Lo que significaba eso y lo que esa persona hizo en ese lapso, lo supe después, al regresar a la base de la Armada."
(Acta 17/18-10-1978, pág. 6, inciso 1)

Las descripciones distintas

- del vehículo de transporte,
- del recorrido y
- los acontecimientos diferentes durante el viaje

demuestran que los testigos Zott y Peebles, en contra de sus afirmaciones, no pueden haber sido transportados simultáneamente y en el mismo vehículo.

Archivo Nacional de Chile

Archivo
Nacional
de Chile